

Versuch einer ständisch-korporativen Ordnung unter dem Regime Pétain

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von

EGON W. HEINE

aus

Horgen

1965

Versuch einer ständisch-korporativen Ordnung unter dem Regime Pétain

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von

EGON W. HEINE

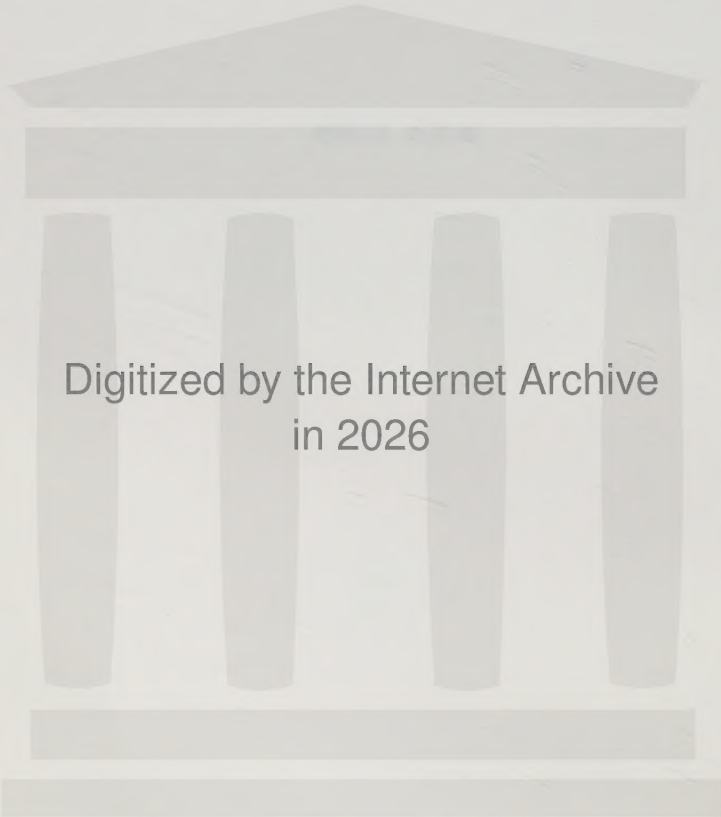
aus

Horgen



Dekan:	Prof. Dr. Erich Streißler
Referent:	Prof. Dr. Joseph H. Kaiser
Korreferent:	Prof. Dr. Martin Bullinger
Tag der Prüfung:	26. Juli 1965

MEINEN ELTERN



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

Seite

EINLEITUNG

Eine "dritte Lösung" zwischen Individualismus und Kollektivismus	1
---	---

ERSTER TEIL

Ständisch-korporative Strömungen und Ansätze in der Dritten Republik	9
---	---

1. Kapitel:

Die korporative Doktrin der Action Française	14
--	----

I. Corporation und corps d'Etat	14
---------------------------------	----

II. Die Aufgaben der corporation	15
----------------------------------	----

III. Corporation und Staat	16
----------------------------	----

2. Kapitel:

Die Doktrin der Ecole Catholique Sociale	18
--	----

I. Corporation und syndicat	20
-----------------------------	----

II. Die Aufgaben der corporation	22
----------------------------------	----

III. Corporation und Staat	23
----------------------------	----

3. Kapitel:

Gesetzgeberische Ansätze	24
--------------------------	----

I. Das Gesetz vom 24. Juni 1936	24
---------------------------------	----

II. Der Décret-loi vom 24. Mai 1938	25
-------------------------------------	----

ZWEITER TEIL

Das Regime Pétain	27
-------------------	----

1. Kapitel:

Das Programm des Regimes	27
I. Die Révolution Nationale	27
II. Die korporative Doktrin	31
1. Travail	33
2. Famille	35
3. Patrie	36
III. Der neue Mensch	38
IV. Die Autoren des Programms	40

2. Kapitel:

Die Stützen des Regimes	42
I. Die Regierung der "notables"	42
II. Vom Geist der Révolution Nationale	44
III. Die Stellung der katholischen Kirche	47
IV. Ausländische Einflüsse und Vorbilder	49

DRITTER TEIL

Die ständisch-korporativen Einrichtungen unter dem Regime Pétain	54
---	----

1. Kapitel:

Grundzüge und geschichtliche Entwicklung	54
I. Eine dualistische Berufsorganisation	54
II. Aufschwung und Niedergang der Révolution Nationale	60

2. Kapitel:	
Die Organisation der gewerblichen Berufe	62
A. Die Charte de la production	62
a) Die Grundgedanken des Gesetzes	62
I. Ein Provisorium	62
II. Autoritätsprinzip	63
III. Berufsprinzip	64
IV. Patronaler Syndikalismus	67
b) Die comités d'organisation	70
I. Struktur	70
II. Aufgaben	73
III. Befugnisse und staatliche Kontrolle	75
IV. Rechtsnatur der comités	78
V. Stand der Organisation	85
c) Etatismus oder Korporativismus?	87
B. Die Charte du Travail	89
a) Geschichtliches	90
b) Zielsetzung	94
c) Organisationssystem	97
I. Familles professionnelles	97
II. Syndicats, unions, fédérations	101
III. Comités sociaux par famille professionnelle ou profession	105
1. Struktur	105
2. Aufgaben und Befugnisse	107
3. Verhältnis zu den comités d'organisation	111
IV. Comités sociaux d'entreprises	112
V. Associations professionnelles mixtes	116
VI. Corporations gem. Art. 39 des Gesetzes	118
VII. Die Stellung des Handwerks	120
d) Lenkungs- und Kontrollsystem	121
I. Die verwaltungsmäßige Kontrolle	121
1. Staatliche Kontrolle	121
2. Intern-korporative Kontrolle	124

II.	Die richterliche Kontrolle	126
1.	Verwaltungsgerichtliche Kontrolle	126
2.	Arbeitsgerichtliche Kontrolle	127
e)	Staat und Gesellschaft in Frankreich unter dem besonderen Blickpunkt der Charte du Travail	129
I.	Führungsanspruch des Staates	129
II.	Widerstand in der "classe ouvrière"	130
III.	Reaktion der Regierung	135
IV.	Scheitern der Charte du Travail	136
f)	Bedeutung der Charte du Travail	140
C.	Die corporations außerhalb der Charte du Travail	143
a)	Die corporation agricole	143
I.	Stellung innerhalb der Révolution Nationale	143
II.	Struktur	145
1.	Syndicat agricole local	146
2.	Union agricole corporative régionale ou départementale	149
3.	Organisation nationale corporative	149
III.	Aufgaben und Befugnisse	150
IV.	Staatliche Einwirkung	152
V.	Ergebnis der gesetzgeberischen Bemühungen	154
b)	Die corporations der See- und Binnenschifffahrt	159
I.	Die corporation de la marine de commerce	160
II.	Die corporation de la navigation intérieure	162
c)	Die corporation der Seefischerei	163
I.	Stellung innerhalb der Révolution Nationale	163
II.	Struktur und Aufgabenverteilung	164
III.	Staatliche Kontrolle	165
IV.	Entwicklung nach 1944	166
D.	Zusammenfassung	168

3. Kapitel	
Die Organisation der freien Berufe	172
I. Der "ordre" als eigenständiger Organisationstypus	172
II. Analyse der Gesetze	178
1. Struktur des ordres	179
2. Aufgaben und Befugnisse	180
3. Staat und ordres	182
III. Rechtsnatur der ordres	185
 SCHLUSSBETRACHTUNG	 188
 Abkürzungen	
 Schrifttum	

E i n l e i t u n g

Eine "dritte Lösung" zwischen Individualismus und Kollektivismus

"Il n'importe pour avoir bien l'énoncé de la volonté générale qu'il n'y ait pas de société partielle dans l'Etat et que chaque citoyen n'opine pas que d'après lui."

Jean-Jaques Rousseau¹⁾

Die französische Revolution hat diese Erkenntnis Rousseau's in die Tat umgesetzt. Mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte am 4. August 1789 war das Schicksal der corps intermédiaires des Ancien Régime besiegelt. Die berühmte Loi Le Chapelier vom 14./17. Juni 1791 und ein bereits früher erlassener Décret d'Allarde vom 2./17. März 1791 befreiten die Staatsbürger aus der Zwangsjacke überkommener, weitgehend überalterter Gesellschaftsformen und zerbrachen die über ihnen schwebende Zuchtrute korporativer Disziplin²⁾. In der Begründung zu dem seinen Namen tragenden Gesetz erklärte Le Chapelier: "Es gibt keine Korporationen mehr. Es gibt nur noch das Einzelinteresse jedes Individuums und das Allgemeininteresse. Niemand ist es erlaubt, den

1) Du Contrat Social, Texte original publié avec introduction, notes et commentaire par Maurice Halbwachs, Aubier 1943, S.143.

2) Der Décret d'Allarde unterdrückte außer den bestehenden Sonderrechten (droits d'aides) alle Meisterschaften (maîtrises) und Zünfte (jurandes) und verkündete die Freiheit des Handels und der Industrie. Freie Gruppen blieben weiterhin erlaubt, wenn auch nur für kurze Zeit. Denn die Loi Le Chapelier stellte ein grundsätzliches Vereinigungsverbot auf. In ihrem Art. 1 heißt es: "Die Vernichtung jedweder Art von Vereinigungen der Bürger desselben Standes oder Berufes ist ein Grundprinzip der französischen Verfassung."

Bürgern ein intermediäres Interesse einzuflößen, durch Korporationsgeist sie von den öffentlichen Angelegenheiten abzuhalten"³⁾. Liberté - Egalité - Fraternité ist der programmatische Ausdruck der neuen, Staat und Gesellschaft umgestaltenden Ideen.

Die weithin verhaßten puissances intermédiaires waren aber nicht nur Fesseln gewesen, welche die uneingeschränkte freie Entfaltung des Individuums hinderten, sondern hatten ihm auch Schutz, Geborgenheit und Sicherheit zu geben vermocht. Ihre Auflösung zerstörte zum Teil jahrhundertealte Bande beruflicher und sozialer Solidarität. Eine auf dem Prinzip formaler Gleichheit aufgebaute, atomisierte Gesellschaft, in welcher der Bürger unmittelbar dem Staat konfrontiert war, trat an ihre Stelle.

Aller Theorie zum Trotz erwies es sich im Laufe des 19. Jahrhunderts jedoch als unmöglich, den Staat darauf zu beschränken, über die Einhaltung der gesellschaftlichen Spielregeln zu wachen. Im Zeitalter der industriellen Revolution, in einer Periode ungeahnter wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen begann der von der Revolution geborene Staat in zunehmendem Maße auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu intervenieren, um schließlich im sozialistischen Staat leninistisch-stalinistischer Prägung ein Höchstmaß an Macht über den einzelnen zu erringen. Im Verlauf dieser Entwicklung, die (im Ansatz) bereits mit der französischen Revolution begann, entfalteten sich erneut korporative Ideen und Bildungen, die zwischen den beiden Extremen Individualismus und Kollektivismus⁴⁾ als "dritte Lösung"⁵⁾ sich ansiedelten und als wirksames Heilmittel für die nachrevolutionären Mißstände im Verhältnis von Staat und Gesellschaft angepriesen wurden. In dem Bestreben, diesen Mißständen abzuhelpfen, haben Korporativismus und Marxismus einen gemeinsamen Ausgangspunkt⁶⁾.

3) P.J.B. Buchez, Histoire de l'Assemblée Constituante, Bd. V, Paris 2^e ed. 1845, S. 63.

4) Vgl. V. Boret, Préface zu de Peraldi, Le Corporatisme, S. III; Louis Le Fur, Révolution Nationale et Corporatisme, Les Etapes, Conclusion S. 5.

5) Murat S. 187; Kaiser S. 64.

6) Vgl. Hourcade, S. 52.

Korporationen sind nun zwar "juristische Institutionen und ihre Hauptprobleme sind staatsrechtlicher Art"⁷⁾. Dennoch existiert keine "umfassende und präzise korporative Doktrin"⁸⁾. Es ist verständlich, daß es deshalb auch an einem einheitlichen Typus der Korporation fehlt und nur Systeme verschiedener politischer und nationaler Schattierungen vorhanden sind⁹⁾. Von Korporativismus sollte man daher überhaupt nicht sprechen, "ohne sich stets zu vergegenwärtigen, daß der Bereich des Korporativen zu vielgestaltige und disparate Elemente enthält - man denke nur an die ständestaatlichen und genossenschaftlichen Theorien -, als daß man von einer korporativen Doktrin sprechen könnte"¹⁰⁾. Dabei hat es in Frankreich keineswegs an Versuchen zur Begriffsklärung gefehlt. Sie sind aber immer in allgemein gehaltenen und sich zum Teil widersprechenden Umschreibungen und Regeln stecken geblieben¹¹⁾. "Das Heer der Korporativisten", sagt Baudin¹²⁾, "ist so disparat, daß man mit gutem Recht das Wort Korporation einer Etikette vergleichen kann, die auf eine Anzahl Flaschen aufgeklebt wird, welche unter verschiedene Produzenten verteilt werden und in die dann schließlich jeder nach seinem eigenen Gutdünken irgendein Getränk hineinschüttet". Unter dem Eindruck der Lektüre korporativistischer Literatur wird diese nüchterne Feststellung von de Peraldi¹³⁾ in mehr poetischer Form noch unterstrichen, wenn er schreibt: "Le corporatisme est comme ces auberges espagnoles et ... comme l'amour, où chacun trouve ce qu'il apporte mais ne trouve que cela".

7) Kaiser, S. 63. - Auch Brèthe de la Gressaye hebt darauf ab, daß der juristische Organisationsmodus das zentrale Problem jeder korporativen Doktrin darstelle (Brèthe-Laufenburger-Garrigou, S. 15).

8) Kaiser, S. 61 mit Nachweisen.

9) Vgl. Personnaz, Droit Social Bd. 4 (1941) S. 151.

10) Kaiser, S. 55 Anm. 3 (Sperrung im Original).

11) Siehe dazu z.B. die zusammenfassende Darstellung bei Murat, S. 34 ff.

12) S. 4 f.

13) S. 6

Der Mangel einer klar umrissenen korporativen Doktrin hindert jedoch nicht, gleichwohl von einer ständisch-korporativen Idee zu sprechen, "die sich unter allen Formen zeitbedingter Realisationen in ihrem kategorialen Sinngehalt gleichgeblieben ist. Sie ist ein unverwechselbares Prinzip gesellschaftlicher und politischer Gliederung, das ... die funktionale Struktur einer Gesellschaft oder einer Nation bestimmt und als solches zu dem regionalen Gliederungsprinzip im Gegensatz steht"¹⁴⁾. Unter Zugrundelegung der beiden Kategorien des aristotelisch-thomistischen Weltbildes, Materie und Form, könnte man dabei den Stand als soziale Kategorie mit der Materie und die Korporation als juristische Kategorie mit der Form vergleichen. Beide stehen in einer Wechselbeziehung, verhalten sich zueinander gleichsam wie Potenz und Akt. "Der Ausdruck 'ständisch' legt den Akzent auf die Spontaneität gewachsener sozialer Gruppierungen, während 'korporativ' auf ihre organisatorische Form abhebt, die oft auf autoritären staatlichen Eingriff zurückgeht"¹⁵⁾.

Der Ausgangspunkt der während der letzten hundert Jahre in Frankreich entstandenen korporativen Doktrinen ist in der Regel die Lehre, daß die Gesellschaft weder nur eine Summe von einzelnen, noch ein einförmiges Kollektiv darstelle. Vielmehr gebe es zwischen dem einzelnen und dem Ganzen soziale Gebilde mit eigenem, naturgegebenem¹⁶⁾ und vom Staat anzuerkennendem Lebensrecht¹⁷⁾: "Die Natur stellt die Menschen an ihren Platz Ohne gefragt zu werden, werden sie in vorgegebene Ordnungen, in natürliche Gemeinschaften hineingestellt. Dies sind keine vertraglichen

14) Kaiser S. 55.

15) Kaiser S. 54 Anm. 1.

16) "La plus haute vertu du corporatisme est sans doute sa conformité aux lois du droit naturel" (Bouvier-Ajam S. 30 mit Literatur-Sperrung ist im Original Kursivdruck).

17) Diese Lehre steht in Übereinstimmung mit der überlieferten katholischen Gesellschaftslehre und verneint das Axiom eines Unterwerfungs- oder Gesellschaftsvertrages, wie es von der Philosophie des 17. u. 18. Jh., vor allem von Hobbes und J.-J. Rousseau, zur Überwindung des zwischen Staat und Gesellschaft bestehenden Spannungsverhältnisses entwickelt wurde.

Gemeinschaften, die auf Grund gegenseitigen Übereinkommens zur bestmöglichen Wahrnehmung der Interessen einzelner oder um der guten Sache willen zustandegekommen sind. Vielmehr handelt es sich um Gemeinschaften, welche die Natur dem Menschen als Lebensraum, Tätigkeitsfeld und Aufgabengebiet zuwies und damit um intermediäre Bereiche zwischen dem Einzelmenschen und der Gesamtheit"¹⁸⁾. Die Struktur der Gesellschaft werde also durch sociétés naturelles wie famille, cité, profession¹⁹⁾ als Träger gesellschaftlicher Funktionen²⁰⁾, durch soziale Funktionsgruppen bestimmt, die durch Sinn- und Zweckzusammenhänge geprägt würden.

18) G. Boivin et Bouvier-Ajam, Vers une économie politique morale, 3. Aufl. S. 101 f.

19) Brêthe de la Gressaye spricht hier von 'notwendigen', im Gegensatz zu 'freiwilligen' "corps sociaux" (La Corporation et l'Etat, S. 79).

20) Das Wort "Beruf" (profession) wird in einem engeren und einem weiteren Sinne verwendet. "Beruf" kann einmal die Bedeutung von "métier" haben und bezeichnet dann die Fähigkeit, auf Grund erworbener technischer Kenntnisse eine bestimmte Arbeit auszuführen (so Note n° 9 des Staatssekretariats für Arbeit, abgedruckt in Droit Social Bd. 6 (1943) S. 265 f.). Dabei ist hinzuzufügen, daß der Beruf aber nicht als Gelegenheitsarbeit, sondern meist als eine auf das ganze Leben berechnete Tätigkeit wahrgenommen wird. Beruf in diesem Sinne ist gemeint, wenn jemand im täglichen Leben nach seinem Beruf gefragt wird. "Beruf" wird daneben aber auch zur Bezeichnung eines Berufszweiges, einer Leistungsgemeinschaft gebraucht. Gegenstand des Berufes ist dann nicht eine bestimmte technische Fähigkeit, sondern eine "Leistung im gesellschaftlichen Sinne" (so auch Eberhard Welty, Herders Sozialkatechismus 1953 Bd. II S. 121). Die Menschen sind hier funktional, d.h. nach dem Zielgut oder Sinn ihrer Tätigkeit, gegliedert, "nicht nach dem, was sie sind, sondern nach dem, was sie tun" (Baudin S. 8). Die Einheit des Berufes wird gewonnen durch das Werk, das geschaffen ist, durch das Erzeugnis, das hergestellt wird, durch den Bedarf, der gedeckt werden soll. Arbeitnehmer und Arbeitgeber eines bestimmten Produktionszweiges bilden einen "corps vivant", einen natürlichen Sozialkörper, den "Beruf", weil aus ihrer gemeinsamen Arbeit gemeinsame Interessen und selbst Gefühle hervorgewachsen und sie an dem einen gemeinsamen Wohl teilnehmen (Brêthe de la Gressaye, Entreprise et profession, S. 315/316). Der Beruf als eine soziologische Kategorie bezieht sich damit auf "die vom Individuum als Lebensaufgabe gewählte Betätigung im Dienste der Bedürfnisbefriedigung der Allgemeinheit" und führt die verschiedensten sozialen Schichten "vom abhängigen Handarbeiter über den Angestellten und den Kleinunternehmer bis hinauf zu den Wirtschaftskapitänen und den geistigen Großunternehmern" zusammen (Edgar Tartarin-Tarnheyden, Berufsverbände und Wirtschaftsdemokratie, 1930, S. 87/88). Er erweist sich dadurch einwandfrei als vertikale Gliederung (J.C.P. 12

Angesichts der bereits im 19. Jahrhundert zutage tretenden Mängel des Syndikalismus²¹⁾ und vom Versagen des liberalen Systems enttäuscht, richteten die Schöpfer korporativer Doktrinen und Verfassungen ähnlich wie in anderen Ländern so auch in Frankreich ihr Augenmerk vorwiegend auf die Projektierung korporativer Berufs- und Wirtschaftsordnungen²²⁾. Danach sollen die auf beruflicher Grundlage nach dem Motto "die Korporationen vereinen, was die Syndikate trennen" geschaffenen Organisationen²³⁾ befugt sein, ihre (beruflichen) Angelegenheiten²⁴⁾ kraft eines naturgegebenen²⁵⁾

(1941) Etude 234 Nr. 4), im Gegensatz zur horizontalen Gliederung der Gesellschaft in Klassen.

21) Siehe dazu eingehend Kaiser S. 35 ff.

22) "Die Wirtschaft ist das eigentliche und ursprüngliche Feld der korporativen Organisation, und die korporative Theorie ist in erster Linie eine Lehre von der Ordnung der Wirtschaft und ihrer politischen Relevanz" (Kaiser S. 325). So ist es zu erklären, daß der vor allem durch die Ecole Catholique Sociale zur Blüte gelangte Begriff der "corporation" im französischen Schrifttum seit einiger Zeit die ausschließliche Bedeutung einer Berufsorganisation angenommen hat (Noyelle, Organisation de la production et organisation de la profession dans l'industrie, Rencontres S. 17; desgl. Baudin S. 7 mit Literatur; Personnaz S. 50; J. Folliet, S. 317). Sehr klar formuliert Teitgen (Droit Social Bd. 5 (1942) S. 11): "La corporation n'est pas autre chose que la profession organisée".- Perroux (Le sens...S. 459) gebraucht "organisation professionnelle" und "corporatisme" gleichbedeutend nebeneinander. Damit ist die ständisch-korporative Idee als universelles Strukturprinzip aber nicht aufgegeben: "L'établissement d'une organisation corporative des professions et d'une économie corporative, si importante soit-elle, n'est pas tout le corporatisme...C'est toute la structure juridique de la société que le principe corporatif...remettrait en question" (Brêthe de la Gressaye, La Corporation et l'Etat, S. 78). So ist z.B. auch in Portugal das Prinzip der korporativen Gliederung mit Ausnahme des kirchlichen Bereichs auf alle Lebensgebiete der Nation ausgedehnt (vgl. dazu Kaiser S. 325).

23) Siehe dazu Kaiser S. 54 mit Literaturnachweisen.

24) "Tout ce qui est professionnel doit revenir à l'autorité corporative, étant étendu que les Pouvoirs publics exerceront sur elle leur contrôle dans l'intérêt général. Tout ce qui est public, par contre, relèvera les organes politiques, sous cette réserve que ceux-ci entendront le conseil autorisé et légitime des corporations" (Marcel Prêlot, Semaine Sociale d'Angers, 1935, S. 367). Auf Grund der inzwischen gesammelten Erfahrungen wies Maurice Byé auf der Semaine Sociale de Lille, 1949, darauf hin, daß eng auszulegen sei, was beruflicher Natur ist, und weit, was öffentliche Angelegenheiten sind (Semaine Sociale de Lille, 1949, S. 204).

25) Salleron, Naissance..., S. 84.

Mindestmaßes an korporativer Autonomie selbständig und eigenverantwortlich wahrzunehmen²⁶⁾. In ihrer Eigenschaft als autonome gesellschaftliche Ordnungseinheiten sind die in dem Raum zwischen Staat und einzelner entweder organisch sich entwickelnden, gewaltsam in diesen Raum einbrechenden oder evtl. auch vom Staat autoritär oktroyierten²⁷⁾ korporativen Organismen "puissances intermédiaires" par excellence. Die notwendige Folge dieser Mittlerstellung ist ein "Abbröckeln" ("émiettement") des rechtlichen Status sowohl des einzelnen wie des Staates²⁸⁾, eine Mediatisierung beider²⁹⁾. Mag man sich von diesem beiderseitigen Substanzverlust auch die Beseitigung der Mißstände eines exzessiven Individualismus wie derjenigen eines totalen Etatismus erhoffen³⁰⁾, in ihrer äußersten Konsequenz führt die Anerkennung natürlicher zwischen Staat und einzelner stehender Gruppen schließlich zur Forderung und Begründung eines zwischen Privatrecht und öffentliches Recht sich einschiebenden selbständigen "droit collectif"³¹⁾. Umgekehrt droht aber auch der Korporation

26) Vgl. hierzu insbesondere Brêthe de la Gressaye, La Corporation et l'Etat, S. 78; George (S. 50), der von einer "auto-direction de la profession" spricht, die wenigstens in der Tendenz jeder korporativen Institution innewohnen müsse; Marcel Prêlot, Personne et société politique, Semaine Sociale de Clermont-Ferrand, 1937, S. 450.

27) Die französische Doktrin spricht im ersten Falle von "corporatisme d'association", im zweiten von "corporatisme d'Etat", unterscheidet also zwischen ständischem und etatistischem Korporativsystem.

28) Baudin (S. 12) spricht von einem "démembrement de la souveraineté".

29) Kaiser S. 63.

30) Baudin S. 12.

31) So z.B. Personnaz S. 146 ff. - Sehr eingehend befaßt sich auch de Lacharrière (La gestion., S. 1 ff.) mit dem Problem. Die These vom droit collectif ist eine Antastung des jakobinischen Prinzips, nach dem es keine andere Gewalt gibt als die des "service public" (Teitgen, P.-H., Droit Social Bd. 5 (1942) S. 111). Dementsprechend konnte sich das französische Staatsdenken des 19. Jh. die Schaffung einer Rechtsregel durch ein anderes Organ als den Staat überhaupt nicht vorstellen (vgl. Rouast-Durand S. 32 Nr. 36). Kraft des Prinzips von der nationalen Souveränität durfte sich kein selbständiger Verband zwischen die Nation und ihre Repräsentanten schieben. Das kommt klar zum Ausdruck in Art. 3 der "Déclaration des droits

selbst Gefahr, und zwar von dem sie anerkennenden und schützenden Staat. Das aus der staatlichen Privilegierung resultierende größere oder geringere Maß hoheitlicher Aufsicht "kann sich verdichten zur völligen Einordnung in den staatlichen Machtapparat, zur Instrumentalisierung der intermediären, korporativen Gebilde, durch die der Staat Wirtschaft und Kultur reglementiert und das Individuum (in der Tendenz) absorbiert"³²⁾.

Die vorliegende Untersuchung soll zeigen, in welche Richtung die in den Jahren 1940 - 1944 von der Révolution Nationale des Vichy-Regimes auf ständisch-korporativer Basis versuchte Gesellschafts- und Staatsreform weist.

de l'homme et du citoyen" vom 26.8./3.11.1789, wo es heißt: "Le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation; nul corps, nul individu ne peut exercer d'autorité qui n'en émane expressément". Erst die Renaissance von Gruppenbildungen in jüngerer Zeit hat den einzelnen wieder aus der Vereinzelung zu lösen begonnen, und neu entstehendes Gruppenrecht hat in die nahtlose Geschlossenheit der staatlichen Souveränität einen Keil getrieben.

32) Kaiser S. 74. - "L'Etat ... absorbe l'homme par l'intermédiaire de la corporation", Ugo Spirito (I Fondamenti della economia corporativa, Milan 1932, ref. bei Baudin S. 17).

E r s t e r T e i l

Ständisch-korporative Strömungen und Ansätze in der Dritten Republik

"Keine Gestalt des gesellschaftlichen und politischen Lebens ist eine Schöpfung aus dem Nichts, und keine Doktrin ging vollendet aus dem Hirn eines politischen Denkers hervor wie die gepanzerte Athene aus dem Haupte des Zeus"¹⁾. Alle diese Schöpfungen sind das Ergebnis längerer oder kürzerer Entwicklungen. Ein Blick in die Geschichte lehrt uns, daß das ständisch-korporative Experiment des Vichy-Regimes hiervon keine Ausnahme macht und daß sich in der Dritten Republik bereits eine präkorporative Phase abzeichnet²⁾. Besonders zwei Gruppen arbeiteten seit geraumer Zeit an einer korporativen Doktrin: die Monarchisten, hauptsächlich die von Charles Maurras³⁾

1) Kaiser S. 30.

2) Im Jahre 1934 schrieb F. Olivier-Martin: "Le problème de l'organisation corporative est l'un de plus urgents problèmes d'organisation des temps présents, non pas seulement en France...." (zit. bei Marcel Felgines, Vues..., S.104).

3) Ch. Maurras (1868-1952) war fanatischer Monarchist, glühender Chauvinist und gehässiger Antisemit in einem. Seine literarischen Feldzüge gegen Dreyfus, gegen England und Deutschland blieben nicht ohne Einfluß auf die französische Politik. 1945 wurde er als angeblicher "collaborateur" zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1948 aber begnadigt.

Neben seiner wenig glücklichen politischen Haupttätigkeit war Maurras - unter Ablehnung alles Romantischen und unter Verherrlichung des klassischen Maß- und Ordnungsstrebens - zugleich ein fruchtbarer Literaturkritiker; er veröffentlichte auch Prosaerzählungen und Gedichte.

geführte Action Française⁴⁾ einerseits

- 4) Die fast ausschließlich vom Bürgertum getragene Action Française (Aron, Histoire ..., S. 199) wurde am 20. Juni 1899 unter dem Eindruck der die Nation in zwei Lager spaltenden Dreyfus-Affäre von Henri Vaugeois gegründet. Sie war ursprünglich eine Sammelbewegung nationalistischer Intellektueller, die trotz ihres Bekenntnisses zur Republik "zu den ältesten und bedeutsamsten Gruppen des gegen den Parlamentarismus kämpfenden Heeres gehörte" (Gurian S. 1). Unter dem maßgeblichen Einfluß von Charles Maurras, der bald die Führung übernahm, entwickelte sie vor allem in der gleichnamigen Zeitung (seit 1908 Tageszeitung) ein radikales reaktionäres Programm, in welchem die Republik als "gueuse" und "régime de l'étranger" angeprangert wurde (Aron, a.a.O.). "Politique d'abord", d.i. Beseitigung der bestehenden Institutionen, war die Parole der Action (Gurian S. 124). Ihr "nationalisme intégral" gipfelt in der Forderung einer "traditionellen, erblichen, anti-parlamentarischen und dezentralisierten Monarchie" (Ch. Maurras, Mes Idées Politiques, Paris, Arthème Fayard, 1937, S. 285) sowie einer hierarchisch-korporativen Gesellschaftsordnung ("les libertés en bas, les autorités en haut") und verlangt - aus rein profanen Gründen - auf konfessionellem Gebiet die Vorherrschaft des Katholizismus. Außenpolitisch tritt die A.F. für eine bis zur Irrealität gehende Selbständigkeit Frankreichs ein: "La France seule", ein sowohl von Deutschland wie England isoliertes Frankreich, ist der Wunschtraum der Nationalisten.

Ch. Maurras geht in seinem Denken von einer "organologischen Position" aus (Naumann S. 62): Weil die Demokratie - Auguste Comte nennt sie eine "mystification oppressive" (zit. bei Maurras-Moreau, S. 975) - keine vorgegebene Tatsache sei, tut er sie von vornherein als "unorganisch" und deshalb nicht lebensfähig ab: "La démocratie n'est pas un fait. La démocratie est une idée. Cette idée inspire des lois. Et ces lois et ces institutions se révèlent de jour en jour plus désastreuses, destructives et ruineuses, plus hostiles aux tendances naturelles des mœurs, au jeu spontané des intérêts et au développement du progrès. Pourquoi? Parce que l'idée démocratique est fausse en ce qu'elle est en désaccord avec la nature ..." (Gazette de France, vom 24.8.1902). Denn die Natur sei differenziert, sie kenne weder eine quantitative noch eine qualitative Gleichheit. Jedes Organ habe eine ihm eigene Funktion. Da der demokratische Staat nun seine ganze Autorität vom Individuum allein beziehe, müsse er damit notwendigerweise alle "sociétés secondaires" ausschalten und unterdrücken. Das führe dazu, daß diese nicht mehr ihre Funktion im Gesamtleben des Volkes erfüllen könnten.

Die schlimmen Folgen der Demokratie zeigten sich auch bei der Wahl. Der régime électif sei die Wurzel der Desorganisation Frankreichs und das Einfallstor für die "quatre Etats confédérés" (Juden, Protestanten, Freimaurer und Metöken). Von hier aus wird das liberal-demokratische System angegriffen und als "fadenscheiniger Bestand" dargestellt. Denn die Gesellschaft, die ja vor dem Staate da sei (Démocratie Religieuse,

S. 272; zit. bei Tefas S. 339), sei aus Gruppen, aus sog. associations zusammengesetzt, die der Staat nicht zu schaffen, denen er vielmehr - weil praexistente - nur Lebensraum zu gewähren habe. Dem von den Ideen égalité und liberté her Staat und Gesellschaft erfassenden und idealistisch deren Zukunft gestaltenden Ordnungsbild der Revolution stellt Ch. Maurras seine auf einem "empirisme organisateur" (darunter ist die Sammlung geschichtlichen Materials zu verstehen, das - zu einem System verarbeitet - die Richtigkeit der persönlichen Auffassungen Maurras' erweisen sollte) begründete antiindividualistische Ordnung der Ungleichheit entgegen: "L'inégalité ou la mort" (Enquête ..., S. 119).

In diesem Kampf Maurras' gegen die Gleichschaltung der einzelnen im Wege einer formalen "égalité" sieht Tefas (S. 40/41) das Wesentliche des Maurrassismus: "Ordre et gradation, archie et hiérarchie, telle est la doctrine maurrassienne ... Le maurrassisme, c'est le problème de l'égalité plus que celui de la monarchie". Die Stellung der Monarchie im System Maurras' wird durch diese Feststellung jedoch keineswegs geschwächt. Der Monarch bleibt Garant und Symbol einer dauerhaften, festgefügtten Ordnung, der Monarchismus ist für Maurras "Ausdruck einer überzeitlichen Einstellung" (Gurian S. 63). Unabhängig von momentanen Erregungen und Bedürfnissen wird die Monarchie als "régime de l'ordre" schlechthin angesehen, "conforme à la nature de la nation française et aux règles de la raison universelle" (Enquête... S. 446 f.). Umgekehrt wird daher auch das Schwinden von Macht und Kraft des französischen Staates, das sich zum ersten Mal im Krieg 1870/71 eklatant gezeigt hatte, auf den Niedergang des Königtums zurückgeführt. Wie sollte Frankreich, ein Werk der Könige, ohne Königtum bestehen können? "Née des oeuvres du Roi, la France n'était-elle pas condamnée à languir, à stagner, ou à se déchirer sans lui?" (Pour un jeune Français, Amiot-Dumont Paris 1949, S. 92). "Die Wiedereinführung der nationalen Monarchie allein ist für Frankreich die sichere Bedingung und die einzige Möglichkeit seines Heils" (Maurras-Moreau, S. 976).

Trotz ihrer Anstrengungen, die "gens en casquette" um sich zu sammeln, wurde die A.F. keine Volksbewegung, wenn sie auch starken Einfluß auf die Jugend ausübte. "Die Doktrin von Maurras war zu sehr logisch-konstruktiv, um eine Bewegung in die breiten Massen zu tragen" (Gurian, S. 115). Die A.F. erlangte auch keinen parlamentarischen Einfluß. (Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sie keine derartigen Absichten hatte. Maurras selbst stellte in einem in der "Action Française" vom 28.9.1926 erschienenen Artikel fest, daß die A.F. keine politische Partei sei: "... l'Action française n'est pas un parti politique... Elle est une école de politique nationale française").

Die Stellung der A.F. innerhalb der katholischen Kirche, die vor allem durch die Angriffe gegen die laizistische Gesetzgebung und den Kampf gegen den Modernismus gestärkt worden war - die Gründer der Bewegung waren nicht gerade gläubige Katholiken gewesen -, kam mit der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche immer mehr ins Wanken und der Agnostizismus Maurras' trat immer klarer zu-

und die Ecole Catholique Sociale ⁵⁾

tage. Maurras' Katholizismus war ein "Katholizismus minus Christentum" (Naumann S. 76). 1926 wurde die Bewegung von der Kirche offiziell verurteilt. Das hohe Ansehen, das andererseits die katholische Kirche bei Maurras genoß, ist weniger auf seinen Glauben an die Kirche als Heilsanstalt, denn auf deren Eigenschaft als Institution von unerschütterlicher Stabilität, als felsenfestes Ordnungsprinzip zurückzuführen. Die Kirche ist für ihn "la seule garantie que puisse trouver aujourd'hui dans le monde entier la civilisation". Vor allem betone sie die Rechte der natürlichen, gesellschaftlichen Gruppen, der Familie, der Stände. So könne auch der Ungläubige in der A.F. seine Arbeit als die Arbeit an der Wiederherstellung des "ordre social chrétien" bezeichnen, den die Revolution vernichtet habe (siehe dazu näher Gurian S. 96/97).

Die Blütezeit der A.F. lag in den Jahren zwischen 1900 und dem 1. Weltkrieg. Neben Maurras, der wohl der führende Kopf, aber keineswegs die ganze Action war, arbeiteten Leute mit wie Léon Daudet, Jacques Bainville, Firmin Bacconnier, Montesquiou, Marie de Roux, Le Comte de Paris, Georges Valois, Henri Massis u.a., von denen sich später allerdings ein Teil lossagte. So gründete Georges Valois 1925 unter dem Eindruck des faschistischen Sieges in Italien einen "Faisceau des Combattants et des Producteurs" und hoffte durch revolutionäre und antiparlamentarische Haltung eine "nationale Revolution" in Frankreich zum Siege führen zu können und einen Führerstaat auf korporativer Grundlage zu schaffen (Siehe dazu Karl Heinz Bremer, Der französische Nationalismus, 1939, S. 89). - Zur Action Française siehe vor allem Charles Maurras, Dictionnaire politique et critique, Paris 1932 ff., Bd. 1 S. 6 ff. - Erst unter dem Régime Pétain erlangte die Bewegung politische Bedeutung (s. dazu unten S. 43).

- 5) Der catholicisme social geht in seinen Anfängen auf Frédéric Le Play, Charles Périn und Emile Keller zurück. Die Ecole Catholique Social entstand in den Jahren 1880-1885. Ihre prominentesten Vertreter, René-Charles-Humbert Marquis de la Tour du Pin Chambly de la Charce (1834-1924; er war Monarchist und bedeutendster Theoretiker des sozialen Katholizismus. Seine Gedanken hat er vor allem in dem 1942 (Paris) in 6. Auflage erschienenen Buch "Vers un ordre social chrétien", Jalons de route, 1882-1907, niedergelegt. Das Werk könnte nach Douence (S. 17) den Untertitel tragen: "La société chrétienne repose sur le sentiment de la communauté et sur le fait de l'association") und Adrien-Albert-Marie Comte de Mun (1841-1914; dieser war einer der Hauptführer des politischen Katholizismus und maßgebend an der Sozialgesetzgebung des ausgehenden 19. Jh. beteiligt) waren stark von den sozialen Schriften des Mainzer Bischofs v. Ketteler beeinflusst, die sie während ihrer deutschen Gefangenschaft in Köln kennengelernt hatten (vgl. Voog S. 605; ferner Robert Talmy, Aux Sources du Catholicisme Social, Tournai 1963, S. 33 und passim).

Die Ecole erhielt starken Auftrieb durch die am 15. Mai 1891 zur sozialen Frage ergangene Enzyklika Rerum Novarum des Papstes Leo XIII. und sah 40 Jahre später in Quadragésimo

andererseits⁶⁾. Obwohl beide dieser korporativ orientierten Bewegungen in René de La Tour du Pin, dem "maître lucide de la philosophie corporative"⁷⁾, ihren gemeinsamen Vater verehren⁸⁾ und so ihre geistige Nahrung zu einem großen Teil

Anno Pius XI., dem zweiten großen Weltrundschreiben zur sozialen Frage, eine Bestätigung ihres Programms (Brêthe de la Gressaye, Brêthe-Laufenburger-Garrigou, S. 17).

Seit 1904 sind die jährlich unter kirchlicher Schirmherrschaft stattfindenden Semaines Sociales de France ein repräsentatives Aktionszentrum der Ecole. Wie schon der Name sagt, beschäftigen sich diese Semaines Sociales grundsätzlich nicht - im Gegensatz zur Action Française - mit der Ausarbeitung eines umfassenden politischen Programmes, sondern beschränken ihren Wirkkreis, um mit ganzer Kraft sich der sozialen Frage widmen zu können. Jedenfalls scheint die Lösung dieser Frage durch Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen den sozialen Klassen wenigstens ursprünglich das ausschließliche Anliegen der Mehrzahl der Anhänger dieser sozialpolitischen Reformbewegung gewesen zu sein. Erst im Laufe der nächsten fünfzig Jahre, auf Grund weiterer Erfahrungen, die mit dem liberalen System gemacht wurden, faßte die Ecole Catholique Sociale eine Strukturreform unter wirtschaftlichem und politischem Aspekt ins Auge. Im Gegensatz zur Doktrin der Action Française wird dabei keinesfalls der Umsturz der politischen Ordnung als conditione sine qua non eines korporativen Regimes angesehen. Man ist sich vielmehr darin einig, daß die Schaffung von Korporationen nicht "tout d'une pièce" vor sich gehen kann und sucht deshalb, unter Anerkennung und Verwertung der politischen Gegebenheiten, innerhalb des demokratisch-republikanischen Systems eine unter christlichem Vorzeichen stehende ständisch-korporative Ordnung zu verwirklichen. Als die besten Einrichtungen werden nämlich diejenigen angesehen, welche sich langsam aus den Bedürfnissen entwickeln und den gewonnenen Erfahrungen sich anpassen. - Zur Geschichte der Ecole Catholique Sociale siehe Georges Jarlot S.J., *Le régime corporatif et les catholiques sociaux*, Histoire d'une doctrine, Bibliothèque d'études sociales (Flammarion) 1938; Charles Flory, *Leçon d'ouverture*, Semaine Sociale de Toulouse 1945, S. 11 ff., S. 17; Voog, S. 599 ff.

- 6) Unter dem Eindruck der italienischen und deutschen Realisationen gewann die Idee der Berufsorganisation aber auch im sozialistischen Lager wieder an Aktualität (Perroux, *Rencontres* S. 53).
- 7) François Hepp, *La révolution corporative*, Paris (Publications de l'Office Central d'organisation corporative) 1943, S. 11.
- 8) Brêthe de la Gressaye, Brêthe-Laufenburger-Garrigou, S. 17.

aus derselben Quelle schöpfen, haben sich doch im Laufe der Zeit nicht unwesentliche Unterschiede zwischen ihnen herausgebildet⁹⁾. Insbesondere werden die Fragen, ob das korporative Regime auf eine bestimmte Staatsform zugeschnitten sei und nur innerhalb dieser gedeihen könne, ferner, wie Staat und Korporation zusammen funktionieren und aufeinander abgestimmt werden sollen, verschieden beurteilt.

9) Zur Geschichte der korporativen Idee in Frankreich siehe insbesondere Voog, S. 597 ff.

1. Kapitel

Die korporative Doktrin der Action Française

Die korporative Doktrin ist nur ein Ausschnitt aus dem philosophischen Gesamtsystem der Action Française¹⁾. Sie ruht auf dem Beruf als sozialer Funktion²⁾ und hat ihren Ursprung in der nationalen Idee dieser Bewegung³⁾. Die Berufsorganisation soll aber nicht durch staatlichen Hoheitsakt ins Leben gerufen werden. Der Anstoß zu korporativen Bildungen soll vielmehr von unten kommen und auf Grund freier Willensentscheidung zu spontanen Organisationen führen, die sich selbst verwalten. In einer derart entstandenen beruflichen Selbstverwaltung sah man einen wirksamen Schutz gegen liberale Anarchie einerseits und Etatismus andererseits⁴⁾.

I. Corporation und corps d'Etat.

Die corporation wird verstanden als eine Gemeinschaft, in der die regelmäßigen Aufbauelemente eines Berufs, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter, auf der Grundlage der Zusammenarbeit

1) Tefas S. 446. - Vgl. oben S. 10 Anm. 4.

2) "L'exercice d'une profession est une fonction sociale" (ohne Fundort zit. bei Douence S. 37).

3) Maurras genügte zwar das von La Tour du Pin aufgestellte korporativistische Programm vollkommen (Tefas S. 346), La Tour du Pin war jedoch nicht Mitglied der Action. In Firmin Bacconier fand diese dann schließlich einen Mann, der in ihrem Namen die Fragen der korporativen Organisation im Sinne von La Tour du Pin nach dessen Tode (1924) bearbeitete (vgl. Voog, S. 607).

4) Von daher ist nach Aron auch die berühmte Unterscheidung zwischen dem pays réel und dem pays légal zu verstehen, die Maurras aufgestellt hat. Der pays réel, das sind die natür-

miteinander verbunden sind. Sie steht im Gegensatz zum syndicat als einer auf klassenartige Interessenwahrnehmung gerichteten Vereinigung. Entsprechend dem Grundsatz "la corporation libre dans le corps d'Etat organisé" ist die corporation ihrerseits wieder Glied eines corps d'Etat, verstanden als ein alle Angehörigen eines bestimmten Berufs erfassender autonomer beruflicher Selbstverwaltungskörper.

II. Die Aufgaben der corporation⁵⁾.

Eine corporation hat primär Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Man erhofft sich vom Korporationssystem eine regulatorische Einwirkung auf das wirtschaftliche Kräftespiel und die Herstellung eines guten Einvernehmens zwischen den sog. Sozialpartnern.

Insbesondere sollen durch die Disziplinierung der Berufe Produktion und Konsum miteinander in Einklang gebracht, die Exzesse der Hochfinanz beseitigt und eine Transformation der Aktiengesellschaften (man denke hier z.B. an ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer) herbeigeführt werden. Dem Staat wird seine überragende Stellung auf dem Kreditmarkt bestritten. Daneben wird ein nationalisierter Berufsschutz, d.h. die grundsätzlich allein den Franzosen vorbehaltene Berufsausübung angestrebt.

Auf sozialem Gebiet sind der corporation in erster Linie Aufgaben der Berufsausbildung, der Lohnfestsetzung, des Fürsorge- und Versicherungswesens sowie die Mitwirkung an der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten übertragen.

lichen Gemeinschaften, die communautés naturelles; der pays légal ist die Repräsentation der obersten politischen Macht, also das zu schaffende Erbkönigtum. Maurras will keinen Totalitarismus, dieser bleibt für ihn eine "perversion naturelle de la démocratie" (Histoire ..., S. 199).

- 5) Die theoretische Arbeit auf diesem Gebiet wurde vor allem durch F. Bacconnier (Le salut par la corporation- Collection Le Nouvel Ordre Economique, Paris 1935) und G. Coquellé-Viance (Un ordre corporatif français, Paris 1938; Libertés corporatives et Unité nationale (Dunod) 1937) geleistet.

III. Corporation und Staat.

Durch die Organisierung der Berufe in autonomen Selbstverwaltungskörpern hoffen die Monarchisten, Hand in Hand mit einer weitgehenden Dezentralisation gleichzeitig zu einer allgemeinen Verstärkung der "autorité" zu gelangen. Die verhaßten "autorités élues" sollen ersetzt werden durch die letztlich im Königtum symbolisierten "autorités nées". Denn nach Auffassung der Monarchisten besteht zwischen Demokratie und korporativem Regime eine unauflösbare Antinomie. Sie wird darauf zurückgeführt, daß die Demokratie ohne Rücksicht auf soziale Zusammenhänge die Gesellschaft willkürlich als Summe von einzelnen behandle, während eine société corporative aus sociétés élémentaires zusammengesetzt sei⁶⁾. Die korporative Restauration verlange daher zugleich auch eine Reform des Staates, mit anderen Worten, sie sei an die Wiedereinführung der Monarchie gebunden.

Nach La Tour du Pin und der Action Française ist allein die Monarchie imstande, in Frankreich einen nicht etatistischen Korporativismus zu gewährleisten⁷⁾. Denn die Monarchie allein, als Inkarnation des starken französischen Staates, habe Macht genug, die Rolle des "dritten Mannes", des "tuteur" oder "arbitre" zu übernehmen.

In der wiedereingeführten Monarchie sollen die corps professionnels zugleich auch Wahlgremien für die corps politiques sein und gegenüber der Unbeständigkeit der politischen Parteien "éléments de compétence et de stabilité" darstellen. Damit aber die volle Staatsgewalt dem Souverän erhalten bleibt, wird weniger

6) La Tour du Pin, *Vers un ordre social chrétien*, 6. Aufl. Paris 1942, S. 509 f.

7) "Il est chimérique de croire que cette organisation", gemeint ist die Einrichtung eines régime corporatif, "pourra s'achever sous le régime démocratique et parlementaire pour ce motif qu'en démocratie l'organisation de l'Etat est prisonnière d'intérêts particuliers.... L'achèvement de l'organisation corporative ... implique une organisation politique de l'Etat indépendante de son organisation économique dont l'intérêt social est supérieur à tous les autres et infiniment plus fort que tous les autres"; so die "Action Française" (zit. bei Douence S. 36).

an die Einführung eines Wirtschaftsparlamentes als an die Schaffung beratender Kammern gedacht⁸⁾.

Für die Action Française ist Korporativismus letztlich nur ein Mittel, alle Einzelinteressen dem einen "intérêt national" und der nationalen Idee als einer "idée fin" zu unterwerfen⁹⁾. Die den Berufsvereinigungen zuerkannten Rechte sind der Erfüllung der sozialen und nationalen Pflichten untergeordnet. Immer steht die soziale, im öffentlichen Interesse ausgeübte Funktion des Berufs im Vordergrund.

8) "Une chambre unique pour toutes les professions, serait une Tour de Babel ...". (La Tour du Pin, ohne Fundort zit. bei Douence S. 39).

9) Douence S. 40.

2. Kapitel

Die Doktrin der Ecole Catholique Sociale¹⁾

Während die korporative Berufsorganisation von der Action Française in erster Linie unter nationalen und politischen Aspekten betrachtet wird, ist sie für die Catholiques Sociaux vor allem ein humanitäres Anliegen. Durch die Bildung von Korporationen soll das Proletariat beseitigt und dadurch eine Arbeitsordnung geschaffen werden, die der Würde und der geistigen Bestimmung des Menschen gerecht wird²⁾. Menschenwürdiges Dasein ist aber nur dort möglich und gewährleistet, wo ein wirksamer Schutz besteht. Daraus ergibt sich die Forderung nach einem gewissen Maß von Autonomie und Autorität, soweit nicht die Einheit der Sozialordnung gesprengt oder ein Faktor der Anarchie geschaffen wird. Autorität soll koordinieren, nicht paralisieren.

Die Idee der Berufsorganisation wird von den Catholiques Sociaux nicht überbewertet und nur als ein Ordnungselement neben anderen angesehen. Die Überbewertung des Wirtschaftlichen und Materiellen ist ein Symptom der geistigen Krise, in der sich Menschen befinden können, ein Zeichen für die Nichtbewältigung gerade des Materiellen. Der Beruf soll den Menschen jedoch nicht versklaven. Er soll dem Einzelnen helfen, im Dienste der allgemeinen Wohlfahrt seiner eigenen geistigen Bestimmung bewußt zu werden.

Weil die menschliche Person aufgerufen ist, sich nicht nur innerhalb ihres beruflichen Wirkungsbereiches, sondern auch innerhalb anderer Gemeinschaften wie Familie, Gemeinde, Provinz und Staat

1) Siehe hierzu insbes. die auf der Semaine Sociale d'Angers im Jahre 1935 gehaltenen Vorträge, in denen das damalige Gedankengut der Ecole unter dem Thema "L'Organisation Corporative" zusammengetragen und veröffentlicht ist. Bezüglich der nach 1944 ergangenen Äußerungen zur Frage des Korporativismus sei vor allem auf die Aufsätze von Jean Rivero ("Groupes d'intérêts et corps intermédiaires", in: Semaine Sociale de Rennes, 1954, S. 317 ff.), Joseph Folliet (Le "corporatisme", dada ou cheval de bataille?, Chronique Sociale de France, 1956, Lyon, Heft 4 S. 315 ff.), sowie Vorwort zu Heft 7/8 der Chronique Sociale de France von 1957, Organisation professionnelle et corporatisme (Lyon 1957), hingewiesen.

2) Brêthe de la Gressaye, L'Organisation des Professions, Charleroi 1936, S. 10.

zu entfalten, wenden sich die Catholiques Sociaux gegen Übertreibungen in Form von "corporatisme" und "Etat corporatif". Die corporation soll sich nicht mit Dingen beschäftigen, die sie ihrer Natur nach nichts angehen. Eine Gesellschaft, in der alles corporation wäre, wäre nicht mehr menschlich³⁾. Nur innerhalb einer Vielzahl von Gesellschaften und Gruppen kann Freiheit gedeihen, weil allein da der Mensch wählen und sich entscheiden kann. Die Fülle von Aufgaben und Tätigkeiten innerhalb solcher natürlichen und freiwilligen Gesellschaften, denen er angehören kann, aber in denen er nicht aufzugehen braucht, bieten ihm mehr Schutz als individualistische Isolierung⁴⁾.

Nach Auffassung der Catholiques Sociaux, die insoweit den richtungsweisenden Verlautbarungen der Päpste Leo XIII. und Pius XI. folgen, ist das korporative Regime - im Gegensatz zur Doktrin der Action Française - nicht an eine bestimmte Staats- oder Regierungsform gebunden. Jedes politische System wird ihm daher ein eigenes Gesicht geben⁵⁾. Das korporative System wird damit politisch - wenn auch nicht weltanschaulich - als indifferent angesehen. Gleichwohl wird an der demokratischen Staatsordnung festgehalten, nicht nur wegen der prinzipiellen Anerkennung bestehender Verhältnisse durch die Catholiques Sociaux überhaupt⁶⁾, sondern weil in einer durch öffentliche und freie Willensbildung zustandegewonnenen Regierung ("gouvernement d'opinion") die sicherste Gewähr für die Achtung der menschlichen Person gesehen wird⁷⁾. Demokratie und Korporativismus schließen sich somit nicht aus,

3) Duthoit, Semaine Sociale d'Angers S. 47.

4) Vgl. hierzu Marcel Prélôt, Personne et société politique, Semaine Sociale de Clermont-Ferrand, 1937, S. 444.

5) de Solages Semaine Sociale d'Angers, S. 269.

6) Siehe oben S. 12 Anm. 5 am Ende.

7) Es ist nicht notwendig, das in allgemeiner Wahl gewählte demokratische Parlament zugunsten einer ausschließlich korporativen Repräsentationsform aufzugeben. Sowohl das rein individualistische System wie auch das ausschließlich korporative Regime sind vereinfachend und verstümmeln die Wirklichkeit. Die sozialen Gruppen haben zwar einen Anspruch auf Repräsentation im Staat, die allgemeine Wahl muß aber bestehen bleiben, weil sie der Freiheit der menschlichen Person entspricht (vgl. Brèthe de la Gressaye, La Corporation et l'Etat, S. 117).

sondern ergänzen sich. Während die Demokratie besonders günstige Voraussetzungen für eine freiheitliche Berufsorganisation bietet, trägt der Korporativismus seinerseits als natürliche und notwendige Ergänzung ein diszipliniertes wirtschaftliches Ordnungsbild bei⁸⁾.

Doktrinäre Starrheit wird abgelehnt und die Warnung Kardinal Pacellis in seiner Grußbotschaft an den Präsidenten der Semaine Sociale d'Angers⁹⁾ beherzigt, daß man sich hüten solle, in einer Gesellschaft, die sich von derjenigen der Blütezeit der Korporationen so sehr unterscheide, korporative Institutionen nach einem einheitlichen, starren Schema zu realisieren. Die Menschen sind frei, diejenige Form zu wählen, die ihnen genehm ist, unter der einzigen Voraussetzung, daß die Gerechtigkeit und das Gemeinwohl nicht darunter leiden.

Die corporation ist das, was ihre Funktionäre und Mitglieder daraus machen. In einer Atmosphäre der moralischen Neutralität und des praktischen Materialismus könnten korporative Einrichtungen die Unordnung nicht beseitigen, sondern nur verschlimmern. Die corporation braucht daher Kraft und Leben von innen heraus. "A la corporation il faut une âme", d.i. der Geist der Gerechtigkeit und sozialer Gesinnung, sowie gewissenhafte Erfüllung der beruflichen Aufgaben und Pflichten¹⁰⁾. Einer spontanen, d.h. vom Staat zwar anerkannten, aber von ihm nicht oktroyierten Berufsordnung wird dabei auch von den Catholiques Sociaux der Vorzug gegeben¹¹⁾.

I. Corporation und syndicat.

In noch stärkerem Maße als bei der Action Française stehen bei den Catholiques Sociaux die "sociétés naturelles" oder "corps sociaux" der verschiedenen Berufszweige, vor allem auf gewerblichem Gebiet, im Mittelpunkt der Überlegungen. Während die Catholiques Sociaux ursprünglich jedoch in der "öffentlichen und getrennten Repräsentation" dieser auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gleicher sozialer Funktion entstehenden

8) Vgl. Georges Hourdin, ref. bei Marcel Prélôt, Semaine Sociale de Clermont-Ferrand, 1937, S. 451.

9) Semaine Sociale d'Angers, S. 6.

10) a.a.O. S. 6/7.

11) Marcel Prélôt, Semaine Sociale de Clermont-Ferrand, 1937, S. 450.

Gruppen durch corporations die Krönung des korporativen Regimes sahen¹²⁾, schränkten sie diesen Begriff später ein und verstanden unter corporation einen autonomen, unter Staatsaufsicht stehenden, beruflichen Zwangsverband mit lokalen, regionalen und nationalen Gliederungen, einen "corps professionnel" mit reglementären, jurisdiktionellen und administrativen Funktionen¹³⁾.

Innerhalb desselben Berufs, derselben corporation, besteht die Möglichkeit, unter sich verschiedene und miteinander konkurrierende Syndikate zu bilden¹⁴⁾. Die Mehrzahl der Catholiques Sociaux vertritt dabei den Standpunkt, daß die schon bestehenden,

-
- 12) "Le régime corporatif est le mode d'organisation sociale qui a pour base le groupement des hommes d'après la communauté de leurs intérêts et de leurs fonctions sociales, et pour couronnement nécessaire la représentation publique et distincte de ces différents organismes. Le rétablissement de la corporation professionnelle est une des applications partielles de ce système". Diese Definition wird von Brêthe de la Gressaye (zit. in: La Corporation et l'Etat, S. 78/79) dem Recueil des décisions de l'union de Fribourg (Paris 1893) entnommen, in welchem die Arbeiten französischer, österreichischer, italienischer, schweizerischer und belgischer Catholiques Sociaux - unter dem Namen "Union internationale des Catholiques Sociaux" bekannt - aus den Jahren 1885 - 1891 zusammengefaßt sind.
- 13) Duthoit definierte auf der Semaine Sociale d'Angers die corporation als "institution d'un corps officiel et public, intermédiaire entre les entreprises particulières et l'Etat, chargé de la gerance du bien commun au sein d'une profession déterminée" (Semaine Sociale d'Angers, S. 44). - Brêthe de la Gressaye bezeichnet den "corps social" als "unique et obligatoire, gouverné par un conseil mixte et paritaire, composé à égalité de représentants patronaux et ouvriers, qui défend les intérêts communs, qui règle les rapports économiques comme les relations de travail, qui arbitre les conflits ... pourvue de tous les pouvoirs, réglementaire, juridictionnel, administratif, à l'égard de tous les membres de la profession...largement autonome à l'égard de l'Etat..." (L'organisation professionnelle, S. 30). An dieser strengen Auffassung wurde - soweit ersichtlich - nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr festgehalten. In einem Vorwort des Herausgebers zu Heft 7/8 der Chronique Sociale de France von 1957 (Lyon) wird die corporation bestimmt als "une profession organisée de fait ou de droit, avec des rencontres institutionnelles entre tous les éléments de la profession, l'organisation aboutissant à des décisions communes, susceptibles d'être étendus à l'ensemble de la profession".
- 14) Jeder Berufsangehörige soll dadurch die Gewähr erhalten, den seinen geistigen und weltanschaulichen Bedürfnissen am meisten Rechnung tragenden syndicat auswählen zu können.

durch das Gesetz vom 21. März 1884 legitimierten Syndikate als "rouage essentiel de l'organisation professionnelle"¹⁵⁾ von einem korporativen Regime übernommen werden müßten. Diese Übernahme wird unter drei Gesichtspunkten für erforderlich gehalten:

1) Der syndicat - so wird erklärt - sei einmal ein pädagogisches Instrument zur Erziehung der Arbeiterklasse. Durch Schaffung von Gemeinschaftshäusern, Sportvereinen, Studienkreisen usw. erfülle er eine soziale Aufgabe ("rôle social humain").

2) Die syndicats seien zudem eine Art Relais zwischen dem Rat und den Mitgliedern der corporation¹⁶⁾.

3) Die alten syndicats hätten in der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen schon langjährige Erfahrung und verfügten über eine brauchbare Elite von Führerpersönlichkeiten.

"Le syndicat libre dans la profession organisée" ist die vor allem auf den Semaines Sociales von Angers(1935) und Rouen (1936) proklamierte, aber auch nach dem Kriege noch vertretene Formel für die angestrebte Berufsordnung¹⁷⁾.

II. Die Aufgaben der corporation.

Sie sind vorwiegend wirtschaftlicher und sozialer Natur. Auf wirtschaftlichem Gebiet obliegt der corporation z.B. die Reglementierung der Produktion, die Schaffung von Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften und dergleichen. Ohne letztlich eine gemeinsame Betriebsführung durch Arbeiter und Unternehmer (cogestion de l'entreprise) zu erstreben, soll der Arbeiter im allgemeinen

15) Douence S. 59.

16) "Ce sont les groupements primaires, intermédiaires nécessaires entre le conseil et les membres de la corporation" (Douence S. 58).

17) Vgl. insbesondere Semaine Sociale de Nantes, 1950, S. 238 f.; Semaine Sociale de Toulouse, 1945, S. 255; Semaine Sociale de Paris, 1947, S. 316.

an der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Aufgaben des Berufes beteiligt werden. Dadurch sollen allmählich alte Mißtrauensherde beseitigt und als moralischer Nutzen ein "esprit communautaire" entwickelt werden.

Auf sozialem Gebiet werden der corporation z.B. die Festlegung der Arbeitsbedingungen, Aufgaben des Schlichtungswesens und der Schiedsgerichtsbarkeit¹⁸⁾ sowie der Berufsausbildung übertragen.

III. Corporation und Staat.

Trotz weitgehender korporativer Autonomie ist die corporation dem Staat untergeordnet. Dieser behält z.B. auf sozialem Gebiet einen "pouvoir réglementaire général", sowie wichtige Privilegien auf wirtschaftlichem Gebiet (er ist zuständig für die allgemeine Wirtschaftspolitik, er hat das Recht zur Ausbeutung von Bodenschätzen, zur Finanzkontrolle u.ä.). Diese Unterordnung soll jedoch ein gesundes Maß nicht überschreiten. Es darf weder so sein, daß der Staat sich in jede Angelegenheit einmischt, noch so, daß die corporation sich bei jeder Gelegenheit hilfeheischend an den Staat wenden kann. Zu starke Anlehnung der corporation an den Staat würde nach Auffassung der Catholiques Sociaux ihren Untergang bedeuten. Die corporation würde aufhören, eine Art Gleichgewicht zwischen liberaler Anarchie und etatistischer Diktatur herzustellen und würde zu einem bloßen Anhängsel der öffentlichen Gewalt, zu einer dem Staate aufgesetzten Maske¹⁹⁾. Der Staat soll nur die oberste Kontrolle ausüben, um Auswüchse zu verhindern.

Während die antiparlamentarisch eingestellten Monarchisten jede Teilnahme des Volkes an der Regierung, selbst die Teilnahme mittels eines sog. "sénat professionnel" ablehnen, sind in der Ecole Catholique Sociale die Meinungen über eine korporative Repräsentation im Parlament geteilt. Während die einen eine Vertretung der corps professionnels sowohl in der Kammer wie auch im Senat befürworten,

18) Das Streikrecht soll aufrechterhalten, die Koalitionsfreiheit dagegen beschränkt werden.

19) de Solages, Semaine Sociale d'Angers, 1935, S. 264.

treten die anderen für die Bildung eines sénat professionnel ou corporatif ein²⁰⁾.

20) Über den damaligen und für die korporative Doktrin des Vichy-Regimes allein bedeutsamen Stand der Meinungen s. Brèthe de la Gressaye, La Corporation et l'Etat, S. 94/95. - Im Lichte der Erfahrungen des Vichy-Regimes sind Bemühungen im Gange, die ursprüngliche Lehre von den corps intermédiaires wieder klarer herauszustellen und den Korporativismus aus seiner Vorrangstellung zu entlassen, weil das Berufsleben keineswegs das unmittelbarste und natürlichste Anwendungsgebiet dieser Doktrin darstelle. Familie und Gemeinde seien nicht minder wichtige corps intermédiaires. Wenn sich die Lehre von den corps intermédiaires in früheren Jahren mit dem Korporativismus identifiziert habe, werde man vielleicht versucht sein, sie in Zukunft mit dem Föderalismus (i.S. einer hierarchisch geordneten Vielzahl von corps intermédiaires subsidiärer Zuständigkeit; d.Verf.) zu identifizieren (Jean Rivero, Semaine Sociale de Rennes, 1954, S. 332).

3. Kapitel

Gesetzgeberische Ansätze

Die im Namen der korporativen Idee unternommenen Anstrengungen sind nicht unfruchtbar geblieben, zumindest soweit sie von der Ecole Catholique Sociale unternommen wurden.

I. Das Gesetz vom 24. Juni 1936.

Die Entwicklung ständisch-korporativer Bildungen begann sich bereits auf der Grundlage und in Verwirklichung von Gesamtarbeitsverträgen abzuzeichnen, wenn auch unter dem syndikalen Regime der Beruf noch nicht als Ganzes, als sozialer Block organisiert ist, sondern in zwei entgegengesetzte, sich hart bekämpfende Lager gespalten bleibt: "Der Gesamtarbeitsvertrag hat in sich den Ansatz, aus der Arbeitsordnung eine Berufsordnung zu erzeugen und damit die beiden Sondergruppen Arbeiter und Arbeitgeber zu einer Berufsgenossenschaft, zu einer echten Zunft zusammenzuschließen"¹⁾. Auch Ripert²⁾ erblickt im erleichterten Abschluß von Tarifverträgen durch die "organisations syndicales les plus représentatives", wie er in dem unter einer Volksfrontregierung zustande gekommenen Gesetz vom 24. Juni 1936 festgelegt ist, den Übergang zu einer korporativen Reglementierung, in Übereinstimmung mit Murat³⁾, der von einem "ersten Schritt in korporativem Sinne" spricht.

Neben den Gesamtarbeitsverträgen sind auch im Schlichtungswesen und in der Arbeitsgerichtsbarkeit, die 1892 fakultativ, 1936 obligatorisch eingeführt worden sind, bereits korporative Elemente enthalten.

1) Othmar Spann, Der wahre Staat, 4. Aufl. Jena 1938, S. 213.

2) Georges Ripert, Le Régime Démocratique et le Droit Civil Moderne, Paris (Librairie générale de droit et de jurisprudence) 2. Aufl. 1948, S. 396.

3) S. 28.

II. Der Décret-loi vom 24. Mai 1938.

Dieses Gesetz, das sich mit der Berufsorganisation der Seefischerei befaßt, brachte den Stein eigentlich ins Rollen. Unter Abkehr von den geheiligten Prinzipien der französischen Revolution⁴⁾ knüpfte es an eine Tradition an, die unter Ludwig XIV. durch die sogenannte Ordonnance de Colbert von 1681 begründet worden war.

Die Initiative zu diesem bedeutsamen Gesetz ging von den Catholiques Sociaux aus, insbesondere von einem früheren Marineoffizier, dem Père Lebret. Dieser suchte seit 1929 nach einem Weg, wie den durch unrationelle Ausnutzung der Fischgründe in wirtschaftliche Not geratenen Fischern geholfen werden könnte⁵⁾. Zu diesem Zweck schuf er im Jahre 1931 den Secrétariat Social Maritime de Saint-Malo, der unter dem Namen Ecole Sociale Maritime bekannt wurde. Um durch Harmonisierung von Angebot und Nachfrage eine bessere Ausbeute der Fischgründe sicherzustellen und auf diese Weise den Fischern zu helfen, führte Lebret besondere Fangschichten und Fangtage ein. Er verschaffte dadurch der Ecole Sociale Maritime, insbesondere bei der gesamten Berufsgruppe Fischerei (einschl. der Arbeitgeber), schnell Anerkennung⁶⁾ und erlangte nach und nach auch die Unterstützung mächtiger Syndikate.

In den Jahren 1935/36 regte Lebret dann die Schaffung freiwilliger, aus den verschiedenen beteiligten Personengruppen (wie Reeder, Fischer usw.) bestehende Berufsausschüsse für die einzelnen Fanggruppen (z.B. Herings-, Sardinenfang usw.) an. Diese comités professionnels sollten die Grundlage abgeben für eine Gesamtordnung von Fischfang und Markt. Der wichtigste dieser Ausschüsse war der comité de hareng. Er hatte ausschließlich wirtschaftliche Befugnisse und trat unter Vorsitz einer berufsfremden Person zusammen.

4) Bador S. 2.

5) Vgl. sein Beitrag in Semaine Sociale d'Angers, 1935, insbes. S. 506 ff. sowie seine Schrift "Les professions maritimes à la recherche du bien commun", Dunod, 1938.

6) Vgl. Bador S. 3.

Den comités als rein privaten Organisationen fehlte aber die Macht, allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen. Diesem Übel half der Décret-loi vom 24.5.1938 ab, der den comités⁷⁾ eine beträchtliche Autonomie zugestand: die (in der Regel) gewählten conseils wurden mit einem pouvoir réglementaire ausgestattet, der sich auf Nichtmitglieder erstreckte; sie führten ihre Entscheidungen grundsätzlich selbst durch, der Staat hatte lediglich ein streng begrenztes Annullierungs- oder Suspensionsrecht⁸⁾. Allerdings waren die Sanktionsmittel unfertig und wenig wirksam ausgestaltet. Auch die auf Fragen überwiegend wirtschaftlichen Charakters beschränkte Zuständigkeit (die Ausschüsse konnten z.B. nicht eingreifen bei Streitigkeiten zwischen den Sozialpartnern) wurde als Mangel empfunden. Das mindert aber nicht die Bedeutung des Gesetzes⁹⁾ als eines "règlement révolutionnaire, oeuvre d'un ministre audacieux", durch das nicht nur die Bemühungen der Ecole Sociale Maritime staatliche Anerkennung erhalten haben, sondern das auch den Ausgangspunkt aller künftigen korporativen Reformen der Fischerei darstellt¹⁰⁾.

7) Der Décret gab die Möglichkeit, berufliche und zwischenberufliche Fischereiausschüsse, sowie ein Zentralkomitee für die Seefischerei zu bilden.

8) Teitgen, J.C.P. 1941, étude 196 Nr. 4.

9) Seine Existenz veranlaßte Bouvier-Ajam im Hinblick auf das die Koalitionsfreiheit in beschränkter Form einführende und dadurch das radikale Verbotssystem der Revolution abschaffende Gesetz vom 21.3.1884 (siehe dazu Kaiser S. 52) zu der Feststellung: "Le décret-loi du 24 mai 1938 rendu applicable à toutes les professions serait le 1884 du corporatisme" (La doctrine corporative, 3. Aufl. 1941, S. 72).

10) Vgl. Bador S. 4/5.

Z w e i t e r T e i l

Das Regime Pétain

1. Kapitel

Das Programm des Regimes

I. Die Révolution Nationale.

Die große Revolution hatte angesichts der "désagrégation interne" der französischen Nation längst an Glanz verloren¹⁾. Immer lauter wurde die Forderung nach einer durchgreifenden Reform des herrschenden politischen Systems erhoben²⁾. Doch erst die militärische Niederlage von 1940 und die Regierungsübernahme durch den Marschall Henri-Philippe Pétain³⁾ schienen den Weg dazu endgültig freizumachen.

Das von verschiedenen rechtsgerichteten Gruppen von langer Hand geplante und publizistisch vorbereitete⁴⁾ Regime Pétain war

1) Vgl. G. Bardet, Allocution, Droit Social Bd. 5 (1942) S. 229.

2) Eine kurze Übersicht über die sich mit Reformfragen befassende Literatur gibt Aron, Histoire..., S. 197.

3) Marschall Pétain, der am 24.4.1856 in Cauchy-à-la-Tour geboren wurde, verdankte seine Karriere vor allem dem ihm zugeschriebenen Sieg bei Verdun im Jahre 1916. Er war von 1922 bis 1931 Generalinspekteur der Armee und schlug im Jahre 1925/26 den Aufstand der Rifkabylen nieder. 1934 wurde er Kriegsminister und 1939/40 war er französischer Botschafter in Madrid. Am 16.6.1940 wurde Pétain als Nachfolger von Paul Reynaud Ministerpräsident. (Die Legalität des Vichyregimes ist nicht unbestritten, von Aron (Histoire..., S. 95 ff. und S. 153 ff.) jedoch überzeugend dargetan worden: "Vichy... c'est la ville où la République s'est suicidée légalement" (a.a.O. S. 97). Vgl. hierzu auch Trotabas, S. 38 ("Le nouvel Etat français a été substitué à la République... par une procédure juridique, et non par voie de fait ou par la force") sowie unten S. 29 Anm.8). Ein Kommuniqué vom 17.6.1940 begründete diesen Vorgang mit folgenden Worten: "Dans les graves circonstances actuelles, le

entschlossen, eine revolutionäre Neuordnung⁵⁾ von Staat und Gesellschaft auf ständisch-korporativer Grundlage durchzuführen." Unter

Am 10. Juli 1940 übertrug die Nationalversammlung Pétain die unbeschränkte Exekutive und Legislative und gab ihm dadurch die Stellung eines "absoluten Monarchen" (Aron, Histoire..., S. 152). Nachdem allerdings Pierre Laval nach seiner Rückkehr in die Regierung am 16. April 1942 auf deutsche Forderung hin alle Machtbefugnisse übertragen wurden, bestand seine Funktion im wesentlichen nur noch darin, Laval's Politik mit seiner Autorität zu decken. - Die Gegensätze zwischen Laval und Pétain scheinen jedoch mindestens zu einem Teil in der Öffentlichkeit künstlich hochgespielt worden zu sein (vgl. hierzu Girard und Bos, La vie de la France..., S. 1656 bzw. S. 1692), zumal Laval offenbar nicht wenige Gegner in der Regierung hatte (vgl. Benoist-Méchin und Bouthillier, La vie de la France..., S. 1723 bzw. S. 1419).

Im Jahre 1945 wurde Pétain von einem Sondergericht wegen "collaboration" zum Tode verurteilt, danach aber zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt. (Anklageschrift und Urteilsbegründung sind auszugsweise abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1945, S. 326 J, S. 368 D und S. 3696, ebenso eine Erwidernng Pétains a.a.O. S. 333 G). Trotz schwerer Verdachtsmomente wurde die Anklage wegen Teilnahme an einer Verschwörung der Cagoule gegen die Republik während des Prozesses wieder zurückgezogen (Archiv der Gegenwart 1945, S. 369 G). Noch im November 1950 wurde ein Antrag des RPF de Gaulles auf menschenwürdige Unterbringung des Marschalls von der Nationalversammlung mit 466 gegen 98 Stimmen abgelehnt (vgl. Archiv der Gegenwart 1950, S. 2667 B). Erst kurz vor seinem Tode wurde die Festungshaft in die Unterbringung in ein Militärspital umgewandelt. Pétain starb, 95-jährig, am 23. Juli 1951 auf der Ile d'Yeu.

Pétains "collaboration" war eine politische Entscheidung, die aus taktischen Erwägungen und nicht auf Grund persönlicher Motive getroffen wurde. Die "collaboration" war für Pétain eine Notwendigkeit, um das Schlimmste zu verhindern und Frankreichs Zukunft zu retten. Er sagt selbst: "Je suis pris entre deux politiques: l'une, celle de la collaboration avec les Anglais qui a toutes mes préférences; l'autre, la loi du vainqueur, que je suis forcé de subir parce que le vainqueur est là..." (zit. bei Chevalier, La vie de la France..., S. 991/92). Nur so ist zu verstehen, weshalb Pétain dem Drängen Hitlers nach einem Übereinkommen über die nordafrikanischen Besitzungen nicht nachgab. Hier war eine Maxime seiner Politik in Gefahr. Wäre ein Waffenstillstand nicht geschlossen worden, hätte Hitler im Anschluß an den Frankreichfeldzug wahrscheinlich Nordafrika besetzt (Jardin, La vie de la France..., S. 1097; vgl. auch Général Weygand, a.a.O. S. 787). Es ist darum falsch, wenn Pétain und de Gaulle nur als Antipoden oder Rivalen gesehen werden. Frankreich brauchte beide, den einen als Schild und den anderen als Schwert (Gilbert Rémy, Archiv der Gegenwart 1950, S. 2332 F).

- 5) "In der Niederlage müssen wir die Revolution verwirklichen, die wir im Sieg, im Frieden, im Verband gleichgestellter Völker... nicht begreifen konnten" (Pétain, Botschaft vom 10.10.1940, Archiv der Gegenwart 1940, S. 4733 C).

Conseil des Ministres, sur la proposition de M. Paul Reynaud, Président du Conseil, a estimé que le gouvernement de la France devait être confié à une haute personnalité, recueillant le respect unanime de la nation..." (zit. b. Aron, Histoire..., S. 58 f.).

Pétain scheint selbst keine politischen Ambitionen gehabt zu haben, sondern folgte in kritischen Situationen - ohne sich nach vorn zu drängen - dem Ruf anderer, gleich welcher politischer Couleur (vgl. Général Hering, Déposition au Procès Pétain, La vie de la France..., S. 980; a.A. Général de Gaulle, Mémoires de Guerre, L'Appel 1940-42, Plon 1954, S. 78). Für diese Haltung spricht u.a., daß er sich noch im Jahre 1939 geweigert hatte, für den Posten des Präsidenten der Republik zu kandidieren und auch einem Vorschlag Laval's widerstanden war, Daladier zu ersetzen. Ohne sich auf eine bestimmte politische Linie festzulegen, genoß Pétain auf der Linken wie auf der Rechten gleiche Bewunderung und Hochachtung. Gleichwohl charakterisiert Guerry - unter Berufung auf eine von Paul Reynaud im Jahre 1946 abgegebene Erklärung - den Marschall als "homme de gauche" (S. 243 Anm. 1). Demgegenüber erhebt es Aron (Histoire..., S. 31) zur Gewißheit, daß Pétain's Sympathien der Rechten gehörten, da er verschiedene rechtsgerichtete Gruppen schon lange gekannt und zum Teil mit ihnen auch in Verbindung gestanden habe. Zu diesen Gruppen zählt Aron (a.a.O., S. 169 Anm. 1) die "Cagoule" (eine nationalistische Geheimbewegung halb-militärischen Charakters), die "Croix de Feu", die "Action Française" und den unter dem Einfluß von Ernest Mercier und Raphael Alibert stehenden "Redressement Français", der das Parlament durch gewählte Berufsversammlungen ersetzen wollte. Auf Grund dieser Beziehungen sei dann allmählich eine reformistische "équipe officieuse" entstanden, die Pétain an die Macht bringen wollte. Ein frühes und beredtes Zeugnis dieser Bestrebungen ist die im Jahre 1935 von Gustave Hervé verfaßte Schrift "C'est Pétain qu'il nous faut". Hier wird Pétain als der einzige fähige neutrale Mann lanciert, den Frankreich besitze: "Quand nous parlons de la nécessité de Salut public qu'il y a d'établir par les voies légales le régime de la République autoritaire à la place de notre mortelle République parlementaire, combien de patriotes nous disent: 'Avez-vous quelqu'un? Voyez-vous un chef possible, acceptable, autour duquel tous les patriotes, de gauche ou de droite puissent se rallier?'" (S. 7). Hervé's Antwort:

"C'est Pétain, Pétain, Pétain,
c'est Pétain qu'il nous faut" (S. 13).

Am 22. Juni 1940 schloß Pétain mit Hitler den Waffenstillstand, und zwar im Interesse Frankreichs, weil er in einer Zusammenarbeit mit Deutschland die für Frankreich beste politische Lösung sah. Auf diese Weise hoffte er ein "régime de la Pologne" der Deutschen in Frankreich zu verhindern ("Un pilote doit rester à la barre. Si j'étais parti, c'eût été pour la France le régime de la Pologne... La France en serait morte"; Pétain, zit. bei Hering a.a.O. S. 981). Dadurch schuf Pétain zugleich die Grundlage für die Befreiung von Nordafrika aus, das zur freien Zone gehörte. Der Abschluß des Waffenstillstandsvertrages, in welchem eine Regelung über Französisch-Nordafrika unterblieb, gab Pétain eine wenn auch formale rechtliche Handhabe, Hitler gegenüber jedes Zugeständnis in diesem Punkt abzuweisen, als dieser später merkte, daß er einen Fehler begangen hatte (vgl. hierzu Hering a.a.O. S. 981).

dem Namen "Révolution Nationale" wurde ein "ordre nouveau"⁶⁾ proklamiert und populär gemacht, der zu einer längst fälligen und tiefgreifenden Reform aller Bevölkerungsschichten führen sollte⁷⁾. Die Révolution Nationale wollte nicht nur die Mängel des bestehenden politischen Systems beheben, sondern richtete sich gegen die überkommene, auf den Prinzipien Liberté - Egalité - Fraternité beruhende staatliche und gesellschaftliche Ordnung überhaupt⁸⁾.

-
- 6) "Un ordre nouveau commence" (Pétain am 25.6.1940, La Fr. nouv. S. 25).
- 7) Pétain war ursprünglich nicht selbst Anhänger der Révolution Nationale, sondern akzeptierte deren Gedanken erst unter dem Einfluß seiner Umgebung. Er hätte sich damit zufrieden gegeben, im Rahmen des republikanischen Regimes weiterzuregieren, unter der einen Bedingung, daß die gewählten Versammlungen in Urlaub geschickt worden wären. Der Ausdruck "Révolution" schockierte ihn. "Redressement Français" oder "Rénovation Nationale" hätte er vorgezogen. - Das Wort "Révolution" tauchte zum ersten Male in der Regierungsbegründung zur Verfassungsänderung vom 9.7.1940 auf (siehe Archiv der Gegenwart, 1940, S. 4618 B). Pétain selbst gebrauchte es jedoch öffentlich wohl erstmals in der Botschaft vom 13.8.1940 (Archiv der Gegenwart, 1940, S. 4618 B). Am 13.12.1940 schloß er die Rundfunkbotschaft, mit welcher er den Ausschluß Laval's aus der Regierung bekanntgab, mit den Worten: "Ich bleibe am Ruder; die Nationale Révolution geht weiter" (vgl. Archiv der Gegenwart, 1940, S. 4827 A). In umgekehrter Reihenfolge waren die Prinzipien der Nationalen Revolution bereits in einem an Pétain gerichteten Vorschlag des Generals Weygand aufgetaucht. Dieu, Patrie, Famille, Travail sollten nach diesem Vorschlag Grundsätze der Jugenderziehung sein (vgl. Paul Baudouin, Neuf mois au Gouvernement (La Table Ronde, Paris, 1948, S. 224).
- 8) Mit 395 gegen 3 Stimmen erklärte die Abgeordnetenversammlung am 9.7. 1940, "daß Gründe vorliegen, um eine Revision der Verfassung vorzunehmen". Am gleichen Tage nahm der französische Senat diese vom Ministerrat formulierte Gesetzesvorlage mit 225 gegen 1 Stimme an. Die unmittelbar danach für den 10.7.1940 nach Vichy einberufene Nationalversammlung nahm mit 569 gegen 80 Stimmen folgendes Verfassungsgesetz an:
"L'Assemblée Nationale donne tous pouvoirs au gouvernement de la République, sous l'autorité et la signature du Maréchal Pétain, à l'effet de promulguer, par un ou plusieurs actes, une nouvelle constitution de l'Etat français. Cette constitution devra garantir les droits du travail, de la famille et de la patrie. Elle sera ratifiée par la nation et appliquée par les Assemblées qu'elle aura créées" (zit. bei Trotabas, S. 39; s. auch die (unvollständige) Wiedergabe in Archiv der Gegenwart, 1940, S. 4618 B). Dieses Gesetz gab Pétain die rechtliche Handhabe, durch mehrere Verfassungsakte die Dritte

Republik auf legale Weise zu liquidieren (siehe hierzu Aron, Histoire ..., S. 21/22; Archiv der Gegenwart, 1940, S. 4618 B).

Die auf Beseitigung der Dritten Republik gerichteten Pläne wurden hauptsächlich von Pierre Laval und Raphael Alibert entwickelt (vgl. Aron, Histoire..., S. 112 u. 220). Alibert war Maître des requêtes beim Conseil d'Etat und Professor an der Ecole des Sciences Politiques. Pétain berief ihn als Justizminister in das erste Kabinett Laval. Aron kennzeichnet ihn als Anhänger Maurras' (a.a.O. S. 202) und bösen Geist der Révolution Nationale (a.a.O. S. 52). Auch Pétain bekennt: "J'amaïs beaucoup Alibert, mais il m'a donné de bien mauvais conseils" (Aron, a.a.O.). Nach derselben Quelle hatte Alibert auch die oben zitierte Schrift Hervés "C'est Pétain qu'il nous faut" inspiriert (a.a.O. S. 53 Anm. 1). - Laval hatte als langjähriger Senator des Departements Seine, als mehrfacher Minister und Ministerpräsident länger als jeder andere die Segnungen der Dritten Republik genossen. Sein Leben war untrennbar mit den republikanischen Institutionen verbunden. Diese Tatsachen rechtfertigen eine gewisse Skepsis gegenüber der Behauptung Arons, Laval habe an den Plänen zum Sturz der Dritten Republik mitgearbeitet. Für die Auffassung, daß Laval nach wie vor der Republik verpflichtet war und das autoritäre System des Marschalls ablehnte (vgl. Benoist-Méchin - unter Ministerpräsident Darlan Staatssekretär für deutsch-französische Beziehungen - La vie de la France..., S. 1713), spricht auch, daß er bestrebt war, im Rahmen der durch das Verfassungsgesetz vom 10. Juli 1940 geschaffenen Institutionen dem Volk die Möglichkeit einer Repräsentation bei den Verwaltungs- und Regierungsbehörden zu verschaffen. Dabei dachte er nach Girard (La vie de la France..., S. 1655) offenbar an eine Wiederbelebung der alten conseils généraux unter dem Namen conseils départementaux. Auf der Grundlage eines Verfassungsaktes vom 12.11.1943, dessen Publikation von den Deutschen untersagt worden sein soll, soll Laval schließlich die Einberufung der Nationalversammlung nach Ablauf des Pétain übertragenen Mandats sicherzustellen versucht haben (Girard a.a.O.). Die Beseitigung der Dritten Republik sollte daher für Laval nicht das Ende der Republik überhaupt bedeuten. Seine Pläne gingen mehr auf Stärkung und Erneuerung durch Schaffung einer autoritären Republik. Er wollte eine gereinigte Republik "mit besseren Nerven und Sehnen, menschlicher" (Laval, Archiv der Gegenwart 1941, S. 5055 B). "La démocratie, si c'est celle que nous avons connue, qui nous a fait tant de mal... nous n'en voulons plus et, nous ne voulons pas qu'on nous demande de nous battre pour elle" (zit. bei Aron, Histoire ... S. 509). Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Laval und Pétain, die bereits am 13.12.1940 zur Absetzung Lavals führten, waren daher mit Sicherheit nicht allein außen-, sondern auch innenpolitischer Natur. Zwischen der Révolution Nationale Pétains und der République musclée Lavals bestand ein unüberbrückbarer Gegensatz. Möglicherweise fürchtete Laval, daß die Révolution Nationale der Monarchie den Weg bereiten könnte (vgl. hierzu Aron, Histoire..., S. 510; Mermod, La vie de la France..., S. 1677). Mit Laval an der Spitze der Regierung schien die Révolution Nationale zum Scheitern verurteilt (Bouthillier - Finanzminister des Vichy-Regimes von 1940/42 - ref. bei Benoist-Méchin, La vie de la France..., S. 1713).

Im Kampf gegen den als Parasit der Gesellschaft gebrandmarkten⁹⁾ und als Wurzel aller Übel¹⁰⁾ verdamnten Individualismus wollte die Révolution Nationale als Trägerin des wahren Nationalismus¹¹⁾ den auf seinen Rechten sich ausruhenden Citoyen wieder in die natürliche familiäre, berufliche, kommunale und staatliche Ordnung zurückführen. Pétain weist mit Recht darauf hin, daß konstruktive Autorität und echte Freiheit von der Anerkennung dieser natürlichen Ordnung abhängen und die Existenz des Menschen ohne sie nicht denkbar ist¹²⁾. "Die Grundrechte stehen dem Menschen von Natur aus zu; sie werden ihm aber erst durch die ihn umgebenden Gemeinschaften gewährleistet: durch die Familie, die ihn aufzieht, durch den Beruf, der ihn ernährt und durch den Staat, der ihn beschützt"¹³⁾. Den natürlichen, vorstaatlichen Rechten des Menschen entsprechen so naturgegebene Gruppen, innerhalb deren er seine Rechte und Pflichten wahrnehmen und ausüben kann und die die volle Entfaltung seines Menschseins überhaupt erst ermöglichen¹⁴⁾. Travail, Famille, Patrie - institutionalisiert in Corporation, Foyer, Etat - sind die Säulen, auf denen die gegen den Individualismus in all seinen Erscheinungsformen gerichtete autoritäre staats- und gesellschaftspolitische Konzeption des Vichy-Regimes ruht¹⁵⁾. In der neu auszuarbeitenden und vom Volk zu billigenden Verfassung sollten diese Prinzipien verankert werden¹⁶⁾.

9) "L'individualisme reçoit tout de la société et ne lui rend rien" (Pétain, Revue Universelle vom 1.1.41, La Fr. nouv. S. 113).

10) Pétain, Botschaft v. 29.12.1940 (La Fr. nouv. S. 103).

11) Pétain, Revue Universelle v. 1.1.41 (La Fr. nouv. S. 114).

12) Pétain, Ansprache an die Mitglieder der Commission de la Constitution im März 1941 (zit. bei Chaigneau S. 60 Anm. 1).

13) Pétain, Principes de la Communauté, Art. 1 (La Fr. nouv. S. 7).

14) Vgl. hierzu Bouvier-Ajam, S. 349; Pétain, Revue Universelle v. 1.1.41 (La Fr. nouv. S. 113/114); Salleron, Naissance..., S. 288.

15) Bouvier-Ajam S. 349; Achille de Mestre, Vues..., S. 99.

16) Pétain, Rede vom 8.7.1941 (Archiv der Gegenwart 1941, S. 5112 A).

II. Die korporative Doktrin.

Das Programm der Révolution Nationale, schlagwortartig zusammengefaßt in der Trilogie Travail-Famille-Patrie, hält keinen Vergleich stand mit dem, was die "Déclaration des droits de l'homme et du citoyen" für den liberalen Gedanken, das "Kommunistische Manifest" für den Marxismus oder "Mein Kampf" für den Nationalsozialismus bedeutet haben. Die Unterschiede zeigen sich schon im Äußeren. Das Programm Pétains ist nicht geschlossen niedergelegt, sondern ergibt sich aus einer unter dem Namen "Paroles aux Français" bekannten Zusammenstellung kurzer Reden und Aufsätze, mit denen Pétain sich unmittelbar an das Volk wandte und die sehr oft unter dem Druck der Umstände und der Zeit redigiert wurden. Diese Paroles haben weit mehr den Charakter eines Dialoges mit der Nation als den gelehrter Traktate. Der schon über achtzigjährige, von einem Großteil des Volkes abgöttisch verehrte¹⁷⁾ Marschall spricht darin bald als werbender Landesvater, der die Franzosen zum Vertrauen an seine Sendung und zur Mitarbeit im neuen Staat aufruft, bald als sich opfernder, sein Verhalten vor der Nation rechtfertigender Führer¹⁸⁾.

Pétain verabscheute Theorien und Ideologien und bezeichnete sie als Lügen¹⁹⁾, weil sie nach seiner Auffassung das politische Leben Frankreichs vergiftet und des Kontaktes mit der Wirklichkeit beraubt hatten. Der Mangel einer präzisen korporativen Doktrin ist zu einem großen Teil sicher auf diesen Umstand zurückzuführen²⁰⁾.

17) Selbst Pétain ging der Persönlichkeitskult offenbar zu weit: "Ai-je vraiment besoin d'être diffusé comme Franco? On va trop loin. On abuse" (Pétain, zit. bei Aron, Histoire..., S. 162).

18) Vgl. Pétain, Rundfunkansprache v. 31.10.1940 (La Fr. nouv. S. 89, auszugsweise abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1940 S. 4755 C).

19) Rede zum 25.6.1940 (La Fr. nouv. S. 25). - Paul Valéry bestätigte dem Marschall anlässlich seiner Aufnahme in die Académie Française im Jahre 1931 seine Antipathie gegenüber starren Theorien und hob hervor, daß es einer seiner Grundsätze sei, die Tatsachen anzunehmen und als Teil der Wahrheit zu respektieren (vgl. Aron, Histoire..., S. 210).

20) Dieser Mangel machte sich auch auf wissenschaftlichen Tagungen bemerkbar. Daujat berichtet in Droit Social Bd. 6 (1943) S. 37 über Journées d'études de l'office central d'organisation

Es entsprach dem praktischen Denken Pétains, immer und immer wieder in mehr allgemeiner Form auf die Grundprinzipien Travail, Famille, Patrie zurückzukommen und den hierarchischen²¹⁾, von Führerprinzip²²⁾, staatlicher Kontrolle und Koordinierung der Wirtschaft sowie von sozialer Gesinnung²³⁾ beherrschten Charakter des ordre nouveau besonders hervorzuheben unter schärfster Ablehnung von Liberalismus und Kommunismus als von außen eingedrungene und dem inneren Wesen Frankreichs widersprechende Ordnungssysteme²⁴⁾. In Bezug auf die nähere Ausgestaltung der Doktrin appellierte Pétain jedoch an das ganze Volk und forderte es zu vertrauensvoller Mitarbeit auf. In einer breiten Unter-

corporative, auf denen dieser Mangel besonders spürbar war („notre temps...manque d'une doctrine et de principes ..."). Gleichwohl darf man nicht übersehen, daß gerade die wissenschaftliche Forschung über den Korporativismus durch die Wiedereröffnung des "Institut d'études corporatives et sociales" unter der Schirmherrschaft Pétains neuen Aufschwung erhielt (s. dazu näher unten S. 44 Anm. 6).

- 21) Siehe insbes. die Botschaft v. 9.10.1940 (La Fr.nouv.S.71 ff., auszugsweise abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1940 S.4731 B).
- 22) Botschaft vom 10.7.1940 (La Fr.nouv.S.29/30, abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1940 S. 4618 B). - Auch innerhalb der Regierung ging es sehr militärisch zu. Die Minister wurden berufen und entlassen, ohne selbst gefragt zu werden (vgl. hierzu die verschiedenen von Aron (Histoire..., S.167 f.) angeführten Beispiele. "Les ministres...ne sont que ses commis" (Maurice Jallut, Histoire constitutionnelle de la France, Paris 1958, S. 277)).
- 23) Vgl. die Botschaften v. 9.10.1940 (La Fr.nouv.S.71 f., abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1940 S. 4731 B) und vom 10.10.1940 (La Fr.nouv.S.73 ff., abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1940 S. 4753 C).
- 24) Siehe hierzu Revue des Deux Mondes v. 15.9.1940 (La Fr.nouv. S. 65). - Neben der Regierungsbegründung zu der oben (S. 29 Anm. 8) erwähnten Gesetzesvorlage zur Verfassungsänderung vom 9.7.1940 (abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1940 S. 4618 B) und den in den beiden vorangehenden Anmerkungen 22 und 23 genannten Botschaften enthält dieser Aufsatz die maßgebenden Äußerungen über die Grundlagen und Richtlinien der Regierungspolitik. Pétain umreißt darin in groben Zügen die zur Verwirklichung des ordre nouveau erforderlichen Maßnahmen. Er führt insbesondere aus, daß die neue Ordnung keine Rückkehr zu den Irrtümern sein dürfe, die Frankreich ins Unglück stürzten. Durch eine tiefgreifende Erneuerung des gesamten veralteten Wirtschaftsapparates sollen die Klassengegensätze beseitigt und eine soziale Hierarchie geschaffen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse Frankreich sich gegf. auch von traditionellen Freundschaften lösen und zur Zusammenarbeit mit allen seinen Nachbarn bereit sein. Das Problem der deutsch-französischen Beziehungen werde dabei die Zukunft bestimmen.

stützung durch die Öffentlichkeit sah er eine wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Wiederaufbau²⁵⁾. Organisationen wie die "Légion des Combattants", eine halb militärische Institution, die sich vor allem der ehemaligen Soldaten annehmen sollte, und die "Chantiers de Jeunesse" sollten die Prinzipien der Révolution Nationale in das Volk hineintragen.

1. Travail.

Unter Berufung auf die Kultur des Christentums²⁶⁾ stellte Pétain das Prinzip der Arbeit als geistigen Wert neu heraus. In der Anerkennung und Wiederherstellung dieses Wertes, der letztlich auf Pflichtgefühl und auf der Achtung der menschlichen Person beruhe, sieht Pétain zugleich den Ansatzpunkt für eine nationale Friedensordnung²⁷⁾. Der Gewinn sollte in Zukunft nur insoweit eine Berechtigung haben, als er eine Entlohnung für Arbeit und persönlichen Einsatz darstellt. Eine einzige Aristokratie, diejenige der Intelligenz, und ein einziges Verdienst, das der Arbeit, sollte anerkannt werden²⁸⁾. Die soziale Befriedung des Volkes sollte so mittels einer neuen, auf den Vorrang des beruflichen Gemeinnutzens und des Gemeinwohls gegründeten²⁹⁾ und den Gedanken der Zusammenarbeit und Berufsgemeinschaft verpflichteten³⁰⁾ Arbeits- und Berufsordnung herbeigeführt werden.

25) Botschaften vom 9.10. und 10.10.1940 (La Fr.nouv.S.71 bzw. S. 84); Regierungsbegründung zur Verfassungsänderung vom 9.7.1940 (Archiv der Gegenwart 1940 S. 4618 B).

26) Revue des Deux Mondes vom 15.9.1940 (La Fr.nouv. S. 64).

27) Vgl. hierzu Rundfunkansprache vom 10.7.1940 (La Fr.nouv.S.30, abgedruckt in Archiv der Gegenwart 1940 S. 4618 B); Botschaft vom 10.10.1940 (La Fr.nouv.S.78); Botschaft vom 1.5.1941 (La Fr.nouv. S. 45).

Um die besondere Achtung vor dem Wert der Arbeit zu zeigen, wurde durch das Gesetz vom 1.4.1942 (J.O. v. 1.5.1942) ein "Ordre national du travail", eine Art Ehrenlegion der Arbeit geschaffen, "um diejenigen auszuzeichnen, deren berufliche Tätigkeit durch hohes technisches Können, durch hervorragende Verdienste auf sozialem Gebiet oder durch besondere Hingabe und Aufopferung im Dienste des Berufes und Staates gekennzeichnet ist" (Art. 1).

28) Rundfunkansprache v. 10.7.1940 (La Fr. nouv. S. 30).

29) Pétain, Revue des Deux Mondes v.15.9.1940 (La Fr.nouv.S.63); Botschaft v. 1.3.1941 (La Fr. nouv. S. 121).

Man war der Auffassung, eine rationelle Organisation der Produktion und korporative Institutionen würden der wirtschaftlichen Unordnung ein Ende machen und in der weiteren Entwicklung ganz natürlich zur Errichtung einer gerechten sozialen Ordnung führen³¹⁾. Durch gesetzliche Verbote und die Schaffung korporativer Institutionen glaubte man dem Klassenkampf einen Schlag versetzen und seine innere Aushöhlung in die Wege leiten zu können.

"Communauté" par excellence, war der Betrieb als Ausgangspunkt für die soziale Befriedung und als Fundament der wirtschaftlichen Berufsorganisation ausersehen³²⁾. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten in dem Betrieb oder Unternehmen, in dem sie zusammenarbeiten, soviel verdienen, daß ihr Dasein und das ihrer Familien in würdiger Weise gesichert ist. Alle sozialen Gruppen, patrons, techniciens und ouvriers sollten zu diesem Zweck "korporativ", in sog. comités sociaux zusammengeschlossen werden³³⁾. Man ging davon aus, daß sich mit der Zeit als einigende Kraft eine Solidarität der Interessen entwickeln würde, sobald diese Gruppen daran gewöhnt sind, sich zusammenzusetzen, um die sie betreffenden Probleme und Aufgaben auf beruflichem und sozialem Gebiet zu diskutieren und einer alle Beteiligten befriedigenden Lösung zuzuführen. Die Einigung der Nation wäre dann nicht mehr so häufig nur ein leeres Wort, sondern eine wohltuende Wirklichkeit³⁴⁾.

30) Pétain, Rede v. 4.6.41 (La Fr. nouv. S. 159); Botschaft v. 1.3.41 (La Fr. nouv. S. 120).

31) Regierungsbegründung v. 9.7.40 (Archiv der Gegenwart 1940, S. 4618 B).

32) Die "formule communautaire" als leitender Grundsatz bei der Betriebsreform wurde vor allem in der in Saint-Etienne am 1.3.1941 gehaltenen Rede entwickelt (La Fr.nouv.S.119 ff.). Sie zielte darauf ab, den Betrieb zu einer wirklichen Gemeinschaft ("communauté") umzugestalten. Auf betrieblicher Grundlage sollten conseils locaux, régionaux und nationaux gebildet werden (M^{xxx}, Genèse..., S.61). Eine Umwandlung des Betriebes als Strukturelement der Gesellschaft war für Pétain der Ausgangspunkt einer korporativen Berufsorganisation: "Le centre du groupement n'est donc plus la classe sociale, patronale ou ouvrière, mais l'intérêt de tous ceux qui participent à une même entreprise..." (Botschaft v.1.5.1941, La Fr.nouv.S.148/9), "sa transformation peut seul fournir la base de la profession organisée qui est elle-même une communauté des communautés" (Botschaft v. 1.3.1941, La Fr. nouv. S. 120).

33) Pétain, Revue des Deux Mondes v.15.9.1940 (La Fr.nouv.S.63); Botschaft v.1.5.1941 (La Fr.nouv.S.148).

34) Pétain, Botschaft v. 1.5.1941 (La Fr. nouv. S. 149/150).

Gemeinschafter der betrieblichen communautés sollten aber nicht nur Berufsangehörige sein. Vielmehr nahm der bereits einen Korporationsoktroi ausübende Staat auch in Anspruch, eigene u.a. mit souveränen schiedsrichterlichen Funktionen ausgestattete Vertreter in die Organe der Berufsorganisationen zu entsenden³⁵⁾. Ihre Befugnisse sollten sich im übrigen aber darauf beschränken, "der sozialen Aktion den Anstoß zu geben, Grundsätze und Richtung dieser Aktion festzulegen, sowie die persönliche Initiative anzusporren und zu lenken"³⁶⁾.

2. Familie.

Zwischen "Travail" als einem Prinzip der Besonderung und "Patrie" als einem auf die Einheit der Nation sich beziehenden Prinzip stellt die Révolution Nationale die Familie als Prinzip der Gesellschaft schlechthin. Die Familie wird ihrem Wesen und ihrer Herkunft entsprechend als Urzelle der menschlichen Gesellschaft und dem Staat gegenüber vorgegebene und höherrangige Institution anerkannt³⁷⁾. Damit wird der Mensch selbst in den Mittelpunkt aller Überlegungen und Bestrebungen gestellt. Allein schon durch diese Haltung des Vichy-Regimes hebt die Révolution Nationale sich wohlthuend von ähnlichen Bewegungen dieser Zeit ab.

Die Familie ist jedoch nicht um ihrer selbst willen da, sondern hat ihre Kräfte und Fähigkeiten innerhalb größerer Gemeinschaften, d.h. also auch des Staates fruchtbar werden zu lassen. Entsprechend ihrer zentralen Stellung innerhalb der nationalen Gesellschaft obliegt ihr die besondere Aufgabe, bei der dynamischen gesellschaftlichen und völkischen Entwicklung die hohen Eigenschaften und bleibenden Werte der Nation an die kommenden Generationen weiterzugeben und auf diese Weise einen harmonisierenden und stabilisierenden Einfluß auszuüben³⁸⁾. Die Regierung war daher bereit, alles zu tun, um eine Steigerung der Geburtenzahl zu erreichen

35) Pétain, Revue des Deux Mondes v. 15.9.1940 (La Fr.nouv.S. 63).

36) Pétain, Botschaft v. 1.3.1941 (La Fr. nouv. S. 120).

37) Siehe dazu Pétain, Revue des Deux Mondes v. 15.9.1940 (La Fr. nouv. S. 60) und Botschaft v. 25.5.1941 (La Fr. nouv. S. 155).

38) Pétain, Botschaft v. 11.7.1940 (La Fr. nouv. S. 31).

und dem Schutz der Familie dienende Einrichtungen zu fördern. Die Ernennung eines Staatssekretärs für Familie und Gesundheit sollte dieser Politik den erforderlichen Auftrieb verleihen³⁹⁾. Verschiedene der damals erlassenen Gesetze sind heute noch in Kraft.

3. Patrie.

Travail und Famille stehen im Dienst von Volk und Vaterland⁴⁰⁾. Sie sind das Fundament, auf das die Révolution Nationale die gesellschaftliche und staatliche Neuordnung gründen will. Die Erwägungen und Entscheidungen der Vichy-Regierung auf dem Gebiete der Berufs- und Familienordnung dürfen deshalb nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind dazu bestimmt, der inneren Zersetzung der Patrie entgegenzuwirken und durch die Befriedung der durch Interessengegensätze gespaltenen Gesellschaft dem Staat nach innen wieder Autorität und nach außen von neuem Ansehen und Geltung zu verschaffen.

Um seinen Staat vor dem Schicksal der Dritten Republik zu bewahren, die mehr unter der Last ihrer Mängel und Fehler als unter dem

39) Siehe Erklärung zur Kabinettsumbildung v. 25.2.1941 (Archiv der Gegenwart, S. 4910 C).

40) Im Gegensatz zu den "fast neurotischen Komplexen" (H.Thielicke, Rede zum 17.6.1962, veröffentlicht im Bulletin des Presse- u. Informationsdienstes der Bundesregierung Nr. 111 v.20.6.1962, S. 961 f.) der heutigen Deutschen gegenüber dem Begriff des Vaterlandes - entstanden durch den Mißbrauch und die Schändung, die der Nationalsozialismus mit den ehrwürdigen Symbolen und Begriffen unserer Tradition getrieben hat - scheint dieser Begriff jenseits des Rheins alle Krisen, Niederlagen und Enttäuschungen zu überdauern und seinen ursprünglichen Glanz zu bewahren.

Die bevorzugte Verwendung des Begriffes "Vaterland" gegenüber dem politisch stärker akzentuierten Begriff der "Nation" hat m.E. zwei Gründe. Der Begriff "Vaterland" spricht mehr das Gefühl an, da er die ganze Fülle dessen enthält, was einem Menschen lieb und teuer ist, "Vater, Mutter und Freunde, Weib und Kind, den Raum meiner Heimat und den Hintergrund meiner Geschichte" (H.Thielicke a.a.O.); er umschließt all das, dem der Mensch durch Geburt, Erziehung, Sprache und Geschichte verbunden ist. Daneben wurzelt dieser Begriff in der patriarchalischen Gesellschaftsordnung, welcher das autoritäre Denken des Mar-schalls besonders nahe stehen mußte.

feindlichen Angriff zusammengebrochen war⁴¹⁾, forderte Pétain einen starken, auf seine wesentlichen Funktionen zurückgeführten und mit wirklicher Macht ausgestatteten Staat⁴²⁾. Seinem Wesen nach sollte dieser Staat "hierarchisch und autoritär" sein; er sollte sich auf "Verantwortlichkeit und Befehl" gründen⁴³⁾. Der Staat sollte hierarchisch sein, weil das Volk nach Pétain von Natur aus eine in sich gegliederte Hierarchie von Familien, Bezirken, Gemeinden, Provinzen und Staat, von Verantwortlichkeiten und Geistesrichtungen darstellt, welche das Vaterland formen, mit kraftvollem Leben und zukunftsgestaltenden Idealen erfüllen und auf natürlichem Wege eine Elite von Menschen auf allen Stufen heranbilden⁴⁴⁾. Pétain forderte einen autoritären - nicht totalitären - Staat, jedoch nicht, damit dieser immer mehr Aufgaben und Befugnisse an sich ziehe, sondern um ihn instand zu setzen, seine eigentliche Aufgabe, zu leiten, zu koordinieren und die persönliche Freiheit des Einzelnen zu garantieren, wirksam erfüllen zu können und solche Gruppen auszuschalten, die Interessengegensätze schüren und sozialen Unfrieden stiften⁴⁵⁾. Er betonte,

41) Pétain, Revue des Deux Mondes v.15.9.40 (La Fr.nouv.S.58 u.60).

42) Pétain, a.a.O. S. 58.

43) Pétain, Ansprache vom 4.6.1941 (La Fr. nouv. S. 160).

44) Vgl. Pétain, zit. bei Varisère, S. 16/17.

45) Siehe hierzu Varisère S. 48. - Das autoritäre Regime fand allerdings eine gewisse Berechtigung in den außenpolitischen Gegebenheiten. Der Satz "Hitler ne traitera jamais avec une démocratie" spielte nach Aron (De l'armistice..., S.60) keine unwesentliche Rolle, als die Nationalversammlung am 10.7.1940 mit überwältigender Mehrheit für Vichy und gegen die Dritte Republik stimmte (vgl. oben S. 29 Anm. 8). Die Einführung einer autoritären Republik wurde bereits im Jahre 1935 von G. Hervé in der oben erwähnten (S. 27 Anm. 3) Schrift "C'est Pétain qu'il nous faut" gefordert: "La seule révision efficace, la seule réforme de l'Etat, c'est celle qui commencera par nous débarrasser du régime parlementaire qui est le gouvernement des factions, et qui le remplacera par la République autoritaire et plébiscitaire qui est le gouvernement du peuple par le moyen du chef national" (a.a.O. S.17). Nach den Plänen des Marschalls sollte sich die künftige Nationalversammlung aus Vertretern der Berufsorganisationen sowie aus besonders verdienten Persönlichkeiten zusammensetzen und vom Volk gewählt werden (Rede v.21.11.1940, abgedr. in Archiv der Gegenwart, 1940 S. 4789 E). Vertretungskörperschaften waren bereits in dem Verfassungsgesetz vom 10.7.1940 (s.o.S.29 Anm.8) vorgesehen. Der Ausschuß des Nationalrates, der mit der Ausarbeitung der neuen französischen Verfassung

der neue französische Staat wisse sich keinem wie auch immer gearteten Einzel- oder Gruppeninteresse verbunden. Frankreich werde die großen Tugenden des Christenglaubens als Grundlage seiner Zivilisation in Ehren halten und dem auf der Respektierung der Persönlichkeit, des Rechts und der Menschlichkeit beruhenden Ideal, das Frankreich mit der großen amerikanischen Demokratie verbinde, treu bleiben⁴⁶⁾. Der Staat vollende und kröne letztlich die Schutzfunktion der Gesellschaft und ihrer Vereinigungen⁴⁷⁾. In Wirklichkeit beschützt der Staat aber nicht nur, sondern er kontrolliert und bevormundet in weitgehendem Maße den gesellschaftlichen Bereich. Wie wenig daran gedacht ist, völlig eigenständige Gruppen und Vereinigungen zu dulden, ergibt sich sehr deutlich aus Art. 10 der "Principes de la communauté", wo es heißt: "Aucun groupement ne peut être toléré, qui oppose les citoyens les uns aux autres, et tend à ruiner l'autorité de l'Etat. Toute féodalité met en péril l'unité de la nation. L'Etat se doit de la briser"⁴⁸⁾.

III. Der neue Mensch.

Demoralisierung und Desorganisation waren nach Auffassung Pétains die tieferen Ursachen der Katastrophe von 1940⁴⁹⁾. Die Männer der Révolution Nationale waren sich darüber im klaren, daß diese Übel durch Propaganda und durch Erlass von Gesetzen und Dekreten

betrault war, beschloß allerdings am 17.10.1941, sowohl die Schaffung einer autoritären Diktatur wie einer Monarchie in Frankreich abzulehnen und dem Marschall die Aufrechterhaltung der Republik zu empfehlen (vgl. Archiv der Gegenwart 1941, S. 5237 C).

Auf dem Gebiet der Staatsverwaltung sollte nicht nur die Staatsaufsicht erweitert, sondern entsprechend dem hierarchischen Prinzip der Aufgabenkreis der mittelbaren Staatsverwaltung vergrößert werden. Frankreich sollte in rund 20 Provinzen mit Gouverneuren an der Spitze eingeteilt werden. Die Gouverneure sollten unterstützt werden von einem Provinzialrat, bestehend aus Vertretern der corporations und anderen Berufsorganisationen (Pétain, Rede v.10.7.1940, Archiv der Gegenwart 1940, S.4618 B; Rede v.21.11.1940, Archiv der Gegenwart 1940, S. 4789 B).

46) Pétain, Erklärung vor amerikanischen Pressevertretern v. 21.8.1940, Archiv der Gegenwart 1940, S. 4668 C.

47) Zit. bei Varisère, S. 47.

48) La Fr. nouv. S. 10.

49) Vgl. Archiv der Gegenwart 1940, S. 4657 D.

allein nicht aus der Welt geschafft werden konnten⁵⁰⁾. Sie gingen von der richtigen Einsicht aus, daß eine Beseitigung der gesellschaftlichen Mißstände und eine Erneuerung der staatlichen Institutionen eine vom Staat nicht erzwingbare Umwandlung der Menschen selbst voraussetze⁵¹⁾, daß man Einrichtungen nicht umändern könne, wenn die Seelen die gleichen blieben⁵²⁾. Ohne diese geistige und sittliche Reform des Einzelnen hielt man die Reform von Staat und Gesellschaft für undurchführbar⁵³⁾. Der Marschall verlangte daher Arbeit des einzelnen an sich selbst⁵⁴⁾, er warb beschwörend um Vertrauen und Geduld⁵⁵⁾ und wurde nicht müde, den "esprit nouveau"⁵⁶⁾, d.h. eine gemeinnützige und soziale Gesinnung und deren Umsetzung in die Tat⁵⁷⁾ zu fordern, das französische Volk an Opfermut⁵⁸⁾, Pflicht⁵⁹⁾ und Disziplin⁶⁰⁾ zu ermahnen, um so eine moralische Aufrüstung als tragende Grundlage der Ré-

-
- 50) "La loi ne pourra que sanctionner une institution, jaillie de la nature même des choses et de la volonté des hommes, guidés et soutenus par le gouvernement" (Rapport zum Dekret v.28.2.41 bez. des "Comité d'organisation professionnelle", J.O.v. 27.3.41).
- 51) Pétain, Aufruf v. 25.6.1940 (La Fr. nouv. S. 19/20).
- 52) Pétain, Rede vom 4.4.1943 (Archiv d.Gegenwart, 1943 S.5895 D).
- 53) Pétain, Botschaft vom 13.8.1940 (La Fr.nouv.S.35; abgedruckt in Archiv der Gegenwart, 1940 S. 4657 D). "Cette mutation d'hommes paraît au Maréchal tout aussi nécessaire et normale que celle du régime. Il n'ajourne rien. Il entreprend tout. Car la locution: Travail, Famille, Patrie, ne suffit pas en soi" (Ch. Maurras, La seule France, S.273). - Diese Gedankengänge entsprechen ganz denen der Catholiques Sociaux. Delachenal (Semaine Social de Dijon, 1952, S.277) nennt die notwendige Umwandlung eine "mystique", die erforderlich sei, um das System der nur vom Profit bestimmten Wirtschaft vom Einzelnen aus durch ein System zu überwinden, in dem der Dienst am Gemeinwohl und der Einsatz für das Ganze maßgebend seien.
- 54) Vgl. Botschaft vom 20.4.41 (La Fr.nouv.S.142), Botschaft vom 1.1.42 (J.O.v. 4.1.1942).
- 55) Botschaft vom 13.8.1940 (La Fr.nouv.S.42) und Revue Universelle vom 1.1.1941 (La Fr.nouv.S. 116).
- 56) Botschaft vom 31.12.1940 (La Fr. nouv. S. 109).
- 57) Vgl. Revue Universelle vom 1.1.1941 (La Fr.nouv.S.114 u.S.116); Botschaft vom 29.12.1940 (La Fr.nouv. S. 101 ff.).
- 58) Aufruf vom 20.6.1940 (La Fr. nouv. S. 18).
- 59) Revue Universelle vom 1.1.1941 (La Fr. nouv. S. 116).
- 60) Aufruf vom 25.6.1940 (La Fr. nouv. S. 133).

volution Nationale in die Wege zu leiten⁶¹⁾. Wie alle autoritären Regime vor und nach ihm appellierte Pétain ganz besonders an die Jugend, die neuen Ideen aufzunehmen und zu tragen⁶²⁾. Bereits in der Schule sollte der junge Mensch bewußt zu Arbeit, Zucht und Entbehrung erzogen werden⁶³⁾. Der staatsbürgerkundliche Unterricht und die Jugendarbeit standen deshalb an vorderster Stelle aller Bemühungen des Vichy-Regimes. Die Révolution Nationale sollte nach den Weisungen Pétains von der Jugend und für die Jugend durchgeführt werden⁶⁴⁾. Die Rolle der Kirchen erschien vor allem im Zusammenhang mit der Jugenderziehung in einem neuen Lichte. Es wurde anerkannt, daß das römisch-katholische Schulwesen eines der notwendigen Elemente bei der moralischen Erneuerung des Landes darstelle und staatliche Unterstützung verdiene⁶⁵⁾.

IV. Die Autoren des Programms.

Die Devise Travail - Famille - Patrie, der die demokratische Formel Liberté - Egalité - Fraternité geopfert wurde, geht im wesentlichen wahrscheinlich auf Raphael Alibert zurück⁶⁶⁾. Soweit ersichtlich, hat Pétain selbst wenig schöpferischen Anteil an dem von ihm in den "Paroles aux Français" mosaikartig dargestellten Programm. Er selbst bekennt, daß er Ideen brauche⁶⁷⁾. Wurden sie ihm jedoch geliefert, dann verstand er unter ihnen zu wählen oder sie miteinander zu verschmelzen und ihnen eine persönliche Note zu verleihen. So läßt sich erklären, daß

61) Aufruf vom 25.6.1940 (La Fr.nouv.S.26); Botschaft v.20.4.1941 (La Fr.nouv.S.141). - Aron (De l'Armistice...,S.68) sieht in dieser Übernahme von Gedanken der Ecole Catholique Sociale eine "restauration du catholicisme" selbst.

62) Botschaft v. 29.12.1940 (La Fr. nouv. S. 101 ff.).

63) Revue des Deux Mondes v. 15.9.1940 (La Fr.nouv.S.51). "Il est vain d'espérer la fin de notre décadence tant que nos enfants n'auront pas reçu de leurs maîtres une conscience neuve" (Pétain, zit. bei Varisère, S. 35).

64) Rede des Außenministers Baudouin v.30.12.1940 (abgedruckt in Archiv der Gegenwart, 1941 S. 4836 B).

65) Vgl. v. Campenhausen S. 111 mit Nachweisen.

66) Siehe hierzu Aron. Histoire..., S. 223 (Zur Person R. Aliberts siehe Anm. 8 S. 29).

67) "Voici ce que je veux: und idée centrale, qui soutient le texte d'un bout à l'autre"(zit.bei Aron, Histoire..., S. 207/8).

seine Botschaften und Aufrufe an das französische Volk zwar als "philosophie cohérente et personnelle" gewertet werden können, daß ihnen aber die systematische Geschlossenheit eines philosophischen Lehrgebäudes fehlt⁶⁸⁾.

Maßgebliche Beiträge zur Doktrin der Révolution Nationale lieferten vor allem René Belin, Gaston Bergery und Robert Loustau, drei Männer, die Aron als "francs-tireurs ou amateurs dans la vie politique ou syndicaliste" bezeichnet⁶⁹⁾.

René Belin, der erste Produktionsminister des Vichy-Regimes, war vordem stellvertretender Generalsekretär der C.G.T. Als Direktor der Wochenzeitschrift "Syndicats" kämpfte er gegen die Politisierung der Arbeiterorganisationen.

Gaston Bergery war in der Dritten Republik durch die Gründung des sog. "frontisme", einer unbedeutenden politischen Splitterbewegung, hervorgetreten. Die wichtige Botschaft vom 10. Oktober 1940⁷⁰⁾, in welcher Pétain einen Aktionsplan der Regierung vorlegte, ist nach Aron Bergerys politisches Testament⁷¹⁾.

Der dritte Mann, Robert Loustau, war ein für soziale und wirtschaftliche Fragen aufgeschlossener Bergbauingenieur. Er verdankte seine politische Bildung den sich um die personalistische Zeitschrift "Ordre Nouveau" sammelnden Kreisen. Paul Baudouin, erster Außenminister Vichys, berief ihn als Direktor in das Außenministerium⁷²⁾.

68) Aron, a.a.O., S. 210.

69) a.a.O. S. 204.

70) Siehe oben S. 32 Anm. 24.

71) a.a.O. S. 208.

72) Baudouin war früher Generaldirektor der Banque d'Indochine. Am 28.10.1940 wurde er als Außenminister von Laval abgelöst und zum Staatssekretär bei der Ministerpräsidentenschaft ernannt. Am 3.1.1941 trat er zurück (Archiv der Gegenwart S. 4838 E). Er schrieb "Neuf mois au Gouvernement" (La Table Ronde) 1948). Kritisch dazu - soweit über Laval geschrieben wird - M^{me} René de Chambrun (die Tochter Lavals), La vie de la France..., S. 1643 ff.

2. Kapitel

Die Stützen des Regimes

I. Die Regierung der "notables".

Mit Ausnahme von René Belin hatten die Regierungsmitglieder in der Regel eine "formation bourgeoise" genossen. Aron charakterisiert die Regierung als "gouvernement des notables" und will damit sagen, daß sie sich aus namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens zusammensetzte. Ihre Mitglieder lassen sich in vier Kategorien einteilen¹⁾:

eine verhältnismäßig starke und einflußreiche Gruppe katholisch-monarchistischer Intellektueller als Haupttriebkraft einer politisch-moralischen Reform. Zu dieser Gruppe gehörte insbesondere der bereits mehrfach erwähnte Raphael Alibert²⁾;

die Gruppe der Berufspolitiker ("anciens politiciens"), deren hervorragendster Vertreter Pierre Laval war³⁾;

eine Gruppe hoher Beamter der Dritten Republik und, als vierte Gruppe, die Gruppe der Militärs.

1) Siehe dazu Aron, Histoire..., S. 196 u. Aron, De l'Armistice..., S. 37.

2) Vgl. oben S. 29 Anm. 8.

3) Laval führte als Ministerpräsident in den Jahren 1931/32 die Verständigungspolitik Briands mit Deutschland weiter, erstrebte aber nach 1933 ein System kollektiver Sicherheit gegenüber der nationalsozialistischen Aufrüstung (Ministerpräsidentenschaft von 1935/36). Seine Friedenspolitik im Abessinienkonflikt führte jedoch im Januar 1936 zu seinem Sturz. Unter Pétain wurde er erneut Ministerpräsident. In seinem mindestens in den ersten Kriegsjahren bestehenden Glauben an den deutschen Endsieg suchte er durch eine ehrenvolle Zusammenarbeit mit Hitler trotz der militärischen Niederlage für Frankreich einen Platz im zukünftigen Europa zu sichern. Die Möglichkeit, daß Frankreich beim Aufbau dieses neuen Europa nach dem Kriege eine große Rolle spielen könnte, erschien ihm vor allem deshalb nicht ausgeschlossen und unrealistisch, weil Hitler bei dem mit ihm am 22.10.1940 in Montoire geführten Gespräch den Gedanken eines Friedens der Rache von sich gewiesen hatte. Ein weiteres Motiv für seine Bemühungen, zu einer Einigung mit Deutschland zu gelangen, war eine Verständigung Deutschlands mit England auf Kosten Frankreichs zu verhindern. Diese Politik

fand auf Seiten Pétains wenig Gegenliebe und Unterstützung. Der dritte Beweggrund für seine Verständigungspolitik mit dem Dritten Reich entsprang der Einsicht, daß unter die jahrhundertalte Feindschaft zwischen beiden Ländern endlich der Schlußstrich gezogen werden müsse, und zwar unabhängig davon, ob Deutschland den Krieg gewinnt oder nicht ("Si l'Allemagne n'est pas victorieuse, nous n'en resterons pas moins ses voisins et, là encore il faudra un accord avec elle pour que, tous les vingt ou vingt-cinq ans, la jeunesse des deux nations n'ait pas à s'affronter sur les champs de bataille"; zit. b. Général Bridoux, La vie de la France..., S. 839). Gewinnt Deutschland den Krieg, so wird die Zusammenarbeit die einzige Chance für das Überleben Frankreichs sein; verliert es ihn, dann werden die Russen am Rhein und damit in Paris sein (zit. b. Claude Lewy, La vie de la France..., S. 1580). Nur die deutsch-französische Verständigung könne der russischen Expansion einen Riegel vorschieben und andererseits gewährleisten, daß ein wiedererstarktes Deutschland nicht erneut Unheil anrichtet (Lewy, a.a.O.). Es ist erstaunlich, mit welcher Klarheit Laval bereits damals die russische Gefahr erkannte und in sein politisches Denken und Handeln miteinbezog. Wenn die Alliierten siegen würden, sagte er in einer Rede am 5.6.1943, würde sich die anglo-amerikanische Welt bald mit dem Kommunismus zu messen haben (abgedruckt in Archiv der Gegenwart, S. 5971 D). Dabei war er sich des Risikos, das er durch die Zusammenarbeit mit den Deutschen einging, völlig bewußt ("Moi.. je joue la partie comme si les Allemands devaient gagner la guerre.. Si les Allemands gagnent la guerre, ou peuvent arriver à une paix de compromis, faisons actuellement avec eux une politique loyale.. Si les Allemands sont battus, le Général de Gaulle reviendra... et moi, je serai pendu... Il y a deux hommes qui actuellement peuvent sauver le pays, et, si je n'étais pas Laval, je voudrais être le Général de Gaulle"; zit. bei Jacques Barnaud, La vie de la France..., S. 1465. Vgl. auch Ernst Achenbach, deutscher Botschaftsrat in Paris von 1940-1943: "Pierra Laval était un réaliste... il lui semblait nécessaire qu'il eût quelqu'un pour défendre les intérêts français sur place, vis-à-vis des Allemands, et quelqu'un d'autre - en la personne du Général de Gaulle - pour les défendre vis-à-vis des Alliés", a.a.O. S. 1760). Das öffentlich ausgesprochene und Laval nie verziehe Wort: "Ich wünsche den Sieg Deutschlands", war daher nicht nur ein taktisches Manöver, um seine Verhandlungsposition gegenüber den Deutschen zu verbessern, sondern war auch Ausdruck der Befürchtung, daß sich sonst überall in Europa der Bolschewismus einnisten würde (vgl. hierzu Rochat, La vie de la France..., S. 1108 und Laval, Archiv der Gegenwart, 1943, S. 6128 D).

Inwieweit Hitler in Laval einen zur Durchführung seiner Frankreichpolitik ihm geeignet erscheinenden Mann sah, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Benoist-Méchin (La vie de la France., S. 1708) ist sogar der Auffassung, daß Laval ihm im Wege stand: "La personne de Laval m'est indifférente" (Hitler, zit. bei Benoist-Méchin a.a.O. Auch Goebbels (Erinnerungen, S. 421) äußert, daß Laval im Grunde seines Herzens dem Reich und seinen Interessen völlig entgegengesetzt sei.

Nach der Zusammenkunft Hitlers mit Laval und Pétain am 22. bzw. 24.10.1940 in Montoire nahmen die zwischen Pétain und Laval

Die politisch meist rechts orientierten Regierungsmitglieder waren alle leidenschaftliche Patrioten, die in der Regel totalitäre Grundsätze ablehnten. Da sie aber die Schwäche und Ohnmacht der Dritten Republik für den Niedergang Frankreichs verantwortlich machten, waren sie dennoch bereit, innerhalb einer "tradition française" ein in seiner Wirkkraft totalitären Systemen vergleichbares Regime zu errichten⁴⁾. Die zweite Gruppe der "notables", die alten Parlamentarier, verschwand allerdings mit Ausnahme Lavals nach und nach aus den Regierungsstellen und machte hohen zivilen

bestehenden Unterschiede in der Beurteilung der dort geführten Gespräche immer schärfere Formen an. Während der Waffenstillstand für Pétain lediglich eine Pause darstellte, welche die Weiterexistenz Frankreichs ermöglichte und den Ausgang des Krieges zwischen England und den Achsenmächten abzuwarten erlaubte, war Laval bereit, ihn zu einer Umorientierung der bestehenden Allianzen zu benutzen und die militärische Unterstützung Deutschlands im Kampf gegen England ins Auge zu fassen. Während Pétain geheime Verhandlungen mit England führte, verhandelte Laval in Paris mit deutschen Militärs (zum ganzen siehe Aron, Histoire..., S. 291 ff.). Die Meinungsverschiedenheiten über die außenpolitischen Zielsetzungen, die ablehnende Haltung Lavals gegenüber Projekten der Révolution Nationale, insbesondere der Charte du Travail, sowie die auf die Eliminierung Lavals gerichtete Tätigkeit mancher Regierungsmitglieder, vor allem des Finanzministers Bouthillier, des Außenministers Baudouin und des Innenministers Peyrouton, führten schließlich zum offenen Bruch mit Pétain. Am 13.12.1940 wurde Laval entlassen und verhaftet. Seine Ausscheidung hatte aber offenbar zur Folge, daß sein Ansehen bei den Deutschen wuchs (Bénoist-Méchin, La vie de la France..., S. 1711). Auf deutschen Druck hin ernannte ihn Pétain im April 1942 erneut zum Regierungschef und übertrug ihm durch "Acte Constitutionnel Nr. 11" vom 18.4.1942 (J.O.V. 19.4.42) die Gesamtleitung der Innen- und Außenpolitik. "Acte Constitutionnel N° 12" vom 17.11.1942 ("Hors des lois constitutionnelles le chef du gouvernement pourra, sous sa seule signature, promulguer les lois ainsi que les décrets"; J.O.v. 19.11.42) beseitigte schließlich den letzten Rest der dem Marschall noch verbliebenen eigenen Entscheidungsbefugnis (s. auch oben S. 29 Anm. 8 u. S. 28 Anm. 3).

Laval erreichte durch seine politik der Zusammenarbeit und sein Verhandlungsgeschick zwar manche Vergünstigung für sein Land, wie z.B. die Beurlaubung eines Teiles der französischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Gegen die deutschen Ansprüche auf französische Arbeitskräfte wie auch gegen die Zwangsverschiebung der Juden war er jedoch machtlos.

Laval wurde am 30. Juni 1945 aus Spanien, wohin er geflohen war, ausgewiesen und an Frankreich ausgeliefert. Am 5.10. wurde er vor Gericht gestellt und am 15.10.1945 erschossen.

4) Vgl. Aron, Histoire ..., S. 196.

und militärischen Beamten und Industriellen Platz, deren Ideal "das Desinteresse der Massen an den öffentlichen Angelegenheiten" war⁵⁾. Einzig Laval, im Dezember 1940 von Pétain entlassen, kehrte im April 1942 wieder in die Regierung zurück⁶⁾.

II. Vom Geist der Révolution National.

In ideologischer Hinsicht war der "gouvernement des notables" ein Schmelztiegel nationalistischer und personalistischer Kräfte und Bestrebungen, die, wenn auch nicht in den Mitteln und Wegen, so doch in ihren Zielen miteinander übereinstimmten: beiden Richtungen schwebte der Gedanke vor, durch Wiederherstellung der "communautés naturelles" auf den Boden der Realitäten zurückzukehren.

Der Nationalismus des Vichy-Regimes war weitgehend von der Action Française getragen, die nun plötzlich, nach jahrzehntelangem, von manchen schon für hoffnungslos gehaltenem Warten⁷⁾, aus dem

5) Aron, De l'armistice..., S. 61.

6) Zu den außerhalb der Regierung stehenden positiv eingestellten Franzosen sind insbesondere jene Intellektuellen zu zählen, die sich um das "Institut d'études corporatives et sociales" sowie den "Comité du rassemblement pour la Révolution Nationale" sammelten.

Der bereits im Jahre 1934 gegründete "Institut d'études corporatives et sociales" stellte zu Beginn des Krieges seine Arbeit ein. Unter der Schirmherrschaft Pétains wurde er wiedereröffnet. Auf dem durch Le Play, Proudhon, Sorel und besonders durch La Tour du Pin vorgezeichneten Weg suchte man hier nach Möglichkeiten, die durch Liberalismus und Marxismus hervorgerufenen Schäden und Störungen der Wirtschaft zu überwinden (vgl. hierzu André Voisin, Vues..., S. 8). Unter der Leitung von Maurice Bouvier-Ajam sollte das Institut sich vor allem der Ausbildung zukünftiger Korporationsfunktionäre annähmen. Daneben entfaltete es eine reiche wissenschaftliche Tätigkeit über Fragen des Korporativismus, als "centre d'enseignement, d'information et de propagande" (Baudin, Vorwort zu Bouvier-Ajam, La Doctrine Corporative, 1943, S. XIV).

Der "Comité du rassemblement pour la Rév. Nat." war als Gegenbewegung zu dem von Déat in der besetzten Zone geführten Rassemblement Nationale Populaire" gegründet worden. Mitglieder waren u.a. Thierry Maulnier und Antoine de Saint-Exupéry.

7) Vgl. z.B. Naumann, S. 89; Gurian, S. 72.

Halbdunkel ihres literarischen und gesellschaftlichen Daseins⁸⁾ heraus in das Rampenlicht der Öffentlichkeit trat. Mitglieder dieser Bewegung, allen voran Alibert, dominierten in der nächsten Umgebung des Marschalls und waren seine Tischgenossen und Vertrauensmänner. Auch Charles Maurras kam verschiedentlich in die provisorische Hauptstadt. Obwohl offizieller Theoretiker Vichys⁹⁾, gehörte er aber nicht zu den persönlichen Vertrauensleuten des Marschalls. Gleichwohl begrüßte er dessen Machtübernahme mit Enthusiasmus und geißelte Republikaner, Gewerkschaftler und Demokraten bei jeder Gelegenheit, um Pétain in seiner Innenpolitik zu unterstützen¹⁰⁾. Pétain empfand seinerseits große Sympathie für Maurras¹¹⁾. Obwohl Pétain theoretischen und polemischen Übersteigerungen und Übertreibungen abhold war, übte Maurras einen beherrschenden Einfluß

8) Gurian S. 73.

9) Aron, De l'armistice..., S. 244. Auch in dem gegen Maurras geführten Prozeß wurde diese Tatsache festgehalten: "...heureux de voir... se réaliser le régime autoritaire qu'il rêvait et dont il était le théoricien" (Le Procès de Charles Maurras, Collection des Grands Procès Contemporains, Paris 1946, S. 8).

10) Le Procès de Charles Maurras, S. 8/9. - Der Grund, weshalb ein so fanatischer Royalist wie Maurras mit einem "pouvoir qui n'est pas royale" vorliebnahm, dürfte in seinem Chauvinismus liegen. "France d'abord" war oberstes Prinzip (La France seule, S. 163; dieses Buch ist Pétain gewidmet). In diesem historischen Augenblick war Pétain für Maurras das Symbol der nationalen Einheit und damit gewissermaßen Vorläufer eines Monarchen (vgl. die Erklärung Maurras' v. 26.6.40, zit. bei Henri Massis, Maurras et notre temps (La Palatine) 1951, Bd. 2, S. 141/2). Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Pétain bis zu einem gewissen Grade selbst gute und edle Eigenschaften des französischen Königtums verkörperte (vgl. Charles Maurras, Pour un jeune Français (Amiot-Dumont) Paris 1949, S. 185).

11) Die der Action Française von Pétain entgegengebrachten Sympathien erklärt Henri Massis (a.a.O. S. 157), der selbst Mitglied der Action war, nicht zuletzt damit, daß die Action während der immer sicherer sich abzeichnenden militärischen Niederlage Frankreichs die Haltung Pétains zugunsten des Abschlusses eines Waffenstillstandes unterstützte und für aktives Handeln eintrat, nach dem Grundsatz: "Quoi qu'on fasse, on le doit faire selon ce qu'on croit vrai, raisonnable, juste, utile: peu importe la suite, et rien n'est jamais tout à fait perdu qui a porté ce signe" (S. 155). Das Verhältnis Maurras' zu Deutschland blieb von dieser Einstellung unberührt: "L'Allemagne reste l'ennemie n° 1!" (Ch. Maurras, zit. bei H. Massis, a.a.O. S. 150).

auf sein Denken und Handeln aus. René Benjamin, Mitglied der Action Française und Biograph Pétains, bringt diesen Sachverhalt klar zum Ausdruck mit den Worten: "La France possède deux grands hommes, Philippe Pétain et Charles Maurras; l'un est la force de la pensée, l'autre est la force de l'action... Pétain au pouvoir couronne la pensée de Maurras"¹²⁾.

Obwohl die Nationalisten in der Umgebung Pétains in der Überzahl waren und obwohl dem in den dreißiger Jahren neu erwachenden Personalismus¹³⁾ eine der Action Française vergleichbare Sammlung und Kristallisierung der verschiedenen Kräfte und Strömungen fehlte, fanden auch personalistische Ideen Eingang in Vichy und wirkten entscheidend daran mit, das Gesicht der Révolution Nationale zu formen und zu prägen¹⁴⁾. Besonders Belin, Bergery und Lousteau, die ja maßgeblich an der ideologischen Untermauerung der Révolution Nationale beteiligt waren und die vor dem Krieg häufig in personalistischen Kreisen verkehrt hatten¹⁵⁾, kommen als Träger personalistischen Gedankengutes in Betracht. Die Exponenten des Personalismus selbst, wie z.B. Emmanuel Mounier (Zeitschrift "Esprit") oder Arnaud Dandieu ("Ordre Nouveau"), die

12) Zit. bei Aron, Histoire ..., S. 202.

13) Diese Geistesrichtung geht vom Menschen als einem Höchstwert aus und stellt die menschliche Freiheit über die Staatsraison. Durch soziale und geistige Verwurzelung in der Gemeinschaft soll der Mensch vor Materialismus und Ideologentum bewahrt werden (vgl. Bremer S. 106). Die Verfechter personalistischer Ideen sammelten sich vor allem um die Zeitschriften "Esprit" (linkskatholisch), "Revue Française" und "Revue de Siècle" (rechtskatholisch) sowie "Ordre Nouveau" (Parole: "weder rechts noch links").

14) Nationalismus und Personalismus sollen damit freilich nicht als zwei klar getrennte geistige Strömungen verstanden werden. Vielmehr erzeugte die praktisch-politische Unfruchtbarkeit der Action Française auf Grund ihrer intellektualistischen Entfremdung von der sozialen Wirklichkeit insbesondere auch bei der jüngeren Generation dieser Bewegung personalistische Tendenzen: "Die Klarsichtigen unter den Jüngeren waren sich bewußt, daß zur französischen Erneuerung nur ein Wandel des Lebensstils führen könne..." (Bremer S. 98). Thierry Maulnier, ein Vorkämpfer des Personalismus, ging aus der Action Française hervor.

15) Aron, Histoire..., S. 204.

sich mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Frankreich nicht abfinden konnten und sich zu-
meist von Vichy abseits hielten, wirkten mehr indirekt durch ihre
Freunde und Anhänger, die sich in der Umgebung des Hôtel du Parc
aufhielten¹⁶⁾.

III. Die Stellung der katholischen Kirche.

In Übereinstimmung mit der Lehre und dem Wunsch der Kirche, ungeachtet der Regierungsform grundsätzlich mit jedem Staat normale Beziehungen zu unterhalten, wurde Vichy, trotz Vorbehalten gegen manche Regierungsmitglieder, vom Heiligen Stuhl anerkannt: "Ignorer l'Etat, ce serait adopter le régime de la séparation absolue entre l'Eglise et l'Etat"¹⁷⁾. Entscheidend für die Haltung der Kirche war der "pouvoir établi", der durch das überwältigende Votum der Nationalversammlung vom 10. Juli 1940¹⁸⁾, durch die begeisterte Aufnahme des Marschalls als Staatsoberhaupt seitens des französischen Volkes selbst und durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen fast aller Staaten mit Vichy, einschließlich der USA, Englands und der UdSSR, erhärtet wurde. Pétain seinerseits begnügte sich nicht damit, der Kirche gegenüber die von der Dritten Republik begonnene Politik der unbemerkten Arrangements und des Auge-Zudrückens fortzuführen. Er tadelt die Dritte Republik, weil sie de iure die Existenz der Kirche ignorierte, de facto aber mit ihr in Kontakt stand^{18a)}. Durch eine Reihe von Maßnahmen, welche das Trennungsgesetz von 1905 praktisch außer Kraft setzten^{18b)}, brachte er seine kirchen- und religionsfreundliche Haltung klar zum Ausdruck und gab ihr eine legale Grundlage.

16) Aron, Histoire..., S. 203.

17) Guerry S. 239.

18) Siehe unten S. 32 Anm. 24.

18a) Bereits 1937 wurde Papst Pius XII. als Legat vom Präsidenten der Republik empfangen und am 12.1.39 brachte der Präsident der Abgeordnetenkammer, Edouard Herriot, dem Papst eine Huldigung dar.

18b) Hierzu zählen insbesondere die Aufhebung des Subventionsverbots für associations cultuelles und associations diocésaines (Loi du 25.12.1942 und Loi du 15.11.1943); Klärung der Rechtslage geistlicher Orden, die 1905 aufgelöst worden waren bzw.

Der Marschall wollte die Ausschaltung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben der Nation aus der tiefen Überzeugung rückgängig machen, daß die moralische Wiedergeburt eines neuen Frankreich nur Wirklichkeit werden kann, wenn die ewigen Wahrheiten der christlichen Sittlichkeit wieder zu Ehren gebracht werden^{18c)}. Gleichwohl war die Kirche aber bestrebt, sich um ihrer geistigen Unabhängigkeit willen aus dem unmittelbaren politischen Geschehen herauszuhalten und sich voll ihren eigentlichen Aufgaben zu widmen. Sie entschied sich infolgedessen für eine Loyalität unter gleichzeitiger Wahrung eigener Handlungsfreiheit ("Loyalisme sans inféodation")¹⁹⁾.

In der ersten Zeit des Vichy-Regimes lag der Akzent im Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf dem Gebot des "loyalisme". Soweit es dem Allgemeinwohl dienlich war, wurde der "pouvoir civil" respektiert und der Grundsatz der Nichteinmischung in politische Angelegenheiten praktiziert. Vor allem die im Programm der Révolution Nationale ins Auge gefaßte Wiederherstellung der "communautés naturelles" und die unter christlichem Vorzeichen erstrebte moralische Aufrüstung fanden Beifall und bereitwillige Unterstützung. Denn die Kirche müsse immer das aufzunehmen bereit sein, sagt Guerry, was dem Wohle des Vaterlandes zu dienen geeignet sei, selbst wenn eine religionsfeindliche Regierung es suchte²⁰⁾.

Ein Beispiel für die Praktizierung des "loyalisme" bietet der Streit um die Beseitigung der Syndikatsfreiheit²¹⁾. Die Reak-

seither ein illegales Dasein führten sowie Rückgabe beschlagnahmten Ordensvermögens (vgl. Loi du 8.4.1942); Aufhebung des Verbots für Ordensmitglieder, Schulunterricht zu erteilen und Schulen zu leiten; Zulassung von Schulklassen, die den Schulbesuch durch materielle Hilfeleistung erleichtern, auch für Privatschulen; Ermöglichung für Privatschüler, sich wie staatliche Schüler um Stipendien zu bewerben (Lex Carcopino vom 15.8.1941); die Einnahme eines positiven Verhältnisses zur Militärseelsorge sowie die Einführung eines freiwilligen Religionsunterrichtes an den staatlichen Schulen (z. Ganzen siehe v. Campenhausen insbes. S. 10 f., S. 34 f.).

18c) Zum Ganzen siehe v. Campenhausen, S. 110 f., insbes. S. 112.

19) In einer Erklärung der Assemblée des Cardinaux et Archevêques vom 24. Juli 1941 heißt es: "Nous voulons que, sans inféodation, soit pratiqué un loyalisme sincère et complet envers le pouvoir établi" (zit. bei Guerry S. 266).

20) S. 282/283.

21) Siehe dazu unten S. 101 ff.

tion der französischen Kirche auf diese Maßnahme und die Einführung des Einheitssyndikats, die in den Reihen der christlichen Gewerkschaften heftige Widerstände auslöste²²⁾, war nicht ganz einheitlich. Vor allem im Norden des Landes schienen die renitenten Gewerkschaften bei dem Kardinal Liénart, Bischof von Lille, Unterstützung zu finden²³⁾. So sehr sie das Verschwinden des syndikalen Pluralismus zwar bedauerte, bejahte die Kirche schließlich aber doch die Legitimität des Einheits-syndikats mit der Begründung, daß sie nie einen syndikalen Pluralismus gefordert, sondern sich immer den Umständen angepaßt habe, daß außerdem die Päpste Leo XIII. in der Enzyklika Rerum Novarum und Pius XI. in der Enzyklika Quadragesimo Anno es dem Staate nicht verwehrten, die Ausübung eines Grundrechtes einzuschränken, sofern dies vom Allgemeinwohl gefordert werde und nicht gegen das Naturgesetz verstoße. Auch Kardinal Feltin, ehemals Erzbischof von Bordeaux, kam in einer Studie zu dieser Frage²⁴⁾ zu dem Ergebnis, daß der Staat die Syndikatsfreiheit suspendieren könne, wenn er die Prinzipien der christlichen Sittenlehre respektiere und wenn die Arbeiter außerhalb des Syndikats die Möglichkeit hätten, sich zu Zwecken religiöser und sittlicher Bildung zu vereinigen. Im Interesse der Aufrechterhaltung des christlichen Einflusses in der Gewerkschaftsbewegung ermunterte schließlich die Assemblée Episcopale von Lyon im Dezember 1942 die Katholiken zur Mitarbeit in den neuen Berufsorganisationen und wünschte, daß alle Katholiken, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jeder an seinem Platz, ihren individuellen Beitrag zu der im Aufbau befindlichen Berufsorganisation leisten²⁵⁾.

22) Vgl. Perroux, *Le sens...*, S. 520.

23) Auf einer Versammlung der syndicalistes chrétiens du Nord erklärte der Kardinal: ...L'Eglise n'a pas la prétention de régenter les organismes temporels; elle ne leur demande qu'une chose pour qu'ils soient en règle avec elle, c'est qu'ils respectent dans leur activité les lois morales... L'Eglise vous laisse donc une légitime liberté dans la manière d'envisager l'organisation professionnelle et je vous la garantie de sa part" (zit. bei Chaigneau, S. 240).

24) "L'Aquitaine", zit. bei Chaigneau, S. 152.

25) Vgl. Perroux, *Le sens...*, S. 511.

Mit der Besetzung der freien Zone im November 1942 begann sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wieder abzukühlen. Der Grundsatz der "non-inféodation" rückte immer stärker in den Vordergrund. Die Kirche distanzierte sich vom Staat. Sie lehnte es ab, sich dem "pouvoir établi" anzupassen, sie suchte Lobhudeleien auf die Führer des Regimes einzudämmen²⁶⁾ und war bemüht, gegenüber der Doktrin der Regierung unabhängig zu bleiben²⁷⁾.

Zusammenfassend läßt sich die Haltung der Kirche gegenüber dem Staat etwa dahingehend kennzeichnen, daß die Kirche dort, wo der Staat Leben, Interessen und Rechte des Vaterlandes verteidigte, wo es um die Formulierung moralischer Wahrheiten und um den Wiederaufbau der "communautés naturelles" ging, seine Autorität respektierte und einen "loyalisme" praktizierte. Sobald der Staat dagegen dem Druck der Besatzungsmacht nachgab, sobald er fundamentale Rechte opferte, die Moral verletzte oder die Würde der menschlichen Person mit Füßen trat²⁸⁾, leistete sie Widerstand und beharrte auf ihrer Unabhängigkeit²⁹⁾.

IV. Ausländische Einflüsse und Vorbilder.

Sicher haben die Vorgänge in Italien, Portugal, Spanien und Deutschland das Regime Pétain zu einem eigenen Versuch einer Berufsorganisation inspiriert³⁰⁾. Ohne genaue Kenntnis der in Betracht kommenden ständisch-korporativen Realisationen des Auslandes läßt sich aber nur schwer feststellen, inwieweit sie den französischen Reformen als Vorlage gedient haben und in welchem Maße sie französischen Verhältnissen angepaßt worden sind. Da die Vermutung einer starken Einflußnahme der deutschen Besatzungsmacht auf die korporative Gesetzgebung Vichys sehr naheliegt, soll vor allem diese Frage etwas näher beleuchtet werden.

26) Als Beispiel diene ein Ausspruch des Kardinals Gerlier: "Pétain, c'est la France; la France, c'est Pétain" (zit. bei Aron, Histoire..., S. 162).

27) Guerry, S. 276.

28) Die Kirche brandmarkte z.B. offen die von der Vichy-Regierung geduldeten Greuelthaten gegen die Juden.

29) Vgl. Guerry, S. 359.

30) Georges Ripert, Le Régime Démocratique et le Droit Civil Moderne, Paris 2. Aufl. 1948, S. 401; Murat, S. 1.

Die Bemerkung von P. Colin³¹⁾, es handle sich beim ganzen Organisationssystem Pétains um die "Diktatur einer Ordnung, die unter dem Auge des Feindes aufgestellt" worden sei, ist nur in beschränktem Umfang richtig; denn das "Auge des Feindes" war nicht überall gleich wachsam. Insbesondere gelang es der Vichy-Regierung, durch schnelles Handeln die Organisation der französischen Wirtschaft von Anfang an vor zu starken deutschen Einflüssen zu schützen. Bereits am 16. August 1940, also knapp 8 Wochen nach Abschluß des Waffenstillstandes mit Deutschland³²⁾, erließ sie ein in kürzester Zeit ausgearbeitetes Gesetz über die Schaffung sog. comités d'organisation und kam dadurch einer von einem gewissen Dr. Roos in der besetzten Zone schon begonnenen ähnlichen Organisation der Wirtschaft nach belgischem Muster zuvor³³⁾. Diesen Schachzug belohnte die Besatzungsmacht mit zwei Vergeltungsmaßnahmen: sie verlangte erstens die Bildung sog. comités de répartition für alle Rohstoffe und sicherte sich in diesen Gremien ein Aufsichtsrecht; sie unterwarf weiter alle künftigen Veröffentlichungen im Journal Officiel einer Zensur. Ohne deutsches Visa konnte Vichy nun keinen Gesetzestext mehr verkünden, ja nicht einmal mehr einen Beamten ernennen. Die Einflußnahme der Zensurbehörden war unterschiedlich, je nachdem ob es sich um Maßnahmen handelte, welche sich auf die deutsche Kriegführung günstig auswirkten oder um Maßnahmen, die dem Aufbau eines neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Frankreich dienten. Sofern die im Journal Officiel veröffentlichten Gesetze geeignet waren, Frankreichs Prosperität in Zukunft zu sichern, hing das "Nihil obstat" der Besatzungsmacht davon ab, ob die erwartete Prosperität mit den deutschen Interessen in Einklang stand und Deutschland selbst zugute kam³⁴⁾.

31) Droit Social, Bd. 8 (1945), S. 325.

32) Der Waffenstillstand wurde am 22.6.1940 abgeschlossen (s. dazu Archiv der Gegenwart S. 4586 D).

33) Bezüglich der Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse schreibt Perroux (Le sens..., S. 367): "Cette transformation a été imposée par les circonstances et influencée, dans une mesure difficile à déterminer, par la puissance occupante". Die in dem Gesetz vorgesehenen Organisationen wurden erst nach mühseligen Verhandlungen von den deutschen Behörden akzeptiert. Der Besatzungsmacht wurde allerdings die nachträgliche Zustimmung zu den vom Minister vorgenommenen Er-

Offenbar waren die Eingriffe seitens der deutschen Zensur aber nicht so tiefgreifend, daß sie die Révolution Nationale in ihrer Substanz berührt hätten. Mit Nachdruck wird gerade von französischer Seite betont, daß der ordre nouveau etwas typisch Französisches sei und etwas Eigenständiges darstelle. Der ordre nouveau, so erklärte Pétain, könne nicht eine knechtische Nachahmung ausländischer Erfahrungen und Versuche darstellen. Einzelne dieser Versuche hätten wohl ihren Sinn und ihre Schönheit, doch müsse jedes Volk selbst jenes Regime schaffen, das seinem Klima und seinem Genius entspreche. Die neue Ordnung sei eine französische Notwendigkeit³⁵⁾. Der neue Staat beruhe auf sozialen, politischen und geistigen Prinzipien, die von jeher Zusammenhalt und Größe der französischen Nation ausgemacht hätten³⁶⁾ und deren Ursprung in Frankreich läge³⁷⁾. Vor allem das Grundgesetz der Révolution Nationale, die Charte du Travail, sei Ausdruck eines schon alten, endlich zur Reife gelangten Gedankens, eine französische Version des korporativen Prinzips und beinhalte keinesfalls eine Anpassung an den deutschen korporativen Gedanken³⁸⁾. Nur in Bezug

nennungen leitender Funktionäre konzidiert (Belin, La vie de la France..., S. 145/6).

34) Chaigneau, S. XVII.

35) Botschaft v. 11.10.40 (La Fr. nouv. S. 75/76, abgedruckt in Archiv der Gegenwart S. 4733 C).

36) Allocation v. 4.6.41 (La Fr. nouv. S. 160); Revue des Deux Mondes v. 15.9.40 (La Fr. nouv. S. 65).

37) Aron, Histoire..., S. 214. - Bereits oben (S. 11 Anm.5) wurde aber schon darauf hingewiesen, daß selbst La Tour du Pin, der bedeutendste und fruchtbarste Verfechter des ständisch-korporativen Gedankens in Frankreich, stark durch die sozialen Schriften von Kettlers beeinflusst war. Die bezüglich der Sozialreform von Maurras aufgestellte Behauptung, die Franzosen hätten nirgends etwas entlehnt ("La France n'avait... attendu aucun exemple européen pour concevoir, définir, proposer la 'réforme sociale'... Bien loin que nous, Français, devions rien à personne, c'est à nous que l'essentiel a été emprunté"; La seule France, S. 217), entbehrt in dieser Allgemeinheit jeder Grundlage.

38) Brèthe de la Gressaye, La Charte du Travail en France et en pays étrangers, Collection Droit Social, XIII S. 17. - M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S. 222 Nr. 5, hält die Annahme einer deutschen Einflußnahme auf die Gestaltung dieses Gesetzestextes für ein "Märchen", für eine "légende injuste", weil der Text bis in seine Fehler "purement français" sei. Belin bestätigt diese Auffassung: "Les autorités allemandes s'intéressèrent, certes, à ces projets, mais aucune pression ne fut exercée par elles ni dans un sens, ni dans l'autre" (La vie de la France..., S. 184).

auf die Einführung des Einheitssyndikats deutet Guerry an, daß Befürchtungen über adoptierte deutsche Thesen laut geworden seien³⁹⁾. Pétain selbst brachte ein einziges Mal die nationalsozialistische Idee vom Vorrang der Arbeit mit seiner eigenen Doktrin in seinem Aufsatz über die zukünftige Sozialpolitik in Verbindung, fügte aber abschwächend hinzu, daß diese Idee schon immer ein klassischer Bestandteil des französischen Sozialsystems gewesen sei⁴⁰⁾. Außerdem werde die Révolution Nationale von einem völlig anderen Geist getragen als etwa die nationalsozialistische oder faschistische Bewegung⁴¹⁾. Auch hinsichtlich der corporation agricole wird betont, daß sie keine verhohlene Entlehnung deutscher Ideen darstelle, sondern auf Vorstellungen und Strömungen innerhalb der französischen Bauernschaft selbst zurückgehe^{41a)}.

Äußerlich besteht eine Ähnlichkeit zwischen pétainistischer und nationalsozialistischer Arbeits- und Berufsordnung vor allem insofern, als auch in Frankreich zunächst fast überall "par voie de spécialisation" wirtschaftliche und soziale Aufgaben von verschiedenen Organismen wahrgenommen wurden (vgl. in Deutschland die Deutsche Arbeitsfront einerseits und die verschiedenen Reichsgruppen der Wirtschaft andererseits). Da Vichy in dieser organisatorischen Trennung ("corporatisme dualiste") aber keinen Endzustand sah, sondern die Übertragung aller Aufgaben "par voie d'intégration" auf einheitliche Organismen beabsichtigte, näherte es sich - aufs Ganze gesehen - mehr dem italienischen "corporatisme unitaire"⁴²⁾. Es steht allerdings fest, daß die Révolution Nationale, gewollt oder ungewollt, insofern deutschen Wünschen entgegenkam, als immer wieder Frankreichs Stellung als typisches Agrarland im westeuropäischen Raum betont und die Rückkehr des französischen Volkes zur Scholle als wichtige Aufgabe verkündet

39) S. 284.

40) Revue des Deux Mondes v. 15.9.40 (La Fr. nouv. S. 65).

41) Pétain, zit. bei Varisère, S. 25.

41a) Pointier, La vie de la France..., S. 276; vgl. auch Hourcade, S. 91.- Zur Weigerung der französischen Regierung, die Anwendbarkeit des Gesetzes betr. die corporation agricole in der besetzten Zone durch Zugeständnisse gegenüber deutschen Forderungen zu erkaufen, siehe Lagardelle, La vie de la France..., S. 263.

42) Laufenburger, Brèthe-Laufenburger-Garrigou S. 49.

wurde⁴³⁾. Eingefügt in das kontinentale System der Produktion und des Austausches, sollte Frankreich zu seinem eigenen Vorteil in erster Linie wieder landwirtschaftlich und bäuerlich werden⁴⁴⁾. Die Landwirtschaft war auch der erste Berufszweig, der eine korporative Organisation erhielt. Mag die Révolution Nationale daher grundsätzlich als französische Konzeption anerkannt werden, so war sie immerhin in diesem wichtigen Punkt auf die deutsche Politik abgestimmt⁴⁵⁾, ganz abgesehen von der den deutschen Forderungen völlig oder doch weitgehend entgegenkommenden Haltung, die das Vichy-Regime in der Judenfrage, bei der Entsendung französischer Arbeitskräfte nach Deutschland und der Aufstellung der Miliz einnahm⁴⁶⁾.

43) Pétain, Erklärung vom 21.8.1940 (Archiv der Gegenwart 1940, S. 4668 C).

44) Regierungsbegründung zur Vorlage der Verfassungsänderung, Archiv der Gegenwart 1940, S. 4618 B.

45) Pairoult, Le plan français de modernisation, Semaine Sociale de Lille, 1949, S.258; Aron, Histoire..., S.217. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Caziot, unter dessen Regie die corpora-tion agricole geschaffen wurde, bestreitet allerdings, daß die corporation der deutschen Versorgung irgendwie Hilfe geleistet habe (La vie de la France..., S. 264).

46) Die vom Vichy-Regime gegen die Juden ergriffenen Maßnahmen (siehe insbes. Gesetz vom 3.10.40, J.O.v. 18.10.40, abgedruckt im Archiv der Gegenwart 1940, S. 4741 B und Gesetz vom 2.6.41, J.O.v. 14.6.41), welche sich inhaltlich mit denen des Militärbefehlshabers im besetzten Gebiet deckten, waren nicht nur die Folge einer Deutschland entgegenkommenden Politik, sondern noch mehr Ausdruck einer antisemitischen Haltung des Marshalls und eines Teiles seiner Mitarbeiter. Der französische Antisemitismus, seit der Dreyfus-Affäre in rechts-extremistischen Kreisen tiefverwurzelt und von der Action Française repräsentiert, beruhte allerdings weniger auf rasischen als auf religiösen und insbesondere nationalen Erwägungen (siehe Aron, Histoire..., S. 227 f.).

Hauptakteur bei der Entsendung von Arbeitskräften war dagegen Laval. Die sog. "Relève", wonach Arbeitskräfte gegen Gefangene ausgetauscht wurden, war seine Erfindung. Gegenüber den ab 1942 immer maßloser werdenden deutschen Forderungen war Vichy letztlich aber machtlos (s. Lagardelle, La vie de la France..., S. 135 f; Aron, Histoire..., S. 523).

Die Aufstellung der Miliz (vgl. Archiv der Gegenwart 1944, S. 6285 C), ein Wunsch Hitlers, machte Pétain viele Feinde und dürfte mit ein Grund sein, daß das französische Volk noch weitgehend in Freunde und Gegner des Marshalls geteilt ist. Die Miliz war eine aus dem SS-ähnlichen Service d'Ordre Légionnaire hervorgegangene Sonderpolizei, von deren Grausamkeiten Pétain sich schließlich distanzierte (Aron, Histoire..., S. 615 f.).

D r i t t e r T e i l

Die ständisch-korporativen Einrichtungen

unter dem Regime Pétain

1. Kapitel

Grundzüge und geschichtliche Entwicklung

I. Eine dualistische Berufsorganisation.

Der dem Programm der Révolution Nationale anhaftende Mangel klarer, über die Form und den Inhalt bloßer Richtlinien hinausgehender Organisationsgrundsätze lenkt bei der Untersuchung des ordre nouveau Pétains den Blick unwiderstehlich auf die ständisch-korporativen Einrichtungen des Regimes. Erst hier, in der Verfassungswirklichkeit, wo eine Flut von Gesetzen und Verordnungen die alte Staats- und Gesellschaftsordnung über Bord zu spülen suchte, zeigt die Révolution Nationale ihr eigentliches Gesicht¹⁾.

1) Über die eine zentrale Stellung einnehmende Charte du Travail sagt Arbeitsminister Hubert Lagardelle, der Nachfolger Belins, sie sei diejenige Institution, in welcher die den neuen Staat inspirierenden Grundsätze am deutlichsten zum Ausdruck kämen: "Ces réponses aux questions que nous nous sommes posées ('Was ist die Gesellschaft von morgen?' 'Was ist der Mensch in dieser Gesellschaft?') sont données par les principes qui inspirent l'Etat nouveau. Et l'institution qui en est la forme la plus expressive est la Charte du Travail" (Bulletin de la Charte du Travail v. April 1943, Nr. 1, S. 3).

Für die Berufsorganisation werden ihrer Art wie auch ihrer Herkunft nach verschiedene Organisationstypen herangezogen.

Während zur Disziplinierung der sog. freien Berufe, vorwiegend auf das bewährte traditionelle Ordnungsbild des "ordre" zurückgegriffen wird²⁾, sucht der Gesetzgeber, sich auf die vor allem in den dreißiger Jahren geleisteten theoretischen und gesetzgeberischen Vorarbeiten und Ansätze stützend³⁾ und dem Beispiel anderer europäischer Staaten folgend, bei der ständisch-korporativen Organisation der gewerblichen Berufe neue Wege zu gehen⁴⁾. Dabei wird in den weitaus meisten Fällen

-
- 2) Unter dem Begriff "ordre", der in etwa mit dem Begriff der "berufsständischen Kammer" verglichen werden kann, wollte der Gesetzgeber einen "type unique d'institution corporative adapté aux professions libérales" aufstellen (de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S.53). Mutatis mutandis hat der bereits durch ein Dekret vom 4. Dezember 1814 wieder errichtete ordre des avocats für alle nach 1940 geschaffenen ordres als Modell gedient (Rolland, Les Etapes..., S.2).
- 3) Kaiser S. 61; vgl. oben S. 9 ff. u.S. 24 ff. - Nach Lépany (S.5 Anm. 1) ist Saint-Simon mit seinem Vorschlag zum Aufbau eines Bankensystems als Vorläufer der gewerblichen Berufsorganisation anzusehen.
- 4) Über den Gegensatz von Gewerbe und freiem Beruf (zur begrifflichen Unterscheidung siehe vor allem Oswald v. Nell-Breuning, Wörterbuch der Politik (Herder) 1949, Heft III Sp. 94 und 103/104 sowie Savatier S. 34 ff.) sagt Sigbert Feuchtwanger (Die freien Berufe, Versuch einer allgemeinen Kulturwissenschaftslehre, Duncker & Humblot 1922, S.XI), er sei in der heutigen Gesellschaft zwar gefühlsmäßig und traditionell als bestehend anerkannt, scheine aber offiziell, zumal im Rechtsleben, zusehends an Geltung zu verlieren und sei von den Gesellschaftswissenschaften vernachlässigt. Diese Auffassung trifft für das französische Recht nicht zu. Vielmehr ist die "profession libérale" hier ein juristischer Begriff und hält nicht nur einen soziologischen Tatbestand fest (Savatier S. 34). Zwischen einzelnen Ländern bestehende Unterschiede dürften mit der Ausbildung eines europäischen Rechts in absehbarer Zeit jedoch beseitigt sein. Die - mangels Ratifizierung durch die erforderliche Zahl von Staaten noch nicht in Kraft getretene - Convention Européenne d'Etablissement vom 13.12.1955 enthält auch den Begriff der "profession libérale"; Art. 10 der Convention legt bezüglich der Ausübung eines freien Berufs den Grundsatz der Inländerbehandlung fest (Die Convention Européenne d'Etablissement ist abgedruckt in Conventions Européennes,

fürs erste eine organisatorische Trennung bezüglich der Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben vorgenommen. Die Grundsätze der Wirtschaftsorganisation enthält hauptsächlich das Gesetz vom 16.8.1940⁵⁾, auch Charte de la Production

Strasbourg 1956, Direction de l'information du Conseil de l'Europe). Nur am Rande sei vermerkt, daß die Feststellung Feuchtwangers auch für den deutschen Rechtsbereich nur noch beschränkt zutrifft. In der Bundesrepublik hat der Begriff des freien Berufs in einer ganzen Reihe neuer Berufsgesetze Eingang gefunden, wenn es auch eine allgemein gültige und allseits anerkannte Definition des Begriffs in Deutschland nicht gibt (s. dazu Kühn, S. 3/4).

Auch die freiberufliche Tätigkeit hat einen - vom einzelnen stärker oder schwächer betonten - wirtschaftlich-gewerblichen Akzent ("L'idée d'un gain légitime est inhérente à l'exercice d'une profession..."; Rolland, Les Etapes..., S.9). Die Unterscheidung bezieht sich jedoch auf den Inhalt der Berufstätigkeit, je nachdem, ob dieser der Sache nach dem Bereiche der Wirtschaft oder anderen Kultursachbereichen angehört. Nach einem von der Confédération Internationale des Travailleurs Intellectuels (CITI) im Jahre 1959 unternommenen Versuch der Begriffsbestimmung übt derjenige einen freien Beruf aus, "der, ohne ein Gewerbe zu betreiben, in völliger Unabhängigkeit, ohne jede Unterordnung sein Wissen und seine schöpferischen Gaben um der Leistung selbst willen mit einer Tätigkeit einsetzt, die vorwiegend geistiger Art ist" (zit. bei Kühn, S.5). Ein klarer Trennungsstrich läßt sich allerdings kaum ziehen. So werden z.B. die Apotheker und agrées nicht ausdrücklich in ordres organisiert, sondern erhalten ein Sonderstatut. Dasselbe gilt für alle sog. officiers ministériels (d.s. Inhaber öffentlicher Ämter, die von der Justizverwaltung abhängig sind, wie z.B. avoués, huissiers) und officiers publics (d.s. Inhaber öffentlicher Ämter, die von der Justizverwaltung unabhängig sind, wie z.B. notaires, agents de change, commissaires-priseurs) - ganz abgesehen von den Beamten im eigentlichen Sinne (s. dazu das Gesetz vom 14.9.1941, J.O.v. 1.10.41). Der Gesetzgeber will für diese Berufe überhaupt keine Korporationen schaffen (de Lacharrière, a.a.O., S. 95 in Bezug auf die chambres des notaires, die nur mit einer Menge von "sanctions platoniques" ausgestattet seien); ihre Organe sind ausdrücklich als "établissements d'utilité publique" konstituiert, also als Institutionen des Privatrechts, obwohl sie eher "personnes morales de droit public" zu sein scheinen (Waline, Droit administratif..., S.254). Zum Teil sind diese Organisationen Zwangsverbände, die aber keine reglementären, sondern nur disziplinarische Funktionen haben.

- 5) "Loi concernant l'organisation provisoire de la production industrielle du 16 août 1940" (J.O.v. 18.8.1940).

genannt, in Verbindung mit dem Gesetz vom 10.9.1940⁶⁾. Dagegen befaßt sich das Gesetz vom 4.10.1940⁷⁾, die sog. Charte du Travail mit der sozialen Organisation der Berufe⁸⁾.

Wenn die Gesetze selbst nirgends eine klare Grenze ziehen, so ist damit noch nicht die Unmöglichkeit einer theoretischen Unterscheidung bewiesen, mag diese auch juristischer oder volkswirtschaftlicher Exaktheit entbehren und letztlich nur dazu bestimmt sein, der Durchführung einer bestimmten Politik zu dienen⁹⁾. Dem wirtschaftlichen Sachbereich könnte man dabei all das zuordnen, was sich - "d'une manière dépersonnalisée" - auf die Produktionsbedingungen bezieht (wie z.B. Beschaffung und Verwendung der Rohstoffe)¹⁰⁾, in den sozialen Sachbereich könnten alle mit dem Lohn zusammenhängenden Fragen (wie z.B. familiengerechte Entlohnung, Altersvorsorge, Beihilfen) einbezogen werden¹¹⁾. Daneben ließe sich mit einer weiteren Kategorie "berufliche Aufgaben" (wie z.B. Berufsausbildung, Berufsausübung) derjenige Bereich erfassen, in welchem die Menschen als Funktionsträger im Produktionsorganismus erscheinen¹²⁾.

Der praktische Wert dieser Unterscheidungen ist aber sehr zweifelhaft, weniger wegen der Gefahr von Konflikten zwischen wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, weil in jedem Streitfalle die Regierung entscheiden würde, als wegen der gegenseitigen Verzahnung und Verschränktheit der Sachbereiche.

6) "Loi portant organisation de la répartition des produits industriels" (J.O.v. 12.9.1940).

7) "Loi du 4 octobre 1940 relative à l'organisation sociale des professions" (J.O.v. 26.10.41).

8) Die durch besondere Gesetze geregelten Berufe, wie z.B. die in ordres disziplinierten professions libérales, fallen gemäß Art. 7 der Charte du Travail grundsätzlich nicht unter die Bestimmungen dieses Gesetzes. Eine besondere Stellung nimmt das Personal der in ordres organisierten Berufsgruppen ein; siehe dazu unten S. 97 und S. 173 Anm. 9

9) S.dazu M. ^{xxx}, Trois problèmes d'organisation: l'économique, le professionnel et le social, Droit Social Bd.7 (1944) S. 144 ff.; Perroux, Rencontres, S. 175 Anm. 1.

10) Mérigot S. 275. "L'économie embrasse l'ensemble des activités et des responsabilités de la production, tout ce qui trait à la direction des entreprises" (Perroux, La liaison..., S. 116).

11) Vgl. Mérigot S. 275.

12) Vgl. Mérigot a.a.O.

Grundsätzlich haben Maßnahmen auf einem Gebiet mit innerer Notwendigkeit Rückwirkungen auf die übrigen Bereiche. Das Wirtschaftliche und das Soziale sind nur verschiedene Seiten desselben Problems¹³⁾. Lohnfragen können daher nicht geregelt werden unabhängig und unter Außerachtlassung der Struktur des ganzen betreffenden Unternehmens, des Verhältnisses von festem Kapital und persönlicher Arbeit.

Der organisatorischen Trennung der Sachbereiche wird immerhin dadurch einiges von ihrer Schärfe genommen, daß sie nur als Übergangszustand gedacht ist¹⁴⁾. Das Provisorium soll in einer späteren, zweiten Organisationsphase nach und nach durch Schaffung von Organismen mit universaler, d.h. wirtschaftlicher und sozialer Zuständigkeit, sog. corporations, überwunden werden¹⁵⁾.

Während in der Regel die dualistische Organisationsform vorherrscht, sind bei einer geringen Anzahl von Berufen - zum Teil unter vollständiger Übergehung der Zwischenphase mit getrennter Organisation - entweder auf Grund des Art. 39 der Charte du Travail oder durch besonderes Gesetz bereits Organismen mit umfassender Zuständigkeit geschaffen worden. Zu

13) Perroux, La liaison..., S. 116.

14) Der provisorische Charakter der Trennung von Wirtschafts- und Sozialbereich ist bereits in der Überschrift des Gesetzes vom 16.8.40 (s.O.S. 56 Anm.8) angedeutet. Er wird in Art. 4 der Charte du Travail nochmals ausdrücklich festgestellt: "L'organisation professionnelle est appelée à connaître tous les aspects sociaux et économiques de l'activité professionnelle. Toutefois, en raison des circonstances et sauf exceptions prévues... les questions d'ordre économique resteront, jusqu'à ce qu'il en soit autrement décidé, dans les attributions des comités provisoires d'organisation créés en application de la loi du 16 août 1940".

15) Vgl. dazu besonders Pierre Dieterlen, La Réforme des comités d'organisation, Droit Social Bd. 6 (1943) S. 347 ff. - Die mit der Koordinierung zusammenhängenden Schwierigkeiten werden keineswegs verkannt und Perroux bezeichnet sie als "difficultés centrales du présent et l'un des points cruciaux de la construction de l'avenir" (Le sens..., S. 537). Um dem Ziel näherzukommen, wurde durch das Dekret vom 6.6.1942 (J.O.v.16.6.42) ein 45 Mitglieder umfassender und unmittelbar dem Minister unterstellter Conseil supérieur de l'économie industrielle et commerciale gebildet. Er hatte die Aufgabe, der Regierung über die endgültig anzunehmende Formel bezüglich des Verhältnisses zwischen wirtschaftlicher

diesen besonderen gesetzgeberischen Regelungen gehören:

- 1.) "Loi du 2 décembre 1940 relative à l'organisation corporative de l'agriculture"¹⁶⁾ (J.O. v. 17.12.1940);
- 2.) "Loi du 13 mars 1941 relative à l'organisation corporative des pêches maritimes" (J.O. v. 30.3.1941);
- 3.) "Loi du 27 mars 1942 portant organisation préliminaire de la corporation de la marine de commerce" (J.O.v.31.3.1942);
- 4.) "Loi du 14 avril 1942 portant organisation de la corporation de la navigation intérieure" (J.O. v. 29.7.1942)¹⁷⁾;
- 5.) "Loi du 20 novembre 1943 portant organisation corporative des industries alimentaires de transformation des produits de la pêche maritime" (J.O. v. 23.1.1944).

Es erscheint zweckmäßig, sich bei der Untersuchung dieser verschiedenen Gesetze nicht an die Reihenfolge ihrer zeitlichen Entstehung zu halten. Gleich zu Anfang, vor den eigentliche "corporations" ins Leben rufenden Sondergesetzen, werden die Charte de la Production und die Charte du Travail behandelt. Denn diese Gesetze sind gewissermaßen Ausgangs- und Mittel-

und sozialer Berufsorganisation Bericht zu erstatten (Bichelonne, Allocution v.14.10.1942, Droit Social Bd. 5 (1942) S. 228).

Lajugie (Les Etapes...,S.8) sieht - unter Bezugnahme auf A. Croquez - in der geplanten Verschmelzung mit Recht bereits eine Form der Überführung von Privateigentum in Kollektiveigentum.

- 16) Seit der Loi Le Chapelier war das Wort "corporation" aus den französischen Gesetztexten verschwunden. Hier taucht es zum ersten Mal wieder auf (Hourcade S. 93).
- 17) Weshalb gerade in den verschiedenen Bereichen der Schifffahrt die korporative Neuordnung so schnell vorangeht, dürfte insbesondere mit der autoritären und hierarchischen Struktur des Schifffahrtsrechts sowie den auf diesem Gebiet noch vorhandenen Resten der alten korporativen Berufsorganisation zusammenhängen. Darauf hebt auch der Rapport zum Gesetz vom 27.3.42 (J.O. v. 31.3.42) ab. Hinzu treten die besonderen, in einer festgefügt Tradition ruhenden Arbeitsbedingungen der professions maritimes, insbesondere die Form der Entlohnung, der Fürsorge und der Berufsdisziplin (Bador, Les Etapes...,S.2). So besteht z.B. zwischen Fischereiunternehmer und -personal seit Jahrhunderten ein partiarisches Rechtsverhältnis ("système de la part"). Außerdem kommt der Unternehmer für alle während des Aufenthaltes an Bord seines Schiffes sich ereignenden Unfälle und Krankheiten auf. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die verschiedenen Schifffahrtsbereiche unter der Regierung eines Admirals (Darlan) neu geordnet wurden.

punkt zugleich für die Organisation der gewerblichen Berufe¹⁸⁾. Hier werden typenhaft die Grundfiguren der dualistischen, nach wirtschaftlichem und sozialem Sachbereich getrennten Berufsorganisation aufgestellt - und nach diesem Schema ist und bleibt die überwältigende Mehrheit der gewerblichen Berufe organisiert, da in der dem Regime zur Verfügung stehenden kurzen Zeitspanne eine Fortentwicklung der einmal geschaffenen Institutionen zur endgültigen Gestalt praktisch unmöglich war. Dazuhin hat die Charte du Travail als wohl wichtigste gesetzgeberische Leistung der Révolution Nationale fast während der ganzen Organisationszeit im Brennpunkt der Überlegungen und Auseinandersetzungen gestanden.

II. Aufschwung und Niedergang der Révolution Nationale.

Die Entwicklung der ständisch-korporativen Ordnung verlief in zwei einander entgegengesetzten Phasen, einer von stärkster gesetzgeberischer Aktivität getragenen Phase des Aufschwungs und einer durch das praktische Scheitern des bisherigen Gesetzgebungswerkes und durch das Erlahmen der schöpferischen Begeisterung gekennzeichneten zweiten Phase des Verfalls. Der Übergang von der ersten zur zweiten Phase erfolgte mit der Rückkehr von Laval an die Macht (16. April 1942)¹⁹⁾, hatte sich aber bereits unter dem Kabinett Darlan (Februar 1941 bis April 1942) abzuzeichnen begonnen²⁰⁾. Denn allmählich merkte das

18) Das ergibt sich rein äußerlich schon daraus, daß fast alle nach der Charte du Travail erlassenen Sonderstatute für gewerbliche Berufe sich stark an diese anlehnen, wie andererseits das früher ergangene Gesetz über die corporation agricole prospektiv auf gewisse Züge der Charte du Travail hinweist.

19) Siehe dazu oben S.43 Anm. 3. - Die erneute Ernennung Lavals zum Regierungschef an Stelle Darlans hatte - mit zwei Ausnahmen - die Demission aller Minister zur Folge. Auch die meisten persönlichen Mitarbeiter und Berater Pétains verließen Vichy. An ihre Stelle traten Leute, welche noch nie zu den Vorkämpfern der Révolution Nationale gehört hatten (Aron, Histoire..., S.494). An die Stelle von enthusiastischen Reden auf die Révolution Nationale traten Aufrufe zur "Relève" (s. oben S. 53 Anm. 46).

Volk, was es heißt, ein besiegt und besetztes Land zu sein. Es wurde der großen Worte und schönen Reden überdrüssig und verlangte statt dessen Brot und Freiheit. Zudem verschärften sich die Spannungen zwischen dem Reich und Vichy immer mehr, die deutsche Pression wurde stärker und Vichy verlor den Glauben an den deutschen Endsieg. Im Untergrund begann die Résistance sich zu regen. Die Révolution Nationale versuchte sich unter Darlan zwar noch in verschiedenen Institutionen zu realisieren, sie wurde vom Volk aber bereits als "bibliothèque rose, terreur blanche, marché noir" verspottet²¹⁾. Pétain, nach der Rückkehr Laval's von den meisten seiner Gefolgsleute und Vertrauensmännern verlassen, begann den Rückhalt im Volke zu verlieren. De Gaulle trat an seine Stelle. Dieser wurde, was der Marschall war, Symbol der französischen Wiedergeburt.

Die Besetzung der freien Südzone durch die deutsche Wehrmacht in der Nacht vom 10./11. November 1942 nahm der Vichy-Regierung den letzten Rest von Unabhängigkeit und versetzte der Révolution Nationale den Todesstoß. Nach der Übertragung diktatorischer Befugnisse auf Laval am 17. November 1942 durch den Marschall²²⁾ ging es nicht mehr um den Aufbau eines neuen Regimes, sondern einfach darum, das Schlimmste zu verhüten. Trotz allem hegte Pétain noch kurz vor seiner am 20. August 1944 erfolgten Verhaftung durch die Deutschen den Glauben, die ihm von der Nationalversammlung am 10. Juli 1940 übertragene Mission erfüllt und die Grundlagen für einen ordre nouveau des französischen Volkes gelegt zu haben²³⁾.

20) "Vichy commence à apparaître comme un gouvernement coupé du pays réel, qui n'a plus l'unanimité ni l'élan des premiers mois" (Aron, Histoire..., S. 403). Bereits Darlan scheint die Révolution Nationale nur mit halbem Herzen befürwortet zu haben (vgl. Aron, a.a.O. S. 375).

21) Aron, Histoire ..., S. 392.

22) Vgl. oben S. 43 Anm. 3.

23) Vgl. die bei Aron, Histoire..., S. 698/699 zitierte Erklärung.

2. Kapitel

Die Organisation der gewerblichen Berufe

A. Die Charte de la Production¹⁾

a) Die Grundgedanken des Gesetzes

I. Ein Provisorium.

"Faire vivre la nation", Erhaltung der Nation, ist die Hauptaufgabe der durch René Belin ausgearbeiteten Charte de la Production²⁾. Sie soll mehr "das Schlimmste verhindern als das Beste erreichen"³⁾. Die nahezu völlige Lahmlegung der französischen Wirtschaft infolge der Zweiteilung des Landes in besetzte und freie Zone, infolge der Unterbindung des Warenverkehrs in Nord-Südrichtung und damit der Abschneidung der freien Zone von den Rohstoffquellen der Industrie sowie den Absatzgebieten im Norden, infolge der englischen Blockade, nicht zuletzt aber auch infolge der notwendigen Umstellung großer Industrien von Rüstungs- auf Friedensproduktion soll auf dem Gebiet der Industrie und des Handels durch Schaffung sog. *c o m i - t é s d' o r g a n i s a t i o n* überwunden werden⁴⁾. Das Gesetz enthält in seinen zehn Artikeln aber nur Rahmenbestimmungen. Es wird ergänzt durch besondere Konstitutionsdekrete für die einzelnen Berufszweige, sowie durch ministerielle Erlasse und Rundschreiben. Auch der Geltungsbereich des Gesetzes ist

1) Siehe oben S. 56 Anm. 5 die genaue Überschrift des Gesetzes.

2) De Tavernost, *Les Etapes...*, S. 2.

3) Lépany, S. 201.

4) Siehe dazu René Belin, *La vie de la France...*, S. 141 ff.

beschränkt. Es findet keine Anwendung in den Départements Nord und Pas-de-Calais, da diese der deutschen Militärgewalt unterstehen. Allerdings hat die Militärkommandantur unter Übernahme der wichtigsten Bestimmungen der Charte de la Production für diese Gebiete eine ähnliche Regelung getroffen⁵⁾.

Trotz ihrer Kürze und ihres provisorischen Charakters kommt der Charte de la Production nach Perroux⁶⁾ eine mehr als nur durch die Umstände bedingte wirtschaftliche und juristische Bedeutung zu, weil die comités d'organisation seiner Ansicht nach das erste Teilstück der zukünftigen Korporation⁷⁾, oder, wie de Peraldi⁸⁾ sich ausdrückt, den ersten Baustein des von der Regierung geplanten korporativen Systems darstellen.

II. Autoritätsprinzip.

Die Gesetze der freien Wirtschaft sind nicht ausnahmslos dafür geeignet, eine zerrüttete Volkswirtschaft wieder anzukurbeln. Eine mehr oder weniger akzentuierte staatliche Planung und Lenkung ist notwendig, um ordnend auf das durcheinandergeratene Kräftespiel von Angebot und Nachfrage einzuwirken. Die Unwirksamkeit des Preismechanismus rechtfertigt allein schon den staatlichen Eingriff⁹⁾. Auch in Frankreich wird nach der Niederlage der Staat zu Hilfe gerufen^{9a)} und das liberale Regime von einem planwirtschaftlichen System abgelöst¹⁰⁾, welches die

5) Bulletin Officiel vom 24.7.41 und vom 16.10.42 (zit. bei George S. 19).

6) Le sens..., S. 367.

7) a.a.O., S. 432.

8) S. 27.

9) Vgl. Baudin, S. 166.

9a) Belin, La vie de la France..., S. 144.

10) Es liegt jedoch kein plötzlicher und abrupter Übergang vom einen zum anderen System vor. Das Gesetz vom 16.8.40 fügt sich vielmehr in eine bereits vor dem Krieg sich ankündigende Entwicklung ein. Baudin (S. 165) sieht in ihm ein "prolongement de notre grande loi du 11 juillet 1938 sur l'organisation de la nation en temps de guerre", worin der Regierung im Kriegsfall besondere Befugnisse zu Maßnahmen auf dem Gebiet der Rohstoffverteilung, der Preiskontrolle usw. übertragen wurden. Ebenso Belin, La vie de la France..., S. 147.

Wirtschaftsorganisation einer "autorité énérgique et efficace"¹¹⁾ des Produktionsministers unterwirft (Art. 2 des Gesetzes).

III. Berufsprinzip.

Ausgangspunkt der neuen, nicht auf vorhandenen Institutionen aufbauenden Wirtschaftsorganisation¹²⁾ ist die "branche d'activité": "...il sera créé, dans chaque branche d'activité industrielle ou commerciale, dont la situation rendra cette création nécessaire, un comité d'organisation" (Art. 2 des Gesetzes). Die Konstituierung der monopolartigen comités d'organisation¹³⁾ erfolgt jeweils durch besonderes Dekret¹⁴⁾, sobald das Vorliegen eines Bedürfnisses von der Regierung geprüft und bejaht worden ist. Die Regierung besitzt dabei eine "liberté discrétionnaire d'action ou d'inaction"¹⁵⁾, ein Ausdruck dafür, daß die Organisation der branches d'activité dem Staat als Mittel dient, den durch das Autoritätsprinzip erhobenen Machtanspruch wirkungsvoll im Wirtschaftsleben zu

11) So der Rapport zum Gesetz, wo es weiter heißt: "Dans la période présente...tous les intérêts, toutes les activités, doivent être subordonnés à l'urgence du redressement du pays, dans l'ordre économique, social, moral...aujourd'hui, les initiatives et les décisions doivent incomber au Gouvernement, responsable devant le pays".

12) De Lacharrière (La gestion...,S.2) nennt sie etwas überspitzt "création ex nihilo". - Auch Lehideux-Vernimmen (S.67/68) erwähnt die bis 1939 bestehende "inorganisation" der Wirtschaft, ohne sie von vornherein als etwas Negatives abzutun. Denn wie die Korporationen das Ancien Régime Frankreich zu wirtschaftlicher Blüte geführt hätten, habe England seinen wirtschaftlichen Aufstieg im 19. Jahrhundert einem nahezu vollkommenen Liberalismus zu verdanken.

13) Die comités d'organisation können am besten mit den in Deutschland durch das Gesetz vom 27.2.1934 geschaffenen Wirtschaftsgruppen verglichen werden.

14) Vgl.z.B. Décret v.22.1.1941 bez. des comité d'organisation des industries du bois (J.O.v.25.1.41) oder Décret v.26.10.1940 bez. des comité d'organisation générale de l'industrie textile et du commerce (J.O. v. 30.10.40).

15) Teitgen, Pierre-Henri, J.C.P.-1941 - étude 196 Nr. 11.

verankern¹⁶⁾. Wenn das Gesetz auch nirgends die "profession" erwähnt und nur allgemein von "branche d'activité" spricht¹⁷⁾, gründen die comités d'organisation gleichwohl auf ihr¹⁸⁾ und sind "instruments d'organisation professionnelle"¹⁹⁾. Die Unterscheidung zwischen "profession" und "branche d'activité" ist ohne entscheidende Bedeutung, da die Ungenauigkeit beider Ausdrücke feststeht²⁰⁾ und die "branche d'activité" jedenfalls einer oder mehreren professions" entspricht²¹⁾. Mangels einer "définition professionnelle" muß die Abgrenzung des Zuständigkeitsbereiches der einzelnen comités d'organisation von Fall zu Fall vorgenommen werden. Die Regierung hat auch dafür, wie sich aus dem Schweigen des Gesetzes²²⁾ und einer Prüfung der Ausführungsvorschriften²³⁾ ergibt, eine unbeschränkte Ermessensfreiheit²⁴⁾. Gegen ihre Entscheidungen steht jedoch der Rechtsweg vor dem Conseil d'Etat wegen excès de pouvoir offen²⁵⁾.

Leider tragen auch die vielen Konstitutionsdekrete wenig zur Präzisierung dessen bei, was unter "branche d'activité" zu verstehen ist. Sie sind in ihrer Gesamtheit disparat²⁶⁾ und lassen ein einheitliches Kriterium für "profession" oder

16) Autorität ist ja nur denkbar im Verhältnis zu anderen ("...l'autorité elle-même, pour atteindre à toute sa vertu, a besoin de son tour de la collaboration de ceux sur qui elle s'exerce"; Thierry Maulnier, Arrières-Pensées, S. 101). Sie bedarf daher eines äußeren Rahmens, innerhalb dessen dieses Verhältnis sich entfalten kann.

17) Es handelt sich hier um neue Begriffe des positiven französischen Rechts, Begriffe, denen bisher lediglich eine "existence de fait" vor allem in Texten bez. kollektiver Arbeitsverträge zukam (J.C.P. 12 - 1941 - étude 234 Nr. 4, anonym).

18) J.C.P. 5 - 1941 - étude 200 Nr. 1. - "La profession a été mise au centre de l'Economie dirigée" (Lépany S. 119); "...la loi du 16 août et les décrets subséquents se sont bornés à consacrer l'idée préexistante de la profession et à lui donner un moule" (Personnaz S. 149).

19) Perroux, Le sens..., S. 396.

20) Perroux, a.a.O., S. 346.

21) Segalat S. 160.

22) Teitgen, Pierre-Henri, La loi du 16 août..., Nr. 13.

23) Vgl. z.B. Art. 1 des Dekrets vom 9.11.40 (J.O. v. 11.11.40).

24) Perroux, Le sens..., S. 346.

25) Perroux, a.a.O.

26) Vgl. George S. 23.

"branche d'activité" vermissen. Zum Teil sind die Berufsorganisationen als comités généraux konstituiert und umfassen ganze Industriezweige. "Domaine d'action" ist in diesem Falle ein bestimmter Produktionszweig, der den Werdegang eines Erzeugnisses vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt umfaßt²⁷⁾. Im allgemeinen erfaßt ein comité d'organisation einen bestimmten Produktionszyklus und damit alle beruflichen Tätigkeiten, die an der Herstellung und am Verkauf eines oder mehrerer Produkte mitwirken²⁸⁾.

Um den Aufbau der neuen Wirtschaftsorganisation zu erleichtern, werden die bestehenden Spitzenverbände der Berufsorganisationen

27) Ein Beispiel bietet die Textilindustrie (s.o.S.64 Anm. 14). Die verschiedenen hierher gehörigen Industrie- und Handelsunternehmen werden innerhalb des comité in zehn branches de production aufgegliedert. Solche branches de production bilden z.B. die Gewerbegruppen "Bekleidung", "Kunststoffe" usw.

Eine andere Art von comités généraux hat mehr föderativen Charakter, so der comité général d'organisation des industries de la mécanique (Décret v. 2.12.1940 und Décret v. 27.3.1941).

28) Vgl. Teitgen, Pierre-Henri, La loi du 16 août..., Nr. 12, sowie Dekret v. 9.11.1941 (J.O. v. 13.11.41).

Außer dem Kriterium der Identität des Erzeugnisses werden als Unterscheidungsmerkmale benutzt: die bearbeitete Materie (z.B. bez. der Holzindustrie Dekret v. 22.1.1941, J.O. v. 25.1.41), die Aufgabe (z.B. bez. der Privatkrankenhäuser Dekret v. 29.11.1941, J.O. v. 4.12.41) und das Herstellungsverfahren (z.B. bez. der Druckerei Dekret v. 9.11.1940, J.O. v. 13.11.40).

Die Komplexität und Vielfalt wirtschaftlicher Betätigung (ein Unternehmer kann mehrere Rohstoffe verwenden, mehrere Produkte herstellen und nach verschiedenen Verfahren arbeiten) hatte aber zur Folge, daß manche Betriebe gleichzeitig mehreren comités d'organisation angegliedert werden mußten, wie umgekehrt manche Fabrikanten keinen ihnen entsprechenden comité finden konnten. Positive und negative Kompetenzkonflikte fanden teilweise ihren Austrag in internen Vereinbarungen der comités d'organisation.

der Sozialpartner aufgelöst²⁹⁾. Die wirtschaftliche und politische Macht dieser Verbände war unvereinbar mit der autoritären Struktur der comités d'organisation. Als relativ selbständige Machtblöcke hätten sie die unumschränkte Beherrschung der industriellen Produktion durch den planwirtschaftlichen Apparat von vornherein in Frage gestellt. Die Auflösung nahm ihnen die Möglichkeit wirksamer politischer Betätigung auf nationaler Ebene; gleichzeitig wurde dem zu erwartenden Widerstand der Syndikate gegen die neue Berufsorganisation ein Riegel vorgeschoben³⁰⁾. In der wenn auch nur unvollständigen Zerschlagung der alten syndikalen Organisationen zeigt sich der Wille zur Abkehr von Institutionen des Klassenkampfes; die comités d'organisation sollen die branches d'activité einer "discipline commune" unterwerfen³¹⁾.

29) Vgl. Art. 1 des Gesetzes. - Durch Dekrete v. 9.11.1940 (J.O. v. 12.11.40) erfolgte die Auflösung folgender syndikaler Dachorganisationen:
Comité central des houillères de France,
Comité des forges de France,
Confédération générale du patronat français (C.G.P.F.),
Confédération française des travailleurs chrétiens (C.F.T.C.),
Confédération générale du travail (C.G.T.),
Confédération des syndicats professionnels français.
Ein Dekret v. 29.5.1942 (J.O. v. 31.5.42) hat dazuhin in Rücksicht auf das Gesetz vom 16.8.1940 die Auflösung aller konföderativen Organismen angeordnet.

Die vorläufige Aufrechterhaltung der Unterorganisationen sollte eine sonst drohende illegale Repräsentation privater Interessen verhindern; sie war gleichsam ein "Sicherheitsventil" (Baudin S. 167). Um jeder Gefahr vorzubeugen, sind die nicht aufgelösten Syndikate der Kontrolle der comités d'organisation unterworfen; sollte eines von ihnen jedoch eine der neuen Wirtschaftsordnung schädliche Tätigkeit ausüben, so kann es nach Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes ebenfalls aufgelöst werden. Darin zeigt sich das konsequent durchgeführte Autoritätsprinzip. Trotzdem kennzeichnet Perroux (Le sens..., S. 365) den Widerstand alter syndikaler Organisationen gegen die comités d'organisation immer noch als "assez marqué".

30) Vgl. Perroux, Le sens..., S. 344.

31) Perroux, Le sens..., S. 344.

IV. Patronaler Syndikalismus.

In Wirklichkeit enthält die Charte de la Production noch keine Abkehr vom hergebrachten syndikalen System. Die comités d'organisation sind nicht gemischte Einrichtungen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam für die Ordnung des Wirtschaftsablaufs sorgen³²⁾, sondern mächtige, unter staatlicher Autorität stehende Arbeitgeberverbände³³⁾, die an Geschlossenheit³⁴⁾ und Machtfülle³⁵⁾ die früheren Organisationen noch übertreffen³⁶⁾.

32) Ein entsprechendes Projekt ist im Rapport wohl angekündigt (es handelt sich um die Ansätze für die Charte du Travail): "Un projet complet d'organisation professionnelle a d'ores et déjà été mis à l'étude. Il prévoit que la direction des différentes branches de l'activité économique sera assurée par la collaboration des représentants de l'Etat avec les représentants qualifiés des employeurs et des salariés".

33) Vgl. Perroux, La liaison de l'économique et du social, S.119 und Lehideux-Vernimmen S.72. - Daß nur "notabilités professionnelles" (Perroux, Le sens..., S.396) in den wirtschaftlichen Organisationsausschüssen sitzen, ist aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus verständlich; denn sie allein besitzen die erforderliche Erfahrung für wirtschaftliche Entscheidungen. Außerdem kommt ihre "habitude de diriger" der Einführung des Autoritätsprinzips durch die Regierung entgegen (Baudin S.172). Es ist daher zum Teil auch eine Frage der Opportunität, ob unitäre Gremien wegen der mangelnden Erfahrung und Kenntnis auf Seiten der Arbeitnehmerschaft in wirtschaftlichen Fragen ohne einen gewissen Übergang geschaffen werden sollen. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, daß es praktisch unmöglich war, innerhalb so kurzer Zeit eine umfassende Neuorganisation der Berufe vorzunehmen. Gegen die sofortige Hereinnahme von Arbeitnehmervertretern in die comités d'organisation sprachen nicht von der Hand zu weisende Gründe, die bei den bestehenden Arbeitnehmerorganisationen selbst zu suchen waren. Die C.G.T. als beherrschende Arbeitnehmerorganisation mit zuletzt fast 5 Millionen Mitgliedern hatte sich von dem Zusammenbruch des auf Verlangen des kommunistischen Flügels ausgerufenen Generalstreiks im November 1938 und dem nachfolgenden Verlust eines großen Teils ihrer Mitglieder noch nicht wieder erholt. Außerdem hatten kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre nach dem Zusammenschluß der kommunistischen Gewerkschaften mit der C.G.T. im Jahre 1936 den gesamten Verwaltungsapparat der Organisation unterwandert. Nach der Auflösung der Fusion im September 1939 traten alte C.G.T.-Funktionäre an ihre Stelle, die nicht mehr das Vertrauen der noch verbliebenen Mitglieder besaßen (vgl. hierzu Belin, La vie de la France..., S. 64 f.).

34) Bussière S. 115.

Demgegenüber fehlt eine geschlossene Organisation der Lohnempfänger³⁷⁾. Die nationalen Syndikate der Arbeitnehmer bleiben weiterhin zerstört. Die gleiche rechtliche Behandlung, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Auflösung der Spitzenorganisationen erfahren hatten, ist so zu einer tatsächlichen und rechtlichen Ungleichheit geworden, der Bruch zwischen Kapital und Arbeit bleibt gesetzlich sanktioniert³⁸⁾. Der Machtzuwachs der comités d'organisation gegenüber den früheren Arbeitgebersyndikaten wird noch unterstrichen durch die Tatsache, daß ihnen gemäß Art. 8 des Gesetzes³⁹⁾ eine Kontrolle über die nicht aufgelösten, irgendwie noch aktiven Berufsvereinigungen - auch die der Arbeitnehmer - übertragen ist⁴⁰⁾.

Es nimmt nicht wunder, daß die Arbeiterschaft über diese Entwicklung aufgebracht war und in den comités d'organisation wieder auflebende bzw. fortbestehende Trusts erblickte. Mit Recht fragten sich die Arbeiter, ob die heißen Appelle an die Sozialpartner zur Zusammenarbeit nicht reines Manöver seien, "eine Falle, deren Beute sie im Vertrauen auf ihre eigene Naivität werden sollten"⁴¹⁾.

-
- 35) In den Zeiten seiner höchsten Blüte hatte das patronale Syndikat nach Durand (S. 2) keine Befugnisse, die mit denen eines comité d'organisation verglichen werden könnten.
- 36) Umfangmäßig sind die comités d'organisation von sehr verschiedener Bedeutung. Während der comité d'organisation d'aluminium nur aus 4 Unternehmern besteht, zählen andere comités Tausende von Mitgliedern (z.B. comité d'organisation de bâtiment).
- 37) Perroux, La liaison de l'économique et du social, S. 119.
- 38) Vgl. dazu Henri Culmann, La nouvelle organisation professionnelle (Presses Universitaires) Paris 1941, S. 95 f.
- 39) "...les syndicats, associations, groupements et organismes quelconques se proposant un rôle de représentation, de défense ou, de manière générale, d'action dans la branche d'activité considérée, sont placés sous le contrôle du comité..." (vgl. oben S. 67 Anm. 29 am Ende).
- 40) George S. 51/52.
- 41) De Peraldi S. 25.

Um die erregten und enttäuschten Gemüter wieder zu besänftigen und das korporative Klima zu verbessern, erließ der Produktionsminister am 1. September 1941⁴²⁾ einen Beschluß, der die Möglichkeit bot, bei jedem comité d'organisation einen "conseil consultatif tripartite" zu bilden, in dem auch die Arbeitnehmerschaft vertreten ist⁴³⁾. Der Beschluß vermag allerdings den rigorosen patronalen Charakter der comités d'organisation kaum zu mildern; denn die Bildung der conseils consultatifs tripartites ist nicht obligatorisch, und dort, wo sie geschaffen werden, haben sie lediglich rein beratende Befugnisse, wie schon der Name verrät. Immerhin handelt es sich bei ihnen um den ersten Versuch des französischen Gesetzgebers, die Arbeitnehmer mit beratenden Funktionen an der Leitung großer Wirtschaftszweige zu beteiligen⁴⁴⁾.

b) Die comités d'organisation

I. Struktur.

Wie bereits die äußere Abgrenzung der verschiedenen comités d'organisation (C.O.) in weitestem Maße dem behördlichen Ermessen anheimgestellt ist, so bewegt sich der Gesetzgeber auch hier in derselben Richtung. Art. 8 handelt lediglich von der Einrichtung eines C.O. durch ministeriellen Erlaß und bestimmt, daß die Zusammensetzung durch ein vom Produktionsminister gegengezeichnetes Dekret erfolgen müsse. Der gewoll-

42) J.O. v. 15.9.1941.

43) Art. 1 des Beschlusses lautet: "Il pourra être constitué, à titre temporaire, auprès de chaque comité d'organisation du groupe de comités d'organisation chargés d'exercer les pouvoirs prévus par la loi du 16 août 1940 auprès de branches d'activités suffisamment voisines, un conseil consultatif tripartite comprenant un nombre égal de représentants des patrons ou chefs d'entreprise, des collaborateurs (ingénieurs, techniciens, agents de maîtrise, employés) et des ouvriers". Das Dekret vom 30. April 1941 (J.O.v.11.5.41) bezüglich der Bildung eines Centre d'information interprofessionnelle zeigt durch Berücksichtigung der Arbeiter und Angestellten bereits Ansätze in dieser Richtung.

44) M.^{xxx}, Note in Droit Social, Bd. 6 (1943) S. 356.

te Ausschluß jeder Präzision läßt deshalb dem freien Ermessen der Verwaltung einen außerordentlich weiten Spielraum und führt dazu, daß die C.O. in ihrer inneren Struktur nur schwer auf einen Nenner zu bringen sind⁴⁵⁾. Die Verwaltungsbehörden entscheiden nicht nur über die Frage der Opportunität eines C.O. und seinen Zuständigkeitsbereich, sie verfügen außerdem über das ungeschriebene Recht, die innere Struktur der Organisationsausschüsse festzulegen. Dabei haben sich hauptsächlich zwei Arten von C.O. herausgebildet: eine autoritäre Form (forme autoritaire, directoriale ou dictatoriale), bei der die Leitungsgewalt ("pouvoir") in den Händen eines von einem beratenden Gremium unterstützten, verantwortlichen Direktors oder Präsidenten liegt, und eine demokratische Form (forme démocratique ou collégiale), bei der die Entscheidungsgewalt bei einem zahlenmäßig variablen Ausschuß liegt, der seinerseits ein ausführendes Organ bestellt⁴⁶⁾.

Die Funktionäre der C.O. lassen sich einteilen in présidents responsables und délégués généraux responsables (demokratische Form) bzw. directeurs responsables und membres des commissions consultatives (autoritäre Form). Sie haben gemeinsam die Aufgabe⁴⁷⁾ der Repräsentation des Berufes "auprès de l'Etat" einerseits und der Direktion des Berufes "au nom de l'Etat" andererseits. Der Gemeinsamkeit der Funktionen entspricht die Gleichartigkeit des Ernennungsmodus: die Funktionäre werden durch ministeriellen, der nachträglichen Zustimmung durch die deutschen Behörden unterworfenen "agrément" berufen⁴⁸⁾. Der

45) Vgl. Perroux, Le sens..., S. 356; Baudin S. 173.

46) Siehe dazu Perroux, Le sens..., S. 356. - Teilweise sind den C.O. regionale Untergliederungen angeschlossen.

47) Siehe dazu Hayet S. 197.

48) René Belin, La vie de la France..., S. 146. - Die Ernennung erfolgt gem. Art. 3 Abs. 1 durch Dekret. Im Widerspruch zum Gesetzeswortlaut und zu dem Grundsatz legem portere quam fecisti haben sich in der Praxis aber modifizierte Ernennungsformen entwickelt. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet das Dekret vom 20.1.1941 bez. des C.O. des industries et métiers d'art: dieser umfaßt einen regulär durch Dekret ernannten directeur responsable, durch einfache ministerielle Entscheidung ernannte bureaux spécialisés, sowie groupes und sous-groupes, deren Mitglieder mit staatlicher Einwilligung vom directeur responsable zu ernennen sind.

Minister ist dabei völlig frei in seiner Wahl, er braucht die Mitglieder weder nach beruflichen Gesichtspunkten auszusuchen, noch trifft ihn irgendeine Konsultationspflicht⁴⁹⁾. Auch das in Art. 3 Abs. 1 aufgestellte Vorschlagsrecht der Berufsorganisation für die Kandidaten beschneidet seinen "pouvoir discrétionnaire" nicht⁵⁰⁾. Das freie Ermessen ist nur begrenzt durch den vom Gesetzgeber verfolgten Zweck, dem öffentlichen Interesse zu dienen⁵¹⁾. Der Conseil d'Etat hat aber das Recht, in Übereinstimmung mit den allgemeinen Regeln des Verwaltungsrechts die Gesetzmäßigkeit der ministeriellen Entscheidungen nachzuprüfen⁵²⁾.

Es ist nun nicht so, daß im Zusammenspiel von Staat und Berufsorganisation die C.O. allein Repräsentationsaufgaben wahrnehmen. Vielmehr hat der Staat seinerseits in den sogenannten commissaires du gouvernement (Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes)⁵³⁾ eigene Repräsentationsorgane bei den C.O. Die commissaires - in der Regel werden Ministerialdirektoren für diesen Posten aus-
ersehen⁵⁴⁾ - sind die Verbindungsglieder zwischen den neuen Wirtschaftsorganisationen und dem Staat⁵⁵⁾.

Es ist bestritten, ob die Berufenen ins Beamtenverhältnis übernommen werden oder nicht. Ablehnend z.B. Hayet (S. 198) und de Lacharrière (La gestion..., S. 269), weil die Ernannten nicht hauptberuflich tätig seien, sondern daneben weiterhin ihrer privaten Beschäftigung nachgingen. (Siehe auch unten S. 84).

49) Hayet S. 199; Baudin S. 172.

50) De Lacharrière, La gestion..., S. 7. Das gilt auch für die Entlassung eines Funktionärs. Diese nimmt aber insofern eine besondere Stellung ein, als dem Angestellten hier bereits ein "droit acquis de sa fonction" (George S. 26) zusteht.

51) Perroux, Le sens..., S. 438.

52) Hayet S. 199.

53) Die Institution des commissaire du gouvernement ist im französischen Recht nicht neu (siehe dazu insbesondere Henri Culmann, L'institution des commissaires du gouvernement et son application en régime d'organisation professionnelle et d'économie dirigée, Collection Droit Social XVII (1943) S. 1 ff.). Am bekanntesten ist wohl der commissaire du gouvernement beim Conseil d'Etat; er ist hier jedoch unparteiisches Mitglied und spielt in vielen Prozessen eine entscheidende Rolle (s.dazu Waline, Droit Administratif, S.154).

Ihre Befugnisse sind nicht klar umschrieben. Das Gesetz gibt nur allgemeine Grundsätze⁵⁶⁾. Im wesentlichen hat jeder commissaire du gouvernement vier Rechte: ein droit d'approbation ou de veto, ein droit d'observation bezüglich der Modalitäten der Entscheidungen der comités, ein droit de recommandation⁵⁷⁾ sowie ein droit de substitution bei Nichtvorhandensein eines C.O. Nur das Ausnahmecharakter tragende Substitutionsrecht ist den commissaires vom Gesetz ausdrücklich übertragen, die übrigen Rechte beruhen auf ministerieller Delegation⁵⁸⁾.

II. Aufgaben.

In Art. 2 des Gesetzes ist den C.O. durch Zuerkennung einer "omni-compétence" praktisch die Gesamtleitung der Produktion übertragen⁵⁹⁾. Neben der Aufstellung von Produktionspro-

54) De Tavernost S. 6. Die Vichy-Regierung hat kein "corps de contrôleurs spécialisés" geschaffen.

55) Vgl. Lehideux-Vernimmen S. 26; Belin, La vie de la France..., S. 148.

56) "Les pouvoirs du commissaire du gouvernement restent l'une des inconnues du système..." (Perroux, Le sens..., S. 359).

57) Die Konstitutionsdekrete verpflichten die C.O., den Kommissar über ihre Tagungen zu unterrichten. Dieser hat so die Möglichkeit, den Gang der Verhandlungen zu verfolgen, mitzusprechen und die Ansicht der Regierung darzulegen.

58) Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist, sofern nicht eine besondere Delegation an den Kommissar vorliegt, nur der Minister für die Genehmigung von Entscheidungen der C.O. zuständig (Art. 5 Abs. 1). Die meisten Konstitutionsdekrete haben diese Regelung jedoch auf den Kopf gestellt und die ausdrückliche Genehmigung durch eine "absence d'opposition" des Kommissars ersetzt, so daß die stillschweigende ministerielle Approbation unter dem Vorbehalt des kommissarischen Veto steht.

59) George S. 42; vgl. auch Segalat S. 160. - Nach Art. 2 des Gesetzes sind die C.O. insbesondere dafür zuständig, die Zählung der Betriebe, der Produktionsmittel, der Vorratslager sowie der Arbeitskräfte durchzuführen, die Produktions- und Fabrikationsprogramme aufzustellen, die Beschaffung und Verteilung der Grundstoffe innerhalb der betreffenden branche d'industrie vorzunehmen, generelle Vorschriften über Arbeitsweise, Qualität, Einsatz der Arbeitskräfte, Einzelheiten des Austausches von Erzeugnissen und Dienstleistungen und die Ordnung des Wettbewerbs zu erlassen, den zuständigen

grammen, der Verteilung von Rohstoffen und Erzeugnissen, der Regelung von Tauschverkehr und Wettbewerb, erstreckt sich der Aufgabenkreis der C.O. aber auch auf soziale und berufliche Fragen⁶⁰⁾ und enthält so neben einer Wirtschaftsordnung bereits Ansätze zu einer Sozialordnung der Berufe⁶¹⁾. In dieser Allzuständigkeit der C.O. deutet die Korporation sich bereits an⁶²⁾.

öffentlichen Behörden die Preise von Erzeugnissen und Dienstleistungen vorzuschlagen, Maßnahmen zu ergreifen oder anzuregen, die ein besseres Funktionieren der betreffenden branche d'activité gewährleisten sollen.

Außerdem haben die comités auch die Möglichkeit (s. §§ 4 und 6 des Art. 2 des Gesetzes), Schiedsgerichte zu bilden. Die Cour d'Appel de Limoges hat ein solches in einem Urteil vom 9.11.1942 (abgedruckt in Droit Social Bd. 7 (1944) S. 129) als Vorinstanz anerkannt.

- 60) Das kommt deutlich in einer großen Anzahl von Konstitutionsdekreten zum Ausdruck, wo dem Präsidenten des C.O. die Befugnis übertragen wird, sämtliche Maßnahmen in technischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht vorzunehmen. So heißt es z.B. in Art. 2 des Dekrets vom 30.9.1940 (J.O. v. 1.10.40) betr. den comité d'organisation de l'industrie et du commerce de l'automobile et du cycle in Bezug auf den verantwortlichen Direktor: "Il est notamment chargé de la direction d'ensemble... et prend à cet effet toutes mesures qu'il juge indispensables en matière technique, économique ou sociale..." (Sperrung nicht im Original). Welche sozialen Maßnahmen die C.O. im einzelnen getroffen haben, zeigt ein Artikel von Nicole Odinet, L'action sociale des comités d'organisation, Collection Droit Social XXIII 1944, S. 28 ff.

Wenn auch viele wirtschaftliche Maßnahmen indirekt zugleich soziale Wirkungen entfalten und die gemeinsame Regelung dieser Bereiche auf Grund der Interdependenz und Komplexität der wirtschaftlichen Vorgänge, sowie des beruflichen und sozialen Status des einzelnen geboten erscheint, so ist es nach der Praxis des Vichy-Gesetzgebers keineswegs selbstverständlich (vgl. Art. 4 und 27 der Charte du Travail, wonach die Kompetenz der C.O. auf wirtschaftlichem Gebiet bestehen bleiben soll), wirtschaftliche und soziale Aufgaben derselben Organisation zu übertragen. Siehe dazu S. 57 f.

Was die berufliche Seite betrifft, sollten die C.O. die verschiedenen disziplinierten gewerblichen Berufe nach innen (statut de profession) wie nach außen (Abgrenzung gegenüber anderen branches d'activité) auf eine stabilere Grundlage stellen (de Tavernost S. 19). Nur wenige C.O. haben sich jedoch damit befaßt.

61) Perroux, Le sens..., S. 352.

62) Vgl. George S. 183.

Der fast unbeschränkte Aufgabenkreis blieb den comités d'organisation aber nicht lange erhalten. Ihre Macht wurde gebrochen, auf wirtschaftlichem Gebiet durch das Gesetz vom 10.9.1940 über die Verteilung industrieller Produkte⁶³⁾ in Verbindung mit dem Gesetz vom 27.9.1940 betr. die Errichtung eines Staatssekretariats für industrielle Produktion⁶⁴⁾, und auf sozialem Gebiet durch die Charte du Travail vom 4.10.1941⁶⁵⁾.

Das Gesetz vom 10.9.1940 schuf einen Office central de répartition des produits industriels als zentrale Verteilungsstelle für industrielle Produkte. Dieser Office central ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts⁶⁶⁾ und gliedert sich in zehn ebenfalls als "établissements publics centralisés"⁶⁷⁾ ausgestaltete Unterbehörden der staatlichen Wirtschaftsverwaltung, sog. sections, von denen jeder einem staatlich ernannten répartiteur unterstellt ist. Dieser nimmt auch an den Sitzungen der C.O. teil⁶⁸⁾.

Infolge der Notlage, in welche die französische Wirtschaft durch den Krieg geraten war und die sich während der deutschen Besetzung noch weiter verschlimmerte, wurden die C.O. praktisch von den Verteilungsbehörden abgelöst⁶⁹⁾. Da der gesamte Produktionsprozeß letztlich von der Verteilung der Rohstoffe und Erzeugnisse abhing, nahm der Office central eine beherrschende Stellung ein und die C.O. spielten fortan nur als Unterverteiler und Zwischenglieder noch eine Rolle⁷⁰⁾.

63) Siehe S. 57 Anm. 6 die genaue Überschrift des Gesetzes. Das Gesetz wurde später durch ein Gesetz vom 19.1.1943 (J.O. v. 21.1.43) neugefaßt.

64) J.O. v. 29.9.1940.

65) Siehe S. 57 Anm. 7 die genaue Überschrift des Gesetzes.

66) M.^{xxx}, Droit Social, Bd. 7 (1944) S. 93, nennt den Office - unter Bezugnahme auf die a.a.O. S. 91 f. abgedruckten Refereentscheidungen des Tribunal Civil de la Seine und des Tribunal Civil de Riom - einen "service public spécial personifié", ein "établissement public du type classique".

67) J.C.P.5 - 1941 - étude 200 Nr. 7.

68) Wie bereits bemerkt (S. 50 oben), erfolgte die Einführung der comités de répartition, in denen die Deutschen sich ein Aufsichtsrecht sicherten, als Repressalie gegen den Erlaß der Charte de la Production (Aron, Histoire..., S. 274).

III. Befugnisse und staatliche Kontrolle.

Zur Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben sind die C.O. mit "pouvoirs dictatoriaux" ausgestattet⁷¹⁾. Zu diesen gehört in erster Linie ein vom Gesetz nicht näher umgrenzter "pouvoir réglementaire"⁷²⁾, der den C.O. die Möglichkeit gibt, zum Zwecke der Disziplinierung des Berufs generelle Maßnahmen zu treffen⁷³⁾. Kraft dieser Befugnis hat jeder comité, wenigstens dem Anschein nach, praktisch die Stellung eines "Berufsgesetzgebers"⁷⁴⁾.

Dem "pouvoir réglementaire" steht ein "pouvoir administratif" zur Seite, der sich u.a. in ausgedehnten Kontroll- und Requisitionsrechten (Art. 6 des Gesetzes) äußert und gleichzeitig eine starke Sozialgebundenheit des Eigentums zum Ausdruck bringt⁷⁵⁾: Neben Rohstoffen und Erzeugnissen können ganze Unternehmungen beschlagnahmt werden, wenn die Eigentümer dem nationalen Interesse zuwiderhandeln.

69) "...les comités d'organisation ne sont plus, à bien des égards, que des organes de préparation et d'exécution... Le texte de base, la charte de l'organisation de la production en France à l'heure actuelle est bien moins la loi du 16 août que celle du 10 septembre 1940" (J.O.P.5 - 1941 - étude 200 Nr. 1).

70) Vgl. Baudin S. 174 und S. 180.

71) Baudin, L., D.C.-Chronique-1941 S. 6.

72) Die Grenzen ergeben sich aber aus den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsrechts (Teitgen, Pierre-Henri, La loi du 16 août..., Nr. 22).

73) "Es gibt keine reglementären Maßnahmen beruflicher Art, die a priori als die Befugnisse des comité überschreitend angesehen werden könnten" (Teitgen, Pierre-Henri, La loi du 16 août..., Nr. 22). Die Formel des Art. 2 Nr. 4 des Gesetzes (s.o.S. 73 Anm. 59) ist so weit, daß, wie immer auch der Inhalt einer Maßnahme beschaffen sein könnte, sie ihr eine legale Basis verleihen kann. Wie wir gesehen haben, bestätigen die Konstitutionsdekrete diese Sachlage, in denen dem directeur alle Maßnahmen technischer, wirtschaftlicher und sozialer Art zur Regelung übertragen sind.

Der Rapport zum Gesetz versucht die Tragweite dieses Verwaltungsrechtes einzuschränken: "Les règlements qui seraient édictés ne sauraient à coup sûr s'immiscer dans les détails de la vie journalière des entreprises; les initiatives ne doivent pas être arbitrairement bridées. La discipline imposée aux industriels sera limitée aux mesure strictement nécessaires..."

Auf Grund eines "pouvoir fiscal"⁷⁶⁾ - der auch "droit régalien" genannt wird und unzweifelhaft eine Prärogative des Staates darstellt - haben die C.O. dazuhin das Recht der Zwangsbesteuerung ihrer Mitglieder. Ein weitgehend unbeschränkter "pouvoir disciplinaire" (auch "pouvoir pénal" genannt)⁷⁷⁾ erlaubt ihnen, Zuwiderhandlungen gegen ihre Entscheidungen nach dem Grundsatz "...les règles édictées appellent des sanctions"⁷⁸⁾ zu ahnden. Allerdings sind die C.O. nicht in der Lage, die ihnen übertragenen Befugnisse im Rahmen einer auch nur beschränkten Autonomie auszuüben. Teilweise besitzen sie lediglich ein Vorschlagsrecht zu bestimmten Maßnahmen, so z.B. in Bezug auf Requisitionen und Sanktionen⁷⁹⁾. In jedem Falle liegt, in Übereinstimmung mit dem in Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes niedergelegten Autoritätsprinzip⁸⁰⁾, die oberste Entscheidungsgewalt beim Staat⁸¹⁾. Die Wirksamkeit jeder Entscheidung hängt von der ministeriellen Genehmigung ab⁸²⁾. Der Produktionsminister - nicht etwa die Gesamtheit der C.O. - diktiert in Wirklichkeit die Produktion, sein Wille allein ist maßgebend⁸³⁾. Da die comités nicht nur

74) Mérigot S. 567.

75) Vgl. Baudin S. 179.

76) Vgl. Art. 4 des Gesetzes.

77) Vgl. Art. 7 des Gesetzes.

78) Rapport zum Gesetz.

79) Die Initiative zu diesen Maßnahmen muß aber jeweils vom C.O. ausgehen (George S. 57).

80) Siehe oben S. 63 f.

81) Vgl. Art. 5 des Gesetzes: "Les décisions du comité ne sont définitives qu'après avoir été approuvées par le ministre ...qui peut déléguer, pour certaines catégories de questions, le droit d'approbation au commissaire du Gouvernement". Jede Entscheidung kann annulliert werden, auch wegen Inopportunität (de Lacharrière, La gestion..., S. 7). "Aucune tradition, aucune liberté acquise ne protègent l'institution neuve contre l'omnipotence de l'Etat" (Salleron, Naissance..., S. 234). Ganz von selbst werden daher die C.O. von vornherein versucht haben, ihre Entscheidungen so gut wie möglich mit den Wünschen der Regierung in Einklang zu bringen, um so der sonst drohenden Zurückweisung vorzubeugen.

82) Vgl. dazu bereits oben S. 73 Anm. 58. - Perroux (Le sens..., S. 362) unterscheidet zwischen Entscheidungen, welche die Berufsorganisation als solche betreffen und ohne Approbation unwirksam sind, und Akten der laufenden Verwaltung.

unter seiner Kontrolle, sondern auch unter seiner Autorität stehen, kann er ihnen Befehle und Weisungen erteilen⁸⁴⁾. Den C.O. fehlt daher in Wirklichkeit jede eigene Entscheidungsgewalt. Was sie besitzen, ist ein hohler, papierner "pouvoir réglementaire". Die Reglementierung der Wirtschaft liegt ganz in der Hand des Staates, die C.O. sind Hilfsorgane ("organismes de relais"⁸⁵⁾, "bras prolongés de l'Etat"⁸⁶⁾, Instrumente der staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik⁸⁷⁾. Die Bedeutung des Art.5 wurde zum Teil überschätzt. Manche glaubten zeigen zu können, daß die C.O. ihre Entscheidungen in voller Unabhängigkeit treffen und die Kontrollbehörden durch ihre Tätigkeit a posteriori nicht selbst an diesen Entscheidungen teilnehmen⁸⁸⁾. Dieser Versuch konnte nicht gelingen, da die Regierung nicht bloß einen "pouvoir de tutelle"⁸⁹⁾, sondern eine viel tiefer wirkende "autorité hiérarchique" über die comités ausübt⁹⁰⁾.

IV. Rechtsnatur des comités.

Mit der Feststellung, daß der Staat eine "autorité hiérarchique" über die neuen Wirtschaftsorganisationen ausübt, wurde indirekt bereits die Frage nach der Rechtsnatur dieser Organisationen angeschnitten. Fast allgemein werden die C.O. als

83) Vgl. Baudin, L. D.C. -Chronique- 1941, S. 6 u. Noyelle, Rencontres S. 34.

84) Teitgen, Pierre-Henri, La loi du 16 août..., Nr. 24.

85) Mérigot, S. 276; de Tavernost S. 9.

86) Mérigot S. 263.

87) Vgl. Mérigot S. 280 und oben S. 73 (anderer Ansicht de Tavernost S.2: "La loi du 16 août 1940 est...une loi partielle...son objectif est purement économique"). Den politischen Aspekt der C.O. betont auch Baudin S. 166.

88) Vgl. Laufenburger, Brêthe-Laufenburger-Garrigou, S. 66 und S. 70.

89) So z.B. Tavernost S. 7.

90) De Lacharrière, La gestion...,S.7. Es läßt sich keinerlei Ähnlichkeit mit dem bei dezentralisierten Organisationen bestehenden Aufsichtsrecht feststellen (a.a.O.S.8). - Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß das französische Verwal-

personnes morales anerkannt⁹¹⁾. Ob es sich dabei aber um privat- oder um öffentlich-rechtliche Institutionen handelt⁹²⁾, oder ob die C.O. sogar neuartige, einem auf der Grenze zwischen privatem und öffentlichem Recht sich entwickelnden "droit collectif" (auch droit professionnel oder droit de groupe genannt)⁹³⁾ angehörige autonome Organisationen darstellen, ist eine Frage, deren Beantwortung in der zeitgenössischen Theorie und Praxis heftig umstritten war.

Die klassische Lehre des französischen Verwaltungsrechts unterscheidet zwei Typen juristischer Personen, den "établissement public" und den "établissement d'utilité publique". Während der établissement public als integrierender Bestandteil der Verwaltung immer einen "service public" wahrnimmt und den Normen des öffentlichen Rechts unterliegt⁹⁴⁾, ist der établissement d'utilité publique grundsätzlich eine im öffentlichen Interesse tätig werdende privatrechtliche Organisation⁹⁵⁾.

tungsrecht zwischen "pouvoir hiérarchique" als Kriterium der Dekonzentration und "pouvoir de contrôle ou de tutelle" als Kriterium der Dezentralisation unterscheidet (siehe dazu näher z.B. Waline, Droit Administratif, S.195/196). Im deutschen Verwaltungsrecht haben wir eine ganz ähnliche Unterscheidung zwischen der auf die Nachprüfung der Zweckmäßigkeit beschränkten Staatsaufsicht und der auf die Prüfung der Zweckmäßigkeit ausgedehnten und mit Weisungsbefugnis verbundenen staatlichen Fachaufsicht.

- 91) Siehe z.B. Perroux, *Le sens...*, S. 437; Personnaz S.145.- Das Gesetz selbst schweigt. Nach übereinstimmender Auffassung ist die Übertragung der Rechtspersönlichkeit aber implicite in der Gewährung finanzieller Autonomie, eines eigenen Vermögens, zu sehen, (vgl. Personnaz S.45 und Teitgen, Pierre-Henri, *La loi du 16 août...Nr.20*). Außerdem kehrt in den Konstitutionsdekreten konstant die Formel wieder: "Le comité est doté de la personnalité civile".
- 92) Seit dem Gesetz vom 13.7.1935 kann ein neuer "établissement public national" nur noch durch Gesetz geschaffen werden. Die Rechtsprechung hat diesen Grundsatz auf alle juristischen Personen ausgedehnt, denen staatliche Befugnisse ("attributions de puissance publique"; Waline, *Droit Administratif*, S.248) übertragen sind.
- 93) Nach de Lacharrière (*La gestion...*, S.3), der nicht Anhänger korporativistischer Ideen ist, ist die orthodoxe Auffassung des droit collectif die, daß die der Gruppe inhärente fonction réglementaire - im Unterschied zum Privatrecht - der Zustimmung der Unterworfenen ermangelt, daß diese Funktion ferner einen autonomen, nicht etatistischen Charakter trägt und deshalb auch vom öffentli-

Um vor allem der in jüngerer Zeit immer stärker sich entwickelnden staatlichen Vorsorge- und Fürsorgeverwaltung⁹⁶⁾, welche die überkommenen Kategorien des Verwaltungsrechts zu überfordern schien, Rechnung zu tragen, wurde unter Führung von Hauriou die traditionelle Zweiteilung juristischer Personen durch eine Dreiteilung ersetzt und der Begriff des dem sog. *droit collectif* zugehörigen "*établissement mixte*" eingeführt, der - mit öffentlichrechtlichen Prärogativen ausgestattet - einen *service d'intérêt public* zum Gegenstand hat⁹⁷⁾.

Nach Ansicht mancher Schriftsteller sollen auch die C.O. zu der zwischen öffentlichem und privatem Recht stehenden Gruppe autonomer Organisationen gehören⁹⁸⁾. Selbst der Conseil

chen Recht zu trennen ist. De Lacharrière lehnt den Begriff eines *droit collectif* ab, da die Autonomie nicht bei einer Gesamtheit von Gruppen liege, sondern unter die einzelnen Gruppen verstreut sei und der *droit collectif* sowohl die Beziehungen Gruppe-Gruppe wie Gruppe-Einzelnar regle ("*La notion de droit collectif n'est qu'une trompeuse étiquette réunissant sans les fondre des éléments innombrables et disparats*"; a.a.O.S.3).

94) Der *service public* verlangt ein "*objet d'intérêt public*" und dessen Wahrnehmung durch eine Verwaltungsbehörde, (Waline, *Droit Administratif*, S.311). - "*Le service public*", sagt de Lacharrière (*L'ordre des médecins...*, S.94), "*est une entreprise créée et dirigée par les Gouvernants en vue de la satisfaction d'un besoin social*".

95) Waline, *Trois points...*, S.19.

96) Die moderne Wirtschaft, mit ihrer Verschlingung und Vermischung von Funktionen und Zuständigkeiten, hat auch eine Interdependenz von privater Initiative und öffentlicher Mitwirkung und umgekehrt zur Folge gehabt. Es werden nicht nur private Organismen mit staatlichen Prärogativen betraut, damit der Staat der ihm zufallenden Überfülle von Aufgaben nachkommen kann, auch der Staat selbst nimmt in immer größerem Umfange ihm eigentlich fremde Aufgaben wahr, um im Zeitalter der Massen die daseinsnotwendige Teilhabe des einzelnen am Sozialprodukt zu sichern und seine gesteigerte Abhängigkeit vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang abzuschwächen.

97) Perroux, *Le sens...*, S. 455 ff.

98) In der Begründung sind diese Auffassungen nicht ganz einheitlich. Während z.B. Perroux (*Le sens...*, S.437) die Zugehörigkeit der C.O. zum *droit collectif* damit erklärt, daß in ihrem Aufgabengebiet und in der Art und Weise ihres Tätigwerdens öffentlichrechtliche und privatrechtliche Elemente miteinander vermischt seien, geht Personnaz (S.149) auf grundsätzliche Unterschiede ein. Nach seiner Auffassung

d'Etat schien in dem aufsehenerregenden Arrêt Montpeurt vom 31. Juli 1942⁹⁹⁾ diese Auffassung zu bestätigen, weil er die C.O., obwohl sie seiner Ansicht nach einen service public ausüben und ihre Entscheidungen Verwaltungsakte darstellen¹⁰⁰⁾, dennoch nicht als établissements publics qualifiziert. Die in diesem Urteil entwickelten Gedanken, die eine Grundauffassung ("conception de base") des französischen Verwaltungsrechts anstasten¹⁰¹⁾ und in der Folgezeit gern als Bestätigung für den autonomen, nicht-etatistischen Charakter der C.O. herangezogen wurden¹⁰²⁾, entbehren jedoch einer näheren Begründung¹⁰³⁾.

hat jedes zur Verwirklichung einer gemeinsamen Idee zusammengeschlossene und mit einer Organisation ausgestattete Kollektiv Rechtspersönlichkeit und besitzt kraft eigenen, originären Rechts alle zur Verwirklichung dieser Idee erforderlichen Fähigkeiten. Deshalb liege auch die Idee der Berufsorganisation außerhalb des staatlichen Bereichs. Die C.O. seien von Natur aus keine staatlichen Körperschaften. Der Staat verleihe den Institutionen der Berufsorganisation lediglich die juristische Form.

99) Abgedruckt in Droit Social, Bd. 5 (1942, S. 158).

100) Auch von Zivilgerichten wurde anerkannt, daß die Entscheidungen der C.O. Verwaltungsakte darstellten, so z.B. Tribunal Civil de la Seine in einer Ordonnance de référés vom 27.3.1942 (abgedruckt in Droit Social, Bd.5 (1942), S.164) und Cour de Paris in einem Urteil vom 30.7.1942 (s.dazu J.C.P. 1942 - II - 2047).

101) Waline, Trois points...,S.19. - Die Entwicklung in dieser Hinsicht geht allerdings bereits auf das Jahr 1938 zurück, s.dazu Waline, Droit Administratif, S.311, mit eingehender Würdigung der Rechtsprechung.

102) De Lacharrière, La gestion..., S. 9.

103) Im einzelnen führt der Conseil d'Etat a.a.O. aus: "...il résulte de l'ensemble de ses dispositions que l'adite loi (das Gesetz vom 16.8.1940) a entendu instituer ... un service public, ...ainsi les comités d'organisation bien que le législateur n'en ait pas fait des établissements publics, sont chargés de participer à l'exécution d'un service public et... les décisions ... constituent des actes administratifs, ... le Conseil d'Etat est dès lors compétent pour connaître des recours auxquels ces actes peuvent donner lieu..." (Sperrung nicht im Original).

Auch die conclusions des commissaire du gouvernement¹⁰⁴⁾ beim Conseil d'Etat, Segalat, vermögen die Dunkelheit der höchst-richterlichen Entscheidung kaum aufzuhellen. Wie Perroux und Personnaz sieht Segalat in den C.O. einen neuen Organisations-typus, der in dem Grenzgebiet zwischen öffentlichem und privatem Recht beheimatet sei, weil diese Organisationen einerseits auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Aufgaben und ihrer Befugnisse nicht als organismes privés behandelt werden könnten¹⁰⁵⁾, an dererseits sich aber auch von den établissements publics dadurch unterschieden, daß sie bis zu einem gewissen Grade nicht Interessen des Staates, sondern eigene Interessen ihres Berufes wahr-nähmen¹⁰⁶⁾. Der gemischte Charakter der comités d'organisation müsse daher nach dem gegenwärtigen Stand des positiven Rechts eine doppelte Gerichtsbarkeit nach sich ziehen¹⁰⁷⁾.

Den Vertretern eines droit collectif ist zuzugeben, daß mit den C.O. ein neuartiger Organisationstypus geschaffen wurde, der - unter Berücksichtigung seines Zweckes, seines Ursprungs und seiner Funktionsweise - mit öffentlich- oder privatrechtlichen Kategorien allein nicht erfaßt werden kann. Soweit sie ihn jedoch als autonome, zwischen öffentlichem und privatem Recht liegende Institution ansehen, kann ihnen nicht gefolgt werden. Die C.O. zeigen sich klar als juristische Personen des öffentlichen Rechts. Fast einmütig kommen die Kommentatoren zum Gesetz vom 16.8.1940 zu diesem Ergebnis und bezeichnen die comités als établissements publics¹⁰⁸⁾. Noch richtiger ist es

104) Zur Institution des commissaire du gouvernement beim Conseil d'Etat s.oben S. 72 Anm. 53.

105) "But poursuivi", "tutelle administrative", "origine de l'établissement" sowie "privilège de puissance publique" sind von der Rechtsprechung entwickelte Kriterien zur Unterscheidung von juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts, um auch dort, wo ein Gesetz schweigt, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen (vgl. dazu vor allem Waline, Droit Administratif, S.248/249, und Personnaz S.145 f.).

106) Zum ganzen vgl. Segalat S.161. - Zur Betonung des privatrechtlichen Aspekts könnte man darauf hinweisen, daß es den Funktionären der C.O. freisteht, ihren bisherigen Beruf weiterhin auszuüben (Hayet S. 202).

107) Siehe Segalat S.161. Die Aufteilung des Berufsrechts auf die Gebiete des öffentlichen und des privaten Rechts wird aber nur als Übergangslösung angesehen (Personnaz S.151).

wohl, sie als besonderen - dem établissement public aber ähnlichen - Organisationstypus des öffentlichen Rechts anzusehen¹⁰⁹⁾ und ihnen ein "statut inspiré de celui des établissements publics" zu geben¹¹⁰⁾. Denn die C.O. sind keine autonomen Berufsorganisationen, sondern "organes étatiques"¹¹¹⁾, die ihren systematischen Standort im Wirtschaftsverwaltungsrecht haben¹¹²⁾. Dem widerspricht nicht, daß sie auch berufliche Interessen wahrzunehmen haben. Die Konfrontierung beruflicher und staatlicher Interessen ist hier deshalb künstlich und zurecht konstruiert, weil für den Erlaß der Charte de la Production unzweifelhaft das staatliche Interesse am Wiederaufbau der Wirtschaft bestimmend gewesen war. Die beruflichen Interessen sind dem öffentlichen Interesse untergeordnet, bzw. fallen mit diesem zusammen¹¹³⁾.

Der Primat des öffentlichen Interesses ist eindeutig gewährleistet: der Staat entscheidet nicht nur über die Errichtung eines C.O., er benennt auch völlig unabhängig dessen Mitglieder und hat kraft des ministeriellen "pouvoir hiérarchique" die absolute Kontrolle über dessen Entscheidungen. Eigentlich müßten die C.O. auf Grund dieser Sachlage als dezentrierte Staatsbehörden mit eigener Rechtspersönlichkeit angesehen werden¹¹⁴⁾.

108) Statt aller siehe Croquez S.6 ("..Les Comités...constituent bien des établissements publics, sans qu'il puisse exister sur cette question primordiale, un doute quelconque").

109) So de Lacharrière (La gestion..., S.5). Ähnlich auch Charles Cellier, "La vie industrielle" v.3.12.1943 (zit. in "Production" v. Dez. 1943 S. IV).

110) De Lacharrière, La gestion..., S. 12.

111) Bussiére S. 129; ebenso Waline, Trois points..., S. 22.

112) Marcel Rousé, A propos du droit de la répartition et de l'organisation industrielle, Droit Social Bd. 5 (1942) S.6.

113) In diesem Sinne auch Teitgen, Pierre-Henri, La loi du 16 août..., Nr. 38.

Eine solche Unterscheidung wäre z.B. dort gerechtfertigt, wo die Berufe an der staatlichen Willensbildung beteiligt sind, etwa durch ihre Anwesenheit in einer korporativen Kammer, wie z.B. in Portugal (Waline, Trois point..., S.22).

114) So Teitgen, Pierre-Henri, La loi du 16 août..., Nr. 36: Ein service public sei nur dann dezentralisiert, wenn er gleichzeitig ein Mindestmaß an selbständiger Entscheidungsgewalt besitze ("un minimum d'autonomie dans l'ordre de la décision"). Daneben sieht Waline in der Entsendung von commissaires du gouvernement ein typisches Merkmal der Dekonzentration (Droit Administratif, S. 197).

M.E. handelt es sich bei dem Vorgang ihrer Bildung aber nicht um einen Fall der Dekonzentration, d.h. der Delegation staatlicher Befugnisse und Aufgaben an untergeordnete Instanzen innerhalb einer Behörde. Der Vorgang ist hier genau umgekehrt: gesellschaftliche Gruppen und Funktionen werden im Wege der Bürokratisierung in den staatlichen Machtbereich inkorporiert: "L'Etat absorbe ou bien il est grignoté"¹¹⁵⁾.

Von hier aus fällt auch ein Lichtstrahl auf die unklare Haltung des Conseil d'Etat. Es besteht der begründete Verdacht, daß seine Stellungnahme im Arrêt Montpeurt durch Erwägungen von eminent politischer Bedeutung beeinflusst war; denn die Ablehnung der C.O. als établissements publics schließt implicite die Möglichkeit aus, ihren Funktionären den rechtlichen Status staatlicher Beamter zuzuerkennen¹¹⁶⁾. Deshalb war es wohl auch nicht gerechtfertigt, den hohen Gerichtshof als Anhänger eines droit collectif zu betrachten¹¹⁷⁾. Die These des droit collectif wurde offensichtlich erfunden, um den Staat zu decken und die wahre Sachlage zu verschleiern¹¹⁸⁾.

Wären die C.O. wirklich im Besitze ursprünglicher rechtsetzender Befugnisse gewesen, hätten sie in der Tat auch ihre Aufgaben unter dem Blickpunkt des Berufsinteresses wahrnehmen können. Der Conseil d'Etat betont im Arrêt Montpeurt jedoch ausdrücklich, daß die comités an der Staatsgewalt teilhaben, wenn er ausführt: "...les comités d'organisation...sont chargés de participer à l'exécution d'un service public...". Deutlicher hätte der staatliche Charakter der von ihnen wahrgenommenen Funktionen nicht ausgesprochen werden können¹¹⁹⁾. Selbst Segalat, der im industriellen Organisationsrecht bereits Ansätze der Entwicklung

115) Baudin S. 192. Vgl. auch Croquez S. 6.

116) Waline, Trois points..., S.22.

117) de Lacharrière, La gestion..., S. 4/5.

118) In gleichem Sinne Waline, Trois points..., S. 21;
de Lacharrière, La gestion..., S. 3.

119) de Lacharrière, a.a.O.

eines droit professionnel sieht, anerkennt den pouvoir réglementaire nicht als Ausdruck einer autonomen Rechtsetzungsgewalt, wenn er in Bezug auf die neue Wirtschaftsorganisation sagt: "Elle relève désormais de l'Etat, guidé dans son action par les seuls intérêts de la nation et d é l é g u a n t une partie de ses pouvoirs à des organismes groupant les producteurs entre eux"¹²⁰⁾.

V. Stand der Organisation.

Mit der Realisierung der Charte de la Production wurde in denjenigen Wirtschaftszweigen begonnen, die wie die Automobil-, Elektro- und Eisenindustrie, auf Grund ihrer "concentration technique" und ihres "fédéralisme syndical" die Bildung der vorgesehenen Berufsorganisationen in besonderem Maße erleichterten¹²¹⁾. Die übrigen Wirtschaftszweige folgten aber nach, so daß im Laufe der Jahre rund 190 comités d'organisation geschaffen wurden, die fast sämtliche Berufszweige erfaßten, während ursprünglich nur etwa 30 geplant waren¹²²⁾.

In der Beurteilung der Frage, ob die C.O. ihre wichtigsten Aufgaben erfüllt haben, gehen die Meinungen etwas auseinander. Während Lengelé¹²³⁾ den Standpunkt vertritt, daß die wesentlichen Probleme - obwohl in Angriff genommen - keineswegs gelöst worden seien, beurteilt Baudin die Leistungen der C.O. mehr in positivem Sinne dahin, daß sie in einem Augenblick äußerster Verwirrung leidlich Ordnung geschaffen haben¹²⁴⁾.

120) S. 159 (Sperrung nicht im Original); vgl. dazu auch de Lacharrière, La gestion..., S. 4.

121) Lépany, S. 121.

122) Siehe Chaigneau S. 192; Belin, La vie de la France..., S. 148.- Um die C.O. besser zu koordinieren, wurde durch ein Dekret vom 30.4.1941 (J.O.v.11.5.41) ein Centre d'information professionnel mit einem Conseil consultatif von 30 Mitgliedern gebildet.- Die C.O. überlebten das Vichy-Regime. Durch eine Ordonnance vom 22. Juni 1944, geändert durch Ordonnance vom 7. Oktober 1944 wurden sie in etwas abgeänderter Form unter dem Namen Offices professionnels weitergeführt (Belin, a.a.O. S. 149/50).

123) "Production" v. Jan. 1943, S. 14.

Ohne Zweifel haben die C.O. ein ausgedehntes Befehls- und Informationsnetz geschaffen und manche nützliche Aufgabe, wie z.B. die Betriebszählung¹²⁵⁾, durchgeführt. Wenn sie aber zu einem großen Teil die in sie gesetzten Hoffnungen einer vorläufigen Ordnung der Wirtschaft nicht erfüllt haben, so ist der Grund hierfür nicht in erster Linie in einem institutionellen Unvermögen zu suchen, als vielmehr in der Schwäche des Staates, dessen Schöpfung sie waren. Dem Vichy-Staat fehlte es an "öffentlicher Autorität", an der Macht, den staatlichen Gesetzen absoluten Gehorsam zu verschaffen¹²⁶⁾.

Besonders empfindlich reagierten die betroffenen Volksschichten auf die Beseitigung der Freiheit des Handels und der Industrie und die damit verbundene staatliche Reglementierung¹²⁷⁾. Bürokratismus und Funktionarismus führten zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel, die in keinem Verhältnis zum staatlichen Einkommen stand (das Budget wurde nicht veröffentlicht) und taten ein übriges, um die Abneigung gegen die neue Wirtschaftsordnung zu nähren. Andererseits entstand die Gefahr einer Kristallisierung der verschiedenen Berufszweige und der Entwicklung neuer Monopole¹²⁸⁾. Die Großindustrie versuchte, ihre frühere Machtstellung, soweit sie diese überhaupt jemals verloren hatte, wieder zurückzuerobern. Die Regierungskommissare waren außerstande, Einhalt zu gebieten¹²⁹⁾. Pétain sah sich gezwungen, selbst einzugreifen und diese Entwicklung zu geißeln¹³⁰⁾. Es änderte sich danach jedoch nicht viel. Lediglich der regionale Unterbau nahm klarere Formen an, und die bereits oben¹³¹⁾ erwähnten conseils consultatifs tripartites wurden geschaffen.

124) S.196. Auch Noyelle (S.29) geht davon aus, daß das Gesetz vom 16.8.40 nur hinsichtlich "eines Teiles seiner Ziele" gescheitert sei.

125) Galan, "Production" v. April 1944, S. 4.

126) Vgl. Noyelle, Rencontres, S. 29.

127) Zum folgenden s.Lépany S.202 ff. An die bereits erwähnte Möglichkeit der Beschlagnahme von Unternehmen und der Schließung von Fabriken sei an dieser Stelle erinnert (vgl. oben S.76).

128) Perroux, Rencontres, S. 161 Anm. 13.

129) Baudin, D.C. - Chronique - 1941, S. 6.

130) Siehe dazu Message vom 12. August 1941.

131) S. 69.

c) Etatismus oder Korporativismus?

Klar und eindeutig urteilt Baudin¹³²⁾ über die von Croquez¹³³⁾ nachsichtig als "trésor de pièces d'or mélangé de quelques pièces fausses" betitelte Charte de la Production, daß wir uns hier einem etatistischen und nicht einem korporativistischen Regime gegenübersehen. Eine ganze Reihe von Schriftstellern ist gegenteiliger Auffassung und sieht in dem Gesetz vom 16.8.1940 das offizielle Début des Korporativismus in Frankreich¹³⁴⁾. Liegt darin jedoch wirklich ein Widerspruch zu der hier gegebenen, mit der Absicht des Gesetzgebers¹³⁵⁾ und mit der herrschenden Lehre¹³⁶⁾ übereinstimmenden Charakterisierung der Charte als autoritär-etatistisches System, in welchem die C.O. Behörden staatlicher Wirtschaftsverwaltung sind?

Diese Frage ist zu verneinen. Die verschiedene Beurteilung desselben Sachverhaltes läßt sich allein aus einer Verschiedenheit des ideologischen Standorts sowie der rein begrifflichen Formulierung erklären¹³⁷⁾. Den Anhängern korporativistischer Ideen mag es unbenommen bleiben, in der Charte de la Production bereits Ansätze eines korporativen Regimes zu sehen, auch wenn dies nur deshalb geschieht, weil die Organisation der Wirtschaft auf beruflicher Grundlage erfolgt¹³⁸⁾. Sollen die Termini "korporativ" und "Korporation" aber mehr sein als bloß euphemistische Umhüllungen für Etatismus und Funktionalismus, sollen sie nicht zu jederzeit auswechselbaren Bezeichnungen für Insti-

132) D.C. - Chronique - 1941, S. 6.

133) S. 22.

134) So z.B. Perroux, Le sens..., S. 432; vgl. auch oben S. 63. Ebenso de Peraldi S. 24 und Brêthe de la Gressaye, Brêthe-Laufenburger-Garrigou, S. 16.

135) Vgl. den Rapport zum Gesetz ("...l'organisation proposée conserve néanmoins un caractère...étatiste...").

136) Siehe oben S. 83 Anm. 108.

137) Vgl. de Lacharrière, La gestion..., S. 269/270.

138) So z.B. Personnaz S. 151 u. Segalat S. 160.

tutionen verschiedensten juristischen Gehalts herabsinken, dann müssen sie ein Minimum an beruflicher Selbstverwaltung ("auto-gouvernement professionnel") gewährleisten, das sich auch bei der Besetzung der maßgeblichen Stellen sowie im Ausmaß der Übertragenen Entscheidungsgewalt zeigen müßte¹³⁹⁾. Wo daher, wie hier bei den C.O., nicht einmal eine Spur von Selbstverwaltung vorhanden ist¹⁴⁰⁾ und die Funktionäre der autorités professionnelles statt von den Berufsangehörigen völlig unabhängig von diesen vom Staat allein berufen und ernannt werden, ist die korporative Autonomie nur ein schöner Name, und kein juristischer Kunstgriff kann diesen Tatbestand verschleiern¹⁴¹⁾. Da die wirtschaftliche Berufsorganisation der Charte de la Production ohne Konsultation der Betroffenen und ohne sich auf irgendeine spontan aus der Mitte der Berufe kommende Bewegung zu stützen durch staatlichen Oktroi geschaffen wurde¹⁴²⁾, ist sie bestenfalls Ausdruck eines "corporatisme d'Etat", der an Derbheit kaum mehr überboten werden kann¹⁴³⁾. Demgegenüber bestehen keine Bedenken, der Charte de la Production prä-korporativen Charakter zuzuerkennen¹⁴⁴⁾ und in den comités d'organisations "organismes d'initiations à la vie corporative"¹⁴⁵⁾ zu erblicken, da sie sehr wohl Ausgangspunkt für eine spätere korporative Organisation sein können¹⁴⁶⁾.

139) Vgl. de Lacharrière, La gestion..., S.7; s. ferner oben S. 6/7.

140) De Lacharrière, La gestion..., S.8. - Nicht einmal in Disziplinarangelegenheiten sind die C.O. selbständig. Der Minister kann Zuwiderhandlungen gegen die Berufsdisziplin selbständig ahnden (vgl. Art. 7 des Gesetzes).

141) Vgl. de Lacharrière, La gestion..., S. 7; Waline, Trois points..., S. 22.

142) De Lacharrière, La gestion..., S. 3.

143) De Lacharrière, La gestion..., S. 6.

144) Ein großer Teil der Literatur vertritt diese Auffassung, vgl. z.B. Henri Denis, La Corporation (Collection "Que sais-je?") Paris 1941, S. 104; Lépany, S. 225/226.

145) George S. 65.

146) Waline, Trois points..., S. 22.

B. Die Charte du Travail¹⁾

Als "Instrument der französischen Revolution des 20. Jahrhunderts"²⁾ unternimmt die Charte du Travail vom 4.10.1941 den wagemutigen Versuch, die Grundlagen für eine neue Sozialordnung zu legen³⁾. Im Unterschied zur Charte de la Production ist die Charte du Travail keine direkte Folge der Niederlage⁴⁾, sondern stellt nach Brêthe de la Gressaye das Ergebnis einer langen Entwicklung dar⁵⁾. Ihr unleugbar doktrinärer Charakter⁶⁾ erhebt sie deutlich in den Rang einer Art Grundgesetz ("pièce maitresse") der nationalen Revolution⁷⁾. Während in den vor dem 4. Oktober 1941 auf dem Gebiet der Berufsorganisation erlassenen Gesetzen die von der Charte du Travail in Angriff genommene Umgestaltung der bestehenden Sozialstruktur in Umrissen sich bereits abzeichnet, lehnen sich die nach diesem Zeitpunkt ergangenen Statute in stärkstem Maße an die Charte du Travail an. Die Gesetze vom 16.8.1940 und vom 10.9.1940 ordneten in erster Linie die Produktion als gegenständliche Seite der gewerblichen Berufe. Auf sozialem Gebiet blieben die alten Regelungen grundsätzlich in Geltung⁸⁾. Diese Lücke will die Charte du Travail schließen. Die Schwierigkeit dieses Unternehmens wird dabei

1) Siehe oben S. 57 Anm. 7 die genaue Überschrift des Gesetzes.

2) Perroux, *Le sens...*, S. 198.

3) Vgl. Rapport zum Gesetz (J.O. v. 26.10.1941).

4) Felgines, *Vues...*, S. 103.

5) *La Charte du Travail en France et en pays étrangers*, Collection Droit Social XIII, S. 17. Auch Felgines (*Vues...*, S. 104) hebt darauf ab, daß die Regierung nur Bestrebungen nachgekommen sei, die bereits am Vorabend des Krieges sich zum Durchbruch gesammelt hätten: "Il n'y a donc pas rupture, mais continuité".

6) Siehe dazu u.a. die oben S. 54 Anm. 1 zitierte Äußerung des Arbeitsministers Lagardelle.

7) Aron, *Histoire...*, S. 404; vgl. auch oben S. 59/60. Die vom Vichy-Regime dem Gesetz beigemessene Bedeutung wird vor allem dadurch unterstrichen, daß es von sämtlichen Ministern und Staatssekretären unterschrieben ist; Lajugie (S.4) bezeichnet dies als ungewöhnliches Ereignis der französischen Gesetzgebung.

8) Mit der Anordnung zur Auflösung der syndikalen Dachorganisationen brachte allerdings auch das Gesetz vom 16.8.1940 schon recht einschneidende Änderungen (s.dazu oben S. 67 Anm. 29).

auch im Rapport zum Gesetz nicht verkannt; man huldigt in Bezug auf die Erreichung des Zieles keinem übertriebenen Optimismus. Der Rapport bringt lediglich zum Ausdruck, daß ein Ausgleich bestehender Gegensätze und die Ausräumung vorhandener Mißverständnisse erfahrungsgemäß immer dort möglich ist, wo Menschen guten Willens zu aufrichtiger und loyaler Aussprache zusammenkommen.

a) Geschichtliches

Bereits der Rapport zum Gesetz vom 16.8.1940 kündigte die Ausarbeitung eines Entwurfes für eine umfassende Berufsorganisation an⁹⁾. Die Charte de la Production, ursprünglich ja nur als Provisorium gedacht¹⁰⁾, sollte bereits nach wenigen Wochen einer "organisation économique et sociale d'ensemble" Platz machen. Dieser Versuch scheiterte an der Unüberwindlichkeit ideologischer Positionen der beteiligten Gruppen. Mag in Regierungskreisen auch noch so sehr Einigkeit in dem erstrebten Ziel geherrscht haben, dem anarchischen und sterilen Kampf zwischen den Sozialpartnern ein Ende zu bereiten¹¹⁾, sie war nicht fest und stark genug, die hart aufeinander prallenden Meinungen über die Struktur der neuen Ordnung zu überbrücken. In der Hauptsache traten sich eine syndikalistische und eine korporativistische Auffassung gegenüber, jeweils modifiziert durch Anhänger etatistisch bzw. liberal ausgestalteter Organisationsformen.

Die Pläne der syndikalistischen Richtung konkretisierten sich in einem Gesetzesentwurf vom September 1940 über die vorläufige Organisation der Berufsgruppen. Dieser Gesetzesentwurf, in dem Belins eigene Auffassung zum Ausdruck kam¹²⁾, fand nicht die Zustimmung des Ministerrates, weil er keine Abkehr vom überkommenen syndikalistischen System brachte. Belin wollte die Repräsentation der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber

9) J.O. vom 18.8.1940. Vgl. auch Pétain, Botschaft v.8.10.1940 (La Fr. nouv. S. 68).

10) Siehe oben S. 62.

den vorgesehenen Einheitssyndikaten überlassen und eine umfassende Neuorganisation des wirtschaftlichen und sozialen Bereichs erst später in Angriff nehmen, nachdem eine gewisse wirtschaftliche Stabilisierung wieder erreicht war.

Nach der Ablehnung des Entwurfs Belin wurde eine interministerielle Kommission eingesetzt, die aus den Ministern Alibert (Justiz), Caziot (Landwirtschaft), Darlan (Marine), Belin (Produktion) und Baudouin (Äußeres) bestand und einen neuen Entwurf ausarbeitete, der Anfang Dezember 1940 den Ministerrat passierte. Der neue Entwurf enthielt nunmehr eine endgültige Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Organisation mit freier Mitgliedschaft bei den Syndikaten, Wahl der Funktionäre und Übernahme der vorhandenen Arbeitnehmervertreter. Er lehnte sich stark an das dualistische italienische System an und sah mächtige, hierarchisch aufgebaute Arbeitgeber- und Arbeitnehmersyndikate als Elemente der Berufsorganisation vor. Für jede branche d'activité sollte innerhalb eines bestimmten räumlichen Bereichs ein einziger, gesetzlich anerkannter und freier syndicat professionnel geschaffen werden. Die syndicats sollten auf regionaler Ebene in unions und auf nationaler Ebene in fédérations einmünden. Neben diesen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer getrennt organisierenden syndikalischen Einrichtungen waren außerdem organismes mixtes vorgesehen, und zwar einerseits comités sociaux locaux und régionaux mit einem comité social national an der Spitze und ein comité économique mit regionalen Untergliederungen andererseits. Die comités sociaux sollten je zur Hälfte mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzt werden, in den comités économiques dagegen sollten die Arbeiter zwar vertreten sein, die Unternehmer aber das Übergewicht behalten. Die staatliche Einflußnahme war durch Regierungskommissare gesichert, die mit einem weitgehenden, sich auch auf die nicht syndizierten Mitglieder erstreckenden Verordnungsrecht ausgestattet waren¹³⁾. Das

11) M. ~~xxx~~, Genèse..., S. 61.

12) Belin, La vie de la France..., S. 170.

13) Siehe dazu im einzelnen Belin, La vie de la France..., S. 170 f.

Gesetz wurde jedoch nicht verkündet. Die Gründe hierfür dürften weniger darin liegen, daß auch diesem zweiten Entwurf der Vorwurf nicht erspart blieb, er halte die bestehenden Interessenverbände aufrecht und sanktioniere die überkommenen Gegensätze durch neue große Organisationen¹⁴⁾. Vielmehr wurde der Gesetzesvorschlag von den Ereignissen überrollt, die mit dem Sturz Laval's am 13. Dezember 1940 ihren Ausgang nahmen¹⁵⁾.

Als die angekündigte Berufsorganisation ausblieb, entstand unter der Arbeiterschaft Unruhe¹⁶⁾. Erst ein Dekret der neuen Regierung Darlan vom 27. Februar 1941 brachte die Bemühungen um die neue Berufsorganisation wieder einen Schritt vorwärts. Das Dekret befaßt sich mit der Schaffung eines Comité de l'organisation professionnelle - auch "Comité des 21" genannt -, der den neuen "statut d'organisation du travail" ausarbeiten sollte¹⁸⁾. In diesem gemischten, Arbeitgeber, höheres Personal, gewöhnliche Arbeiter und Angestellte, sowie besonders erfahrene Persönlichkeiten umfassenden Sonderausschuß¹⁹⁾ waren die verschiedensten ideologischen Richtungen vertreten: Liberale und Marxisten, Linkschristen und maurrassianische Korporativisten, Syndikalisten und Etatisten²⁰⁾. Obwohl die Verhandlungen, in denen das syndikale Problem sich als neuralgischer Punkt erweisen mußte, hinter verschlossenen Türen geführt wurden, besteht kein Zweifel darüber, daß alle ideologischen Richtungen zu Wort gekommen sind und ihre Ideen verfochten haben²¹⁾. Im wesentlichen standen sich 3 Thesen gegenüber²²⁾: der von den christlichen Gewerkschaften vertretene syndikale Pluralismus, eine für gemischte und eine für getrennte Syndikate eintretende

14) M. ^{xxx}, Genèse..., S. 61.

15) Belin, La vie de la France..., S. 173.

16) Chaigneau, S. 41 Anm. 4.

17) J.O. v. 27.3.1941.

18) Pétain, Allocution prononcée à la séance inaugurale du Comité d'Organisation professionnelle vom 4.6.1941 (La Fr.nouv.S.157).

19) Der Ausschuß setzte sich nach Chaigneau (S.40) im einzelnen wie folgt zusammen: 6 Beamte der zuständigen Ministerien; 7 Vertreter der Arbeitgeber; 7 Vertreter des Handwerks, Kleinergewerbes und Kleinhandels, sowie des höheren Personals; 5 führenden ehemaligen Gewerkschaftler der C.G.T.; 2 Vertreter der übrigen gewerkschaftlichen Richtungen - vgl.oben S.66/67 Anm.29. (Chaigneau bezieht sich dabei auf einen Arrêté des Amiral de la Flotte vom 26.3.1941).

Auffassung. Zu den Vertretern der dritten These, die aus dem Lager der "syndicalistes ex-cégétistes" kamen²³⁾, gehörten auch die beiden Arbeitsminister Belin und Lagardelle.

Das Ergebnis der Beratungen war ein brüchiger Kompromiß²⁴⁾, eine Übergangsregelung²⁵⁾, die sich bescheiden "Loi relative à l'organisation sociale des professions" nennt. Das Gesetz verzichtet auf einen umfassenden "statut économique et social" und läßt die durch die Charte de la Production geschaffenen Wirtschaftsbehörden in ihrem Bestand unberührt. Aber nicht nur die wirtschaftliche und soziale Gesamtorganisation blieb ein Fragment, auch die Charte du Travail selbst trägt bis zu einem gewissen Grade fragmentarischen Charakter. Sie gibt meist nur Rahmenbestimmungen²⁶⁾ und stellt im übrigen ein Gemisch von Erklärungen

20) M. ^{xxx}, Genèse..., S. 62.

21) M. ^{xxx}, Genèse..., S. 62.

22) Vgl. Chaigneau S. 141, ferner "Les Nouveaux Temps" v. 15.4.41 u. Belin, La vie de la France..., S. 182.

23) Ihr Organ war "L'Atelier".

24) Perroux, Le sens..., S. 473. - H. Dauvergne (zit. bei Lajugie S. 46) beurteilt die auch von Aron (Histoire..., S. 405) als "côte mal taillée entre des tendances opposées" bezeichnete Charte du Travail wohlwollender als "synthèse des hautes et nobles idées maintes fois exprimées par le Chef de l'Etat, des anticipations présentées par les sociologues et économistes français de l'école de Le Play et La Tour du Pin, enfin des conceptions syndicalistes et sociales du socialisme français traditionnel". - Trotz Vorbehalten zu einigen Bestimmungen bekannte sich auch der Conseil national de la Fédération nationale des Syndicats d'employés ex-C.G.T. im Prinzip zu verschiedenen grundsätzlichen Neuerungen der Charte du Travail wie z.B. dem Prinzip der comités sociaux, der Einheitsgewerkschaft und den commissaires corporatifs (siehe hierzu eingehend Belin, La vie de la France..., S. 174 f., insbes. S. 176).

25) Lajugie, S. 8.

26) Perroux, Le sens..., S. 472. - Viele Fragen bleiben offen. Insbesondere unterbleibt die Aufstellung einer Nomenklatur der Berufsfamilien (s.u.), ferner fehlen nähere Bestimmungen bezüglich der Bildung der Syndikate, der Zusammensetzung ihrer Organe, der Ernennung der Funktionäre usw. - Zur Lösung dieser Fragen, zu denen auch die Frage der zukünftigen Verschmelzung von sozialer und wirtschaftlicher Organisation gehört (s. oben S. 58), wurde durch das Dekret vom 13.11.41 (J.O.v.16.11.41) ein Conseil supérieur de la Charte du Travail gegründet. Als Parallelorgan und "pendant" (Bichelonne, Allocution, abgedruckt in Droit Social Bd. 5 (1942) S. 22) wurde später auch

und Rechtssätzen dar²⁷⁾. Ihre Sprache bleibt oft dunkel²⁸⁾ und ist nicht gerade ein Muster für juristische Klarheit und Präzision²⁹⁾. Voirin bezeichnet sie nicht zu Unrecht als "eine Art Skizze, die ihre Vollendung von ergänzenden Gesetzen und Dekreten erwartet"³⁰⁾. Die ehrgeizige, im Rapport zum Gesetz auftauchende Bezeichnung "Charte du Travail" entspricht daher mehr unerfüllten Hoffnungen und Wünschen als der Wirklichkeit, hat sich aber trotzdem eingebürgert.

b) Zielsetzung³¹⁾

Die Charte du Travail ist der erste umfassende Versuch in Frankreich, das Verhältnis von Kapital und Arbeit neu zu ordnen³²⁾ mit dem Ziel, den sozialen Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen. Als Errungenschaften dieses ordre nouveau bezeichnet der Rapport zum Gesetz³³⁾ im einzelnen "den Vorrang der Nation und des beruflichen Gemeinwohls vor den partikulären Interessen, - die vertrauensvolle, loyale und dauernde Zusammenarbeit aller Berufsmitglieder zum Zwecke der Verwirklichung des sozialen Friedens und des Wohlstandes der Unternehmungen, - die Achtung vor einer auf Arbeit, Fähigkeit und Verdienst gegründeten Hierarchie, sowie die fortschreitende Entwicklung des Sozialwerks, das dazu bestimmt ist, den rechtmäßigen Interessen und Neigungen der Arbeiter Genüge zu leisten".

ein Conseil supérieur de l'économie industrielle et commerciale geschaffen (s. dazu oben S.58 Anm.15). Der Conseil supérieur de la Charte du Travail wurde auf Grund des Gesetzes vom 28.1.1944 (J.O.v.30.1.44) durch den Conseil supérieur du Travail ersetzt.

27) Durand S. 13.

28) Rouast-Durand S. 72.

29) Perroux, Rencontres, S. 155.

30) S. 38. - Außer den Dekreten vom 30.3.42, 28.8.42 (s.u.) ist eine ganze Reihe wichtiger ministerieller Rundschreiben und Weisungen ergangen (abgedruckt in Droit Social Bd. 6 (1943) S. 295-308).

31) Vgl. auch oben S. 33 ff.

32) M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S.221. Vgl. ferner Bussière S.110.

Weder eine Einzelperson noch eine Gruppe kann ihr Glück isoliert verwirklichen. Beide sind in größere Gesamtheiten wie Nation, Beruf oder Familie eingebettet und auf die übrigen Mitglieder dieser Gesamtheiten angewiesen. Für die Gültigkeit dieser Feststellung auf beruflichem Gebiet liefert die Geschichte des Klassenkampfes einen sehr anschaulichen Beweis. Um eine Befriedung der miteinander im Kampf liegenden syndikalischen Gruppen herbeizuführen³⁴⁾, versucht die Charte du Travail mittels eines hierarchischen Organisationssystems, auf der Grundlage von " c o l l a b o r a t i o n " und " s o l i d a r i t é ", von beruflicher Zusammenarbeit und Verbundenheit, die neue Sozialordnung herzustellen³⁵⁾. Der Wille, mit dem alten System des Klassenkampfes endgültig zu brechen³⁶⁾, findet seinen schärfsten Ausdruck im Verbot von Streik und Aussperrung (Art. 5 des Gesetzes) und in der Unterdrückung der Syndikatsfreiheit³⁷⁾.

Die Eliminierung des Klassenkampfes und seiner Ursachen durch Zusammenarbeit der verschiedenen Glieder der Gesellschaft im Rahmen einer generellen Organisation des Berufslebens ist um so sicherer gewährleistet, je mehr die (gruppen-) egoistischen

33) J.O. vom 26.10.1941.

34) "...la Charte..., loin d'être une fin en soi, apparaît comme un moyen d'amener les catégories sociales à oeuvrer d'un commun accord, et de les empêcher de dépenser le plus clair de leurs forces en luttes stériles" (Bussière S. 124).

35) Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes. - Die Einführung der Zusammenarbeit im sozialen Bereich ist eine "idée directrice" der Charte du Travail (Durand, S.5). Die Zusammenarbeit ist das neue, alle verpflichtende Gesetz (R. Belin, Vorwort zu René Guerdan, La Charte du Travail, Paris (1941), S. 10/11). Da aus der Zusammenarbeit eine Solidarität zu erwachsen pflegt, besteht zwischen beiden ein natürlicher Zusammenhang. Die Zusammenarbeit ist gleichsam das Mittel, durch das jeder seine Solidarität mit dem anderen zum Ausdruck bringt und wirksam werden läßt (vgl. J.C.P. 12 -1941- étude 234 Nr.7).

36) Rapport um Gesetz, a.a.O.

37) Bussière (S.118) bezweifelt die Legitimität des Streikverbotes: "Le droit de grève", sagt er, "est devenu un droit traditionnel dont la suppression apparaît aux classes laborieuses comme une brimade supplémentaire".

Klasseninteressen zugunsten des beruflichen Gemeinnutzens und Gemeinwohls zurücktreten³⁸⁾. Der Vorrang des Allgemeininteresses innerhalb jeder branche d'activité, das seinerseits wieder dem " i n t é r ê t n a t i o n a l " zugeordnet ist³⁹⁾, soll durch autoritäre Überwachung der hierarchisch aufgebauten Berufsordnung gesichert werden⁴⁰⁾.

Wie schon an anderer Stelle betont wurde⁴¹⁾, will das Vichy-Regime mit der "organisation corporative" der Charte du Travail⁴²⁾ nicht eine endgültige (Teil-) Berufsordnung schaffen; die Überwindung des dualistischen, nach sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten getrennten Systems bleibt nach wie vor im Bereich der Überlegungen⁴³⁾. Collaboration und solidarité der Berufsangehörigen einerseits sowie Privilegierung des intérêt général de la profession andererseits, die (zumindest vorläufig noch) weit mehr bloß staatlich angeordnete als wirklich befolgte individuelle Verhaltensweisen darstellen⁴⁴⁾, sollen nämlich allmählich im Herzen jedes einzelnen Berufsmitgliedes gleichsam Wurzel schlagen und einen "e s p r i t c o r p o r a t i f" (auch "esprit communautaire" genannt) als Grundlage der künftigen Korporationen erzeugen⁴⁵⁾. Art. 50 des Gesetzes sieht deshalb Gemeinschaftshäuser vor, die der besonderen Pflege des beruflichen Zusammengehörigkeitsgefühls dienen sollen. Der esprit

38) Vgl. oben S. 33 Anm. 29.

39) Vgl. dazu Pétain, Revue des Deux Mondes v.15.9.1940 (La Fr. nouv. S. 63).

40) Chaigneau S. 55. Vgl. auch Rouast-Durand S. 67 Nr. 59.

41) Siehe oben S. 58.

42) Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes.

43) Vgl. die Schaffung des Conseil supérieur de la Charte du Travail (s. dazu oben S. 93 Anm. 26).

44) Sicher resultiert ein gewisses berufliches Zusammengehörigkeitsgefühl schon aus der funktionellen Interdependenz der verschiedenen Tätigkeiten innerhalb einer branche d'activité; es ist dies ein Ergebnis des finalen, arbeitsteiligen Produktionsvorganges. Nur hat eben bisher der gleichzeitig bestehende Interessenantagonismus zwischen den Sozialpartnern, der seinerseits eine Interessensolidarität Gleichgestellter bewirkt, die Oberhand behalten. Siehe dazu de Lacharrière, La gestion..., S. 6.

45) Vgl. Bussiére S. 111; Rapport zum Gesetz a.a.O.; Felgines, Vues..., S. 107.

corporatif soll damit auf eine mehr praktische Weise entwickelt werden. Es sei ein weitverbreiteter Irrtum, sagt Chanson⁴⁶⁾, zu glauben, die Arbeiterschaft müsse zunächst einmal mit der Doktrin vertraut gemacht werden, damit eines Tages korporative Institutionen geschaffen werden könnten. Den Korporativismus mache man sich dadurch zu eigen, daß man ihn praktiziere. Der Beruf erhält dadurch eine starke erzieherische Bedeutung⁴⁷⁾.

Der Zuständigkeitsbereich der Charte du Travail ist allerdings sehr beschränkt, nicht nur in sachlicher Hinsicht (die wirtschaftlichen Aufgaben verbleiben den comités d'organisation, Art. 4 des Gesetzes; politische und konfessionelle Betätigung sind den vorgesehenen Organisationen verboten, Art. 14 und 31 des Gesetzes), sondern auch bezüglich des erfaßten Personenkreises. Die Bestimmungen des Gesetzes kommen in der Hauptsache nur im Bereich des Handels und der Industrie zur Anwendung (Art. 1 des Gesetzes). Insbesondere unterliegen ihnen gem. Art. 7 nicht die Beamten⁴⁸⁾ sowie die Mitglieder der nach dem 15. Juli 1940 durch besondere Statuten, Charten oder andere gesetzgeberische Maßnahmen geregelten Berufe⁴⁹⁾. In Abweichung von diesen Grundsätzen läßt allerdings Art. 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1942⁵⁰⁾ das Hilfspersonal der in ordres disziplinierten Berufe in den Genuß der beruflichen und sozialen Vorteile der Charte du Travail kommen.

c) Organisationssystem

I. Familles professionnelles.

"Les activités professionnelles sont réparties entre un nombre déterminé de familles industrielles et commerciales" (Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes). Diese familles industrielles et commer-

46) La corporation et l'entreprise selon La Tour du Pin, S. 24/25, zit. bei Rolland, Les Etapes..., S. 25 Anm. 1.

47) Henri, Comte de Paris (Essai sur le gouvernement de demain, Faillite d'un régime, 1936, S. 180) spricht von einem "sens moral qui servira de ciment à la corporation".

48) Vgl. dazu Art. 2 des Gesetzes vom 14.9.1941 (J.O.v.1.10.41).

49) Siehe dazu oben S. 57 Anm. 8 sowie die S. 59 zitierten Sondergesetze.

50) J.O. v. 23.7.1942.

ciales, auch "familles professionnelles" genannt, sind die Kader, der organisatorische Ausgangspunkt für die neue Berufsordnung⁵¹⁾. Die gesamte aus s y n d i k a l e n (syndicats professionnels, unions, fédérations), g e m i s c h t e n (comités sociaux mixtes, d.s. comités sociaux locaux, régionaux und nationaux; associations professionnelles mixtes) und b e t r i e b l i c h e n (comités sociaux d'entreprises) Verbänden bestehende Berufsorganisation der Charte du Travail ist in diese familles professionnelles eingebettet und verdrängt die noch nicht aufgelösten alten Berufsverbände endgültig⁵²⁾.

51) J.C.P. 12 - 1941 - étude 234, Nr. 5 - Gem. Art. 8 des Gesetzes sollen die Nomenklatur der familles professionnelles, sowie die Einteilung der Industrie- und Handelsbetriebe durch besondere Dekrete geregelt werden (vgl. oben S. 93 Anm. 26). Ursprünglich waren 10 Berufsgruppen vorgesehen: Mines, combustibles et énergies; métallurgie et constructions mécaniques; industries chimiques et parachimiques; bâtiments et travaux publics; textiles et habillements; industries diverses (imprimerie, industrie d'arts, spectacles); commerce; transports; banques et assurances; alimentations. Dieser Plan gelangte jedoch nicht zur Durchführung; er wurde stark erweitert, so daß schließlich 30 Berufsfamilien geschaffen werden sollten: Sous-sol et industries et commerces annexes; eau, gaz et électricité; production des métaux; transformation des métaux; bâtiment et travaux publics; bois; matériaux de construction; céramique; verre; industries chimiques; fabrication et transformation des papiers et cartons; fabrication des tissus et industries similaires; habillement et travail des étoffes; pelleteries et fourrures; cuirs; imprimerie ou arts et industries polygraphiques; métiers d'art et fabrication d'articles divers; industries agricoles et alimentaires; commerces de l'alimentation; commerces divers; restaurants, cafés, hôtels; hygiène; transports; banques, établissements financiers et bourse; assurances; spectacles; santé; professions juridiques; institutions sociales et établissements divers ou établissements à but non lucratif; enseignement et sport, (vgl. Bulletin de la Charte du Travail, n° 1, April 1943).

Douence (S.136) hält die famille professionnelle für einen der fruchtbarsten Begriffe der Révolution Nationale: "La famille professionnelle, le terme est un peu archaïque, représente tout un programme...C'est une des notions les plus fécondes de toutes les lois nées depuis juillet 1940 et c'est sur elle surtout que nous pouvons baser nos espoirs de rénovation".

52) Zur Auflösung der syndikalen Dachorganisationen siehe oben S. 66 f.

Die familie professionnelle kann dabei ihrerseits noch weiter in "branches professionnelles"⁵³⁾ und "professions" aufgegliedert sein. Das Gesetz gibt zwar nicht an, wie diese Begriffe gegeneinander abzugrenzen sind; es kann jedoch bei Zugrundelegung der vertikalen Struktur des Organisationssystems kein Zweifel darüber bestehen, daß "famille professionnelle" und "branche professionnelle" Leistungsgemeinschaften darstellen und nicht rein technische Einheiten sind⁵⁴⁾. Als gegliederte Gesamtheiten ("ensembles articulés")⁵⁵⁾ umfassen sie ganze Industrie- und Produktionszweige und repräsentieren damit ökonomische Einheiten⁵⁶⁾. Dagegen wird unter "profession" in der Regel zwar auch eine Leistungsgemeinschaft verstanden⁵⁷⁾, der Begriff hat aber in den Art. 6 Abs. 4, Art. 8 und Art. 32 des Gesetzes ausnahmsweise die Bedeutung von "métier" und ist in diesen Fällen dann eine Bezeichnung für horizontale Gliederungen⁵⁸⁾.

53) Z.B. war die famille professionnelle de l'habillement et du travail des étoffes in fünf branches aufgeteilt: couture-creation, confection, industries diverses de l'habillement, négoce des tissus, blanchisserie et teinturerie.

54) Zur verschiedenen Bedeutung des Begriffs "Beruf" s.oben S.5 Anm. 20.

55) Perroux, Le sens..., S. 485.

56) J.C.P.12 - 1941 - étude 234 Nr. 5.

57) Die eben (Anm. 53) erwähnte branche de la confection umfaßt z.B. drei professions: confection masculine, confection féminine und chemiserie-lingerie.

58) Eine offizielle Begriffsklärung erfolgte durch den bereits oben (S.5 Anm.20) erwähnten note n° 9 de la direction de l'organisation sociale vom 27.1.1943. Dort wird u.a. ausgeführt: "Le m é t i e r est la capacité d'une personne à effectuer régulièrement un travail en raison de ses connaissances propres. Le métier suppose, en général, des connaissances techniques acquises, soit par apprentissage, soit par expérience; il existe ainsi un métier de sténodactylographe, un métier d'ingénieur chimiste etc.". Weiter heißt es bezüglich der profession: "La p r o f e s s i o n est le cadre économique et social dans lequel chaque individu exerce régulièrement son activité et collabore de façon utile, par la pratique de son métier, à la vie de la nation. La profession suppose un but: elle dépend des besoins de la collectivité, tandis que le métier est essentiellement fonction des connaissances de l'individu. Par exemple, il existe une profession pour la fabrication des meubles, une profession de la construction aéronautique, etc. Les entreprises qui ont entre elles une certaine homogénéité constituent une même profession" (Sperrungen nicht im Original).

Voirin⁵⁹⁾ charakterisiert das Verhältnis zwischen métier, profession und famille professionnelle treffend folgendermaßen: "L'entreprise rassemble et domine les métiers; la profession groupe et domine les entreprises; la famille professionnelle remembre et domine à son tour les professions".

Die familles professionnelles werden für Aufgaben sozialer Natur geschaffen⁶⁰⁾. Für die Zuweisung der Mitglieder ist die Natur der patronalen Tätigkeit maßgebend (es wird z.B. ausgegangen von dem Erzeugnis, bei dessen Herstellung der Arbeitnehmer mitwirkt). Eine Komplizierung entsteht nun dadurch, daß die beruflichen Fragen eine gesonderte Behandlung finden und die Zuständigkeit einer famille professionnelle für diesen Fragenkreis nicht von der Art der patronalen Tätigkeit abhängt, sondern sich nach der "activité spécialisée"⁶¹⁾ des Arbeitnehmers richtet. Die in einer bestimmten famille professionnelle zusammengeschlossenen métiers werden in beruflichen Fragen nur dann ebenfalls von dieser famille professionnelle mitbetreut, wenn sie zu ihr in einer inneren Beziehung stehen⁶²⁾. So wird z.B. der Chauffeur einer Omnibusgesellschaft sowohl in sozialer wie beruflicher Hinsicht der Berufsgruppe Transport angehören. Zwischen beschäftigendem Betrieb und ausgeübtem Beruf fehlt es jedoch meist an dieser inneren Beziehung, so daß z.B. der Chauffeur eines Betriebes der Metallindustrie in sozialer Hinsicht zur Berufsgruppe Metall, in beruflicher Hinsicht aber zur Berufsgruppe Transport gehören wird⁶³⁾. Der Berufsangehörige kann auf diese Weise in zwei verschiedenen familles professionnelles organisiert sein.

59) S. 23.

60) Art. 6 Abs. 2 des Gesetzes.

61) Durand S. 14.

62) Vgl. Art. 6 Abs. 4 des Gesetzes: "Pour les questions d'ordre professionnel, chaque profession est rattachée à l'une des familles professionnelles choisie en raison de sa compétence particulière à l'égard de la profession considérée, à charge par cette famille de constituer les organismes qualifiés pour traiter les problèmes des professions qui lui sont rattachées".

63) Siehe dazu Lajugie S. 17/18.

II. Syndicats, unions, fédérations.

Unterstes Strukturelement jeder familie professionelle ist der syndicat: "Les membres des professions sont groupés en syndicats professionnels. Dans une même circonscription, pour une même profession, industrie ou famille professionnelle, et une même catégorie de membres, il sera formé un syndicat professionnel unique"⁶⁴⁾. Hand in Hand mit einer exzessiven Schwächung⁶⁵⁾ als Folge der Auflösung der syndikalen Dachorganisationen erfährt das Syndikat eine Wesensveränderung⁶⁶⁾. An die Stelle der Syndikatsfreiheit treten nunmehr Syndikatszwang und Einheitssyndikat⁶⁷⁾. Jeder Berufsangehörige wird von Amts wegen bei einem bestimmten syndicat professionnel eingeschrieben⁶⁸⁾, er kann weder überhaupt fernbleiben, noch hat er eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen syndicats. Die Syndikate ihrerseits besitzen nicht mehr die Freiheit, sich aus eigener Initiative zu höheren Organisationen zusammenzuschließen.

Während der alte interprofessionelle Syndikalismus Personen verschiedener Berufszweige auf der Grundlage klassenmäßig erhobener Forderungen vereinigte⁶⁹⁾, erfolgt bei den Syndikaten neuen Stils eine Klassifizierung der Berufstätigen innerhalb einzelner Leistungsgemeinschaften (familles professionnelles, professions, industries). Art. 10 des Gesetzes gliedert jede profession in folgende fünf Mitgliederkategorien (catégories

64) Art. 9 des Gesetzes. Die näheren Bedingungen wurden entsprechend Art. 9 Abs. 2 durch Dekrete geregelt. Vgl. z.B. Dekret vom 30.3.1942 (J.O.v.3.7.42) betr. Übergangsbestimmungen bez. der Art. 72-75 der Charte du Travail; zwei Dekrete vom 28.8.1942 (J.O.v.8.9.42 mit Rectificatif v.19.9.42) betr. die Bildung der syndicats, unions und fédérations, sowie die Zusammensetzung dieser Gremien.

65) Rouast-Durand S. 72.

66) Bussière S. 115.

67) Eine Beschränkung der Syndikatsfreiheit hatte allerdings bereits das Dekret vom 29.11.1939 mit sich gebracht, das den "syndicats les plus représentatifs" eine bevorzugte Stellung einräumte.

68) Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes.

69) Lajugie S. 20 f.

de membres):

- 1.) employeurs,
- 2.) ouvriers,
- 3.) employés,
- 4.) agents de maîtrise,
- 5.) ingénieurs, cadres administratifs et commerciaux⁷⁰⁾.

Obwohl der Rapport zum Gesetz betont, die Charte wende sich neben den großen auch an die kleinen und mittleren Industrie- und Handelsunternehmungen, vermag eine derartig differenzierte Kategorisierung nicht zu verbergen, daß der Gesetzgeber in erster Linie an die Organisation der Großindustrie gedacht und deren Gegebenheiten berücksichtigt hat. Denn die verschiedenen Mitgliederkategorien, insbesondere die "cadres intermédiaires" (agents de maîtrise, ingénieurs, cadres administratifs et commerciaux), fallen wohl fast ausschließlich nur in hochentwickelten, durchrationalisierten Großbetrieben auch quantitativ ins Gewicht⁷¹⁾. Grundsätzlich wird aber jede profession auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in je fünf, den fünf Mitgliederkategorien entsprechende syndikale Verbände auseinandergefaltet. Die entstehenden "organismes professionnels" heißen auf lokaler Ebene "syndicats professionnels", auf regionaler Ebene "unions" und auf nationaler Ebene "fédérations"⁷²⁾.

70) Diese verschiedenen Berufskategorien tauchten erstmals in dem Gesetz über die corporation des pêches maritimes vom 13.3.1941 (s.u.) auf und im Gesetz vom 27.3.1942 (s.u.) heißen sie treffender "spécialités professionnelles".

Die einzelnen Kategorien werden in einem note v.9.3.42 (zit. bei Perroux, Le sens..., S. 514 ff.) näher präzisiert. Zur Kategorie "employeurs" gehört danach das zeichnungsberechtigte Direktionspersonal eines Arbeitgebers; "ouvriers" sind Lohnempfänger, die im wesentlichen Handarbeit verrichten und denen eine dauernde effektive Befehlsgewalt fehlt (sie erhalten in der Regel Wochen- oder Taglohn); "employés" sind ebenfalls Lohnempfänger, die keine dauernde effektive Befehlsgewalt haben, aber im Unterschied zu den ouvriers im wesentlichen Büroarbeiten ausführen oder solche Arbeiten, die nur in beschränktem Maße Handarbeit darstellen und keine hochentwickelten technischen Kenntnisse verlangen; die "agents de maîtrise" dagegen haben eigentliche Überwachungs- und Leitungsfunktionen, sind aber hierbei den "ingénieurs" und den "cadres administratifs et commerciaux" untergeordnet.

71) Vgl. dazu M. ~~xxx~~, L'agrément des associations professionnelles mixtes, S. 135.

72) Vgl. Art. 9 Abs. 2 und Art. 19 des Gesetzes.

Die Funktionäre der conseils d'administration müssen Franzosen kraft Geburt oder Herkunft sein und werden fürs erste durch ministerielle Designation berufen⁷³⁾. Die syndicats professionnels der Charte du Travail sind damit, abweichend von den Wünschen mancher Korporativisten, keine "syndicats d'entreprise", sondern "syndicats de personnes"⁷⁴⁾.

Während den früheren Syndikaten ein fast unbegrenzter Aufgabenkreis offenstand⁷⁵⁾ - bezüglich Repräsentation und Direktion identifizierten sie sich praktisch mit dem Beruf⁷⁶⁾ -, ist das Wirkungsfeld der neuen syndikalen Verbände äußerst beschränkt. Es erstreckt sich im wesentlichen auf "encadrement"⁷⁷⁾ und "représentation" der Mitglieder (nicht des Berufes als solchem); im übrigen sind die syndicats zweitrangige Institutionen der beruflichen Organisation, weil ihre Aufgaben über untergeordnete Verwaltungsfunktionen nicht hinausgehen ("rôle de préparation et d'exécution des décisions des comités sociaux")⁷⁸⁾. Ihre eigentliche Bedeutung liegt darin, daß aus ihnen - wenigstens teilweise - die wichtigen comités sociaux par familles professionnelles ou professions formiert werden. Insofern ist es auch berechtigt, die syndikalen Verbände als "élément de base de la Charte" zu bezeichnen⁷⁹⁾. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sie gegenüber den alten Syndikaten lediglich ein

73) Art.16 Abs.3 und Art.70 des Gesetzes. - Näheres bezüglich der Konstituierung der syndicats, unions und fédérations regeln die Dekrete vom 28.8.1942 (J.O.v.8.9.42); siehe auch die ergänzenden note n°1 v.1.12.1942 und note n°2 v.18.5.1943, beide abgedruckt in Droit Social Bd.6 (1943) S.295 ff.

74) Vgl. z.B. Perroux, La liaison..., S. 119.

75) Vgl. das Dritte Buch des Code du Travail.

76) J.C.P. 12 -1941- étude 234 Nr. 22.

77) Es handelt sich hierbei um einen Ausdruck, der nach P.D. (Le syndicalisme sous le régime de la Charte, Collection Droit Social XIII, S.42) auf die italienische Terminologie "inquadramento" zurückgeht und nichts weiter meint, als die Durchführung der kategorialen Klassifizierung.

78) J.C.P. 12 -1941- étude 234 Nr. 22; vgl. auch Lajugie S.23 u. M. ~~xxx~~, Au delà de la Charte, S. 225.

79) H. Lagardelle, zit. bei Lajugie, S. 24.

verbales Relikt darstellen⁸⁰⁾; der Name ist zwar geblieben, aber die Sache hat sich geändert.

Die formale Weiterführung eines seines Inhaltes entleerten Syndikalismus läßt sich am besten von einem psychologischen Blickpunkt her verstehen. Der syndicat scheint nichts weiter zu sein als ein Zugeständnis an die Tradition der Arbeiterbewegung⁸¹⁾. Man ging insgeheim davon aus, die französischen Arbeiter vertrauten auf eine Organisation, der sie so viele Vorteile verdankten und die zugleich eine Schule ihrer Elite darstellte⁸²⁾. Dabei war der Syndikalismus keinesfalls nur bestrebt, ihre wirtschaftliche Besserstellung voranzutreiben. Er betätigte sich auch politisch in Opposition zur parlamentarischen Demokratie⁸³⁾. Diese Vergangenheit sah das Regime sicher nicht ungern. Ein weiterer Grund für die Beibehaltung des syndikalen Systems ist wohl darin zu suchen, daß man auf die - wenn auch nur auf die einzelnen Mitgliederkategorien beschränkte - Repräsentation der Einzelinteressen nicht ganz verzichten wollte⁸⁴⁾. So ist es zu erklären, daß selbst die noch bestehenden alten Syndikate gemäß Art. 72 Abs. 3 bis zur Bildung der neuen Organisationen als einfache Verwaltungsorgane weiter verwendet werden.

80) Perroux, *Rencontres*, S. 168. - Gleichwohl ist Perroux (*Le sens...*, S. 490) der Ansicht, daß die Charte deshalb noch nicht mit dem Syndikalismus selbst, sondern nur mit einer zufälligen und vorübergehenden Form desselben gebrochen hat.

81) Bussière S. 121.

82) Allerdings ist damit noch nichts gesagt über die Fortdauer der positiven Einstellung der Arbeitnehmerschaft zum Syndikat, nachdem dieses in einem Maße umgestaltet worden war, daß der Arbeiter es nicht wiedererkennen konnte. Bussière (S. 120) fragt mit Recht, wie man unter diesen Umständen überhaupt hoffen könne, daß die Gewerkschaftler sich diesen substanzlosen und auf administrative oder bürokratische Aufgaben beschränkten Syndikaten anschließen. Vgl. auch Durand, S. 9.

83) Perroux (*Le sens...*, S. 489) beruft sich hier auf so hervorragende Repräsentanten des Syndikalismus wie Sorel, Pelloutier, Berth u.a. - Vgl. oben S. 28/29.

84) Das Syndikat repräsentiert notwendigerweise in jedem wie auch immer gearteten ökonomischen System, sei es kapitalistisch, korporativistisch oder sozialistisch, partikuläre Interessen (Perroux, *Le sens...*, S. 489).

III. Comités sociaux par famille professionnelle ou profession.

Die "comités sociaux par famille professionnelle ou profession" (comités sociaux locaux, comités sociaux régionaux, comités sociaux nationaux) können entwicklungsgeschichtlich zum Teil als Zuendeführung eines bereits früher in den commissions mixtes und commissions paritaires zum Ausdruck kommenden Gedankens angesehen werden⁸⁵⁾. Die Charte du Travail bezeichnet sie in Art. 27 als eigentliche "organismes corporatifs", im Gegensatz zu den unter dem Namen "organismes professionnels" laufenden syndikalen Verbänden. Sie bilden das Rückgrat des ganzen Organisationssystems⁸⁶⁾. Diese comités sociaux par famille professionnelle ou profession sind überbetriebliche, auf lokaler, regionaler⁸⁷⁾ und nationaler Ebene vorgesehene Berufsorganisationen und von den auf betrieblicher Grundlage arbeitenden "comités sociaux d'entreprises" zu unterscheiden. Wenn auch beide Organisationstypen letztlich der Entspannung und Brückenbildung zwischen den sog. Sozialpartnern dienen sollen, so haben sie doch eine verschiedene rechtliche und tatsächliche Stellung innerhalb des Organisationssystems der Charte du Travail, der durch gesonderte Behandlung Rechnung getragen werden soll.

1. Struktur.

Wie bereits angedeutet, haben die comités sociaux par famille professionnelle ou profession eine "base syndicale". Zunächst werden die auf lokaler Ebene gebildeten, in ihrer klassenartigen sozialen Schichtung noch an die traditionellen Syndikate erinnernden syndicats professionnels der einzelnen Mitglieder-

85) Den commissions mixtes war die Ausarbeitung der Tarifverträge, den commissions paritaires waren schiedsrichterliche Aufgaben übertragen.

86) Vgl. René Belin, Vorwort zu René Guerdan, La Charte du Travail, Paris (1941), S. 11; Rouast-Durand, S.70 Nr. 61; Rapport zum Gesetz; Lajugie S. 24 und S. 28.

87) Die Termini "local" und "régional" sind in der Charte du Travail rein technisch zu verstehen. Die Gliederung richtet sich jeweils nach der Dichte des betreffenden Berufszweiges (vgl. Vinit S. 288).

kategorien jeweils zu einer einzigen Berufsorganisation, dem comité social local zusammengefaßt. Die fünf verschiedenen Mitgliederkategorien werden bei diesem Vorgang jedoch nicht aufgelöst, sondern innerhalb des comité social local auf die drei Kategorien

employeurs,
ouvriers et employés,
cadres intermédiaires,

reduziert, so daß ein dreigliedriger ("tripartiter") Organismus entsteht⁸⁸⁾. Ähnlich wie auf lokaler Ebene werden auch auf regionaler und nationaler Ebene gemischte Berufsorganisationen nach diesem Modus geschaffen. Während die comités sociaux locaux ihre Mitglieder jedoch allein den Vorständen der lokalen Syndikate entnehmen, bestehen die regionalen und nationalen comités nur zu einem Drittel aus Mitgliedern der unions bzw. fédérations, den Rest stellen die comités sociaux locaux bzw. régionaux⁸⁹⁾. Auf dem Umweg über die nach spécialités professionnelles gebildeten syndikalen Organisationen sind letztlich alle Angehörigen einer profession innerhalb eines bestimmten Gebietes in einem einzigen comité social local (bzw. régional oder national) zu einem Block zusammengeschlossen; die zerstörerische Macht traditionsgemäß oppositioneller Kräfte ist theoretisch neutralisiert⁹⁰⁾. Die comités sociaux par famille professionnelle ou profession vereinigen damit im Sinne der eingangs erwähnten Faustregel, was die syndicats, unions und fédérations trennen⁹¹⁾.

88) Vgl. die Art. 28 und 29 des Gesetzes.

89) Das Nähere regeln besondere Gesetze, Dekrete und Erlasse: z.B. Décret du 8 déc. 1942 déterminant les effectifs et les conditions de désignation des membres des comités sociaux (J.O.v.14.1.43), siehe dazu Pierre Voirin, La constitution des comités sociaux par famille professionnelle, branche ou profession, Droit Social Bd.6 (1943) S.181-185; Loi du 24 août portant création de comités sociaux provisoires (J.O. v.26.7.43); Statuts-types des comités sociaux professionnels nationaux, abgedruckt in Droit Social Bd.7 (1944) S. 154/155; Statuts-types für die comités sociaux régionaux und locaux finden sich abgedruckt im Bulletin de la Charte du Travail, n° 7, 1943, S. 32 ff.

90) Perroux (Le sens..., S.536) nennt die comités "amortisseurs des forces sociales".

91) Vgl. dazu oben S. 6.

Die Charte du Travail enthält keine Bestimmung darüber, wie die comités bei ihren Entscheidungen zu verfahren haben. Dem gemeinschaftlichen Charakter dieser Organismen würde allein eine Abstimmung nach Köpfen gerecht werden. Da andererseits aber zwischen den Kategorien employeurs, ouvriers et employés und cadres intermédiaires unterschieden wird, die jeweils Vertreter verschiedener Interessengruppen sind, sucht Art. 10 der statuts-types des comités sociaux professionnels nationaux⁹²⁾ einen gewissen Ausgleich dadurch herzustellen, daß für wirksame reglementäre Entscheidungen der übereinstimmende Beschluß aller drei Gruppen verlangt wird, während in allen übrigen Fällen eine Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden genügt.

2. Aufgaben und Befugnisse.

Der comité social par famille professionnelle ou profession ist auf beruflichem und sozialem Gebiet "organisme de collaboration par représentants"⁹³⁾. Er ist der zentrale Ort, wo die Vertreter der Berufsangehörigen zu gemeinsamem Handeln hingeführt und zur Zusammenarbeit erzogen werden sollen⁹⁴⁾. Denn die rein technische Berufsneuorganisation hat nicht eo ipso auch eine geistige Erneuerung, eine Änderung des Fühlens und Denkens zur Folge, und auch durch zwangsweise Vereinigung der verschiedenen Berufskategorien in einem "organisme unique" allein lassen sich eingewurzelte Gegensätze nicht ausräumen. Der Gesetzgeber war sich darüber nicht im unklaren⁹⁵⁾. Er hat das Risiko in Kauf genommen, daß die Machtkämpfe zwischen den sozialen Gruppen in die comités hineingetragen und dort - unter dem Deckmantel des Staates - versteckt weitergeführt werden. Die Übernahme dieses Risikos bot andererseits die Möglichkeit, die comités als Prüfstein aufzustellen, an dem die verschiedenen Interessengruppen erst ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit erweisen sollten, bevor ihnen neben sozialen und beruflichen auch wirtschaftliche Aufgaben übertragen werden: "Le législateur veut créer l'esprit, avant de créer la chose"⁹⁶⁾.

92) Siehe oben S. 106 Anm. 89.

93) Esmein, La Charte du Travail, Gazette des Prud'hommes et des Tribunaux de commerce, Déc. 1941, S. 203.

94) Vgl. Voirin S. 35.

95) Vgl. oben S. 38/39.

96) A. Detoeuf, Problèmes de la corporation, Droit Social, Bd. 5 (1942), S. 49.

Die Zuständigkeit der comités in beruflicher und sozialer Hinsicht ist so umfassend, daß Chaigneau⁹⁷⁾ mit Recht von einem "totalitarisme professionnel" spricht.

Weil jeder comité social (local, régional oder national) alle auf einer bestimmten Stufe organisierten Mitgliederkategorien in sich vereinigt, repräsentiert er von Gesetzes wegen in seinem räumlichen Bereich die famille professionnelle bzw. profession⁹⁸⁾.

In Verbindung mit dem Repräsentationsrecht verfügen die comités über einen ausgedehnten "pouvoir réglementaire" (Art. 35 Abs. 2 des Gesetzes). Er erstreckt sich in beruflicher Hinsicht⁹⁹⁾ grundsätzlich auf alles, was durch Verträge geregelt werden kann¹⁰⁰⁾, insbesondere auf die Ausarbeitung von Tarifverträgen¹⁰¹⁾ und die Festlegung von Mindestlöhnen¹⁰²⁾, die Ordnung von Anwerbung, Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften, sowie auf Fragen der Berufsausbildung, der Gewährung und Erhaltung

97) S. 178.

98) Art. 35 Abs. 1 des Gesetzes. Demgegenüber repräsentieren die syndicats jeweils nur die Mitglieder einer bestimmten Berufskategorie (vgl. Art. 14 Abs. 2 des Gesetzes).

99) Vgl. Art. 31, 32 und 54 ff. des Gesetzes.

100) Perroux, Rencontres, S. 175.

101) Durch Verlegung in die comités sociaux par famille professionnelle ou profession scheint die Kollektivvereinbarung ihren Charakter als Vertrag verloren zu haben und eher einem Gesetz zu gleichen. Eine derartige Analyse ist nach Rouast-Durand (S. 230) innerhalb des noch nicht beseitigten kapitalistischen Systems aber schwierig. Insofern die Scheidung von Kapital und Arbeit noch besteht, wird auch die innerhalb eines "organisme unique" ausgehandelte Tarifvereinbarung immer ein Übereinkommen zweier entgegengesetzter Interessengruppen bleiben. Der comité social gibt nur den äußeren Rahmen, innerhalb dessen die Syndikate ihre Tätigkeit entfalten (Voinin, S. 28).

102) Die Lohnfrage war ja der fruchtbarste Boden für den Klassenkampf. Durch Zusicherung von Mindestlöhnen suchte die Charte hier einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Der Lohnanspruch gründet auf zwei Prinzipien: der Lohn muß erstens dem Empfänger und seiner Familie eine Existenzgrundlage bieten, er muß zweitens in einem entsprechenden Verhältnis zu den Fähigkeiten und Leistungen des Lohnempfängers stehen. Entsprechend der allgemein menschlichen, der persönlichen, der

der sog. "propriété du métier"¹⁰³⁾. Auf sozialem Gebiet (vgl. Art. 33 des Gesetzes) obliegen dem comité Aufgaben wie z.B. der Schutz vor Arbeitslosigkeit, die Erweiterung des Versicherungs- und Pensionswesens, die Entwicklung des Hilfs- und Fürsorgewesens, die moralische, materielle und geistige Familienhilfe wie überhaupt ganz allgemein die Verbesserung der Lebensbedingungen durch Wohnungsbau, Einrichtung von Gärten und Schulen,

wirtschaftlichen und familiären Bedeutung der Arbeit umfaßt der Lohn daher vier Elemente: einen Grund- oder Existenzsicherungslohn (salaire minimum vital), einen Berufslohn (Entlohnung der qualification professionnelle), eine Erfolgsprämie für besondere Leistungen und Mühen (prime au rendement), sowie einen Familienlohn (suppléments pour charges de famille).

- 103) Der Begriff wird vom Gesetz nicht näher definiert; er beinhaltet aber die Garantie eines gewissen Besitzstandes. So versteht z.B. F. Bacconnier (Ce qu'il faut savoir du Corporatisme, 1943, S.10) unter "propriété du métier" des Arbeitnehmers eine Summe verschiedener Rechte und Möglichkeiten. Dazu zählt er insbesondere das Recht jedes einzelnen auf Arbeit in seinem Beruf; das Recht, auf Grund dieser Arbeit die Möglichkeit der Gründung und Unterhaltung einer Familie zu erhalten; das Recht auf beruflichen Aufstieg auf Grund von Leistung und guter Führung. Wie schon unter dem Ancien Régime wird der Zugang zum Beruf einem numerus clausus unterworfen und an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Der Unternehmer seinerseits hat ein Recht auf Nutzung und eine Pflicht zur Erhaltung der ihm anvertrauten Arbeitskräfte. Er hat Gesetzeswidrigkeiten und Auswüchse des Konkurrenzkampfes zu bekämpfen (vgl. Bacconnier, a.a.O. S. 10/11).

Der Sinn des Ganzen ist, den Arbeitenden in seinem Beruf fester zu verankern bzw. dem Entwurzelten einen Anreiz zur Rückkehr und damit wieder einen festen Halt zu verschaffen. Denn sobald der Arbeiter "propriétaire du métier" geworden sei, trete er aus dem Nomadendasein, zu dem ihn die Revolution im Jahre 1791 verurteilt habe, heraus und finde als echtes Glied der Gesellschaft zu den "biens réels" zurück (so Bacconnier a.a.O. S. 11).

Pflege des Sports, Förderung kultureller Veranstaltungen usw.¹⁰⁴⁾. Diese Fülle von Zuständigkeiten auf sozialem und beruflichem Gebiet mit weitgehenden, tief in den Raum der Familie hineinreichenden Aufgaben lassen keinen Zweifel aufkommen an der Tendenz der Berufsfamilien, sich selbst genügend ein milieu ferme zu schaffen und auf diesen Gebieten nicht nur "cité" und "famille", sondern auch die private Initiative zu verdrängen¹⁰⁵⁾.

Der hierarchischen Struktur des Organisationssystems der Charte du Travail - Aron spricht von einer "construction hybride"¹⁰⁶⁾ - entspricht eine Aufgabenverteilung, bei der dem comité social national jeweils die Oberleitung und damit auch die umfassendste Verordnungsgewalt übertragen ist¹⁰⁷⁾. Der comité social national koordiniert und reguliert die Tätigkeit der comités sociaux régionaux, er erläßt oder genehmigt allgemeine Berufsordnungen und zentralisiert Forschung und Information. Der comité social régional übernimmt Aufgaben regionalen Charakters und spielt im Rahmen der Vorschriften und Richtlinien des comité social national auf regionaler Ebene eine entsprechende Rolle¹⁰⁸⁾. Soweit erforderlich, kann er Verordnungen und andere Entscheidungen den besonderen regionalen Gegebenheiten anpassen. Der comité social local ist als unterstes Glied der hierarchischen Berufsorganisation ausführendes Organ auf lokaler Ebene.

104) Der autoritäre Staat kümmert sich um alles. Man denke in diesem Zusammenhang auch an Organisationen wie "Kraft durch Freude" im nationalsozialistischem Deutschland und "Opera Nazionale Dopolavoro" im faschistischen Italien.

105) Chaigneau S. 178. - Gegen die Befugnisse der comités sociaux auf familiärem Gebiet hat sich allerdings ein gewisses Mißtrauen erhoben. Man war der Ansicht, daß die Zuständigkeit der Berufsorganisationen in diesem Bereich einen Exzeß darstelle und logisch richtiger an die associations familiales verwiesen würde. Das Gesetz vom 29.12.1942, das den Familienverbänden eine Verfassung gegeben hat, bestimmt aber lediglich, daß diese Verbände mit den Berufsorganisationen in Beruf und Familie gleicherweise betreffenden Fragen zusammenarbeiten (siehe dazu Rouast-Durand S. 232 Nr. 205 Anm. 1).

106) Histoire..., S. 405. Auch Hourcade (S. 273) betont den künstlichen Charakter.

107) Vgl. Art. 36 Abs. 1 des Gesetzes. - Grenzen des Verordnungsrechts werden von der Charte du Travail nicht aufgestellt. Nach Rouast-Durand (S. 231 Nr. 204) gelten daher die allgemeinen Regeln des Polizeirechts.

108) Vgl. Art. 36 Abs. 8 ff. des Gesetzes.

Neben den pouvoirs administratifs (règlements, décisions obligatoires) haben die comités einen "pouvoir juridictionnel"¹⁰⁹⁾, der zu "sanctions corporatives" befugt (Art. 68 Abs.1). Zur Wahrnehmung der Disziplinargewalt hat die Charte du Travail in Gestalt der "commissaires corporatifs assermentés" eine Art eigener Berufspolizei eingerichtet (Art.34 Abs. 1 des Gesetzes)¹¹⁰⁾. Die commissaires corporatifs kontrollieren die Durchführung von Gesetzen, Berufsverordnungen und Entscheidungen aller Art im Namen ("au titre") der comités sociaux (Art.34 Abs.5 des Gesetzes). Die Sanktionen können sowohl in Geldstrafen als auch im Ausschluß aus der Organisation oder dem Beruf überhaupt bestehen¹¹¹⁾.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die comités sociaux par famille professionnelle ou profession auch einen gewissen "pouvoir fiscal" besitzen. Sie verwalten nämlich in ihren Bezirken das für jede Berufsfamilie aus besonderen Abgaben gebildete Korporationsvermögen ("patrimoine corporatif"). Die Verwaltungskosten werden ebenfalls durch Berufsbeiträge gedeckt¹¹²⁾.

3. Verhältnis zu den comités d'organisation.

Bereits oben wurde erwähnt¹¹³⁾, daß der umfassende Zuständigkeitsbereich der comités d'organisation durch die Charte du Travail stark beschnitten worden ist, wenn ihnen auch noch einige soziale Aufgaben, zumindest während der Übergangsperiode, verbleiben. Für die Zeit nach der Bildung der comités sociaux par famille professionnelle ou profession enthält Art.78 des Gesetzes eine Regelung. Danach haben auf der einen Seite Vertreter der

109) Lajugie S. 30.

110) R. Guerdan (S. 99) spricht von "pouvoirs de police".

111) Die Regelung des Gesetzes ist mangelhaft. Einerseits kann nämlich mit korporativen Sanktionen vorgegangen werden, während daneben - offenbar wahlweise (vgl. Art.68 Abs.1 des Gesetzes) - der Rechtsweg vor den Arbeitsgerichten offensteht. Das Gesetz bestimmt keine besonderen Voraussetzungen für das eine oder andere Verfahren. Es enthält auch keinen Maßstab für die Höhe der Geldstrafen.

112) Zur Rechtsnatur der comités sociaux par famille professionnelle ou profession s.u. S. 126.

113) Siehe S. 74.

comités d'organisation Sitz und beratende Stimme in den comités sociaux régionaux und nationaux, andererseits hat ein Vertreter der comités sociaux und nationaux Sitz und beratende Stimme¹¹⁴⁾ in den comités d'organisation der entsprechenden profession. Darin zeigt sich ein erstes Vorantasten auf dem Wege zu einer organisation sociale et économique d'ensemble, eine beginnende juristische Verknüpfung wirtschaftlicher und sozialer Bereiche. Es fehlt vorläufig aber noch an organischer Verbundenheit und Verwachsenheit der verschiedenen Bereiche, und die gegenseitigen Beziehungen sind kaum mehr als Kontakte zum Zwecke der Information und Diskussion¹¹⁵⁾. Die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen erst jetzt; denn wer entscheidet, wenn z.B. das von einem comité d'organisation aufgestellte Produktionsprogramm das soziale Programm eines comité social national desavouiert und umgekehrt? Letztlich zwar der Minister, aber welcher, der Arbeits- oder der Produktionsminister?

IV. Comités sociaux d'entreprises.

Gegenüber den comités sociaux par famille professionnelle ou profession als den wichtigsten Organismen der sozialen Berufsorganisation sind die comités sociaux d'entreprises juristisch ohne und faktisch von geringer Bedeutung¹¹⁶⁾. Die Charte du Travail steht damit in Widerspruch zum Programm der Révolution Nationale, in dem Pétain die Wirtschafts- und Sozialreform auf der Grundlage einer Betriebsreform durchführen wollte¹¹⁷⁾. Die ursprüngliche Idee des Marschalls ist in der Charte du Travail nur unvollkommen und bruchstückhaft verwirklicht, zugunsten der comités sociaux par famille professionnelle ou profession.

114) So Izard S. 59; das Gesetz läßt offen, ob es sich um eine beratende oder eine beschließende Stimme handelt.

115) Izard S. 59.

116) M. ^{xxx}, Genèse..., S. 62.

117) Vgl. oben S. 34. Trotzdem stellt der Rapport zum Gesetz die doctrine sociale des Marschalls als die der Charte du Travail hin. Es liegt daher entweder eine gewisse Inkonzsequenz oder eine Wandlung der Anschauungen Pétains vor (vgl. Chaigneau S. 1). Die Bedeutung des Betriebes in dem später ergangenen Gesetz vom 27.3.1942 (corporation de la marine de commerce, s.dazu weiter unten) spricht gegen eine Änderung der Doktrin Pétains.

Der Dualismus dieser beiden verschiedenen Organisationstypen ist ein sichtbares Zeichen für den Kompromißcharakter des Gesetzes¹¹⁸⁾, ein Beweis für den ursprünglichen Plan, bei der Berufsorganisation unmittelbar vom Betrieb auszugehen¹¹⁹⁾.

Die comités sociaux d'entreprises haben nach Perroux¹²⁰⁾ ihre geschichtlichen Vorbilder in den Fabrikausschüssen der Paulskirchenverfassung von 1848 und den Betriebsräten von 1918. Praktisch sind sie eine Fortbildung der durch den Décret-loi vom 12. November 1938 geschaffenen délégués du personnel, die in allen Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten eingeführt worden waren. Diese délégués hatten das Recht auf unmittelbar an die Betriebsleitung gerichtete réclamations individuelles und réclamations collectives, sowie auf periodische Fühlungen und Aussprachen mit der Direktion. Ein Rundschreiben vom 21. Juli 1942¹²¹⁾ übertrug den comités sociaux d'entreprises die Befugnisse der délégués du personnel.

Die vom Betrieb ausgehende Berufsorganisation ist schon auf der untersten Stufe, beim einzelnen Betrieb stehen geblieben. Es fehlt ein hierarchischer Überbau. In den comités sociaux d'entreprises sind Unternehmer (bzw. Betriebsleiter¹²²⁾) und Vertreter des Betriebspersonals aller spécialités professionnelles in einfacher Weise (d.h. nicht tripartit wie bei den comités sociaux par famille professionnelle ou profession) vereinigt (Art. 23 u. 26 Abs. 1). Diese Art von comités sociaux ist nur für Betriebe mit einer Belegschaft von wenigstens hundert Arbeitern oder Angestellten obligatorisch. Bei den zuerst gebildeten comités hat der Betriebsleiter ein Zustimmungsrecht bezüglich der Zusammensetzung. Sie bedürfen außerdem der Genehmigung durch den zuständigen comité social local, der auch bei der Konstituierung entstehende Streitigkeiten schlichtet (Art. 26 Abs. 2).

118) Aron, Histoire..., S. 404.

119) Durand S. 7.

120) Le sens..., S. 523; Rencontres S. 173. - Zur Vorgeschichte siehe auch André Amiaud, Les précédents des comités sociaux d'entreprises, Collection Droit Social 1943, XX, S. 4-8.

121) Abgedruckt in Droit Social Bd. 5 (1942) S. 173.

122) Rouast-Durand S. 120 Nr. 102.

Da die comités sociaux d'entreprises außerhalb der mit einem fast universalen Wirkungskreis ausgestatteten comités sociaux par famille professionnelle ou profession und damit auch außerhalb der eigentlichen Berufsverwaltung stehen¹²³⁾, sind die ihnen übertragenen Aufgaben sehr bescheidener Natur¹²⁴⁾. Sie gehen kaum über einen dürftigen Gedankenaustausch, über die Möglichkeit, Anregungen und Vorschläge (evtl. auch Beschwerden¹²⁵⁾) vorzubringen, hinaus. Jede Einmischung in Fragen der Verwaltung und Betriebsführung ist ausgeschlossen. Die comités sociaux d'entreprises haben keinerlei eigene Entscheidungsgewalt, auch nicht in Form irgendwelcher Kontrollbefugnisse, so daß der nur in sehr allgemeiner Form auf den Gemeinschaftsgedanken verpflichtete Unternehmer in seiner bisherigen Position nicht geschwächt wird¹²⁶⁾; sie sind "organismes de contact"¹²⁷⁾ mit rein konsultativen Funktionen¹²⁸⁾. Wenn Brêthe de la Gressaye¹²⁹⁾ diesen comités trotzdem die gleiche Bedeutung beimißt wie den comités sociaux par famille professionnelle

123) Perroux, Rencontres, S. 174.

124) Vgl. Art. 24 des Gesetzes: "Les comités sociaux d'établissements réalisent au premier degré la collaboration sociale et professionnelle entre la direction et le personnel. Leurs attributions excluent toute immixtion dans la conduite et la gestion de l'entreprise et dans les questions débordant le cadre de cette entreprise; sous ces réserves, elles s'exercent dans le sens le plus large, notamment en vue: D'aider la direction à résoudre toutes les questions relatives au travail et à la vie du personnel dans l'établissement; de provoquer un échange d'informations mutuel sur toutes les questions intéressant la vie sociale du personnel et des familles; de réaliser les mesures d'entr'aide sociale dans le cadre d'activité du comité social local correspondant...".

125) Dies ist im Gesetz nicht ausdrücklich festgelegt. Nach Rouast-Durand (S.123 Nr.106) scheint es jedoch angebracht, die bei den délégués personnels praktizierten Grundsätze aufrechtzuerhalten.

126) Vgl. dazu auch Art.2 Abs. 7 f. des Gesetzes: "Les employeurs jouissent dans leur entreprise de l'autorité qui correspond aux responsabilités sociales, techniques et financières qu'ils assument. La fonction patronale impose le devoir de gérer l'entreprise pour le bien commun de tous ses membres".

127) André Mulle, Vues..., S. 113.

128) Lajugie S. 26.

129) La Charte du Travail..., S. 22.

ou profession, so stimmt das allenfalls in ideologischer Hinsicht, sofern man die Betriebe als Keimzellen des esprit communautaire ansieht.

Während die comités sociaux par famille professionnelle ou profession gemäß Art.35 Abs.3 vom Gesetzgeber in den Rang juristischer Personen erhoben sind¹³⁰⁾, ist sehr bestritten, ob auch den comités sociaux d'entreprises diese exponierte Stellung zukommt¹³¹⁾. Perroux tritt für eine "personnalité civile limitée" ein¹³²⁾; er gibt aber zu, daß die bejahende Auffassung mehr dem Bedürfnis entspricht, dem comité social d'entreprise eine klare Rechtsstellung zu verschaffen und ihn dadurch aus seiner Bedeutungslosigkeit herauszuziehen, als dem Geist des Gesetzes¹³³⁾. In Wirklichkeit ist der comité social d'entreprise ein rein faktischer Zusammenschluß, ein dem Unternehmer beigestelltes beratendes Gremium, das keine Möglichkeit besitzt, selbständig tätig zu werden oder Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu nehmen¹³⁴⁾. Man kann in der Inkonsequenz des Gesetzgebers gegenüber dem Programm der Révolution Nationale allerdings auch ein positives Element erblicken: Wie mit den comités sociaux par famille professionnelle ou profession, denen vorläufig noch keine wirtschaftlichen Aufgaben übertragen sind, stellt die Charte du Travail auch mit den comités sociaux d'entreprises den Sozialpartnern lediglich einen Rahmen zur Verfügung, innerhalb dessen sie die Möglichkeit haben sollen, ihren guten Willen zur Zusammenarbeit zu zeigen, ihre korporative Reife unter Beweis zu stellen. Insbesondere mußte sich am Gebrauch des patronalen Zustimmungsrechts zeigen, was Korporativismus für die Unternehmer bedeutet, "collaboration"

130) Näheres dazu siehe unten S. 126 f.

131) Über den Stand der Meinungen siehe z.B. Lajugie S.26 und J. Revol, La nature juridique du comité social d'établissement, Collection Droit Social, 1943, XX, S. 22 ff.

132) La liaison..., S.118; vgl. auch Le sens..., S. 553. Ebenso J. Revol, La nature juridique du comité social d'établissement, Collection Droit Social, 1943, XX, S. 27. Ablehnend H. Teitgen, L'entreprise dans le régime de la Charte du Travail, Collection Droit Social, 1942, XIII, S. 40.

133) "Le Comité...doit avoir une personnalité civile, sinon il n'est qu'une ombre et une apparence. C'est seulement s'il la reçoit qu'il sort de la situation paradoxale où l'ont mise l'incompréhension du législateur et la mauvaise volonté de certains exécutants" (La liaison..., S. 118).

134) Perroux, La liaison..., S. 117.

oder "paternalisme"¹³⁵⁾. Nach dem Urteil von Bussiére, der sich sonst nicht scheut, das System zu kritisieren, sind die comités sociaux d'entreprises in dieser Hinsicht nicht unfruchtbar geblieben, sondern haben wertvolle Arbeit geleistet¹³⁶⁾.

V. Associations professionnelles mixtes (Art.38 des Gesetzes).

Die auf syndikaler Grundlage beruhenden comités sociaux par famille professionnelle ou profession und die auf betrieblicher Grundlage errichteten comités sociaux d'entreprises sind nicht die einzig möglichen Formen beruflichen Zusammenschlusses.

Ein Ausnahmetypus mit viel schärfer ausgeprägtem Gemeinschaftscharakter¹³⁷⁾ ist die "association professionnelle mixte"¹³⁸⁾.

Sie scheint sich besonders den Bedingungen des Handwerks, des Kleinhandels und der Kleinindustrie anpassen zu wollen, wo wegen der geringeren Effektivität die Einteilung in berufliche Kategorien kaum spürbar wäre. Manche associations professionnelles mixtes existierten bereits vor Erlaß der Charte du Travail und standen bei katholischen Schriftstellern in hohem Ansehen¹³⁹⁾. Die z.T. dunkle Regelung des Gesetzes ist äußerst knapp und beschränkt sich auf Rahmenvorschriften.

Den Ausgangspunkt der association professionnelle mixte bilden nicht in Syndikaten organisierte Berufskategorien, sondern die jeweiligen Berufsangehörigen als Gesamtheit, ohne Vermittlung von Syndikaten. Die "syndikalen" Gegensätze sind deshalb mangels einer Organisation der einzelnen spécialités professionnelles schon von Anfang an gar nicht vorhanden, mindestens nicht in dem Umfange institutionalisiert wie bei syndikaler Organisation. Associations können sowohl auf betrieblicher wie

135) Lajugie S. 26.

136) S. 125.

137) Rouast-Durand S. 183 Nr. 155.

138) Siehe z.B. die Statuten der association professionnelle mixte de l'entreprise électrique de Paris, J.O.v.24.7.1942.

139) Siehe dazu Rouast-Durand, S. 183 Nr. 155.

auf lokaler und regionaler Basis gebildet werden bzw. bestehen bleiben.

In Berufen, in denen bereits Berufsorganisationen in der Art von associations professionnelles mixtes bestehen, werden diese vorbehaltlich der Zustimmung der öffentlichen Behörden aufrecht erhalten. Zur Errichtung neuer associations professionnelles mixtes ist außer der staatlichen Genehmigung die Zustimmung der Hälfte der Mitglieder jeder Berufskategorie bzw. der beteiligten syndicats professionnels erforderlich. Die Mitgliedschaft bei einer association schließt die Zugehörigkeit zu einem syndicat professionnel aus (Art.38 Abs.1 Satz 2).

Die Bedeutung einer genehmigten association professionnelle mixte ist davon abhängig, ob sie die Hälfte der Mitglieder jeder Berufskategorie in sich vereinigt - bei neugebildeten gemischten Organisationen muß das der Fall sein - oder nicht: im ersten Fall tritt die association nicht nur an die Stelle der syndicats professionnels, sondern ersetzt auch innerhalb ihres Bezirkes die verschiedenen comités sociaux (die comités sociaux d'entreprises, soweit die Berufskategorien der Betriebe zur Hälfte erfaßt werden), mit Ausnahme des comité social national, und nimmt die Funktionen der ersetzten Organismen wahr; im zweiten Fall, wo die association professionnelle mixte weniger als jeweils die Hälfte der spécialités professionnelles in sich vereinigt - es kann sich hier nur um bei Erlaß der Charte du Travail bereits bestehende Berufsvereinigungen handeln -, tritt sie lediglich an die Stelle der syndicats professionnels und ist als Ganzes ein Anhängsel des betreffenden comité social par famille professionnelle ou profession.

Es kann so auf lokaler bzw. regionaler Ebene neben einem comité social local bzw. régional eine association professionnelle mixte oder nur die eine oder andere beider Organisationen bestehen. Das Gesetz bestimmt nichts über die Beziehungen zwischen den auf gleicher Ebene bestehenden verschiedenartigen

Vereinigungen zueinander. Die association mixte muß aber dann als eigene "korporative"¹⁴⁰⁾ Organisation angesehen werden, wenn sie an die Stelle eines comité social local bzw. régional tritt und dessen Funktionen übernimmt. Im anderen Fall, soweit sie nicht die Hälfte der Mitglieder der verschiedenen Berufskategorien vertritt, ist sie als Bestandteil der genannten comités anzusehen.

VI. Corporations gem. Art. 39 des Gesetzes.

Die Zuständigkeit der bisher behandelten Organisationen der Charte du Travail bewegt sich ausschließlich in sozialem und beruflichem Rahmen. Art. 39 des Gesetzes gibt jedoch die Möglichkeit, einen von diesem Grundsatz abweichenden Organisationstypus, eine sog. "corporation" zu schaffen. Die corporations sind gleichzeitig für soziale und ökonomische Fragen zuständig. Da sie die große Masse der Lohnempfänger bei der Ordnung und Regelung auch wirtschaftlicher Probleme heranziehen wollen, tragen sie den "Keim für eine soziale Umgestaltung" in sich¹⁴¹⁾. Zugleich wird durch Art. 39 der Charte du Travail das durch den Décret d'Allarde von 1791 ausgesprochene Korporationsverbot formell aufgehoben¹⁴²⁾.

Wie die corporations im einzelnen aufgebaut sind und wie sie funktionieren sollen, bleibt in der Charte du Travail unregelt. Art. 39 enthält im Hinblick auf die gestellten Probleme nur summarische, ungenügende Vorschriften. Er begnügt sich mit der Erklärung, die corporations seien Organisationen der einzelnen Berufe, ihre Konstituierung hänge von einer Entscheidung der beteiligten syndicats professionnels oder von einem Übereinkommen der Hälfte der Mitglieder jeder Berufskategorie ab, jeder dieser Berufe habe eine besondere "charte corporative" aufzustellen, in welcher der corporation in sozialer und beruflicher Hinsicht im Vergleich zu den comités sociaux par famille professionnelle ou profession mindestens gleichwertige

140) D.h. korporativ im Sinne der Charte du Travail, vgl. oben S. 105.

141) Rouast-Durand, S. 185.

142) Lajugie S. 37.

Aufgaben übertragen sein müßten und welche der Zustimmung der öffentlichen Behörden unterworfen sei; im übrigen erhielten die corporations die für ihre korporativen Aufgaben notwendigen Befugnisse und Vorrechte und hätten auch die Möglichkeit, sich zu Unionen oder anderen interkorporativen Verbänden zusammenzuschließen.

Unter Ausnutzung der in Art. 39 des Gesetzes gebotenen Möglichkeit wurde z.B. durch ein Décret vom 5.12.1942 die corporation de la boucherie geschaffen¹⁴³⁾. Diese ist wie die comités sociaux par famille professionnelle ou profession auf Syndikaten aufgebaut. Ihre Mitglieder sind in zwei Kategorien eingeteilt, die Kategorie der Arbeitgeber und die Kategorie der für Rechnung des Arbeitgebers tätig werdenden Arbeiter und Angestellten des Metzgergewerbes. Beide Kategorien werden zunächst auf Départementebene in obligatorischen Syndikaten organisiert. Auf dieser syndikalen Basis entfalten sich drei mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete corporations: die corporation départementale, die corporation régionale und die corporation nationale, wobei die höhere Organisation, wie bei den comités sociaux par famille professionnelle ou profession, sich jeweils aus der niederen entwickelt. Besondere conseils und comités sind Organe der corporations.

Der Zuständigkeitskatalog der corporation de la boucherie auf beruflichem und sozialem Gebiet lehnt sich stark an die für die comités sociaux par famille professionnelle ou profession getroffene Regelung an. Die corporation erhält zusätzlich alle wirtschaftlichen Aufgaben der für diesen Berufszweig geschaffenen

143) J.O.v.6.12.1942. - Siehe dazu M.^{xxx}, La corporation de la boucherie, Droit Social, Bd.6 (1943), S. 141-145, der das Dekret für illegal hält, weil es mit verschiedenen Bestimmungen des Art. 39 der Charte du Travail in Widerspruch stehe.

In der Rede vom 1. Mai 1942 hatte Pétain angekündigt, daß 15 Berufe sich mit Entwürfen zu einer korporativen Organisation beschäftigten. Doch die für die Prüfung der chartes corporatives zuständige Kommission "schien zu schlafen" (Chaigneau S. 235). Bis zum 31. Januar 1944 waren außer der charte corporative de la boucherie nur noch eine solche für die charcuterie (Décret v.27.11.1943, J.O.v.18.12.43) und die administrateurs de bien (Décret v.29.11.1943, J.O.v.17.12.43) verkündet worden.

nen comités d'organisation¹⁴⁴⁾.

VII. Die Stellung des Handwerks.

Pétain sah im Handwerk eine tragende Kraft der französischen Nation und richtete auf dessen Erhaltung und Entwicklung sowie auf die Verbesserung der Existenzbedingungen seine besondere Aufmerksamkeit. Besonderer korporativer Anstrengungen bedurfte es hier aber im allgemeinen nicht. Denn das Handwerk war von jeher eine der solidesten Stützen des sozialen Friedens gewesen. Der Klassenkampf war weniger bekannt, weil jeder Handwerker die Möglichkeit hatte, sich selbständig zu machen. Soweit die soziale Einheit bereits hergestellt war, brauchte sie lediglich noch in die Form der corporation gegossen zu werden¹⁴⁵⁾. Die Charte du Travail enthält über die geplanten "corporations artisanales"¹⁴⁶⁾ jedoch noch keine Bestimmungen. Unter Aufrechterhaltung der nach deutschem Vorbild geschaffenen chambres de métiers¹⁴⁷⁾ werden lediglich bei den entsprechenden Berufsfamilien sections spéciales für die Handwerker gebildet, um eine Repräsentation in den comités sociaux par famille professionnelle ou profession zu gewährleisten. Schon vor Erlaß der Charte du Travail waren zur Koordinierung des Handwerks auf wirtschaftlichem Gebiet sog. "groupes artisanaux professionnels" geschaffen worden.

144) Siehe oben S. 73 Anm. 59.

145) Vgl. hierzu Pétain, zit. bei Varisère S. 68 f.

146) Vgl. die Angaben von Loyer, "Production", Okt. 1943, S. 4 und Calan, "Production", April 1944, S. 4.

147) Lucien Gelly, Les Chambres de Métiers, Les Etapes..., XIX, S. 6.

d) Lenkungs- und Kontrollsystem

I. Die verwaltungsmäßige Kontrolle.

"Collaboration" und "solidarité", "intérêt général professionnel" und "intérêt national" wurden als beherrschende Ideen der Charte du Travail hervorgehoben. Wie nun das hierarchische Organisationssystem als äußerer Rahmen für die Entwicklung und Verwirklichung der beiden erstgenannten Prinzipien gedacht ist, so soll entsprechend durch einen straffen Kontrollapparat die Priorität des Allgemeininteresses gesichert werden. Die Kontrolle geht dabei programmgemäß¹⁴⁸⁾ nicht demokratisch von unten nach oben vor sich, sondern autoritär von oben nach unten und ist zuallererst eine staatliche Kontrolle, in zweiter Linie eine solche intern-korporativer Art.

1. Staatliche Kontrolle.

Gleich in ihrem ersten Artikel begründet die Charte du Travail den Anspruch auf oberste staatliche Leitung der sozialen Berufsorganisationen. Die familles professionnelles, so wird dort ausgeführt, wurden geschaffen, um einheitlich die Interessen der Gesamtheit ihrer Mitglieder wahrzunehmen und um zur Erfüllung der an die nationale Wirtschaft gestellten Anforderungen beizutragen, "selon les directions des pouvoirs publics"¹⁴⁹⁾. Dieser Anspruch wird in einer Reihe einzelner Bestimmungen konkretisiert:

So bestimmt z.B. Art. 77, daß für den Aufbau jeder famille professionnelle eine commission provisoire d'organisation zu bilden ist, deren Zusammensetzung und Funktionsweise jeweils

148) Siehe oben S. 32 und S. 37; vgl. auch die entsprechende Regelung in der Charte de la Production oben S. 63/64.

149) Sperrung nicht im Original.

durch ministeriellen Erlaß festgelegt wird. Auch die conseils d'administration der syndikalen Verbände werden ministeriell designiert; ihre Wahl durch die Berufsangehörigen selbst ist auf unbestimmte Zeit verschoben¹⁵⁰⁾.

Gemäß Art.66 können Berufsorganisationen durch Entscheidung des Staatssekretärs für Arbeit suspendiert werden, wenn sie sich als unfähig erweisen, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen oder sich weigern, einer Entscheidung oder Verordnung Folge zu leisten und so das Interesse der Mitglieder oder des Staates schädigen.

Gruppen, deren Tätigkeit dem nationalen Interesse widerspricht, verfallen der Auflösung durch den Staat (Art. 67). Diese administrative Auflösung tritt an die Stelle der früheren richterlichen Auflösung und steht in Widerspruch zu den traditionellen Prinzipien der Vertragsfreiheit. Als Riegel gegen staatliche Willkürmaßnahmen bleibt allerdings der recours pour excès de pouvoir an den Conseil d'Etat¹⁵¹⁾.

Art.55 gibt der Regierung das Recht, Mindestlöhne festzulegen.

Die Berufsorganisationen besitzen in finanzieller Hinsicht nur wenig Handlungsfreiheit. Abgesehen von dem in Art.49 postulierten Aufsichtsrecht ("contrôle réglementaire") seitens der verschiedenen Ministerialbehörden ("services ministériels"), müssen die règlements bezüglich der Führung des korporativen Vermögens wie auch die Statuten für die Verwaltung der zu errichtenden Kassen durch mehrere Staatssekretäre genehmigt werden (Art.48 Abs.1 und Art.45 Abs.3). Ferner bedürfen die zur besseren Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen und Aufgaben (vor allem in Hinblick auf den Aufbau des Versicherungswesens) von den Berufsorganisationen geschaffenen Ausgleichsverbände der Genehmigung durch die pouvoirs publics (Art.58).

Die öffentlichen Behörden haben ein Mitwirkungsrecht bei der Regelung der Berufsausbildung (Art. 59).

150) Hinsichtlich der übrigen Berufsorganisationen enthält die Charte du Travail keine entsprechende ausdrückliche Vorschrift; sie erübrigt sich auch, weil die comités sociaux par famille professionnelle ou profession auf den syndicats professionnels aufbauen; vgl. oben S. 105 f.

151) Rouast-Durand, S. 182 Nr. 154.

Über diese allgemeine Kontrolle hinaus kennt die Charte du Travail eine besondere staatliche Kontrolle über die verschiedenen Organisationen.

Besonders klar ist die staatliche Überwachung der comités sociaux par famille professionnelle ou profession geregelt¹⁵²⁾. Bereits der Rapport zum Gesetz bringt ihre Unterordnung unter den Willen der Regierung zum Ausdruck, wenn er erklärt: "... leurs doctrines... ne sauraient être elles-mêmes que celles du Gouvernement". Um diesem Anspruch des Staates Geltung zu verschaffen, müssen nicht nur die Vorstände der comités gemäß Art. 37 Abs. 2 von den pouvoirs publics ihres Bezirkes anerkannt werden, auch die öffentlichen Behörden selbst sind in jedem comité social national durch einen commissaire du gouvernement vertreten, der vom Staatssekretär für Arbeit ernannt wird¹⁵³⁾. Der commissaire hat vor allem die Aufgabe, den Minister zu entlasten. Er genehmigt die Statuten der comités nationaux und in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär für Finanzen auch ihre Haushaltspläne und die von ihnen aufgestellten règlements über die Verwaltung des korporativen Vermögens.

Über diese zweifache, zum Zweck der Kontrolle hergestellte personelle Verknüpfung von Staat und Berufsorganisation hinaus bestimmt Art. 35 Abs. 2 ganz allgemein, daß die Entscheidungen eines comité social par famille professionnelle ou profession nur dann verbindlich sind, wenn die pouvoirs publics nicht Einspruch dagegen erheben - ganz unabhängig von einem gleichfalls möglichen Einspruch der übergeordneten korporativen Organisation (Art. 35 Abs. 2).

Was die corporations betrifft, gibt das Gesetz nur sehr spärlich Auskunft¹⁵⁴⁾. Es erklärt lediglich, daß die charte corporative,

152) Soweit associations professionnelles mixtes an ihre Stelle treten, gilt für sie entsprechendes.

153) Vgl. dazu die oben S. 72 erwähnten commissaires du gouvernement bei den comités d'organisation. Die Charte du Travail enthält keine präzisen Angaben über den commissaire. Es ist jedenfalls nicht so, daß seine Stimme in den Beratungen den Ausschlag gibt ("tiers départageant proprement dit"). Er bekleidet lediglich die Stellung eines "observateur", eines "conseiller", eines "agent de liaison" (Perroux, Rencontres, S. 179).

154) Vgl. Art. 39 Abs. 2.

die von jeder corporation aufzustellen ist, der Genehmigung durch die Staatsbehörde bedarf, die nach Begutachtung durch eine Kommission von Vertretern verschiedener Ministerien im Wege einer Verordnung erfolgt (Art. 40).

Ein Beispiel dafür, wie die Kontrolle über eine auf Grund des Art. 39 geschaffene corporation konkret gestaltet ist, vermag die erwähnte corporation de la boucherie zu geben. Auch hier ist der Staat bereits bei der Konstitutierung der einzelnen Berufsverbände beteiligt, in Entsprechung zu den Art. 70, 77 der Charte du Travail, da die Mitglieder der commission provisoire d'organisation de la corporation nationale de la boucherie gemäß Art. 33 Abs. 1 des Décret vom 5. Dezember 1942¹⁵⁵⁾ von den Staatssekretären für Arbeit und Landwirtschaft durch Erlaß ernannt werden. Das maßgebende Organ der corporation nationale, der comité directeur, steht unter der unmittelbaren Kontrolle des Landwirtschaftsministers (Art. 14 des Décret). Auch hier ist der Staat im comité directeur der corporation nationale durch einen commissaire du gouvernement repräsentiert. Dieser kann jede Maßnahme verhindern, die ihm mit dem öffentlichen Interesse unvereinbar erscheint. Die règlements intérieurs der verschiedenen Organisationen sowie die Entscheidungen auf nationaler und regionaler Ebene müssen ihm mitgeteilt werden; gegen die letzteren kann er innerhalb von 8 Tagen sein Veto einlegen (Art. 31 des Décret). Zuwiderhandlungen gegen Entscheidungen dieser Art können unmittelbar von den Regierungsbehörden festgestellt werden (Art. 32 des Décret).

2. Intern-korporative Kontrolle.

Unbeschadet der staatlichen Kontrolle besteht auch innerhalb der hierarchisch aufgebauten comités sociaux par famille professionnelle ou profession eine von oben nach unten gehende Überwachung. Sie kommt auf der untersten Stufe als Kontrolle über die syndikalen Verbände zum Ausdruck, die hinsichtlich der syndicats schon vom Rapport hervorgehoben wird ("...ces syndicats...vivent et fonctionneront sous l'autorité des

155) Siehe oben S. 119 Anm. 143.

comités sociaux et en s'inspirant de leurs doctrines...") und für unions und fédérations in Art. 20 Abs. 1 ausdrücklich festgestellt ist ("leur activité s'exerce sous l'égide et selon les directions des comités sociaux fonctionnant à leur échelon"). Die intern-korporative Kontrolle zeigt sich aber hauptsächlich darin, daß Entscheidungen eines comité social par famille professionnelle ou profession nur dann verbindlich sind, wenn der übergeordnete comité nicht widerspricht. Auch Statuten und règlements intérieurs müssen jeweils vom nächst höheren comité genehmigt werden (beim comité social national erfolgt die Genehmigung durch die vorgesetzte Staatsbehörde). Dem comité social national obliegt im Rahmen der bereits erwähnten Oberleitung der sozialen Berufsorganisationen als besondere Aufgabe u.a. die Genehmigung der Statuten und règlements intérieurs der unions und syndicats professionnels. Er entscheidet ferner in letzter Instanz über den von einem comité social régional beschiedenen Ausschluß eines Berufsmitgliedes aus dem syndicat. Die comités sociaux d'entreprises sind demgegenüber den comités sociaux locaux unterstellt. Diese genehmigen nicht nur ihre Zusammensetzung, sondern koordinieren und kontrollieren sie auch (Art. 36 Abs. 14 und Art. 24 Abs. 4). Die comités sociaux locaux sollen weiterhin solchen Betrieben eine soziale Ausrichtung geben, in denen keine comités sociaux d'entreprises eingerichtet sind. Sie sind damit Kontroll- und Ersatzorgane zugleich.

Zur Kontrolle der Durchführung von Berufsgesetzen und -verordnungen sowie Entscheidungen aller Art stehen den comités die commissaires corporatifs assermentés zur Verfügung¹⁵⁶). Sie sind korporative Organe und die von ihnen gewährleistete Kontrolle ist unabhängig von der staatlicherseits eingerichteten (Art. 34 Abs. 4). Die commissaires sind befugt, in allen Betrieben, die in den Zuständigkeitsbereich des betreffenden comité fallen, die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren.

156) Siehe oben S. 111.

II. Die richterliche Kontrolle.

1. Verwaltungsgerichtliche Kontrolle.

Ähnlich wie bei den comités d'organisation ist auch bei den comités sociaux par famille professionnelle ou profession (bzw. den evtl. an ihre Stelle tretenden associations professionnelles mixtes und corporations) die Rechtsnatur ihrer Entscheidungen wegen der angeblichen "situation intermédiaire" dieser Organismen nicht unbestritten¹⁵⁷⁾. Die Verhältnisse liegen aber bei beiden Organisationstypen im wesentlichen gleich, wenn man davon absieht, daß die comités sociaux bereits kraft Gesetzes Rechtspersönlichkeit besitzen (Art. 35 Abs. 3). Wie den comités d'organisation fehlt auch den comités sociaux par famille professionnelle ou profession selbständige, von staatlichem Einfluß freie Entscheidungsgewalt im Sinne eines echten pouvoir réglementaire. Da die von der classe ouvrière verächtlich als "agents du Gouvernement" bezeichneten Funktionäre¹⁵⁸⁾ vom Staat bestellt und ernannt werden, werden auch die Berufsinteressen in jeder Beziehung von öffentlichen Interesse beherrscht und mit ihm identifiziert¹⁵⁹⁾. Damit sind die Organisationen der Charte du Travail einer totalen Staatsaufsicht ("tutelle de l'Etat, qui prend le caractère d'une emprise totale") unterworfen¹⁶⁰⁾. Es entspricht somit am meisten den tatsächlichen Gegebenheiten, wenn man die comités sociaux par famille professionnelle ou profession wie die comités d'organisation als besonderen Typus von établissements publics und ihre Entscheidungen als Verwaltungsakte ansieht. Perroux nennt sie "corporations embryonnaires et innommées"¹⁶¹⁾.

Aus diesen Gründen und weil der Conseil d'Etat bereits im Arrêt Montpeurt die verwaltungsgerichtliche Nachprüfbarkeit

157) Rouast-Durand S. 237. - Die oben S. 78 ff. behandelte Frage gilt für die comités sociaux par famille professionnelle ou profession entsprechend.

158) Bussière S. 126.

159) Villain, ohne Fundort zit. bei Chaigneau S. 178.

160) Lajugie S. 10, der diesen Sachverhalt (S. 12 daselbst) mit den bei den comités d'organisation gemachten Erfahrungen in Zusammenhang bringt; Durand S. 10.

161) Le sens..., S. 536.

von Entscheidungen der comités d'organisation wegen excès de pouvoir für sich in Anspruch genommen hatte¹⁶²⁾, muß diesem Gericht bezüglich der von den comités sociaux par famille professionnelle ou profession erlassenen Entscheidungen analog dasselbe Recht zustehen¹⁶³⁾, zumal die staatliche Genehmigung sehr oft Bedingung für die Wirksamkeit der Akte darstellt. Soweit ersichtlich, wurde der Conseil d'Etat mit dieser Frage allerdings nicht mehr befaßt.

2. Arbeitsgerichtliche Kontrolle.

Die richterliche Kontrolle von Streitigkeiten innerhalb der Berufsorganisationen - lajugie bezeichnet sie als Krönung der Charte du Travail¹⁶⁴⁾ - ist in den Art. 60 bis 64 unter dem Titel Arbeitsgerichtsbarkeit summarisch geregelt¹⁶⁵⁾. Das Gesetz unterscheidet différends individuels und différends collectifs, ohne diese Begriffe näher zu erläutern.

Alle Konflikte unterliegen der Schlichtung. Hierbei soll versucht werden, den Streit durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien beizulegen. Alle Berufsorganisationen auf den verschiedenen Stufen sind verpflichtet, Streitigkeiten, welche sich bei Gelegenheit der Gesetzesanwendung oder gesetzlichen Regelung der Berufe ergeben, zuvorzukommen oder sie zu schlichten (Art. 60).

Bleibt der Schlichtungsversuch erfolglos, wird ein Dritter mit der verbindlichen Lösung der Streitigkeit beauftragt: différends individuels kommen vor das Arbeitsgericht (conseil des prud'hommes) und mangels eines solchen vor den Friedensrichter; bei différends collectifs läßt das Gesetz die Wahl, entweder ein Schiedsgericht oder ein Arbeitsgericht unmittelbar anzu-

162) Siehe dazu oben S. 80 f., insbesondere S. 81 Anm. 103. Bezüglich der möglichen und wahrscheinlichen Hintergründe dieses Urteils siehe oben S. 84.

163) Rouast-Durand S. 237.

164) S. 45.

165) Siehe dazu, vor allem über die Unvollständigkeit der Regelung, P. Durand, Droit Social Bd. 6 (1943) S. 318 ff. u. S. 363 ff.

rufen¹⁶⁶⁾. Die Arbeitsgerichte sind neben den korporativen Organisationen ebenfalls auch Disziplinargerichte (Art. 61 Abs. 4)¹⁶⁷⁾.

Während das staatliche Schlichtungs- und Schiedsgerichtswesen, dessen Anfänge auf ein Gesetz vom 27.12.1892 zurückgehen, bereits 1936 verbindlich eingeführt wurde, ist die Errichtung von Arbeitsgerichten eine Neuerung der Charte du Travail.

Es gibt zwei Instanzen:

Als erste Instanz wird innerhalb des Zuständigkeitsbereichs jeder Cour d'appel je ein Arbeitsgericht gebildet. Es ist mit zwei Richtern und drei Mitgliedern des entsprechenden comité social régional besetzt, wobei jede der drei Berufskategorien (employeurs, ouvriers et employés, cadres) ein Mitglied entsendet.

Das nationale Arbeitsgericht besteht aus drei Richtern und vier Mitgliedern des betreffenden comité social national. Sie werden von den Staatssekretären für Arbeit und Produktion ernannt (Art. 63 Abs. 4 des Gesetzes).

Beamte der Arbeitsaufsichtsbehörde üben die Funktionen von Regierungskommissaren bei den Arbeitsgerichten aus.

166) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Richtern zusammen; sie werden von dem mit der Streitigkeit befaßten comité social régional auf Grund einer jährlich vom comité social national aufgestellten Liste gewählt und ernannt. Im Falle eines Konfliktes auf nationaler Ebene werden die Schiedsrichter unter denselben Bedingungen vom comité social national ernannt.

167) Siehe oben S. 111 Anm. 111.

e) Staat und Gesellschaft in Frankreich
unter dem besonderen Blickpunkt der Charte du Travail
(pays légal und pays réel)

I. Führungsanspruch des Staates.

Am schärfsten treffen Staat und Gesellschaft auf dem Gebiet der staatlichen Lenkung und Kontrolle der Berufsorganisation aufeinander. Die Durchsetzung des gesamten Verwaltungsapparates der von der Charte du Travail geschaffenen Berufsorganisationen mit staatlichen Elementen läßt die totale obrigkeitliche Bevormundung der arbeitenden Bevölkerung klar erkennen¹⁶⁸⁾. Der Staat erhebt seinen Führungsanspruch mit solcher Bestimmtheit und jeden Zweifel ausschließenden Selbstverständlichkeit, daß dieser Anspruch im System der Charte du Travail selbst begründet und mit ihm unlösbar verbunden erscheint; lediglich in der Wahl bestimmter Institutionen läßt er einen gewissen Spielraum. In noch stärkerem Maße wie bei den comités d'organisation beschränkt sich der Staat jedoch durch die den öffentlichen Behörden, vor allem den commissaires du gouvernement vorbehaltenen umfassenden Veto- und Genehmigungsrechte in rücksichtsvoller Weise auf eine weniger aufdringliche, mittelbare Form der Kontrolle und Lenkung, die in ihren letzten Auswirkungen einem unmittelbaren Eingreifen in die Leitung der Berufsorganisation aber nicht nachsteht. Einem Wurzelwerk gleich durchzieht ein in den Händen der staatlichen Behörden zusammenlaufendes Kontrollnetz das von der Charte du Travail bearbeitete gesellschaftliche Erdreich und versinnbildlicht den Willen des Staates zu totaler Absorbierung aller Lebensbereiche der Berufsangehörigen: nicht nur Versicherung, Wohnung, Sport, Freizeit-

168) Lajugie S. 10.

gestaltung usw. werden von der Berufsorganisation und damit vom staatlichen Kontrollapparat erfaßt, auch die Sphäre der Familie wird in starkem Maße veröffentlicht.

Die Beziehung der Charte du Travail zum Gesetz vom 16.8.1940 ist damit nicht nur eine sachliche, sofern nämlich die soziale eine notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen Berufsorganisation darstellt, sondern ebenso eine ideologische. Sehr klar beurteilte Luchaire die Charte du Travail schon kurz nach ihrer Verkündung gewissermaßen als Zuendeführung einer bereits mit der Charte de la Production begonnenen Verstaatlichung gesellschaftlicher Lebensbereiche und stellte sie so in den größeren politischen Zusammenhang: "La Charte ferme le cycle du totalitarisme sur le plan social, le cycle ayant déjà été fermé sur le plan économique par les C.O. de la loi du 16 août 1940, et, sur le plan politique, par la suppression de toutes les assemblées d'origine elective"¹⁶⁹⁾.

Im krassen Gegensatz zu der formalen Machtanhäufung fehlte dem Regime Pétain aber die erforderliche Autorität, um dem staatlichen Willen Geltung zu verschaffen¹⁷⁰⁾.

II. Widerstand in der "classe ouvrière".

Die Charte du Travail wurde sehr unterschiedlich aufgenommen. Während die Industriellen das Gesetz im wesentlichen unterstützten¹⁷¹⁾, verweigerten ihm große Teile des Volkes die Gefolgschaft¹⁷²⁾. Auf den heftigsten Widerstand stieß das Gesetz in der classe ouvrière selbst; der Regierung gelang es

169) "Les Nouveaux Temps" v. 5.11.1941.

170) Vgl. dazu Chaigneau S. 235 und Gignoux, "Voix Françaises" v. 26.2.1943.

171) Vinit (S. 290) spricht von einem "concours nuancé". Ein Teil der Unternehmer opponierte allerdings gegen die Charte du Travail (Perroux, Le sens..., S. 529). Die positiv eingestellten Kräfte sammelten sich um die Zeitungen "La Vie Industrielle" und "Aujourd'hui".

172) Vinit S. 289. Vgl. auch Perroux (La liaison..., S. 119), der besonders die Gleichgültigkeit und Mißgunst gegenüber den comités sociaux d'entreprises betont.

nicht, einen ernsthaften Kontakt mit ihr herzustellen. Nur wenige ließen sich dazu verleiten, in den neuen Organisationen mitzuarbeiten und von diesen wenigen wußte man nicht, inwieweit sie bei den Arbeitern tatsächlich einen Rückhalt hatten¹⁷³⁾.

Die Gründe für den Widerstand waren hauptsächlich psychologischer und politischer Natur. Das andauernde Verzögern und Vertagen der angekündigten und mit Spannung erwarteten Charte du Travail, das allmähliche Bekanntwerden der Uneinigkeit über den bei der Sozialreform einzuschlagenden Weg führten zu einer seelischen Abwehrhaltung, sie erregten Mißtrauen und Feindseligkeit, welche das Gesetz ob seiner Unklarheit und Undurchsichtigkeit kaum zu mildern vermochte¹⁷⁴⁾. Schließlich wurden auch Befürchtungen über deutsche Einflußnahmen auf den Gesetzestext laut.

Neben dem verbissenen Egoismus fast aller Bevölkerungsgruppen¹⁷⁵⁾ erwuchs der Charte du Travail in den alten Syndikaten ein gefährlicher Feind. Nachdem die Dachorganisationen dieser Verbände im November 1940 aufgelöst worden waren, zerschlug die Charte du Travail - und hier liegt nach Brêthe de la Gressaye ihr größter Fehler¹⁷⁶⁾ - durch die Beseitigung der Syndikatsfreiheit weithin die letzten Hoffnungen auf eine annehmbare neue Sozialordnung und führte zu offenem oder verstecktem Weiterleben der

173) Journal de la Bourse, ohne Fundort zit. bei M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S.222 Nr. 3. - Als weitere Gegner führt Perroux (Le sens..., S.475) die republikanische Partei an, ferner die Berufspolitiker und die Intellektuellen, mit deren individualistischer und nationalistischer Weltanschauung die Prinzipien der Charte du Travail unvereinbar seien.

Einen Überblick über den Stand der öffentlichen Meinung gibt der Leitartikel von "Le Rouge et le Bleu" vom 15.11.41.

174) Vgl. M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S.222 Nr.4; Roy, Les syndicalistes et la Charte du Travail, S.28. - Die häufigen Umbesetzungen in den politischen Ämtern verhinderten dazuhin in starkem Maße, bei der Ausführung des Gesetzes eine klare Haltung einzunehmen. Arbeitsminister Lagardelle war z.B. gezwungen, umlaufende Gerüchte über eine Ersetzung der comités sociaux par famille professionnelle ou profession zu dementieren.

175) Bussiére S. 112.

176) L'organisation professionnelle, S.31. Auch Chaigneau (S.147) bezeichnet den unitarischen und obligatorischen Charakter der syndicats professionnels als Hauptursache für die Reibungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Charte.

alten Organisationen¹⁷⁷⁾. Die alten Syndikalisten sahen in den neuen syndicats professionnels vielfach von der Regierung geschaffene Institutionen, die in Wirklichkeit keinen Anspruch auf Repräsentation der Arbeiterklasse erheben konnten¹⁷⁸⁾.

Ein sehr starkes Motiv für die Passivität und Renitenz der classe ouvrière bot auch die nicht unbegründete Furcht vor einem in den Berufsorganisationen der Charte du Travail sich einnistenden Patronalismus¹⁷⁹⁾. Sie stützte sich vor allem auf die den employeurs bei der Bildung der comités sociaux d'entreprises eingeräumte Stellung¹⁸⁰⁾. Daneben bestand die Gefahr, daß die employeurs durch ein Zusammengehen mit den cadres auch in den comités sociaux par famille professionnelle ou profession das Übergewicht erhalten könnten. Chaigneau spricht von einer "tutelle des patrons", welcher die Arbeitnehmerschaft durch die Charte du Travail unterworfen wurde¹⁸¹⁾. Tatsächlich wollte eine ganze Reihe von Unternehmern in den comités sociaux lediglich gelehrige Instrumente eines unter korporativer Maske auftretenden Patronalismus sehen und so die Entwicklung des

177) M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S.224. Wie gefährlich es ist, sich über die zwingende Kraft von Gesetzesvorschriften Illusionen hinzugeben, zeigt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung besonders deutlich. Die "action ouvrière" entwickelte sich jedesmal auf illegale Weise weiter, sobald sie unterdrückt wurde. Durand (S.10) stellt daher mit Recht die Frage: "Est-il sage d'interdire en législation ce qui ne peut être évité en fait?"

178) Chaigneau S. 238.

179) Lajugie S. 47.

180) Vgl. dazu oben S. 113. 15% aller comités sociaux d'entreprises wurden durch alleinige Ernennung seitens des Unternehmers gebildet (M.Romieu, "L'Appel" v.25.3.1943, zit. bei Chaigneau S. 219 Anm. 1).

181) S. XVIII. Vgl. andererseits das positive Urteil Bussièrès, o.S.116. - Es darf nicht vergessen werden, daß die Arbeitnehmerschaft in den comités d'organisation bereits eine starke Organisation erhalten hatte (siehe dazu oben S.67 ff.) mit der Folge einer völligen Unausgeglichenheit der im sozialen Raum wirkenden Kräfte (vgl. Perroux, Le sens..., S. 540).

esprit communautaire von vornherein unterbinden¹⁸²⁾.

Die Feindschaft und das Mißtrauen, mit denen classe ouvrière und patriotes der Charte du Travail gegenübertraten, wurde auch nicht dadurch gemäßigt, daß die Regierung des Admirals Darlan, die bei den Pariser Nazis in sehr geringem Ansehen stand, das Gesetz unterschrieb. Wenn die Vichy-Regierung auch nicht deutschfreundlich war, die bloße Zusammenarbeit mit den Deutschen genügte, um sie in den Augen der travailleurs und patriotes mit befleckten Händen erscheinen zu lassen¹⁸³⁾.

Neben den psychologischen und politischen waren aber auch wirtschaftliche Gründe für das Abseitsstehen eines großen Teiles der classe ouvrière maßgebend. Der Arbeiter war nicht bereit, sich mit einem Gesetzestext voller Versprechen zu begnügen, sondern verlangte konkrete Verbesserungen, vor allem bessere Löhne¹⁸⁴⁾.

Den entschlossensten Widerstand leisteten christliche Syndikate, vor allem im Norden Frankreichs und in Lyon¹⁸⁵⁾, denn diese fürchteten in der großen Masse der Einheitssyndikate um den Verlust ihres Gedankengutes¹⁸⁶⁾. Wohl gab es auch bei ihnen solche, die zur Mitarbeit in den neuen Berufsorganisationen bereit waren, der Rest hielt jedoch unerschütterlich am syndikalischen Pluralismus fest. Dabei blieb es auch nach dem zur Mitarbeit auffordernden Protokoll der Assemblée des Cardinaux et Archevêques de France vom 22.10.1942¹⁸⁷⁾. In einer Entschliebung des comité national de liaison des organisations syndicales chrétiennes vom 27.6.1943¹⁸⁸⁾ wurde die Charte du Travail erneut abgelehnt, weil sie durch die Unterdrückung des syndikalischen Pluralismus die Vereinigungsfreiheit beseitige und die Berufsorganisation zu einem seelenlosen Neutralismus verurteile. Außerdem seien die Syndikate zu einfachen Verwaltungsorganen degradiert. Den einzelnen Syndikatsmitgliedern wurde die Mitarbeit

182) Felgines, Ce que doit être le Comité social d'entreprise, "Production" v. Dez. 1942, S. 5.

183) Vgl. Chaigneau S. XVIII.

184) Vgl. Rey, "L'Atelier" vom 13.12.1941; Vinit, S. 291.

185) Siehe oben S. 48 f. Vgl. auch Chaigneau S. 154.

186) Vgl. Bussiére S. 117.

187) Siehe oben S. 48a.

188) Zit. bei Chaigneau S. 154.

allerdings freigestellt unter der Voraussetzung, daß sie sich nicht im Namen der christlichen Syndikate betätigen. Da das Organisationssystem der Charte du Travail auf den syndicats professionnels aufbaut, kam die Verweigerung der Mitarbeit praktisch einer Boykottierung der sozialen Neuordnung überhaupt gleich.

Im sozialistischen Lager herrschte zwar auch keine einheitliche Meinung - den renitenten syndicalistes ex-cégétistes ging es dabei aber mehr um die Unabhängigkeit der Syndikate als um die pluralité syndicale, im Gegensatz zu den syndicalistes chrétiens¹⁸⁹⁾ -, im allgemeinen war man der sozialen Berufsorganisation hier jedoch mehr gewogen¹⁹⁰⁾. Es kristallisierten sich drei verschiedene Gruppen heraus¹⁹¹⁾:

Der comité syndical de propagande entstand um die Zeitschrift L'Atelier¹⁹²⁾ und unterhielt keinen Kontakt mit den verantwortlichen Leitern der früher an die C.G.T. angeschlossenen syndikalen Gruppen. Seine Anhänger warfen der Charte du Travail zwar vor, daß sie keine wirtschaftliche Revolution gebracht habe, sie waren aber trotzdem bereit, "es zu probieren" und für die in den neuen Organismen vorgesehenen Ämter zu kandidieren.

Im comité d'études économiques et syndicales, der allerdings keinen Rückhalt im Volk besaß, empfand man den in den ministeriellen Genehmigungsrechten sich äußernden Etatismus am unerträglichsten. Diese Gruppe hätte es lieber gesehen, wenn alles beim alten geblieben wäre. Trotzdem stellte sie es jedem ihrer Anhänger frei, den Versuch zu machen; die meisten nutzten diese Möglichkeit.

189) Chaigneau S. 166.

190) Siehe dazu näher Belin, La vie de la France..., S. 174 f.

191) Siehe dazu Roy (ehemaliger Sekretär der C.G.T.), S. 28 f.

192) Es handelt sich hier um eine Zeitschrift der Nordzone. In der unbesetzten Südzone wurde dieselbe Richtung von der Wochenzeitung "Au Travail" vertreten.

Die Masse der sozialistischen Gewerkschaftler, des bisherigen "mouvement confédéral", wurde durch den c o m i t é d e c o - o r d i n a t i o n s y n d i c a l e vertreten. Alle, oder doch beinahe alle seiner Anhänger, waren trotz gewisser Vorbehalte gegen das Gesetz ("ils sentent dans cette loi une méfiance injustifiée à l'égard du syndicalisme") zu loyaler Mitarbeit entschlossen¹⁹³⁾.

Mit der Zeit regten sich aber auch bei den ursprünglich mit-arbeitsfreudigen sozialistischen Gewerkschaftlern Zweifel an der Richtigkeit ihrer Handlungsweise und sie begannen sich zu fragen, ob sie nicht doch vielleicht einen "schlechten Handel" gemacht hätten¹⁹⁴⁾.

III. Reaktion der Regierung.

Das Régime konnte an dieser Sachlage nicht vorbeigehen. Unter Arbeitsminister Lagardelle begannen sich Ansätze zum Ausgleich der Spannungen abzuzeichnen. Da der Vichy-Staat zu schwach war, um seinem gesetzgeberischen Willen in allen Fällen Geltung zu verschaffen¹⁹⁵⁾, ohne die tatkräftige Unterstützung seitens der classe ouvrière die Durchführung der Charte du Travail aber unmöglich schien, ließ der Druck gegen die alten Syndikate nach. Während in einem Circulaire vom 11.11.1942¹⁹⁶⁾ nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, daß Vereinigungen, welche die Wahrnehmung und Verteidigung von Berufsinteressen zum Gegenstand haben, nur im Rahmen der Charte du Travail gebildet werden könnten, verkündete Roger

193) Vinit (S. 291) führt die positive Einstellung der Ex-C.G.T. darauf zurück, daß sie im Einheitssyndikat die Gelegenheit sah, ihre schlaffen Truppen zu regroupieren und vielleicht sogar zu verstärken (wegen der Ursachen siehe oben S. 68 Anm. 33).

194) Bazin de Jouy, Syndicalisme et corporation, "Production" v. Jan./Febr. 1944, S. 16.

195) Bussiére spielt dabei auch auf das Besatzungsregime an und spricht von einer "situation fausse d'un gouvernement en tutelle" (S. 112).

196) Abgedruckt bei Chaigneau S. 244.

Paul in "L'Atelier" vom 29.1.1944¹⁹⁷⁾, daß neben den Einheitssyndikaten wieder private Arbeitervereinigungen zugelassen werden könnten. Lagardelle bestätigte diese Pressemitteilung wenig später auf Grund einer Anfrage christlicher Syndikalisten mit der Erklärung, daß associations privées möglich seien und die Frage geprüft würde. Mit diesem Zugeständnis hatte das Vichy-Régime jedoch ein entscheidendes Element des autoritären Charakters der Charte du Travail preisgegeben und die soziale Berufsorganisation ihres Zwangscharakters entkleidet¹⁹⁸⁾.

Eine weitere Wandlung der in der Charte du Travail niedergelegten Doktrin klang in einer am 2.3.1944 von Arbeitsminister Bichelonne gehaltenen Rede an. Während der Schwerpunkt des ganzen Organisationssystems nach dem Wortlaut des Gesetzes bei den comités sociaux par famille professionnelle ou profession liegt, betonte Bichelonne - unter Rückkehr zur ursprünglichen Doktrin Pétains - erneut die zentrale Stellung der entreprise innerhalb der Révolution Nationale¹⁹⁹⁾.

IV. Scheitern der Charte du Travail.

Der Mißerfolg der Charte du Travail ist anerkannt²⁰⁰⁾. Die Ursachen sind teils psychologischer, teils politischer Natur. Der mangelnde Vereinstrieb des Franzosen führte bis zu einem gewissen Grade zu einer naturbedingten Indifferenz²⁰¹⁾, ja

197) Zitiert bei Chaigneau S. 244.

198) Nach Chaigneau (S.244) begannen unter dem Nachfolger Lagardelles, Déat, bereits wieder interprofessionelle syndikale Organisationen alten Stiles aufzuleben, soweit sie nicht Einheitssyndikaten Platz gemacht hatten.

199) "C'est précisément un des desseins les plus profonds et les mieux marqués de la Charte du Travail que de faire naître... l'entreprise où doivent, en définitive, se fondre toutes les énergies des différentes catégories sociales..." (zit. bei Chaigneau S. 237/238).

200) Vgl. Bussiére S. 112 sowie oben S. 60 f.

201) Sehr viel weniger als etwa beim Deutschen oder Engländer findet sich beim Franzosen der Sinn für Zusammenschlüsse aus anderen als materiellen Gründen. Salleron (Naissance ..., S. 10) weist eindringlich auf diese Tatsache hin:

feindseligen Haltung großer Teile des Volkes gegenüber den Realisationen der Charte du Travail²⁰²⁾. Zu diesem "problème d'hommes"²⁰³⁾ hinzu kam die Ohnmacht der Regierung²⁰⁴⁾, widerstrebende Kräfte auszuschalten, im Verein mit der Sabotage durch einzelne ihrer Mitglieder²⁰⁵⁾. Viele der vorhandenen sachlichen²⁰⁶⁾ und formellen²⁰⁷⁾ Mängel, der bei der Durchführung begangenen methodischen Fehler²⁰⁸⁾ hätten sich beheben oder doch verringern lassen und die soziale Berufs-

"... les Français... ont horreur de la discipline... ils... n'ont pas le goût de l'association. D'où leur tendance à l'anarchie. Jamais ils n'ont été si heureux que dans l'explosion de la Révolution qui les rendait libres et égaux. Leur idéal eût été que cet âge d'or durât toujours. Le contrat social flatte leur goût d'indépendance...chacun se veut absolument souverain...".

202) Wenn ein Gesetzestext auch keine "leçon de morale" ist (Perroux, Rencontres S.185), so kann er dennoch der Unterstützung durch das Volk nicht entraten - dies gilt auch für den autoritären Staat, wenn er die erforderliche Unterstützung nicht durch Zwang und Gewalt zu ersetzen vermag -, zumal wenn er wie die Charte du Travail einen so ausgeprägten sozialpolitischen Gehalt hat. Die Männer der Révolution Nationale waren sich dieser Tatsache wohl bewußt (vgl. dazu oben S. 38 f.), und Pétain hatte in seiner Rede vom 1.3.41 in St.Etienne ausdrücklich darauf hingewiesen: "La loi", erklärte er, "ne saurait créer l'ordre social, elle ne peut que le sanctionner après que les hommes l'ont établi" (La Fr. nouv., S. 120).

203) Vinit, S. 289.

204) Vgl. Bussiére, S. 112.

205) Siehe dazu oben S. 29/30 Anm. 8 und Aron, Histoire..., S.510.

206) Man denke hier vor allem an die wegen des Nebeneinanders bzw. der Überlagerung von sozialer und wirtschaftlicher Organisation (Perroux, Le sens..., S.540, bezeichnet sie als "chevauchement" und Izard, zit. bei Lajugie S.7, nennt sie treffend "régime bicéphale") unvermeidbaren Koordinationsschwierigkeiten.

207) Vgl. oben S. 93/94.

208) Die geographische Umgrenzung der einzelnen familles professionnelles erfolgte z.B. ohne genügende Fühlungnahme der commissions d'organisation untereinander (vgl. dazu M. xxx, Au delà de la Charte, S.222 Nr. 5). Es war schwer, sich in dem Wald von comités und commissions zurechtzufinden: "D'innombrables groupements ont été formés qui font double emploi et empiètent sur leurs domaines respectifs..." (E.C., S. 64).

organisation wäre nicht im Dickicht eines technisch-konstruktiv zwar ausgeklügelten, praktisch-organisatorisch aber schwerfälligem Systems hängengeblieben, wenn sie von einer starken Volksbewegung getragen worden wäre²⁰⁹⁾. So aber erlag der Versuch des Gesetzgebers um so schneller einer geistigen Sklerose²¹⁰⁾ und brach in sich zusammen. Auch in technischer Hinsicht war die staatliche Verwaltung der Bewältigung der Überfülle neuer und schwieriger Aufgaben nicht gewachsen²¹¹⁾ - ohne daß die Regierung dafür vielleicht voll verantwortlich gemacht werden konnte²¹²⁾ -, ganz abgesehen von den begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Staates²¹³⁾. Im Jahre 1944 befand sich die soziale Berufsorganisation in einem Zustand, der zu den ursprünglichen Hoffnungen und Versprechungen des Rapport in grausamem Widerspruch stand; noch nie war die Durchführung eines Gesetzes langsamer vonstatten gegangen: "Dort, wo vom Leben des Volkes genährte mächtige Bauwerke sich erheben sollten, enthüllt sich eine düstere, entvölkerte Landschaft, ab und zu begegnet der Blick einem alleinstehenden Haus"²¹⁴⁾.

Gemäß Art. 77 des Gesetzes war für jede famille professionnelle eine "commission provisoire d'organisation" vorgesehen, der

209) M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S. 222 Nr. 6.

210) Lajugie S. 47.

211) M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S. 222 Nr. 5, unter Bezugnahme auf eine Äußerung Lagardelles.

212) Perroux, Rencontres S. 179. "Nous portons maintenant le poids d'un long passé d'indifférence coupable à l'égard de l'information et de la statistique économique, de l'organisation industrielle, de l'étude et de la diffusion systématique des meilleurs méthodes de rationalisation. De ce vice nationale, pas plus que de l'ampleur et de la complexité quasi inextricable de la matière à mettre en ordre, le gouvernement actuel n'a la moindre responsabilité" (Perroux, a.a.O.).

213) E.C. S. 68.

214) M.^{xxx}, Au delà de la Charte, S. 222 Nr. 3; siehe auch S. 221 Nr. 2 und S. 222 Nr. 5.

die Vorarbeiten für den Aufbau der "organismes syndicaux et corporatifs, locaux et régionaux" übertragen waren und deren Mitglieder durch ministeriellen Beschluß benannt wurden²¹⁵⁾. Nach Angaben von Chaigneau²¹⁶⁾ hatten am 31. Januar 1944 von den insgesamt dreißig geplanten familles professionnelles immerhin nur vier noch keine commission provisoire d'organisation. Am schnellsten waren die Arbeiten bei der famille de cuir und der famille de l'habillement vorangeschritten, so daß hier bereits ab November 1942 die ersten syndicats professionnels als Kader für die weitere Organisation gebildet werden konnten²¹⁷⁾. Trotzdem bestanden gegen Ende 1942, also über zwei Jahre nach Verkündung der Charte du Travail insgesamt erst einige hundert der rund 18 000 geplanten syndicats²¹⁸⁾.

Da die comités sociaux par famille professionnelle ou profession auf den syndicats professionnels aufbauen, ist bei ihnen die Organisation noch weiter zurück: 18 Monate nach Verkündung der Charte du Travail existierte noch kein einziger dieser comités²¹⁹⁾. Um die Organisation aber voranzutreiben und endlich Leben in die familles professionnelles zu bringen, wurde durch ein Gesetz vom 24. August 1943²²⁰⁾ den commissions provisoires d'organisation und ihren Unterausschüssen die vorläufige Wahrnehmung der für die comités sociaux nationaux bzw. régionaux vorgesehenen Funktionen übertragen.

215) Die Aufgaben der commissions d'organisation betreffen insbesondere die Abgrenzung der familles professionnelles, evtl. ihre Aufgliederung in Fachgruppen (branches professionnelles, professions), sowie die Bildung der Syndikate. Bezüglich ihrer Funktionsweise s. Arrêté v. 12.2.1942 (J.O. v. 8.3.42).

216) S. 192.

217) Ein Dekret vom 30.3.1942 enthält Vorschriften bezüglich der Übernahme der bestehenden Syndikate, welche vorläufig verschiedene Rechte, wie z.B. die Befugnis, Kollektivvereinbarungen zu schließen, behalten. Das Dekret Nr. 2136 vom 28.8.1942 (J.O. v. 8.9.42 mit Rectificatif vom 19.9.42) brachte nähere Bestimmungen über die Integration der alten Organisationen. Bezüglich der Bildung von Unionen und Föderationen siehe das Dekret Nr. 2134 v. 28.8.1942 (J.O. v. 8.9.1942).

218) E.C. S. 68.

219) Chaigneau S. 235.

220) J.O. v. 26.8.1943.

Die Bildung der comités sociaux d'entreprises ging dagegen besser vonstatten. Im April 1943 bestanden rund 6500 solcher comités. In ihnen waren 4 bis 5 Millionen Arbeitnehmer organisiert²²¹⁾.

Neben den gewöhnlichen Organisationsformen sind nach und nach auch einige Sondertypen, also associations professionnelles mixtes²²²⁾ und corporations²²³⁾ entstanden.

f) Bedeutung der Charte du Travail.

Der von der Charte du Travail unternommene Versuch, durch staatlich angeordnete, auf "direction" und "contrainte" gegründete Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Gruppen²²⁴⁾ den Klassenkampf auszumerzen und gleichzeitig - im organisatorischen Rahmen der verschiedenen Berufsfamilien - durch Züchtung eines Gemeinschaftsgeistes und Zusammengehörigkeitsgefühls die psychologische Grundlage für eine dauerhafte Gesellschaftsordnung ständisch-korporativen Charakters zu schaffen, ist trotz seiner Mängel und seines Scheiterns nicht wertlos. Obwohl weder theoretisch noch praktisch eine befriedigende Lösung des Problems der Berufsorganisation erreicht wird²²⁵⁾, zeigt die Charte du Travail doch sehr deutlich, daß ein neues Ordnungsdenken, ein Denken in familles professionnelles, in beruflichen Leistungsgemeinschaften darum ringt, seine juristische Form zu finden²²⁶⁾. Der Gesetzgeber ist aber wie

221) Vgl. "L'Appel" v. 25.3.1943.

222) Vgl. z.B. die association professionnelle mixte de l'entreprise électrique de Paris, Seine, Seine-et-Oise et Seine-Marne; Dekret v. 24.6.1942 (J.O. v. 24.7.42).

223) Vgl. z.B. die oben S. 119 erwähnte corporation de la boucherie.

224) Vgl. Henri Denis, Charte du Travail et Corporatisme, Collection Droit Social XIII, S. 53.

225) Vgl. M.^{xxx}, Genèse, ..., S. 62.

226) Vgl. Bussière, S. 111.

bei der Charte de la Production über einen Staatskorporativismus ("corporatisme imposé par l'Etat")²²⁷⁾ nicht hinausgekommen. Das hindert jedoch nicht, auch in der Charte du Travail ein p r ä - k o r p o r a t i v e s Werk zu sehen²²⁸⁾. Der Rapport selbst bringt dies sehr klar zum Ausdruck, indem er die Gesamtheit der familles professionnelles als "première et utile ébauche de l'oeuvre corporative" bezeichnet.

Der gesündeste, den eigentlichen Wert beinhaltende Teil des mißglückten Gesetzes sind wohl seine "spirituellen und moralischen Prinzipien", die sich insbesondere in einer Theorie vom gerechten Lohn²²⁹⁾, in der Übertragung des Familiengedankens auf die Berufsorganisation, in der stark in den Vordergrund gerückten Wichtigkeit einer guten Berufsausbildung, sowie nicht zuletzt in den Ansätzen zu einer kollektiven Teilhabe und Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Schicksal des Unternehmens niedergeschlagen haben. Gerade in dem zuletzt erwähnten Punkt wird blitzlichtartig im Jahre 1941 in Frankreich eine Entwicklung sichtbar, die nach dem zweiten Weltkrieg u.a. in Deutschland im Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaues und der Eisen und Stahl erzeu-

227) Lajugie S.9, unter Bezugnahme auf Perroux, Syndicalisme, Charte du Travail, Communauté de travail, Bulletin des Services médicaux et sociaux du travail, I.

Auf die grundsätzlichen Ausführungen zu Etatismus und Korporativismus, die auch für die comités sociaux par famille professionnelle ou profession gelten, wird verwiesen (s. oben S. 87 ff.).

228) Vgl. statt aller Perroux, Le sens..., S.464: "La Charte du Travail fournit des pièces précorporatives qui devront être quelque jour rapprochées de celles que livrent les comités d'organisation, pour construire un corporatisme moderne...". - Lajugie (S.11) nennt die comités sociaux "embryonale Korporationen" (vgl. Perroux, oben S. 126).

229) Aron (Histoire..., S.405) rechnet es Vichy als unbestreitbares Verdienst an, daß erstmals der Begriff des Mindestlohnes in ein Gesetz aufgenommen wird. - Die Forderung eines Mindestlohnes wurde vor allem von der Ecole Catholique Sociale gefordert. Danach sollte der Lohn 3 Bestandteile aufweisen:

- a) einen Anspruch auf die Mittel, die dem Arbeitnehmer als Mensch das Existenzminimum gewährleisten;
- b) einen Anspruch auf Entgelt für seine Arbeitsleistung;
- c) einen Anspruch auf die Mittel, die er für die familiären Bedürfnisse benötigt (vgl. hierzu André Piettre, Fondements, moyens et organes de la répartition du revenu nationale, Semaine Sociale de Dijon, 1952, S.183 f.).

Zum Problem Mindestlohn s. auch oben S.108 Anm. 102.

genden Industrie zu einer gesetzlichen Regelung geführt hat, die den Arbeitnehmern eine "annähernde Parität" gewährleistet²³⁰⁾. Die Charte du Travail ist zwar kein eigentlich revolutionäres Gesetz, wohl aber ein zaghafter und unsicherer Schritt in Richtung auf eine Strukturwandlung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern²³¹⁾ und hat daher auch als fehlgeschlagener Versuch ihren Platz in der Geschichte der Berufsorganisationen²³²⁾.

230) Kaiser S. 194 (in Bezug auf das Gesetz vom 21.5.1951, BGBl I S. 437 ff.).

231) Chaigneau S. 253. Vgl. auch Lajugie (S. 12).

232) Vgl. Chaigneau S. XVI.

C. Die corporations
außerhalb der Charte du Travail¹⁾

a) Die corporation agricole²⁾

I. Stellung innerhalb der Révolution Nationale.

Anders als die Lohnarbeiter wurden die Bauern verhältnismäßig spät von der Bewegung des Syndikalismus erfaßt. Der bäuerliche Syndikalismus erschöpfte sich im wesentlichen auch nicht darin, laufend immer neue Forderungen oder Rechte geltend zu machen, sondern befaßte sich in erster Linie damit, den Bauern durch die verschiedensten Selbsthilfeeinrichtungen Leben und Arbeit zu erleichtern bzw. zu verbessern. Diese Einrichtungen entstanden jedoch meist im Hinblick auf augenblickliche, örtlich begrenzte Bedürfnisse und auf Initiative einzelner Persönlichkeiten, von denen viele Großgrundbesitzer oder Politiker waren. Dies führte schließlich sowohl auf lokaler, wie auch auf regionaler und nationaler Ebene zu einer außergewöhnlichen Vielfalt und Buntscheckigkeit der Berufsorganisation, ohne inneren Zusammenhalt und ohne Koordination. Rivalisierende Vereine und Verbände machten dem Bauern die Wahl der richtigen Organisation schwer. Schon 1937 war daher der Ruf nach einem "syndicat corporatif" und einer "corporation paysanne" auf einem Bauernkongreß in Caen laut geworden, ohne daß man damals ahnte, daß diese Bemühungen in so kurzer Zeit schon gesetzgeberisch ihren Niederschlag finden würden. Die zentrale Stellung,

1) Vgl. oben S. 59 f. Die hier behandelten corporations sind also zu unterscheiden von denjenigen, die gemäß Art. 39 der Charte du Travail geschaffen werden konnten (s. dazu oben S. 97 und S. 118); sie sind Sonderstatuten im Sinne des Art. 7 der Charte du Travail unterworfen.

2) Siehe oben S. 59 Ziff. 1 die genaue Überschrift des Gesetzes.

welche das Vichy-Régime dem Bauerntum einräumte³⁾, die Wichtigkeit der heimischen Landwirtschaft zu einem Zeitpunkt, da Nordafrika als Versorgungsquelle ausfiel, sowie die Bedeutung des Bodens als Faktor der Stabilität und des Patriotismus⁴⁾ waren daher mehr der äußere Anlaß, der Ende 1940 zu einer korporativen Organisation auf dem seit 40 Jahren von den Radikalen beherrschten Gebiet führte. Da Frankreich seiner Natur und Überlieferung nach ein typisches Agrarland ist⁵⁾, war das Landwirtschaftsressort das Ministerium par excellence der Dritten Republik gewesen⁶⁾. Die "Charte Paysanne", wie das durch den Landwirtschaftsminister Caziot unter maßgeblicher Mitwirkung von Louis Salleron⁷⁾ geschaffene Gesetz vom 2. Dezember 1940 auch genannt wird, ist nach Salleron die Rache am Individualismus und die Rache für die Politisierung der Bauernschaft unter der Dritten Republik⁸⁾. Obwohl ein Erzeugnis der Révolution Nationale, waren ihre leitenden Ideen schon vor dem zweiten Weltkrieg konzipiert^{8a)}. Sie war ein Werk begeisterter Syndikalisten⁹⁾ und fand im Gegensatz zu den Gesetzen vom 16.8.1940 und 4.10.1941 eine relativ günstige Aufnahme¹⁰⁾, vor allem wohl auch deshalb, weil sie Bestehendes nicht zerstörte und infolge der nur suspensiven Beseitigung des Wahlsystems gute Ansätze eines autonomen Korporativismus bot. Leider wurde das Gesetz in der Folgezeit öfters geändert und die corporation agricole in steigendem Maße etatisiert. Die wichtigste Änderung erfolgte durch ein Dekret vom 16.12.1942¹¹⁾. Es befaßt sich hauptsächlich mit der endgültigen Gestaltung der Zentralinstanz und paßt die Charte Paysanne den bei der bisherigen Durchführung gemachten Erfahrungen an.

3) "...le 'Paysan'...constitue, avec le soldat, les garanties essentielles de l'existence et de la sauvegarde du pays" (Pétain, Message v. 20.4.1941, La Fr. nouv. S. 143).

4) Vgl. Pétain, Rede vom 25. Juni 1940; La Fr. nouv. S. 25.

5) Siehe auch oben S. 52.

6) Salleron, Naissance..., S. 12.

7) Hourcade, S. 220; vgl. auch Pointier, La vie de la France..., S. 276.

8) Naissance..., S. 13/14.

8a) La Fay, S. 724.

9) Hourcade S. 199.

10) Vgl. Hourcade S. 219; Principale, Rencontres S. 47.

11) J.O. v. 17.12.1942.

Bereits an der anderen Struktur ihrer Organismen zeigt sich, daß die Charte Paysanne v o r der Charte du Travail entstanden ist. Die alten, der Verteidigung beruflicher Interessen dienenden bäuerlichen Berufsvereinigungen, wie z.B. coopératives oder associations mutualistes, werden nicht unterdrückt oder aufgelöst; vielmehr koordiniert¹²⁾ das Gesetz die früheren Verbandstypen mit den neuen zu einer "organisation de toutes pièces"¹³⁾. Allerdings hatte der Landwirtschaftsminister das Recht, solche Verbände aufzulösen, die sich der neuen Entwicklung in den Weg zu stellen suchten¹⁴⁾. Als weiteren Unterschied zu der Berufsorganisation auf dem Gebiet des Handels und der Industrie läßt die corporation agricole einen stärker ausgeprägten und engeren Zusammenhalt ihrer Mitglieder erkennen¹⁵⁾.

II. Struktur.

Die corporation agricole besteht aus einem hierarchischen Gefüge von Organisationen, nämlich den "syndicats agricoles locaux", den "unions agricoles corporatives régionales ou départementales" und der "organisation nationale corporative". Unter Beseitigung des syndikalen Pluralismus wird auf jeder regionalen Stufe ein einziger unitarischer Berufsverband errichtet. Im Unterschied zu den Organisationsgrundsätzen der Charte du Travail geht hier keine Inkorporierung der

12) "...l'organisation se présente...comme un essai de coordination et de hiérarchisation des organisations pré-existantes..." (Teitgen, Henri, La loi du 2 décembre...).

13) Doublet, D.C. Législation. 1941 S. 21. - Eine innere Verzahnung von syndicat local und überkommenen institutions de coopération et de mutualité ergab sich z.B. daraus, daß die conseils d'administration dieser Institutionen zu 2/5 mit Mitgliedern besetzt wurden, die zuvor über eine vom syndicat aufgestellte Liste zu wählen waren (vgl. Art. 10 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.42 und Art. 15 des Dekrets v. 30.12.1941, J.O. v. 2.1.42).

14) Diese Befugnis war ursprünglich bis zum Juni 1941 befristet. Die Frist wurde durch Art. 20 Abs. 2 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942 bis zum 31. Dezember 1944 verlängert.

15) Principale, Rencontres S. 47.

verschiedenen Berufs- oder Mitgliederkategorien voraus. Erst i n n e r h a l b des syndicat local ist von sog. commissions paritaires die Rede, welche sich aus Vertretern der verschiedenen Interessengruppen zusammensetzen. Art. 3 Abs. 6 des Änderungsgesetzes vom 16.12.1942 verschaffte dann ausdrücklich die Möglichkeit, innerhalb bestehender unions régionales sog. "sections sociales" (Eigenunternehmer, Pächter, Lendarbeiter usw.) zu bilden mit dem Ziele, die Vertreter der verschiedenen Interessenkategorien zu gruppieren¹⁶⁾.

1. Syndicat agricole local.

Der syndicat local ist auf den Raum einer Gemeinde oder auch auf einen interkommunalen Bereich beschränkt. Seine Mitglieder sind nicht einzelne Individuen, sondern "familles paysannes" (Art. 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes). Die Zugehörigkeit des Familienoberhauptes zieht die Zugehörigkeit aller im Betrieb arbeitenden Familienmitglieder nach sich, so daß bereits die syndicats sich als gemischte Organisationen darstellen, wie dies von jeher bei vielen der bauerlichen Berufsvereinigungen der Fall gewesen war.

Im einzelnen umfaßt der örtliche Berufsverband folgende Personengruppen¹⁷⁾:

- 1.) Unternehmer, gleichgültig ob sie Eigentümer sind oder nicht;
- 2.) Eigentümer, welche den Betrieb nicht selbst bewirtschaften;
- 3.) Lohnarbeiter.

Auch Angestellte und Arbeiter der korporativen Organismen werden in die Berufsorganisation aufgenommen; desgleichen haben hauptberuflich in Landgemeinden für Landwirte arbeitende Handwerker die Möglichkeit, sich den syndicats anzuschließen.

16) Vgl. den Rapport zum Gesetz vom 16.12.1942. Über das Verhältnis von commissions paritaires und sections sociales sagt das Gesetz nichts.

17) Vgl. Art. 3 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942.

Ein prinzipiell bedeutsamer Unterschied gegenüber der Charte du Travail liegt in der wenigstens de iure grundsätzlich gewährten Syndikatsfreiheit¹⁸⁾. Die Mitgliedschaft in den syndicats wird entweder durch persönlichen Beitritt erworben oder automatisch durch die bereits vorhandene Mitgliedschaft in bestehenden landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, welche - wie bereits angedeutet - von Gesetzes wegen (Art. 9) in die neue Berufsorganisation übernommen werden¹⁹⁾. Diese zwangsweise Integrierung macht die Syndikatsfreiheit im Ergebnis aber deshalb illusorisch, weil zwei dieser übernommenen Organisationen, die caisses d'assurances sociales und die caisses d'allocations familiales, obligatorisch sind. Dadurch ist in der corporation agricole de facto die Zwangsmitgliedschaft eingeführt, zumal es sich wohl nur wenige Landwirte leisten konnten, überhaupt keiner dieser Berufsvereinigungen anzugehören, bzw. - falls sie einer solchen angehörten - unter Verzicht auf die Vorteile ihren Austritt zu erklären²⁰⁾. Die Beseitigung der Syndikatsfreiheit wird auch dadurch bestätigt, daß alle von der corporation agricole (theoretisch) erfaßten Personen von Gesetzes wegen an der finanziellen Lastentragung der corporation beteiligt sind (Art. 3 Abs. 5 in der Fassung des Gesetzes v. 16.12.42)²¹⁾.

Der syndicat local setzt sich zusammen aus der assemblée générale, der alle Syndikatsmitglieder angehören, aus der eine Art Arbeitsausschuß darstellenden chambre syndicale und einem Präsidenten, dem syndic²²⁾. Die assemblée générale schlägt der

18) Die Grundlage enthält Art. 3 Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942, wo es heißt: "Les exploitants propriétaires ... p e u v e n t adhérer au syndicat agricole corporatif local" (Sperrung nicht im Original).

19) Für die Übernahme bestimmter Ämter, wie z.B. das Amt des syndic (vgl. Art. 3 des Dekrets vom 30.12.1941-J.O.v.2.1.42) ist persönlicher Beitritt erforderlich.

20) Vgl. Garrigou-Lagrange, Brêthe-Laufenburger-Garrigou S. 90.

21) Der Rapport bemerkt hierzu: "S'il n'est pas apparu que l'obligation d'adhérer au syndicat corporatif pût être d'ores et déjà promulguée, il a, par contre, semblé raisonnable d'imposer à tous les paysans une participation aux charges financières d'un groupement dont ils doivent tous recevoir les bienfaits".

22) Art. 10 des Dekrets v. 30.12.1941 (J.O. v. 2.1.42).

union régionale den syndic zur Designation vor²³⁾ und wählt die Mitglieder der chambre syndicale. In den Händen des syndic liegen Verwaltung und Repräsentation der lokalen Berufsorganisation. Er führt auch den Vorsitz in der assemblée und in der chambre.

Der syndic muß landwirtschaftlicher Unternehmer sein. In dieser durch Art. 4 des Änderungsgesetzes vom 16.12.1942 eingeführten Privilegierung einer einzelnen sozialen Gruppe liegt eine Störung des inneren Gleichgewichts in den syndicats locaux. Sie widerspricht auch der korporativen Idee, die jeden auf den Begriff der Klasse gegründeten Vorrang ablehnt²⁴⁾. Dagegen erscheint die Einführung der sog. Familienwahl durch Erlaß vom 30.7.1942²⁵⁾ als begrüßenswerter Schritt, um den Einfluß kinderreicher Familien auf die Berufsorganisation zu mehren. Der Einfluß innerhalb des syndicat wird damit zu einer Funktion des sozialen Gewichts der Mitglieder dieser Verbände²⁶⁾.

Um das verlorene Gleichgewicht wieder einigermaßen herzustellen, wurden durch das Gesetz vom 16.12.1942 (Art. 1, 6 und 7) die bereits erwähnten, den verschiedenen Berufskategorien der Charte du Travail entsprechenden sections sociales und eine chambre syndicale nationale geschaffen²⁷⁾.

23) "Vichy, ennemie de toute élection" (Waline, Droit administratif S.254), suspendierte "vorläufig" die Wahl der Kandidaten zugunsten einer Benennung von oben (vgl. Art. 1 und 2 des Beschlusses vom 30.7.1942 -J.O.v.22.8.42-). Salleron rechtfertigte dieses Verfahren in "Syndicats Paysans" v. 15.6.1941 mit der Begründung, daß die Unterdrückung der Wahl unter den damaligen Verhältnissen (mehrere hunderttausend Landwirte befanden sich in Kriegsgefangenschaft; Schwierigkeit, überhaupt allgemeine Wahlen abzuhalten) praktisch geboten gewesen sei. Salleron war aber der Auffassung, daß es sich hierbei nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln konnte.

24) Vgl. M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 45.

25) J.O. v. 22.8.1942. Danach hat jedes Mitglied sovielen Stimmen als minderjährige Kinder und im Betrieb mitarbeitende Familienangehörige vorhanden sind.

26) M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 45.

27) Vgl. hierzu M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 45/46; Art. 7 in der Fassung des Gesetzes v. 16.12.42.

2. Union agricole corporative régionale ou départementale.

Die unions fassen im allgemeinen die verschiedenen syndicats locaux innerhalb eines Départements zu einer übergeordneten Organisation zusammen, deren assemblée générale aus den syndicats der lokalen Berufsverbände besteht. Ein conseil régional corporatif, dessen Mitglieder vom Landwirtschaftsminister auf Vorschlag der assemblée générale designiert werden, und in dem auch die sog. groupes spécialisés par production²⁸⁾, die integrierten alten Berufsorganisationen, sowie die sections sociales vertreten sind, nimmt die Funktionen eines Arbeitsausschusses der assemblée générale wahr.

An der Spitze der union régionale steht ein syndic régional. Er wird in geheimer Wahl von der assemblée générale als Kandidat nominiert und dem Landwirtschaftsminister zur Designation vorgeschlagen²⁹⁾.

Wie bereits die Charte de la Production und später die Charte du Travail sog. commissaires du gouvernement in die Berufsorganisation eingeführt haben³⁰⁾, so macht auch die Charte Paysanne von dieser Möglichkeit Gebrauch. Bei den Tagungen der syndicats und den Versammlungen der conseils ist jeweils ein commissaire zugegen.

3. Organisation nationale corporative.

Die vereinigten syndicats régionaux bilden zusammen mit Vertretern der verschiedenen sozialen Kategorien (Eigenunternehmer, Pächter, Arbeiter usw.) den conseil national corporatif agricole, dem der Landwirtschaftsminister präsidiert und dem ein conseil permanent beratend zur Seite steht³¹⁾. In diesem Organ, das

28) Vgl. z.B. die association générale des producteurs de blé oder die confédération générale des vignerons.

29) Art. 1 des Erlasses vom 30.7.1942 (J.O. v. 22.8.42).

30) Siehe oben S. 72 und S. 123.

31) Art. 8 Abs. 5 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.42. Der Rapport zu diesem Gesetz vergleicht hier den Landwirtschaftsminister mit dem Justizminister in dessen Eigenschaft als Präsident des Conseil supérieur de l'instruction publique.

wohl als juristische Person³²⁾, nicht aber ausdrücklich als établissement public konstituiert ist, sind außerdem vertreten³³⁾:

- 1.) die groupes spécialisés;
- 2.) die chambre syndicale³⁴⁾;
- 3.) die bisherigen Berufsvereinigungen gemäß Art.9 des Gesetzes;
- 4.) der organisme de coordination des travaux des chambres régionales d'agriculture³⁵⁾.

Den Versammlungen des conseil national wie des conseil permanent wohnt ein commissaire du gouvernement bei (Art.8 Abs.7 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942).

III. Aufgaben und Befugnisse.

Die verschiedenen Organismen haben eine umfassende Zuständigkeit. Sie hebt sich stark von der durch die Charte du Travail den syndicats professionnels zugestandenen unbedeutenden Rolle ab und geht über die gemäß Art. 39 der Charte du Travail den corporations übertragenen Befugnisse hinaus. Gemäß Art. 1 des Gesetzes ist es nämlich Aufgabe der landwirtschaftlichen korporativen Organisation, die gemeinsamen Interessen der bäuerlichen Bevölkerung auf moralischem, sozialem und wirtschaftlichen Gebiet wahrzunehmen und zu fördern³⁶⁾. Die corpo-

32) Art. 8 Abs. 4 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942.

33) Vgl. Art. 8 Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.42. - Der conseil national umfaßt rund 150 Personen. Die numerische Zusammensetzung und den Geschäftsgang regelt ein Dekret vom 12.12.1942 (J.O. v. 17.12.42).

34) Art. 7 Abs. 6 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.42. Die chambre syndicale darf nicht mit dem gleichnamigen Hilfsorgan des syndicat local verwechselt werden (vgl. oben S. 147). Sie soll ein Organ für den Ausgleich der zwischen den verschiedenen sozialen Interessengruppen, den sections sociales (vgl. oben S. 146), bestehenden Spannungen sein. Der Rapport bezeichnet sie als "expression du syndicalisme paysan, chargée d'apporter au conseil national corporatif les vœux des terriens".

35) Diese chambres haben die Förderung des landwirtschaftlichen Fortschritts durch wissenschaftliche Forschung zum Ziel.

36) Livre III des Code du Travail wird ausdrücklich für anwendbar erklärt.

Bezüglich der Unterscheidung sozialer und wirtschaftlicher

ration agricole hat daneben ein Monopol auf Repräsentation aller Berufsangehörigen³⁷⁾. Im einzelnen sollen die syndicats corporatifs locaux durch die commissions paritaires, die sich aus den verschiedenen Interessenkategorien zusammensetzen, auf lokaler Ebene beim Erlaß von Arbeitsordnungen, bei der Ausarbeitung brauchbarer Bodennutzungsbedingungen, sowie der Regelung aller Beziehungen beruflicher Natur unter den Mitgliedern mitwirken.

Die unions als regionaler Mittelpunkt des bauerlichen Berufslebens, die mit einem pouvoir réglementaire ausgestattet und an der Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu beteiligen sind, sollen das eigentlich belebende Element und die treibende Kraft ("cheville ouvrière") darstellen³⁸⁾. Sie überwachen auch Berufsdisziplin und Berufssehre. Damit sie in der Lage sind, diese Aufgaben zu bewältigen, schuf ein Gesetz vom 31. Dezember 1942³⁹⁾ bei jeder union régionale eine chambre de discipline corporative und als zweite Instanz am Sitze jeder Cour d'appel eine commission supérieure de contrôle. Die chambre de discipline sind neben der Ahndung von Verfehlungen gegen die Korporationsdisziplin⁴⁰⁾ auch für die Streitschlichtung ("conciliation") zuständig⁴¹⁾.

Aufgaben vgl. oben S. 57 f. Die von der corporation agricole außerdem übernommene Zuständigkeit auf moralischem Gebiet wird von Garrigou-Lagrange (Brêthe-Laufenburger-Garrigou, S. 85) als "rôle essentiel" der Berufsorganisation bezeichnet. Hierunter fallen auch Aufgaben, die der Verwirklichung des dritten Prinzips der Révolution Nationale dienen, da die Landwirtschaft eine wichtige Stütze der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung sein soll (vgl. Hourcade S. 97, sowie oben S. 52 und S. 143).

37) "Ce monopole de la représentation professionnelle...s'est achevé, en ce qui concerne l'agriculture, dans la loi du 2 décembre 1940" (Salleron, Naissance..., S. 243).

38) Teitgen, Henri, La loi du 2 décembre...

39) J.O. v. 9.3.1943.

40) Für Ehr- und Pflichtverletzungen der Mitglieder des conseil national corporatif wurde durch Ministerialerlaß vom 2.11.194 (zit. bei M. xxx, L'organisation corporative paysanne en 1943, S. 42) eine eigene commission disciplinaire geschaffen.

41) Siehe dazu J. Doublet, Les sanctions professionnelles en matière agricole, Droit Social, Bd. 6 (1943), S. 212 ff. Vorsitzender einer chambre de discipline ist jeweils ein magistrat bzw. conseiller.

Die unions können die von den syndicats locaux ausgearbeiteten règlements annehmen, abändern oder ablehnen. Falls der zuständige commissaire du gouvernement nicht eingreift, werden ihre Entscheidungen wirksam. Ein gültiger Beschluß erstreckt sich auch auf nicht syndizierte Berufsmitglieder (Art. 2 Abs. 6 des Gesetzes).

Der erst durch das Änderungsgesetz vom 16.12.1942 geschaffene conseil corporatif national trat an die Stelle der bis zu diesem Zeitpunkt als "rouages centraux de l'organisation corporative" eingesetzten commission de l'organisation corporative paysanne⁴²⁾. Er kann die in Art. 7 des Gesetzes geregelten Aufgaben der union an sich ziehen und kraft seines pouvoir réglementaire selbständig erledigen, sobald ihnen überregionale Bedeutung zukommt. Als Zentralorgan der corporation agricole vertritt er die Gesamtheit der wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Belange des bauerlichen Berufsstandes. In Wahrnehmung dieser Aufgaben kontrolliert und koordiniert er die Tätigkeit der unions, der besonderen Produktionsverbände und der nur auf nationaler Ebene bestehenden Organisationen (wie z.B. die chambre syndicale nationale). Er kann die Beschlüsse dieser Organisationen für nichtig erklären (Art. 8 Abs. 2 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942).

IV. Staatliche Einwirkung.

Die wichtigste staatliche Einflußnahme auf die bauerliche Berufsorganisation erfolgt unmittelbar durch den Landwirtschaftsminister bzw. durch die die Interessen des Staates wahrnehmenden commissaires du gouvernement⁴³⁾. Dem Minister obliegt nicht nur die Designation der aus 35 Mitgliedern bestehenden commission de l'organisation corporative gem. Art. 19 des Gesetzes,

42) Art. 19 Abs. 2 des Gesetzes.

43) Vgl. dazu Art. 6 Abs. 5 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942.

er ist vielmehr seit dem Änderungsgesetz vom 16.12.42 selbst Präsident des conseil national corporatif⁴⁴⁾ und damit oberster Funktionär der corporation agricole⁴⁵⁾. Der syndic national und der syndic national adjoint sind, obwohl geschäftsführende Direktoren, lediglich untergeordnete Angestellte und unterstehen dem pouvoir hiérarchique des Ministers⁴⁶⁾.

Der Minister ist das Bindeglied zwischen Staat und corporation. Er besitzt eine ausschließliche Zuständigkeit für Fragen, die sich auf das Verhältnis zwischen öffentlicher Gewalt und Berufsorganisation beziehen, sowie für die Untersuchung, Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen und Verordnungen, die den landwirtschaftlichen Berufsstand und die bäuerliche Familie betreffen. Er designiert auch die wichtigsten Funktionäre der verschiedenen Organismen, wie z.B. dem syndic national oder die syndicats régionaux. Auf diese Weise hat der Staat ein sicheres Mittel in der Hand, bei der Auswahl der Funktionäre ihm genehme Personen zu berücksichtigen⁴⁷⁾.

Wie die Personen als solche, so unterliegen auch die im Namen der corporation erfolgenden Willensäußerungen einer strengen Kontrolle. Neben der intern-korporativen Überwachung des niederen durch den höheren Berufsverband, fallen hierbei den commissaires du gouvernement wichtige Aufgaben zu⁴⁸⁾.

44) Art. 8 Abs. 5 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942.

45) Bereits 1942 war er kurz Präsident der commission de l'organisation corporative gewesen; siehe dazu das Gesetz vom 27.2.1942 (J.O. v. 28.2.42). Nachdem Landwirtschaftsminister Caziot aus der Regierung ausgeschieden war, wurde diese Maßnahme zwei Monate später durch das Gesetz vom 27.4.1942 (J.O. v. 28.4.42) wieder rückgängig gemacht. In Zukunft sollte ein vom Staatsoberhaupt auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannter Präsident der corporation agricole vorstehen.

46) M. ^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 45. "Le syndic national agit comme simple représentant du ministre, et celui-ci, en tant que supérieur hiérarchique, a la possibilité de casser purement et simplement les décisions prises..." (Hourcade S.228/229). - Zum Unterschied zwischen pouvoir hiérarchique und pouvoir de tutelle siehe oben S. 78 Anm. 90.

47) Vgl. Hourcade S. 223.

48) Die korporativen Organismen sind außerdem einer strengen Kontrolle durch die staatlichen Finanzbehörden unterworfen: "L'étatisme a envahi de plus en plus la corporation paysanne, notamment par la voie du contrôle financier" (Salleron, Les Etapes..., S. 9).

Ihre Befugnisse werden vom Gesetz im einzelnen zwar nicht präzisiert. Bei den unions régionales haben die commissaires aber ein Evokationsrecht und können die von den commissions paritaires ausgearbeiteten, den unions zur Annahme vorgelegten règlements dem Minister zur Genehmigung überweisen (Art. 5 des Gesetzes)⁴⁹⁾. Bei Untätigkeit einer union hat der commissaire außerdem ein Substitutionsrecht und kann selbständig Vorschläge zur Sache machen (Art. 7 des Gesetzes). Der commissaire du gouvernement beim conseil national hat im wesentlichen eine entsprechende Stellung⁵⁰⁾.

V. Ergebnis der gesetzgeberischen Bemühungen⁵¹⁾.

Bereits im September 1942 waren etwa 80 unions régionales und 33 000 syndicats locaux konstituiert⁵²⁾. Der von der Charte Paysanne unternommene "effort communautaire" hat sein Ziel, die bäuerlichen Familien unabhängig von ihrem sozialen Status auf der Grundlage vollkommener Gleichheit zusammenzuschließen, zwar nicht erreicht⁵³⁾, er war andererseits aber keineswegs fruchtlos. Die corporation agricole hat nach Gravier⁵⁴⁾ das Verdienst, Zusammengehörigkeitsgefühl und Standesbewußtsein des Bauernstandes gestärkt und den Sinn für gemeinnütziges Denken innerhalb des Berufes geweckt zu haben. Auch auf sozialem Gebiet sei Nützliches geleistet worden. Als weitere positive Punkte zählt La Fay^{54a)}, daß die corporation agricole Ordnung in die Vielfalt der Organisationsformen gebracht, eine echte Repräsentation des Bauerntums herbeigeführt und neue Kader und Eliten gebildet habe.

49) Vgl. hierzu Salleron, Les Etapes..., S. 8.

50) Siehe dazu Art. 8 Abs. 7 in der Fassung des Gesetzes vom 16.12.1942.

51) Die Berichterstattung darüber ist mangelhaft, weil über die Sitzungen des conseil corporatif keine amtlichen Berichte vorliegen (vgl. M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne en 1943, S. 41).

52) Vgl. M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 41.

53) Vgl. M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 45.

54) Les structures professionnelles du monde rural, Semaine Sociale de Nantes, 1950, S. 230; s. außerdem Pointier, La vie de la France..., S. 277.

54a) S. 724.

Für das Scheitern der Berufsorganisation ist vor allem die anfängliche, auf lokaler und regionaler Ebene herrschende Zuständigkeitsverwirrung verantwortlich, die schließlich in eine Kompetenz- und Machtkonkurrenz zwischen Staats- und Berufsverwaltung ausartete und die Arbeit der commission de l'organisation corporative lähmte. Das Zusammenwirken von Macht und Autorität war besonders dadurch gestört, daß die commission de l'organisation selbständige, auf einer echten Autonomie der corporation agricole beruhende Befugnisse für sich in Anspruch nahm, während die übergeordneten Staatsbehörden mit ihren hergebrachten Methoden der Aufsicht unmittelbar auf die lokalen Berufsorganisationen und ihre Mitglieder glaubten Einfluß nehmen zu können⁵⁵⁾. Nachdem das Gesetz vom 27.2.1942 durch Einsetzung des Landwirtschaftsministers als Präsident der corporation agricole einen ersten, wenn auch nur für kurze Zeit erfolgreichen Vorstoß zur Beseitigung dieses Zwiespaltes gemacht hatte, suchte das Gesetz vom 16.12.1942 im Anschluß daran durch endgültige koordinierende und zentralisierende Maßnahmen vorhandene Mängel auszuräumen. Die commission de l'organisation wurde aufgelöst. An ihre Stelle trat der unmittelbar unter der Autorität des Landwirtschaftsministers stehende conseil national corporatif. Dieser hielt aber bis zum September 1943 nur zwei einzige Sitzungen ab. Außerdem wurde durch Circulaire des Landwirtschaftsministers vom 5.4. 1943 den Kompetenzkonflikten zwischen maires und syndics Einhalt geboten; ersteren wurden die administrativen, letzteren die beruflichen Fragen zugewiesen.

Der tiefere Grund für das Mißlingen der Charte Paysanne dürfte aber wie bei der Charte du Travail am passiven Widerstand der Menschen selbst gelegen haben, an die sich das Gesetz richtete, am Mißtrauen der Bauernschaft⁵⁶⁾ und an der Skepsis und Indif-

55) M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 41; Watine, S. 259.

56) Vgl. M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne en 1943, S.50. Der Argwohn der Bauern ist daneben wohl zum Teil auch auf den "bürokratischen Charakter" (M.^{xxx}, a.a.O. S. 50), wie auf die "incertitude doctrinale", auf die Ungewißheit darüber, in welchem Maße die Berufsorganisation bereits in der Hand des Staates sich befindet (Watine, S.259), zurückzuführen. Hinzu kommt, daß jeder neue Minister irgendwie auch eigene Ideen einfließen ließ (Hourcade S. 276).

ferenz vieler Funktionäre⁵⁷⁾. Die korporative Jugendarbeit war völlig vernachlässigt worden⁵⁸⁾. Bereits die Ankündigung des Änderungsgesetzes vom 16.12.1942 hatte zur Demission der Mitglieder der commission de l'organisation corporative geführt, die ihren Rücktritt mit der hartnäckigen und systematischen, die weitere Arbeit boykottierenden Opposition seitens der Regierungsbehörden begründeten⁵⁹⁾. Wegen der Undankbarkeit der Aufgaben, vor allem auf dem Gebiet der Versorgung, demissionierten auch zahlreiche syndics, während andere sich weigerten, ehrenamtlich für die corporation tätig zu sein. Manche aus der syndikalistischen Bewegung hervorgegangene, in der Berufsorganisation der corporation agricole trotzdem aber aktive Funktionäre wurden von weiterer Mitarbeit dadurch abspenstig gemacht, daß man ihnen vorwarf, sie hätten zu wenig Gespür für die Erfordernisse des Allgemeininteresses, es fehle ihnen der "sens de l'intérêt général", weil sie noch zu sehr dem fordernden Geist des Klassenkampfes verhaftet seien⁶⁰⁾.

Insgesamt betrachtet, fehlte der corporation agricole der Glaube an ihre Sendung. Die Dynamik der ersten Monate verlor sich darum bald in verwaltungsmäßiger Routinearbeit, in einer kaum den formalen Rahmen überschreitenden Organisation um der Organisation willen⁶¹⁾. Das besondere und ihre Bedeutung ausmachende Merkmal der Charte Paysanne liegt in der Übernahme der alten Berufsverbände⁶²⁾ und in einer Stärkung der Einheit des Bauerntums^{62a)}.

57) Hourcade S. 290.

58) Vgl. Olivier-Martin, "Paris-Soir" v. 7.10.1943.

59) Vgl. dazu Hourcade S. 285. Die Regierung tat alles, um die Autorität der corporation agricole zu vermindern ("la Corporation est tenue systématiquement en dehors de tous les grands problèmes nationaux, le gouvernement s'efforçant de les résoudre par voie d'autorité").

60) M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne en 1943, S. 49.

61) Vgl. hierzu Hourcade S. 288.

62) Vgl. J. Doublet, D. C. Législation. 1941 S. 23.

62a) La Fay, S. 724.

Selbstredend findet auch die landwirtschaftliche Berufsorganisation in Bezug auf ihren ideologischen Gehalt keine einmütige Beurteilung⁶³⁾. Während z.B. Salleron⁶⁴⁾ in ihr eine im Grunde nicht-etatistische Ordnung sieht, konstatiert Hourcade⁶⁵⁾ Ansätze eines corporatisme d'Etat und Pirou⁶⁶⁾ charakterisiert sie sogar als Prototyp dieser Gattung unter Hinweis auf das fast vollständige Verschwinden der Wahl, die bedeutende Rolle der Zentralgewalt und die Überwachung aller Akte der corporation. Es ist nicht zu leugnen, daß Art. 1 für sich allein betrachtet die Schaffung einer autonomen corporation agricole vermuten⁶⁷⁾ und eine Tendenz zum Korporativismus hin⁶⁸⁾ durchscheinen läßt, auch wenn der Staat noch die wichtigsten Ernennungs- und Kontrollfunktionen in der Hand hat. Die fortschreitende gegenseitige Durchdringung von Staat und corporation, die zweifellos als beherrschender Zug des Organisationsvorganges hervortritt⁶⁹⁾, zeigt aber klar, daß das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung nicht mehr war als ein ziemlich brüchiger Damm gegen die möglichen Eingriffe eines autoritären Staates, der jederzeit eine Änderung oder gar Verletzung des

63) Vgl. oben S. 87 ff. u. S. 140 f.

64) Naissance..., S. 236; ebenso Aron, Histoire..., S. 245.

65) S. 220.

66) Traité d'économie politique, Paris 1939, Bd. 2, S. 182. Dagegen wendet sich Salleron (Naissance..., S. 234 ff. insbesondere S. 239) mit der Begründung, es handle sich hier ja nicht um die Schaffung einer Organisation ex nihilo, sondern um "institutions anciennes, ayant subi l'épreuve du temps, et n'ayant pas la moindre intention de se laisser dévorer par l'Etat".

67) Watine, S. 259. Auch Salleron spricht diese Vermutung in etwas abgewandelter Form aus: "A ne considérer que la structure de la loi, l'agriculture semble dotée d'une véritable organisation corporative respectant également l'autorité de l'Etat et les libertés de la profession" (Les Etapes..., S.9).

68) Teitgen, Henri, La loi du 2 décembre...

69) Vgl. auch M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne en 1943, S. 49. Der Rapport zum Gesetz vom 16.12.1942 spricht von einer "époque d'autorité nécessaire que nous traversons", die Watine mit der clausula rebus rechtfertigt: "...depuis les événements de 1940, les nécessités vitales ont imposé dans tous les domaines, une intervention plus poussée, une direction plus complète de l'Etat" (S. 259).

Rechtes riskieren konnte⁷⁰⁾. Daß es sich bei der fortschreitenden Etatisierung der corporation agricole nicht nur um bloße Retouchen handelt, wie der Rapport zum Gesetz vom 16.12.1942 vorgibt, sondern eine entscheidende Änderung der ursprünglichen Auffassung darin zum Vorschein kommt⁷¹⁾, ergibt sich einwandfrei aus der dem Landwirtschaftsminister eingeräumten Schlüsselstellung. Seine unumschränkte dirigierende und kontrollierende Funktion macht jede eigene autonome Entscheidungsgewalt unmöglich. Mag daher die oben erwähnte Formulierung Pirus für die Charte Paysanne in ihrer ursprünglichen Fassung auch zu radikal sein⁷²⁾, so trifft sie sehr genau für das Gesetz in seiner Neufassung vom 16.12.1942 zu. In ihrer endgültigen Gestalt war die corporation agricole ein bequemes Instrument staatlicher Machtausübung, eine Art Unterabteilung des Landwirtschaftsministeriums und damit die Verkehrung der korporativen Idee in ihr Gegenteil⁷³⁾. Trotzdem wurde die Aufhebung der Charte Paysanne durch eine Ordonnance vom 12. Oktober 1944 verschiedentlich beklagt, weil es verhältnismäßig einfach gewesen wäre, ihr eine freiheitliche Struktur zu geben⁷⁴⁾. Immerhin kam die von der corporation agricole geleistete Arbeit hinsichtlich der Verschmelzung und organisatorischen Vereinheitlichung der streng territorialen Gliederung der landwirtschaftlichen Berufsverbände und der Stärkung des Einheitsgedankens der nach der Libération geschaffenen Confédération Générale de l'Agriculture, die demgegenüber manche Vorzüge ihrer Vorgängerin vermissen ließ^{74a)}, zustatten^{74b)}.

70) Salleron, Les Etapes..., S. 8.

71) M.^{xxx}, L'organisation corporative paysanne, S. 45.

72) Hourcade, S. 220.

73) Vgl. Hourcade S. 286 und S. 287.

74) Vgl. Gravier, Semaine Sociale de Nantes 1950, S. 230.

74a) Folliet, S. 316.

74b) Vgl. hierzu La Fay, S. 724.

b) Die corporations der Handelsmarine und der Binnenschifffahrt⁷⁵⁾.

Die gesetzgeberische Formulierung der korporativen Doktrin des Vichy-Regimes hatte in Bezug auf die gewerblichen Berufe mit der Charte du Travail einen ersten Abschluß gefunden. Die nach dem 4.11.1941 auf der Grundlage der in Art. 7 der Charte du Travail getroffenen Ausnahmeregelung noch erlassenen Organisationsstatute bauen auf der bis dahin geleisteten Arbeit des Gesetzgebers auf⁷⁶⁾. Die in ihnen vorgesehenen corporations erhalten eine umfassende Zuständigkeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die Strukturelemente und Organisationstypen der bereits bestehenden Institutionen werden in reiner oder vermischter Form übernommen, wenn auch nicht immer mit genau derselben Aufgabenverteilung. Der korporative Kontrollapparat wird zum Teil modifiziert, ohne im Grunde aber die beherrschende Stellung des Staates im Verwaltungsmechanismus der corporations anzutasten. Die Abhängigkeit der Berufsorganisationen vom Staat und ihr Ausgeliefertsein an den Staat bleiben für sie bestimmend. Allein staatliche Aktion und Kontrolle werden für fähig gehalten, die Repräsentanten von Kapital und Arbeit aus der Verharrung in klassenegoistischem Denken zu lösen und einem besseren Verständnis des innerbetrieblichen und nationalen Gemeinwohls zuzuführen⁷⁷⁾. Die corporation de la marine de commerce und die corporation de la navigation intérieure sollen daher - unter Hervorhebung des Besonderen - nur kurz erläutert werden.

75) Siehe oben S. 59 Nr. 3 und 4 die genauen Titel der Gesetze.

76) Vgl. z.B. den Rapport zum Gesetz vom 14.4.1942 (J.O. vom 29.7.1942), in dem von einer "adaption spéciale à la navigation intérieure de la loi du 4 octobre 1940" die Rede ist.

77) Vgl. den Rapport zum Gesetz vom 27.3.1942 (J.O. vom 31.3.1942).

I. Die corporation de la marine de commerce.

Während alle anderen korporativen Organisationen in ihrem Wirkkreis auf das nationale Territorium beschränkt bleiben, trägt die vorläufige corporation de la marine de commerce in gewissem Sinne internationalen Charakter. Diese Besonderheit war auch der Hauptgrund für die Disziplinierung des Berufszweiges. Infolge teilweise schwerer Lohnkämpfe, von denen die französische Handelsmarine immer wieder heimgesucht worden war, kam ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit auch das Ansehen Frankreichs als seefahrendes Volk zu Schaden. Dieser Mißstand sollte nunmehr beseitigt und ein von Zucht und Ordnung bestimmtes stabiles Gleichgewicht der Kräfte hergestellt werden⁷⁸⁾. Wenn auf diesem Gebiet, wo der Zusammenprall mit liberalen Wirtschaftssystemen unvermeidlich war, überhaupt ein korporativer Versuch unternommen wurde, so auch deshalb, weil die wirtschaftliche Tragweite zunächst ganz in den Hintergrund trat. Die Handelsflotte stand schon seit Kriegsbeginn unter staatlicher Leitung. Den Gesetzgeber beschäftigt in erster Linie die Sozialreform⁷⁹⁾.

Unter Übernahme eines grundlegenden, im Programm der Révolution Nationale niedergelegten Gedankens wird der in der Charte du Travail vernachlässigte Betrieb hier wirklich als Grundeinheit ("cellule fondamentale") der corporation etabliert⁸⁰⁾. Auf der Grundlage eines bzw. mehrerer Betriebe werden die verschiedenen Gruppen von Lohnempfängern als catégories professionnelles

78) Vgl. den Rapport zum Gesetz.

79) Siehe dazu besonders de Laclave S. 220 ff. Vgl. auch die Gesetze vom 11. und 12.4.1941 betr. den sozialen und beruflichen Status der Matrosen.

80) De Laclave S. 221 zu Art. 2 des Gesetzes. Allerdings trugen hier die natürlichen Gegebenheiten stark dazu bei, dem Betrieb diese zentrale Stellung zu geben. Schiffsbesatzung und Schifffahrtsunternehmen waren von jeher unter sich zwar verschiedene, ihrer inneren Struktur nach aber hierarchische Körperschaften gewesen. Der Korporativismus war hier gewissermaßen schon immer zu Hause (vgl. Galy-Ache, La corporation de la marine de commerce, "Production" vom Juli 1943, S. 8).

zwangsweise in syndicats organisiert⁸¹⁾. Den Arbeitgebern ist zwar die Gründung eigener lokaler oder regionaler syndicats freigestellt; jeder Unternehmer bildet aber zusammen mit den in seinem Betrieb syndizierten Lohnempfängern einen tripartiten, aus den Kategorien Unternehmer, Offiziere und Matrosen bestehenden comité social d'entreprise. Entsprechend werden in der Regel im Bereiche eines Handelshafens für die verschiedenen Betriebe sog. comités sociaux régionaux geschaffen⁸²⁾. Während den comités sociaux d'entreprises gem. Art. 6 Abs. 2 des Gesetzes die "berufliche und soziale Zusammenarbeit zwischen Direktion und Personal" übertragen ist, obliegen den comités sociaux régionaux besondere Aufgaben auf diesen Gebieten. So sind sie z.B. erste Instanz für die gütliche Beilegung von Kollektivstreitigkeiten (Art. 7 Abs. 5 des Gesetzes).

Neben den comités sociaux hat das Gesetz, Charte de la Production und Charte du Travail gleichsam miteinander verschmelzend, comités économiques geschaffen. Nach Art. 12 des Gesetzes sind sie, wie die comités d'organisation rein patronale Organismen. Für die Behandlung gemeinsamer Fragen können aber sowohl Vertreter von Handel und Industrie zu Mitgliedern bestimmt, wie auch Repräsentanten der verschiedenen catégories professionnelles der Lohnempfänger zugezogen werden.

Die technische Trennung der Sachbereiche (sozial, wirtschaftlich) ist auch beim obersten korporativen Organ, dem comité central corporatif, durchgeführt.

Die Befugnisse des Staates im Bereich der corporation sind ausführlich geregelt. Neben den üblichen Designations-, Substitutions- und Genehmigungsrechten der Ministerialbehörden kann der Staatssekretär gemäß Art. 17 jede Entscheidung der verschiedenen comités suspendieren oder für nichtig erklären. Der Staatssekretär ist im comité social régional durch einen commissaire du

81) Art. 4 des Gesetzes. Betriebliche Syndikate bilden z.B. officiers du pont, officiers de la machine, marins de la machine etc.

82) Die regionalen comités sociaux entsprechen den comités sociaux locaux der Charte du Travail (s. oben S. 106).

gouvernement mit beschließender, in den meisten übrigen Organismen aber durch commissaires mit beratender Stimme vertreten. Er verhängt auch korporative Sanktionen.

II. Die corporation de la navigation intérieure.

Der Rapport zum Gesetz⁸³⁾ rechtfertigt die Gründung dieser corporation mit der klaren Abgegrenztheit der Binnenschifffahrt gegenüber anderen Schifffahrtszweigen, den besonderen Lebensbedingungen der Beteiligten, deren Gesamtheit ein einheitliches Ganzes darstelle, und der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Branche. Den Organisationsstatuten der früheren corporations folgend, geht das Gesetz über den Rahmen einer sich auf die Regelung sozialer Fragen beschränkenden Ordnung hinaus und bezieht die wirtschaftlichen Aufgaben des Berufszweigs in den Zuständigkeitskreis der Berufsorganisation ein.

Im einzelnen erfolgt eine weitestgehende Übernahme des Systems der Charte du Travail⁸⁴⁾, und zwar so, daß die unions régionales und der comité central corporatif neben sozialen zugleich auch wirtschaftliche Aufgaben wahrnehmen⁸⁵⁾. Der comité central hat zugleich diszipliniäre und schiedsrichterliche Befugnisse.

Die Klammer, die der Staat um die anderen corporations gelegt hat, wird bei der corporation de la navigation nicht gelockert. Das Gesetz bedeutet daher einen weiteren Schritt vorwärts auf dem Wege der Verstaatlichung gesellschaftlicher Lebensbereiche. Die staatliche Lenkung und Leitung kommt hauptsächlich darin zum Ausdruck, daß - ähnlich wie bei der corporation agricole - ein hoher Staatsbeamter, nämlich der Direktor des Office na-

83) J.O. v. 29.7.1942.

84) Vgl. dazu den Rapport zum Gesetz.

85) Der comité central corporatif tritt an die Stelle des comité d'organisation des transports par navigation intérieure und übernimmt dessen sämtliche Befugnisse (Art. 22 Abs. 1 des Gesetzes).

tional de la navigation, die corporation leitet⁸⁶⁾.

c) Die corporation der Seefischerei.

I. Stellung innerhalb der Révolution Nationale.

Das Gesetz vom 13.3.1941⁸⁷⁾ knüpft in noch sehr viel stärkerem Maße wie die Charte Paysanne an Bestehendes an und versucht eine vom Geist der Révolution Nationale inspirierte Umformung der durch das Gesetz vom 24.5.1938 geschaffenen korporativen Ordnung der Seefischerei⁸⁸⁾. Dadurch, daß es zwischen der spontanen und freien Berufsorganisation der Vorkriegszeit und dem autoritären, auf ständiger staatlicher Kontrolle beruhenden Organisationsmodus des Vichy-Regimes⁸⁹⁾ eine Verbindung herzustellen sucht, nimmt es gegenüber den anderen auf dem Gebiet der Berufsorganisation erlassenen Gesetzen eine eigenartige und einmalige Zwischenstellung ein, mag es im einzelnen auch lückenhaft sein⁹⁰⁾.

Kraft ihres pouvoir réglementaire nimmt die corporation auch hier - unter organisatorischer Trennung der Bereiche - sowohl soziale wie auch wirtschaftliche Aufgaben wahr. Gegenüber den übrigen Berufsordnungen enthält das Gesetz vom 13.3.1941 aber einen bedeutungsvollen Fortschritt. Alle catégories professionnelles, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nämlich gleichberechtigt in den Wirtschaftsausschüssen vertreten. Auf diese Weise wird jede Privilegierung beseitigt und die Berufseinheit in persönlicher Hinsicht gewährleistet.

86) Art. 20 Abs. 2 des Gesetzes. Die staatliche Direktion der Binnenschifffahrt bestand allerdings bereits seit einigen Jahren und war in den Gesetzen vom 11.11.1940 und vom 22.3.1941 erneut festgehalten worden (vgl. dazu den Rapport zum Gesetz)

87) Siehe oben S. 59 Nr. 2 den genauen Titel des Gesetzes.

88) Vgl. dazu oben S. 25 f. Der décret-loi vom 24.5.1938 wird durch Art. 23 des Gesetzes aufgehoben.

89) Vgl. Colin S. 46. - Colin war überzeugter Korporativist und Mitarbeiter des Père Lebret (Bador S. 4).

90) Es war eine ganze Reihe von décrets-règlements und statuts erforderlich, um die Tragweite der einzelnen Bestimmungen festzulegen (siehe dazu Bador S. 6).

II. Struktur und Aufgabenverteilung.

Gemäß Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes umfaßt die corporation alle Personen, die den Beruf des Fischfangs auf industrieller oder handwerklicher Grundlage, auf dem Meer oder an der Küste, ausüben. Komplementäre Berufszweige, wie Seefischhandel und seefischverarbeitende Industrie, können organisatorisch an die corporation angeschlossen werden (Art. 1 Abs. 2 und Art. 20 des Gesetzes)⁹¹⁾. Ihre Mitarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet ist aber jetzt schon gesetzlich festgelegt, weil sonst die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele der Seefischerei in Frage gestellt wäre.

Anders als bei der corporation agricole sind bei der corporation des pêches maritimes, wie bei der corporation de la marine de commerce, wirtschaftliche und soziale Aufgaben getrennten Organismen unter Leitung des conseil central corporatif übertragen. Während der soziale Zweig der Berufsorganisation sich von unten her aus syndicats locaux als dem Fundament der corporation entwickelt und über die unions régionales im comité central corporatif mündet⁹²⁾, ist der wirtschaftliche Zweig

91) Die seefischverarbeitende Industrie erhielt am 20.11.43 (J.O. v. 23.1.44) ein eigenes obligatorisches Organisationsstatut (vgl. den genauen Titel des Gesetzes oben S.59 Nr.5), das sich - unter Übertragung wirtschaftlicher Aufgaben auf die corporation - wieder ganz in die Linie der Charte du Travail stellt. Der Syndikalismus bleibt "organe mineur", die Entscheidungen des conseil central corporatif bedürfen ministerieller Genehmigung, die Entscheidungen der unions régionales bedürfen der Genehmigung durch die eingesetzten commissaires du gouvernement (Art. 16 des Gesetzes; vgl. dazu näher P. Colin, Une nouvelle corporation, Droit Social, Bd.7 (1944) S. 211-214).

92) Der comité central besteht aus Vertretern der Syndikate, aus Vertretern von Industrie und Handel, soweit sie mit der Seefischerei in Zusammenhang stehen, sowie aus Vertretern interessierter öffentlicher und privater Körperschaften. - Zum Aufbau auf Syndikaten siehe P. Colin, La corporation des pêches maritimes, "Production" v. Juli 1943, S.4. - Die Syndikate werden als "syndicats par spécialité" bezeichnet. Kategoriale Syndikate gibt es jedoch nur für den industriell betriebenen Fischfang. Die handwerksmäßig arbeitende Fischerei bildet einen gemischten syndicat, innerhalb dessen dann aber eine Aufgliederung in berufliche Sektionen erfolgt, die "communauté des pêcheurs". Dieser sind im lokalen Rahmen neben sozialen auch wirtschaftliche Aufgaben übertragen (vgl. Bador S. 7).

von oben nach unten aufgebaut. Vom Staatssekretär für Marine werden nach Fischereiart ("par genre de pêche") zwischenberufliche Fischereiausschüsse, sog. "comités interprofessionnels" gebildet. Der Staatssekretär bestimmt die Mitglieder dieser Ausschüsse. Die comités interprofessionnels sind, unter Verlust von Unabhängigkeit und Selbständigkeit, die direkten Nachfolger der durch das Gesetz vom 24.5.1938 geschaffenen Institutionen und bauen auf echter sozialer Partnerschaft auf. Denn die Lohnempfänger haben auch in wirtschaftlichen Fragen ein - allerdings nicht näher umrissenes - Mitbestimmungsrecht.

III. Staatliche Kontrolle.

Bador ist der Auffassung, die Seefischerei sei nur wenig zentralisiert, nur "leicht etatistisch", und verkörpere mit ihren reglementären, exekutiven und disziplinären Befugnissen, mit ihrer ausschließlichen Repräsentationsfunktion in räumlicher wie sachlicher Hinsicht geradezu in idealer Weise die Prinzipien des französischen Korporativismus⁹³⁾. Diese Behauptung läßt sich bei näherer Betrachtung zumindest insofern nicht aufrechterhalten, als das Verhältnis von Staat und corporation in Rede steht. Denn die ursprünglich durch den décret-loi vom 24.5.1938 gewährte Autonomie blieb der corporation des pêches nicht erhalten. Vielmehr hat das Vichy-Regime auch hier wie bei den übrigen Berufsorganisationen auf gewerblichem Gebiet dem Staatssekretär bzw. seinen commissaires du gouvernement umfangreiche Designations- und gesetzlich nicht begrenzte Kontrollrechte vorbehalten, so daß Colin mit Recht erklärt, die Herrschaft über die corporation liege in den Händen der staatlichen Exekutivgewalt⁹⁴⁾. Keine Entscheidung des conseil central corporatif, der seinerseits wieder die ihm untergeordneten Organismen überwacht⁹⁵⁾, ist ohne ministerielle Genehmigung

93) S. 9 ("il était sans doute difficile d'envisager une institution plus conforme aux principes du corporatisme français").

94) S. 49. - Colin bezeichnet die commissaires du gouvernement als den "Staat in der corporation" (S. 51).

95) Vgl. Art. 7 Abs. 1 des Gesetzes bzw. der Entscheidungen der unions, und Art. 9 Abs. 1 des Gesetzes bzw. der Entscheidungen der comités interprofessionnels.

wirksam⁹⁶⁾. Der Staatssekretär kann auch die Entscheidungen der unions régionales und comités interprofessionnels gemäß Art. 16 Abs. 2 des Gesetzes suspendieren. Er hat im Falle des Nichtvorhandenseins derartiger Institutionen ein Substitutionsrecht (Art. 16 Abs. 3) und ist befugt, Sanktionen wegen Zuwiderhandlungen gegen korporative Akte auszusprechen, nachdem sie von den Schiffahrtsbehörden festgestellt worden sind (Art. 17). Als Beweis für den estatistischen Charakter der corporation des pêches maritimes kann auch ein Urteil der Cour de Paris vom 16.1.1942 angeführt werden⁹⁷⁾, in welchem eine vom comité interprofessionnel de la conchyliculture erlassene, die Rationalisierung des Verkaufs von Meeresprodukten betreffende Verordnung als Verwaltungsentscheidung angesehen wird. Es ist daher nur konsequent, wenn H.-P. Teitgen⁹⁸⁾ die comités interprofessionnels du pêche und den comité central corporatif als établissements publics bezeichnet. Die Organismen der corporation sind reine Staatsbehörden ohne jede Autonomie, ohne eine Sphäre, in welcher sie sich ungehindert und unabhängig betätigen können.

IV. Entwicklung nach 1944.

Das Gesetz vom 13.3.1941 über die corporation des pêches maritimes teilte das Schicksal der meisten Vichy-Akte: durch eine Ordonnance vom 3.6.1944 wurde seine Nichtigkeit festgestellt. Ungehindert dieser Tatsache und obwohl auch im Jahre 1943 offenbar noch recht unklare Vorstellungen über die corporation des pêches herrschten⁹⁹⁾, war der korporative Ordnungsgedanke in diesem Berufszweig aber doch schon so stark verwurzelt, daß

96) Art. 16 Abs. 1 und Art. 13 Abs. 2 des Gesetzes.

97) Abgedruckt in Droit Social, Bd. 5 (1942) S. 108 f.

98) Note zum Urteil der Cour de Paris vom 16.1.1942, Droit Social, Bd. 5 (1942) S. 110 ff. (insbesondere S. 112): "... les comités interprofessionnels de pêche et le comité central corporatif sont à coup sur des établissements publics " (Sperrung nicht im Original).

99) Vgl. dazu P. Colin, La Corporation des pêches maritimes, "Production" v. Juli 1943, S. 6.

der Umsturz im Jahre 1944 ihn nicht mehr auszulöschen vermochte. So kam es, daß die Ordonnance vom 3.6. zunächst das ursprüngliche Organisationsstatut vom 24.5.1938 wieder in Kraft setzte. Schon am 14.8.1945 erfolgte dann eine gesetzliche Neuregelung, welche auf der Grundlage der Syndikatsfreiheit die Organisation des Vichy-Regimes im Prinzip wieder einföhrte und seitdem gut funktioniert. Sie wird vom Br  the de la Gressaye als "ziemlich getreue Verwirklichung des Planes einer Berufsorganisation, wie die Catholiques Sociaux sie sich vorstellen " bezeichnet und als Modell für die Disziplinierung weiterer Berufe vorgeschlagen¹⁰⁰⁾.

100) Entreprise et profession, S. 324.

D. Zusammenfassung

Die Darstellung der auf gewerblichem Gebiet geschaffenen Berufsordnungen hat gezeigt, welch ungewöhnliche, fast verwirrende Fülle an Organismen das Vichy-Regime wenn auch nicht voll realisiert, so doch dekretiert hat. Gleichwohl lassen sich bei der Zusammenschau all dieser mannigfaltigen Formen immer wiederkehrende Grundelemente herauschälen, so daß auf induktivem Wege ein Bild dessen gewonnen werden kann, was das Regime unter einer "corporation" als letzter und höchster Organisationsform jedes einzelnen Berufs sich vorgestellt hat.

Corporations sind danach unitarische, vertikale Gliederungen der Produktionsfaktoren¹⁾. Ausgangspunkt jeder Gliederung ist ein bestimmter Beruf - Beruf verstanden als Funktion innerhalb des Gesellschaftsganzen. Funktionsträger ist deshalb jeweils die Gesamtheit der Berufsmitglieder (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) als soziale Gruppe. Dieses ständische Element wird - meist nach Aufgliederung in sog. catégories professionnelles - vom korporativen Ordnungsgedanken als Materie benutzt und nach organisatorischer Erfassung in Syndikaten (syndicats par spécialité) auf deren Grundlage hierarchisch geformt und geprägt. Sobald die Berufe in eine Mehrzahl von spécialités professionnelles aufgespalten sind, werden sie zum Zwecke der Blockbildung²⁾ auf höherer Ebene wieder zusammengefaßt und auf drei klassenartige Grundkategorien reduziert (employeurs, cadres, ouvriers et employés).

1) Vgl. dazu Baudin S. 9/10 und de Peraldi S. 11.

2) Vgl. Baudin S. 10/11.

Die corporations haben einen fast universalen Wirkungskreis³⁾: sie sind zuständig für die Regelung aller Aufgaben, seien sie wirtschaftlicher, sozialer oder beruflich-sittlicher Natur⁴⁾, und repräsentieren den Beruf überall und ausschließlich⁵⁾.

Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt hauptsächlich durch die in der Regel als juristische Person konstituierten oberen Verwaltungsorgane der corporations im Wege sog. "korporativer Gesetzgebung", kraft welcher für alle Berufsmitglieder verbindliche Rechtsregeln aufgestellt werden können⁶⁾. Neben die administrativen und legislativen treten auch gewisse jurisdiktionelle Befugnisse, insofern nämlich die corporations Aufgaben der Schlichtung und der Schiedsgerichtsbarkeit wahrnehmen. Ein "pouvoir disciplinaire" gibt ihnen die Möglichkeit, Verfehlungen gegen die Korporationsdisziplin durch Strafmaßnahmen zu ahnden⁷⁾.

Die corporations sind keine autonomen Verbände, weder kraft eigenen, noch kraft abgeleiteten Rechts, sondern Vereinigungen, welche unter der höheren Autorität des Staates einen Beruf disziplinieren⁸⁾; sie sind dazu da, um die Formulierung

-
- 3) Zu ihrer Vollendung fehlt der corporation noch eine Funktion, die ihr eigentlich erst Glanz verliehen hätte, die politische. In der Tat ist in Art. 2 Abs. 5 der Charte du Travail eine berufsständische Vertretung in der jeweiligen Nationalversammlung vorgesehen; zur Verwirklichung dieser Vorschrift ist es jedoch nicht gekommen.
- 4) "La réunion des attributions sociales, professionnelles et économiques est le caractère caractéristique de l'organisation professionnelle" (Izard S. 60).
- 5) Siehe dazu Perroux, Le sens..., S. 535.
- 6) Vgl. Art. 31 in Verbindung mit Art. 35 Abs. 2 der Charte du Travail; Art. 5 und 7 des Gesetzes vom 2.12.1940; Art. 7 und 12 des Gesetzes vom 13.3.1941; Art. 7 und 10 des Gesetzes vom 27.3.1942; Art. 22 ff. des Gesetzes vom 14.4.1942; Art. 12 des Gesetzes vom 20.11.1943 in Verbindung mit Art. 35 Abs. 2 der Charte du Travail.
- 7) Es ist bemerkenswert, daß bereits versucht wurde, auch in wirtschaftlichen Berufen einen Pflichtenkodex einzuführen und eine spezifische Berufsethik zu entwickeln. So heißt es z.B. in Art. 17 der Décision n° 22 des Comité central corporatif des pêches maritimes: "...toute titulaire de la carte interprofessionnelle peut se la voir retirée s'il se rend coupable d'un acte contraire à l'honneur ou à la solidarité corporative...".
- 8) De Vabres, Fascicule I S. 130.

eines Rapport zu gebrauchen, "unter der Autorität des Staates die Tätigkeit ihrer Mitglieder zu regeln und zu ordnen"⁹⁾. Die "autorité de l'Etat" entpuppt sich bei allen corporations als rigorose staatliche Aufsicht, die zum Teil so ausgestaltet ist, daß maßgebliche Funktionäre gleichzeitig hohe Staatsbeamte sind. Nach dem Grundsatz, "la corporation représentant la compétence et l'Etat représentant l'autorité"¹⁰⁾, ist der Berufsverband zwar theoretisch kompetent, praktisch hat jedoch der Staat das Recht und die moralische Macht, nicht nur das letzte, sondern auch das erste Wort zu sprechen. Denn nirgends sind seiner Einwirkungsmöglichkeit klare Grenzen gezogen. Mittels eines hochentwickelten differenzierten Kontroll- und Lenkungs-systems werden die formal den korporativen Organismen übertragenen "privilèges de puissance publique" in Wirklichkeit vom Staat gesteuert und überwacht. Die corporations sind als Instrumente staatlicher Machtausübung in die Apparatur der unmittelbaren Staatsverwaltung eingegliedert.

Zusammenfassend können wir die "corporation" somit bestimmen als die mit einem Repräsentationsmonopol und universalem (wirtschaftlichem, sozialem und beruflichem) Zuständigkeitskreis ausgestattete Zwangsvereinigung der Mitglieder eines gewerblichen Berufes, die - immer unter der höheren Autorität des Staates - den Beruf auf syndikaler und in der Regel tripartiter Grundlage hierarchisch diszipliniert und kraft der ihr übertragenen administrativen, reglementären, disziplinären und teilweise auch jurisdiktionellen Befugnisse tätig wird.

Die gewerblich-soziale Berufsorganisation des Vichy-Regimes zeigt ein klares Übergewicht des Korporativen. Fast durchweg handelt es sich nicht um von innen heraus gewachsene¹¹⁾, sondern

9) Rapport zum Gesetz vom 14.4.1942. In gleichem Sinne äußert sich der Rapport zum Gesetz vom 27.3.1942.

10) Rapport zum Gesetz vom 27.3.1942.

11) Die wichtigste Ausnahme bildet die corporation des pêches maritimes (vgl. oben S. 169 Anm.7) und - in beschränktem Umfang - auch die corporation paysanne.

von außen herangetragene und vom Staat oktroyierte Organisationsformen. Dennoch dürfte es gerechtfertigt sein, bei den gewerblichen Berufsorganisationen von ständisch-korporativen Gliederungen zu sprechen, weil ja schließlich jedem Beruf in seiner Eigenschaft als Funktionsträger und im Gegensatz zu reinen Interessengruppen - wenn auch vielleicht nur rudimentär - ein Solidaritätsbewußtsein und eine Tendenz zur Disziplinierung innewohnen. Nur ist der Sinn für Zusammengehörigkeit und Disziplin in den gewerblichen Berufen als Folge des Klassenkampfes weitgehend verkümmert. Ihn wieder voll zur Entfaltung zu bringen und dadurch in diesen Berufen die inneren, das korporative System tragenden Kräfte zu wecken, ist ein Hauptziel des Korporationsoktrois.

3. Kapitel

Die Organisation der freien Berufe¹⁾

I. Der "ordre" als eigenständiger Organisationstypus.

Der "corporation" auf gewerblichem Gebiet entspricht im Bereich der freien Berufe der "ordre" als Idealbild ständisch-korporativer Gliederung. Zwischen beiden Organisationsformen besteht aber ein entscheidender Unterschied: Während die corporation ihre Existenz in der Regel fast ausschließlich staatlicher Initiative verdankt und aus dem Innern des Berufes nur wenige Impulse empfängt, trägt der ordre einen relativ starken ständischen Charakter. Zwar wird auch den freien Berufen ihr juristisches Gewand durch die Disziplinierung in ordres vom Staat autoritär aufoktroziert. Die zwangsweise auferlegte Ordnung kommt hier jedoch vielfach einem tiefen Bedürfnis und lange gehegten Wünschen entgegen²⁾, deren Realisierung bisher meist an der inneren Unentschiedenheit und Uneinigkeit der Berufsangehörigen gescheitert war; sie erscheint als autoritär herbeigeführtes Resultat³⁾ mehr oder weniger weit gediehener Anstrengungen, die von manchen Berufsgemeinschaften spontan unternommen worden waren. Die Schaffung von ordres ist so - wenigstens zu einem Teil - nichts anderes als eine aufgedrängte Hilfeleistung des Staates gegenüber den freien Berufen⁴⁾. Durch staatlichen Akt wird die letzte Konsequenz gezogen aus einem bereits vorhandenen, oft schon seit Jahrhunderten entwickelten Ehrgefühl und Solidaritätsbewußtsein. Denn was den Stand ganz

1) Zur Abgrenzung gegenüber dem Gewerbe s. oben S. 55 Anm. 4.

2) Rolland S. 1.

3) Rolland S. 10.

4) Bereits im Jahre 1937 schrieb Rolland (vgl. S. 2 a.a.O.), daß die hierzu erforderliche Initiative von oben kommen müsse, da nur eine übergeordnete Autorität die widerstreitenden und eigensüchtigen Interessen der Berufsmitglieder einer wirksamen Berufsdisziplin unterwerfen könne.

allgemein auszeichnet, "die ständische Sonderschätzung, die Ehre, die er kollektiv für sich in Anspruch nimmt und die ihm erwiesen wird und die die Zugehörigkeit zu einem Stande seinen Gliedern verleiht"⁵⁾, trifft für den freien Beruf in besonderem Maße zu. Auf dem Boden einer exponierten⁶⁾ sozialen, teilweise auch öffentlichen Funktion und Position⁷⁾ erwachsen diesen Berufen ein "ausgeprägtes Selbstbewußtsein und Selbstgefühl der Standesgenossen, ein Empfinden für die Bedeutung des Standes im Rahmen der Gesellschaft und der Nation, seine Leistung und seinen Wert, seine wie immer gearteten Rechte und seine Verantwortung"⁸⁾.

Die freien Berufe begegnen grundsätzlich nicht den Organisationsschwierigkeiten der gewerblichen Berufe. Während sich bei jenen die korporative Organisation in jedem Bereich an der Überwindung des Interessenantagonismus innerhalb des Berufes reibt, gehören bei den freien Berufen fast alle Beteiligten nicht nur derselben sozialen, sondern auch derselben wirtschaftlichen Kategorie an⁹⁾. Die parallelen Interessen

5) Kaiser S. 57 (Sperrung im Original).

6) Dies galt bereits für das Ancien Régime: man sprach von den ordres du clergé, de la noblesse, aber vom Tiers-Etat. Vgl. dazu Rolland S. 3/4.

7) Vgl. Savatier (S. 42), der von einer "fonction" oder "mission sociale" spricht und betont, daß nach vordringender Auffassung gewisse Mitglieder freier Berufe als Beamte anzusehen seien (S. 65).

8) Kaiser S. 57/58.

9) Soweit Mitarbeiter vorhanden sind, erfüllen sie lediglich Hilfsfunktionen und fallen auch zahlenmäßig nicht stark ins Gewicht. Die Angestellten und das sonstige Personal werden nicht in die ordres eingegliedert. Ursprünglich herrschte daher Streit darüber, ob diese nicht doch von der Charte du Travail wenigstens insofern erfaßt werden, als der berufliche und soziale Status der Arbeitnehmer dies erfordert. Um auch dem von den ordres beschäftigten Personal die Möglichkeit sozialer und beruflicher Organisation zu geben, bestimmte das bereits (oben S. 97) erwähnte Gesetz vom 21. Juni 1942 (J.O. v. 23.7.42), daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer der freien Berufe an bestimmte familles professionnelles angeschlossen werden, die bereits in ordres organisierten Personen jedoch nur insoweit, als das Statut des jeweiligen ordre nicht angetastet wird. Zu diesem Zweck wurde z.B. durch Gesetz vom 26.8.1942 (J.O. v. 3.9.42) die famille professionnelle des professions juridiques geschaffen.

und das unkomplizierte Sozialgefüge fördern auf natürliche Weise einen engeren Zusammenschluß¹⁰⁾. Alle Bestrebungen und Bemühungen, gleichgültig ob sie aus dem Innern der Berufe selbst kommen oder vom Staat ausgehen, die freien Berufe in einer ständisch-korporativen Ordnung zu organisieren, haben ihren Ursprung weder in destruierenden Klassengegensätzen noch in wirtschaftlichen Schwierigkeiten¹¹⁾. Der entscheidende Grund dafür liegt hier vielmehr in dem Bedürfnis und der Suche nach einem wirksamen **B e r u f s s c h u t z**.

Die freiberufliche Tätigkeit - jeder abhängigen, untergeordneten, d.h. auf Arbeitsvertrag beruhenden Betätigung¹²⁾ - ist vorzüglich auf persönliche Vertrauensverhältnisse gegründet¹³⁾. Daraus erwächst nicht nur die Forderung nach unabhängiger Berufsausübung, es folgt daraus ebenso die Notwendigkeit eines dem entgegengebrachten Vertrauen würdigen beruflichen Könnens, einer entsprechenden fachlichen Zuverlässigkeit, sowie eine diese Eigenschaften stützende und schützende Ehrenhaftigkeit. Ohne irgendwelche **K o n t r o l l e** kann das Vorhandensein dieser Erfordernisse nicht garantiert werden¹⁴⁾. Daher hat der ordre als ein vornehmlich auf die Wahrnehmung solcher Kontrollfunktionen abgestimmtes juristisches System hier - gleichsam als Widerpart der beruflichen Unabhängig-

10) Vgl. de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S. 21 u. La gestion..., S. 6.

11) Vgl. Baudin S. 203. Auch Savatier (S. 90/91) teilt diese Auffassung.

12) Vgl. Gounot, Organisation du régime corporatif, Semaine Sociale d'Angers, 1935, S. 402 f.

13) Gerade darin, daß in der Berufsausübung engstens mit der Persönlichkeit des einzelnen verbundene Interessen berührt werden, sieht Savatier (S. 39 ff.) das entscheidende Kriterium der "profession libérale".

Während die überkommenen syndikalischen Organisationen allein der eigenen Interessenwahrnehmung dienen, zielt die Organisation der freien Berufe neben der Aufrechterhaltung eines gewissen kulturellen und moralischen Standards als Mittel der Selbstverteidigung gegenüber Angriffen auf die Kollektivehre der Gruppe (vgl. Rolland S. 9) zugleich auf den Schutz Dritter ab (Vgl. Savatier S. 91).

14) Vgl. Savatier S. 91 und auch E.-H. Perreau, La récente réforme de la législation médicale, J.C.P. 11 - 1941 - étude 224 Nr. 7.

keit¹⁵⁾ - seinen Platz: "Le terme 'ordre' dans toutes ses acceptions, exprime une idée de convenances, de discipline, d'harmonie et aussi...une idée de désintéressement de service..."¹⁶⁾. Die Schutzfunktion, die dem ordre innewohnt, soll die Vertragspartner entweder durch bereits anfängliche Fernhaltung oder doch durch nachträgliche Ausschaltung vor unqualifizierter Konkurrenz bewahren¹⁷⁾.

Andererseits ist die freiberufliche Tätigkeit auf Grund ihrer exponierten sozialen Funktion zugleich von öffentlichem Interesse und ruft die staatliche Intervention auf den Plan. Der Staat hat damit ebenfalls ein legitimes Interesse an der Reinheit und Niveauerhaltung des freien Berufs. Dazu kommt das ganz besondere Interesse des Vichy-Regimes, in allen Berufen, welche einen "esprit français" verlangen ("...on acquiert pas une âme nationale aussi facilement que la nationalité"¹⁸⁾), volksfremde Elemente nach Möglichkeit auszuschalten¹⁹⁾.

15) Savatier S. 89.

16) Rolland S. 4.

17) De Lacharrière (L'ordre des médecins..., S. 21) spricht von "concurrence abusive".

18) Niboyet, Les mesures d'élimination des Français d'origine étrangère, et des étrangers dans le domaine des principales activités, Droit Social, Bd. 6 (1943), S. 50.

19) Diese Entwicklung hatte zwar schon vor dem Krieg begonnen, da die Einwanderung sich besonders auf dem Gebiet der freien Berufe störend bemerkbar machte (vgl. dazu z.B. die Gesetze vom 26.6.1889 und vom 10.8.1927; eine Loi Ambruster vom 21.4.1933 hatte für Ausländer die ärztliche Berufsausübung eingeschränkt). Nach einer bei Niboyet in dem soeben in Anm. 19 erwähnten Aufsatz (S. 51) zitierten - allerdings aus dem Jahre 1917 stammenden - Statistik gehörten z.B. 30% der Österreicher, 30% der Portugiesen und 40% der eingewanderten Tschechoslowaken freien Berufen an. Gestützt auf das dritte Prinzip der Révolution Nationale, setzte Vichy die Politik der Eindämmung fremdvölkischer Einflüsse in den freien Berufen mit größerer Strenge fort. - Die Ausübung freier Berufe ist im allgemeinen auch heute noch französischen Staatsbürgern vorbehalten (vgl. hierzu Gustav Hampel, Einwanderungsgesetzgebung und innereuropäische Wanderung, Institut für Weltwirtschaftslehre an der Universität Kiel, 1957, S. 169 ff. Wegen der Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg siehe auch A. Girard, Français et Immigrés, Institut national d'études démographiques. Travaux et documents, Cahier 19 et 20, Paris 1953/54).
Naturgemäß wird der "esprit national" in erster Linie von

Die Notwendigkeit des Berufsschutzes hatte vor allem bei den Advokaten mit nur ganz kurzer Unterbrechung nach der französischen Revolution schon seit Jahrhunderten in korporativen Organisationen, den sog. "barreaux", ihren Niederschlag gefunden²⁰⁾. Die im ordre des avocats tradierte Organisations-

den Beamten gefordert (vgl. dazu das Gesetz vom 17.7.40 (J.O. v.18.7.40). Durch das Gesetz vom 10.9.1940 (J.O.v.11.9.40), ersetzt durch das Gesetz vom 15.10.1941 (J.O.v.7.11.41) wurde die für die öffentlichen Beamten geltende Regelung aber auch auf die Advokaten ausgedehnt und bestimmt, daß grundsätzlich niemand beim ordre des avocats eingeschrieben werden kann, der nicht Franzose ist und von einem französischen Vater abstammt ("s'il n'est Français et né de père Français"; Art. 1 des Gesetzes). Dasselbe gilt für Ärzte, Zahnärzte (Gesetz vom 16.8.1940 (J.O. v. 19.8.40) in Fortführung der Gesetze vom 21.4.1935 und vom 25.7.1935), Veterinäre (Gesetz vom 12.11.1940 (J.O.v.17.11.1940) und Wirtschaftsprüfer (Art. 3 Abs. 2 n°1 des Gesetzes vom 3.4.1942 (J.O.v.18.4.42). Für den Zugang zum ordre des architectes genügt die bloße Staatsangehörigkeit (Art. 2 § 1 des Gesetzes vom 31.12.1940 (J.O.v.26.1.1941).

Auch in den Organisationen der gewerblichen Berufe wurden an die Funktionäre teilweise strengere Anforderungen in völkischer Hinsicht gestellt, vgl. Art. 16 Abs. 3 der Charte du Travail (s. oben S. 103) und Art. 30 Abs. 1 des Gesetzes vom 14.4.1942 (corporation de la navigation intérieure, s. oben S. 162 ff.), wo für die Mitglieder der conseils, commissions, comités und bureaux der vorgesehenen Organismen ebenfalls "nationalité française d'origine", d.h. Staatsangehörigkeit kraft Geburt oder Herkunft (vgl. Piccard-Thilo-Steiner, Dictionnaire juridique, Zürich, 1. Teil 1950, Artikel "nationalité") verlangt wird.

In diesen nationalistischen Tendenzen ist sehr stark der Einfluß der Action Française spürbar (vgl. oben S. 15), die von jeher mit Schärfe gegen die Überfremdung Frankreichs vor allem durch ausländische Intellektuelle, "Juden und Metöken", vorgegangen war aus Furcht, daß dadurch der Fortbestand vererbter Familienberufe ("hérédité professionnelle") als "principe d'éducation et de sélection" und damit die "Kontinuität der Eliten" in Gefahr käme. So schreibt Ch. Maurras bezüglich des neuen ordre des médecins, daß dieser ordre nicht nur eine Erneuerung des nationalen, familiären und korporativen Denkens bezwecke, sondern gleichzeitig auch den natürlichen Elitebildungen den Weg wieder freimachen wolle (La seule France, S. 192/193).

- 20) Der Name "barreau" ist heute noch gebräuchlich und gleichbedeutend mit "ordre des avocats". - Nachdem die Advokaten durch die Revolution nicht nur ihre barreaux, sondern auch ihren Namen verloren hatten und "défenseurs officieux" hießen, stellte schon ein Dekret vom 14.12.1810 den ordre des avocats wieder her.

form übernimmt nun Vichy mutatis mutandis als Modell für die Organisation auch anderer freier Berufe ("formule de solution et mode de réalisation d'organisation d'une profession libérale"²¹⁾). Das Regime beraubt die ordres aber der Grundlage der Freiwilligkeit und macht sie zu Instrumenten weniger der beruflichen Selbstkontrolle und Selbstverwaltung, als der verstärkten staatlichen Einflußnahme auf neue Bereiche gesellschaftlichen Lebens.

Im einzelnen wurden die Berufe der Architekten, Advokaten, Ärzte, Veterinäre und Wirtschaftsprüfer in ordres organisiert bzw. reorganisiert, und zwar durch folgende Gesetze:

- 1.) "Loi instituant l'ordre des architectes et réglementant le titre et la profession d'architecte" vom 31.12.1940 (J.O. v. 26.1.41);
- 2.) "Loi du 26 juin 1941 réglementant l'exercice de la profession d'avocat et la discipline du barreau" (J.O. v. 28.7.41);
- 3.) "Loi instituant l'ordre des médecins" vom 7.10.1941 (J.O. v. 26.10.40), abgeändert durch eine "Loi du 10 septembre 1942 relative à l'ordre des médecins et à l'organisation des professions médicale et dentaire" (J.O. v. 18.9.42);
- 4.) "Loi du 18 février 1942 relative à l'institution d'un ordre des vétérinaires" (J.O. v. 22.3.42);
- 5.) "Loi du 3 avril 1942 instituant l'ordre des experts comptables et des comptables agréés et réglementant les titres et les professions d'expert comptable et de comptable agréé" (J.O. v. 18.4.42).

Infolge unterschiedlicher praktischer Bedürfnisse stand das Streben nach einer wirksamen Berufsorganisation nicht überall in gleich starkem Maße im Hintergrund. Wie wenig aber die syndikale Organisationsform den freien Berufen angemessen war²²⁾, zeigte sich am deutlichsten bei den Ärzten. Seit Jahrzehnten waren hier Bemühungen im Gange, den in einer moralischen Krise

21) H. Solus, L'ordre des experts-comptables et comptables agréés, Droit Social, Bd. 5 (1942), S. 194; s. auch oben S.55 Anm. 2.

22) Vgl. de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S. 22. Im gleichen Sinne siehe auch Savatier S. 103.

stehenden und unter fehlender Disziplin leidenden Berufsstand²³⁾ zu sanieren und ihm einen dem ordre des avocats ähnlichen rechtlichen Status zu verleihen. Die Vorschläge zu einer gesetzgeberischen Regelung waren jedoch immer im Gestrüpp der Diskussionen und Gegenvorschläge hängengeblieben²⁴⁾.

II. Analyse der Gesetze.

Die Untersuchung der einzelnen einen ordre konstituierenden Gesetze zeigt, daß die Korporationen der freien Berufe - obwohl ihre Statuten ebenfalls zum Teil unklar und unbestimmt sind - gegenüber den corporations der gewerblichen Berufe, von einzelnen Milderungen der staatlichen Einflußnahme abgesehen, im Prinzip keine wesentlichen Unterschiede aufweisen:

Ein "ordre" ist nämlich die mit einem Repräsentationsmonopol ausgestattete obligatorische Vereinigung der Mitglieder eines freien Berufs, die unter der höheren Autorität des Staates den Beruf hierarchisch diszipliniert und dessen vorwiegend sittliche Aufgaben mittels administrativer, disziplinarer und reglementärer Befugnisse wahrnimmt²⁵⁾.

23) De Lacharrière, L'ordre des médecins..., S.22. - Rolland (S.25) macht für diesen Zustand im Grunde die Einführung des demokratischen Systems verantwortlich, das zu einem Traditionsverlust und einer Kommerzialisierung der Berufe geführt habe.

24) Zu den verschiedenen Projekten eines ordre des médecins siehe z.B. de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S. 25 ff. - Ein auf M. Liouville zurückgehender Entwurf war 1932 von der Chambre des Députés gebilligt worden. Er scheiterte aber an der Uneinigkeit über die Lösung des Problems der Disziplinargerichtbarkeit. Der Senat wollte diese Gerichtbarkeit nicht allein dem Berufsstand überlassen, die Ärzte andererseits wehrten sich dagegen, die Cour d'Appel als Disziplinargericht anzuerkennen. Das Gesetz vom 7.10.1940 sucht die Schwierigkeit dadurch zu lösen, daß es in letzter Instanz den Conseil d'Etat einschaltet, entsprechend einem Vorschlag von M. Mestre (Vers un ordre des médecins, 1939), vgl. de Lacharrière, L'ordre des médecins, S. 26/27. Nach Angaben von P. Merle (Semaine Sociale de Montpellier, 1951, S. 103/4) wurde das Gesetz vom 7.10.1940 innerhalb kürzester Frist erlassen, um einer deutscherseits angedrohten Organisierung zu entgehen.

25) Savatier (S. 93) bestimmt den ordre als "groupement obligatoire et égalitaire de tous les membres de la profession". Zur Frage des sittlichen Zweckes der ordres siehe de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S. 54 u. E.-H. Perreau, La récente réforme de la législation médicale, J.C.P. 11 - 1941 - étude 224 Nr. 7.

Der ordre des avocats, der keine Schöpfung des Vichy-Gesetzgebers ist, nimmt eine Sonderstellung ein. Dank seiner unanfechtbaren Tradition war er stark genug, dem Streben der Organisatoren des Vichy-Regimes nach unumschränkter Herrschaft des Staates über alle Berufe erfolgreich Widerstand zu leisten²⁶⁾.

1. Struktur der ordres.

Die Korporationen der freien Berufe sind sowohl in territorialer wie in personeller Hinsicht viel einfacher gestaltet als die gewerblichen Berufsorganisationen. Der ordre ist grundsätzlich nur zweistufig und umfaßt regionale (conseils départementaux, conseils des collèges départementaux, conseils régionaux) und nationale (conseil supérieur, conseil national) Verbände, denen in der Regel besondere Disziplinarkammern angegliedert sind²⁷⁾. Nur die Advokatur, deren barreaux gewöhnlich am Sitz einer Cour d'appel gebildet werden, besitzt keinen zentralen, überregionalen Verband.

Infolge der Auflösung der alten Syndikate und des Verbots neuer syndikaler Organisationen²⁸⁾ werden die ordres zu Zwangsverbänden mit Monopolcharakter²⁹⁾. Die in der Regel auch von bestimmten völkischen Voraussetzungen abhängige Eintragung in die von den ordres geführten öffentlichen Register erfolgt zwar nicht von Amts wegen; die Berufsausübung ist aber nur dann legal und die Berufsbezeichnung darf nur dann geführt werden, wenn eine Eintragung vorliegt³⁰⁾.

26) Vgl. Savatier S. 95.

27) Eine Ausnahme machen die ordres der Advokaten und Architekten. Administrative und disziplinäre Funktionen werden bei ihnen von denselben Organen wahrgenommen, vgl. Art. 31 des Gesetzes vom 26.6.1941 und Art. 15 des Gesetzes vom 31.12.40.

28) Vgl. z.B. Art. 17 Abs. 1 des Gesetzes vom 7.10.1941 oder Art. 51 des Gesetzes vom 3.4.1942.

29) Vgl. z.B. Art. 1 des Gesetzes vom 18.2.1942.

30) Vgl. z.B. Art. 38 Abs. 2 des Gesetzes vom 3.4.1942 ("L'inscription au tableau...donne le droit d'exercer la profession ...") und Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes vom 26.6.1941.

2. Aufgaben und Befugnisse.

Entsprechend seinem Monopolcharakter ist der ordre allein zur Repräsentation des Berufes befugt³¹⁾. Während bei den corporations der gewerblichen Berufe das Schwergewicht auf dem "pouvoir de gouvernement" liegt, steht bei den vornehmlich auf die Wahrnehmung moralischer Belange gerichteten Organisationen der freien Berufe naturgemäß der "pouvoir disciplinaire" im Vordergrund³²⁾. "Der ordre hat die Aufgabe, über Ehre, Moral und Disziplin des Berufes zu wachen... Er vertritt und verteidigt die korporativen Interessen"³³⁾. Dabei obliegt den regionalen Verbänden vor allem der Entscheid über die Zulassung zum ordre und die Führung der öffentlichen Mitgliedsregister, während der conseil national oder conseil supérieur als obere Verwaltungs- und Kontrollinstanz hauptsächlich Direktiven gibt, die Höhe der Zwangsbeiträge festsetzt bzw. genehmigt und jeweils bei der Ausarbeitung der Berufsordnung maßgeblich mitwirkt.

Die gesetzlich geregelte Kontrolle der Zulassung, die de Lacharrière als "eine der grundsätzlichen Äußerungen korporativer Disziplin" bezeichnet³⁴⁾, zielt darauf ab, dem externen Mißbrauch der Berufsausübung durch Dilettanten und Pfuscher Ein-

31) In Art. 34 Abs. 10 des Gesetzes vom 3.4.1942 heißt es z.B. bezüglich des conseil supérieur: "Il représente l'ordre dans tous les actes de la vie civile et est son interprète auprès des pouvoirs publics".

32) Louis Charvet, Mirages et perspectives de l'organisation professionnelle, "Politique", N.S. Bd. 4, 1947, S. 111.

33) Art. 1 des Gesetzes vom 10.9.1942. - Als Beispiel für die Aufgaben der regionalen Gliederungen sei Art. 9 des Gesetzes vom 31.12.1940 angeführt; es heißt dort: "Der conseil régional überwacht innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs die Ausübung des Berufes..., er untersucht die in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen und kann sie an den conseil supérieur weiterleiten..., er ist verantwortlich für die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des ordre und verwaltet dessen Vermögen..., er legt vorbehaltlich der Genehmigung durch den conseil supérieur die Höhe der von jedem Mitglied zu entrichtenden Beiträge fest..., er ist berechtigt, innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs Selbsthilfeeinrichtungen verschiedenster Art zu schaffen". Ähnlich Art. 3 des Gesetzes vom 18.2.42, Art. 30 des Gesetzes vom 3.4.1942. Den collèges départementaux de l'ordre des médecins sind vorwiegend Aufgaben sozialer Natur übertragen. Die Repräsentationsbefugnisse liegen fast ausschließlich beim conseil national bzw. conseil supérieur.

34) L'ordre des médecins..., S. 56.

halt zu gebieten und das Berufsmonopol auf eine stabile Grundlage zu stellen. Der ordre hat deshalb die Möglichkeit, ungeeignete und das Ansehen des Berufes schädigende Berufsangehörige entweder zu Beginn ihrer Laufbahn abzuwehren oder aber trotz dieser Vorichtsmaßnahmen eingedrungene berufsschädliche Elemente nachträglich disziplinarrechtlich zurechtzuweisen oder auszuschneiden³⁵⁾. Mit Ausnahme des ordre des avocats und des ordre des architectes wird die Disziplinargerichtsbarkeit von eigens hierfür gebildeten Disziplinarkammern ausgeübt³⁶⁾. Es gibt chambres régionales de discipline und als Berufungsinstanz jeweils eine chambre nationale oder chambre supérieure de discipline³⁷⁾. Die chambre nationale - sie ist zugleich zweite Instanz in Zulassungssachen³⁸⁾ - wird beim ordre des experts comptables von einem Berufsangehörigen³⁹⁾, beim ordre des vétérinaires von einem conseiller à la Cour d'appel⁴⁰⁾, beim ordre des médecins von einem conseiller d'Etat⁴¹⁾ präsi diert. Gegen die Entscheidungen in Zulassungs- und Disziplinarangelegenheiten ist grundsätzlich der recours pour excès de pouvoir beim Conseil d'Etat gegeben⁴²⁾, bei den avocats und experts comptables tritt die Cour d'appel als letzte Instanz an die Stelle des Conseil d'Etat⁴³⁾.

35) Art. 32 des Gesetzes vom 26.6.41 kennt z.B. als Disziplinarstrafen: Verwarnung, Verweis, zeitweilige Untersagung der Berufsausübung, dauerndes Berufsverbot.

36) Nach Crémieu (S. 146) ist die Disziplinargerichtsbarkeit wirkliche Gerichtsbarkeit, nicht bloß Ehrengerichtsbarkeit: die conseils de l'ordre beim ordre des avocats erlassen nach seiner Auffassung (S. 125) Urteile. - Das Verfahren für die gerichtliche Nachprüfung von Zulassungs- und Disziplinarentscheidungen der barreaux ist im Gesetz vom 26.6.1941 ausführlich geregelt.

37) Vgl. z.B. Art. 7 Abs. 2 und Art. 14 Abs. 1 des Gesetzes vom 18.2.1942.

38) Die Zwischenschaltung des conseil supérieur fehlt beim ordre des architectes. Hier geht in Disziplinar- und Zulassungssachen der Rekurs an den Conseil d'Etat (Art. 12 Abs. 5 des Gesetzes vom 31.12.1940).

39) Art. 43 Abs. 2 des Gesetzes vom 3.4.1942.

40) Art. 7 des Gesetzes vom 18.2.1942.

41) Art. 43 Abs. 4 des Gesetzes vom 10.9.1942.

42) Vgl. z.B. Art. 12 Abs. 5 und Art. 16 Abs. 5 des Gesetzes vom 31.12.1940, Art. 38 Abs. 2 und Art. 42 Abs. 1 des Gesetzes vom 10.9.1942.

43) Art. 17 und 38 des Gesetzes vom 26.6.1941, Art. 45 Abs. 8 des Gesetzes vom 3.4.1942.

3. Staat und ordres.

Die Staatsverwaltung hat in Bezug auf Entscheidungen der korporativen Organe nicht die gleiche unbeschränkte Interventionsmöglichkeit wie bei den gewerblichen Berufsverbänden. Das Maß der Einflußnahme ist verschieden je nachdem, ob es sich um Disziplinar- und Zulassungs- oder um andere Angelegenheiten handelt.

In Fragen der Berufsdisziplin und der Zulassung zum ordre liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei einer dezentralisierten Verwaltungsbehörde ("service décentralisé")⁴⁴⁾. Den Staatsbehörden fehlt ein unmittelbares Eingriffsrecht, sie haben teilweise nur die Möglichkeit, im Beschwerdewege die Abänderung einer Entscheidung zu erlangen⁴⁵⁾. Abgesehen von den conseils de l'ordre der barreaux, die zugleich als conseils de discipline fungieren und - als einzige Ausnahme der sonst nur formellen Übernahme des Wahlsystems innerhalb der ständisch-korporativen Ordnung Pétains - unmittelbar durch die Generalversammlung aller eingeschriebenen Advokaten gewählt werden⁴⁶⁾, werden die Mitglieder der maßgebenden Organe der ordres zunächst ministeriell ernannt ("nommé", "élu")⁴⁷⁾. In manchen Fällen hat der conseil supérieur die Möglichkeit, Vorschlagslisten einzureichen; der Minister ist daran jedoch nicht gebunden⁴⁸⁾.

44) Vgl. Oudin (S. 143) hinsichtlich des conseil supérieur der Veterinäre.

45) Vgl. z.B. Art. 38 Abs. 2 des Gesetzes vom 26.6.1941; Art. 38 Abs. 2 des Gesetzes vom 10.9.1942; Art. 49 Abs. 2 des Gesetzes vom 3.4.1942.

46) Art. 10 des Gesetzes vom 26.6.1941 (Listenwahl). Wegen der auf unbestimmte Zeit verschobenen Wahl der Mitglieder der syndikalen Verbände im System der Charte du Travail siehe oben S. 122.

47) Vgl. Art. 27 Abs. 4 und Art. 31 Abs. 2 des Gesetzes vom 3.4.1942; Art. 2 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes vom 18.2.1942; Art. 20 des Gesetzes vom 31.12.1940. - Beim ordre des médecins führen die auf Grund des Gesetzes vom 7.10.1940 (Art. 3 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1) ernannten Funktionäre die Geschäfte weiter (Art. 59 des Gesetzes vom 10.9.1942). Diese Verzögerungstaktik verursachte bei der Ärzteschaft große Enttäuschung (Doublet S. 122).

48) Vgl. z.B. Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 18.2.1942.

Während so die Disziplinalgewalt verhältnismäßig autonom und gegen staatliche Willkürmaßnahmen im wesentlichen gesichert ist⁴⁹⁾, besitzen die ordres keinen auch nur in beschränktem Rahmen selbständigen pouvoir réglementaire⁵⁰⁾ und gleichen in dieser Beziehung eher dezentrierten Behörden⁵¹⁾. In jedem Fall hängt die Wirksamkeit einer Verordnung oder sonstigen Entscheidung von der Genehmigung des Ministers oder seines Substituten ab⁵²⁾, wenn auch der Gesetzgeber diesen Tatbestand nicht immer klar zum Ausdruck gebracht hat⁵³⁾ und die Art der Teilhabe

49) Vgl. Savatier S. 134.

50) Die fonction réglementaire ist bei den freien Berufen bereits dem Gegenstand nach nicht so ausgedehnt wie bei den gewerblichen und beschränkt sich auf Vorschriften, die unbedingt erforderlich sind, um die Durchführung der den Beruf betreffenden Gesetze und Verordnungen zu gewährleisten und Ehre, Moral und Interessen des Berufs zu verteidigen (de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S. 53).

De Lacharrière (ebenda S. 55 und S. 94) weist allerdings darauf hin, daß reglementäre und disziplinäre Funktion nicht notwendig gänzlich verschiedene Dinge zu sein bräuchten, sondern auch als bloß verschiedene Aspekte einer einheitlichen Funktion angesehen werden könnten. Die Ausübung der disziplinären Funktion habe oft gewissermaßen reglementäre Wirkungen, weil die Sanktion nicht unbedingt aus einer vorgegebenen Regel sich abzuleiten brauche, sondern umgekehrt die Wiederholung einer Sanktion eine Regel entstehen lassen könne.

51) Oudin (S. 143) spricht von einer "autorité hiérarchique" (vgl. dazu näher oben S. 78 Anm. 90) des Landwirtschaftsministers gegenüber dem conseil supérieur der Veterinäre, und Doublet (D.C. Législation 1941, S. 30) bezeichnet den conseil supérieur, wie er durch das Gesetz vom 7.10.40 geschaffen wurde, sogar als "organisme institué auprès d'une administration centrale, analogue à diverses commissions ministérielles".

52) Savatier glaubt trotz dieses ministeriellen Approbationsrechts von einem echten pouvoir réglementaire sprechen zu können (S. 107).

53) Vgl. z.B. Art. 6 Abs. 4 des Gesetzes vom 18.2.1942 oder Art. 17 Abs. 2 des Gesetzes vom 10.9.1942, wo es u.a. heißt: "...les décisions du conseil national...doivent être communiquées dans les deux jours au secrétaire d'Etat à la santé qui peut en suspendre l'exécution pendant un délai maximum de deux mois, au cours desquels il peut les annuler pour inobservation des textes en vigueur". Art. 17 Abs. 2 kann so als Interpretation des Art. 2 des Gesetzes vom 7.10.1940 aufgefaßt werden, wo die Abhängigkeit des conseil supérieur vom Minister etwas undurchsichtig wie folgt umschrieben wird: "Il est créé a u p r è s du ministre secrétaire d'Etat à

an der reglementären Tätigkeit fast bei jedem ordre wieder etwas anders ausgestaltet ist. Allerdings hat der Conseil d'Etat in dem Arrêt Bouguen vom 2. April 1943⁵⁴⁾ bezüglich einer Entscheidung des ordre des médecins die Nachprüfung wegen excès de pouvoir vorgenommen, obwohl keine Disziplinar- oder Zulassungsangelegenheit vorlag.

Im Hinblick auf das planwirtschaftliche System des Vichy-Regimes ist es verständlich, daß die staatliche Kontrolle beim ordre des experts comptables am gründlichsten ausgestaltet und in die Hände von commissaires du gouvernement gelegt ist⁵⁵⁾.

Alle Entscheidungen des conseil régional und des conseil supérieur bedürfen, soweit es sich nicht um Disziplinar- und Zulassungsangelegenheiten handelt, der Genehmigung durch den commissaire du gouvernement. Die Präsidenten der conseils régionaux sind dem conseil supérieur und den öffentlichen Behörden verantwortlich⁵⁶⁾. Der Präsident des conseil supérieur kann jederzeit durch Dekret abberufen werden⁵⁷⁾.

Der Staat ist vor allem darauf bedacht, sich bei der Ausarbeitung der codes de devoirs professionnels⁵⁸⁾ ein maßgebliches

l'intérieur un conseil supérieur de l'ordre" (Sperrung nicht im Original). - Mit Doublet (D.C. Législation 1941, S. 30), der ebenfalls auf das spätere Gesetz vom 10.9.1942 verweist, und anderen ist darin eine völlige Unterordnung unter den Minister zu sehen (a.A. offenbar Marcel Martin, Droit Social Bd. 6 (1943) S. 243, Note zum Arrêt Bouguen vom 2.4.1943).

54) Abgedruckt in Droit Social, Bd. 6 (1943), S. 242, Bericht-erstatte J. Donnedieu de Vabres.

55) Art. 49 Abs. 3 und Art. 50 des Gesetzes vom 3.4.1942. Siehe dazu auch H. Solus, L'ordre des experts-comptables et comptables agréés, Droit Social, Bd. 5 (1942), S. 194.

56) Art. 30 Abs. 12 des Gesetzes vom 3.4.1942.

57) Art. 32 Abs. 3 des Gesetzes vom 3.4.1942.

58) Die Bestimmungen der codes sind nicht so aufzufassen, als wäre alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten und als könne nichts erzwungen werden, was nicht vom Gesetz gestattet ist (vgl. Art. 5 der Déclaration des droits de l'homme et du citoyen). Es handelt sich vielmehr um "règles directives", welche die Unterworfenen warnen und aufklären wollen (vgl. de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S. 55).

Mitwirkungsrecht zu sichern. Für die Ärzte und Architekten wird die berufliche Pflichtenordnung - bei ersteren hat sich dafür der Name "code de déontologie" eingebürgert⁵⁹⁾ - in der Form eines "règlement d'administration publique" erlassen. Nur die barreaux, die auch hier wieder eine Sonderstellung einnehmen, unterliegen nicht einer so weitgehenden verwaltungsmäßigen Kontrolle seitens des Staates. Der conseil de l'ordre kann hier jede den Beruf berührende Frage allein entscheiden⁶⁰⁾. Weil die barreaux aber am "Öffentlichen Dienst der Gerichtshöfe" teilnehmen, hat der Generalstaatsanwalt das Recht, bei der zuständigen Cour d'appel die Nichtigerklärung einer Maßnahme zu beantragen^{61) 62)}.

III. Rechtsnatur der ordres.

Wenn der etatistische Charakter der ordres im ganzen gesehen gegenüber den corporations auch etwas abgeschwächt erscheint, so ändert das nichts an ihrer systematischen Einordnung: die ordres sind wie die comités d'organisation und wie die corporations Institutionen des öffentlichen Rechts⁶³⁾. Dies ergibt

59) Vgl. Art. 18 des Gesetzes vom 10.9.1942 und Art. 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 31.12.1940. - Die Redaktion eines code de déontologie médicale wurde bereits im Jahre 1900 vom Congrès internationale de médecine professionnelle et de déontologie médicale angeregt. Der ordre des médecins übernahm im wesentlichen einen 1931 geschaffenen code de déontologie (vgl. dazu Bulletin de l'ordre des médecins vom April 1941 Nr. 1 und René Fournier, L'ordre des médecins et le Code de déontologie médicale, Thèse Bordeaux 1942).

Fournier (ebenda S. 74) definiert den Begriff "déontologie" als Gesamtheit der vom Arzt bei der Ausübung seines Berufes zu beobachtenden Verhaltensregeln, wie sie sich zum Teil aus dem geltenden Recht, zum Teil aus der Tradition ergeben.

60) Art. 16 n° 4 des Gesetzes vom 26.6.1941.

61) Art. 16 Abs. 2 des Gesetzes vom 26.6.1941.

62) Die pharmazeutischen Berufe wurden wohl wegen ihres starken kommerziellen Einschlags nicht ausdrücklich in einem ordre konstituiert. Ihr Statut vom 11.9.1941 (J.O. v. 20.9.1941) ähnelt aber sehr stark dem der ordres. Die Stellung des Staates ist eher noch verstärkt; so entscheidet z.B. bei Beschwerden gegen Disziplinarmaßnahmen der Minister selbst in letzter Instanz (Art. 7 Abs. 5 des Gesetzes).

63) Es ist allgemeine Meinung, daß die barreaux "personnes de droit public" darstellen (vgl. dazu Crémieu S. 125; Waline,

sich nicht nur aus der Art und Weise ihrer Entstehung, sondern auch aus dem Zweck ihrer Tätigkeit und den staatlichen Prärogativen, mit denen sie ausgestattet sind. Ihrer Entstehung nach ist die Organisation der freien Berufe im wesentlichen eine staatliche Schöpfung⁶⁴⁾ mit dem Ziel, einen "service public" wahrzunehmen⁶⁵⁾ und durch Organisation und Kontrolle der freien Berufe ein soziales Bedürfnis zu befriedigen, einem öffentlichen Interesse Genüge zu leisten⁶⁶⁾. Die Funktionäre werden fast überall vom Minister ernannt. Die Entscheidungen der maßgebenden Organe sind "décisions administratifs" und damit dem recours pour excès de pouvoir beim Conseil d'Etat unterworfen⁶⁷⁾.

Trotz ihrer rechtlichen Monopolstellung und der ihnen übertragenen Zwangsgewalt nehmen die ordres nur teil an der staatlichen Machtausübung; sie besitzen keine unabhängige, außerhalb des staatlichen Machtbereichs liegende Autonomie, sondern leiten ihre Befugnisse ab aus einer Delegation staatlicher Hoheitsrechte⁶⁸⁾. Gleichwohl qualifizierte der Conseil d'Etat den ordre des médecins nicht als établissement public, sondern

Droit administratif, S. 255; Savatier S. 97 mit Literatur). Auch in Bezug auf die Organe des ordre des médecins sagt Waline (ebenda S. 256), daß sie ganz klar dem öffentlichen Recht angehören. Oudin (S. 143) bezeichnet auch die conseils der Veterinäre als établissements publics.

64) Savatier S. 134.

65) Für den ordre des médecins wurde dies vom Conseil d'Etat im Arrêt Bouguen vom 2.4.1943 (vgl. oben S. 184 Anm. 54) ausdrücklich anerkannt. Damit wurden die im Arrêt Montpeurt (s. oben S. 80 f.) entwickelten Grundsätze auf das Gebiet der ordres ausgedehnt.

66) Vgl. de Lacharrière, L'ordre des médecins..., S. 94 und Waline, Droit Administratif, S. 311.

67) Wenn Entscheidungen, welche den ordre des avocats betreffen, in einem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten nachgeprüft werden, so hängt dies mit der Funktion der Advokaten als "auxiliaires de la justice" zusammen (Waline, Droit Administratif, S. 255).

68) Savatier S. 104. Die staatliche Souveränität wäre durch die Existenz selbständiger sozialer Gruppen eigenen Rechts kompromittiert (ebenda S. 135).

bezog in dem erwähnten Arrêt Bouguen die gleiche Stellung wie im Arrêt Montpeurt⁶⁹⁾ gegenüber den comités d'organisation. Waline glaubt, man habe wohl die große Strenge der juristischen Systematik des établissement public, dessen zu sehr verwaltungsmäßigen Charakter gefürchtet⁷⁰⁾. Es liegt jedoch nahe, daß auch hier Motive die Entscheidung des Conseil d'Etat beeinflussten, welche schon beim Erlaß des Arrêt Montpeurt eine entscheidende Rolle gespielt haben dürften⁷¹⁾. Wie die übrigen Berufsverbände wird man daher auch die ordres wohl am besten einer noch "unbenannten Kategorie von juristischen Personen des öffentlichen Rechts" einordnen⁷²⁾.

69) Siehe oben S. 80 f.

70) Droit Administratif, S. 256.

71) Siehe dazu oben S. 84.

72) Vgl. dazu M. Mestre, Note zum Arrêt Bouguen, Sirey, 1944, 3^e partie, S. 1 f.; Waline, Droit Administratif, S. 256; Savatier S. 98; Oudin, L'ordre des médecins, Thèse Paris 1941, S. 156, u.a. - Bezüglich der Rechtsnatur der comités d'organisation siehe oben S. 82 (insbesondere Anm. 109), bezüglich der comités sociaux par famille professionnelle ou profession siehe oben S. 126.

S c h l u ß b e t r a c h t u n g

Obwohl Pétain in der Zeit der legislativen Reformarbeit noch die Masse des französischen Volkes hinter sich hatte, brachte der Mißerfolg der Staatserneuerung auch die korporativen Neuerungen in Mißkredit. Dies ist umso weniger verständlich, als eine ganze Anzahl der von der Vichy-Regierung ergriffenen Initiativen und Maßnahmen auf Bestrebungen aus der Vorkriegszeit zurückzuführen war und zum Teil eine verdeckte Übernahme von Programmpunkten der Ecole Catholique Sociale darstellte. Viele Mitglieder dieser Bewegung waren nach der Niederlage von 1940 nicht gewillt, vor den bestehenden Schwierigkeiten zu kapitulieren. Sie waren vielmehr bereit, sich dafür einzusetzen, daß wenigstens ein Teil ihres Gedankenguts in die vorgesehene korporative Ordnung Eingang fand¹⁾. Ihre Bemühungen, daß der Staat die Syndikatsfreiheit unangetastet lasse, schlugen zwar fehl. Sie fanden ihre Doktrin aber insoweit bestätigt, als das Regime sich zu einer unter christlichem Vorzeichen stehenden geistigen und sittlichen Erneuerung bekannte und bei einem Teil der neuen Organisationen das Bestehende nicht zerstörte, sondern anerkannte und übernahm. Unter den Neuerungen des Regimes erfüllte vor allem die Einführung von Mindestlöhnen mit besonderen Familienzulagen einen von den Catholiques Sociaux lange gehegten Wunsch. Desgleichen sind die bei den comités d'organisation gebildeten conseils consultatifs tripartites ein Versuch, die Arbeitnehmer an der Leitung großer Wirtschaftszweige zu beteiligen, eine alte, auf den sozialen Rundschreiben der Päpste basierende Forderung der Ecole.

1) Siehe hierzu Charles Flory, *Semaine Sociale de Toulouse*, 1945 S. 12 f.; André Pairault, *Semaine Sociale de Lille*, 1949 S. 258; La Fay, S. 724.

Der entscheidende Mangel der ständisch-korporativen Ordnung des Vichy-Regimes liegt jedoch in der Mißachtung der Wahlfreiheit des einzelnen und in dem Fehlen eines Mindestmaßes an korporativer Autonomie der geschaffenen oder geplanten Berufsverbände. Zwar widerspricht es an sich noch nicht dem Prinzip der Trennung von Staat und Gesellschaft, dem Staat die oberste Kontrolle über die ständisch-korporative Berufsorganisation zu übertragen. Als organisatorischer Ausdruck gesellschaftlicher Funktionen sind Korporationen stets dem politischen Ganzen zugeordnet. Auch ziehen Privilegierung und Schutz durch den Staat immer ein gewisses Maß staatlicher Aufsicht nach sich²⁾. Diese Aufsicht verdichtet sich aber bei den hier untersuchten Berufsorganisationen zu ihrer völligen Einordnung in den staatlichen Machtapparat. Die korporativen Verbände sind zu "organes de démultiplication"³⁾ erniedrigt. Sie sind Verteilerstellen im staatlichen Befehls- und Kontrollapparat. Durch die Verstaatlichung der in Frage stehenden beruflichen Lebensbereiche wurde die Dialektik von Staat und Gesellschaft als Grundlage der staatsbürgerlichen Freiheit⁴⁾ auf diesen Gebieten aufgehoben. Die Korporationen des Vichy-Regimes sind nach alledem keine eigentlichen "puissances intermédiaires", deren Wurzeln in das Ancien Regime zurückreichen und welche die staatliche Souveränität hätten einschränken sollen.

2) Vgl. hierzu Kaiser S. 64.

3) G. Pirou bei Murat, Einleitung S. XIII.

4) Kaiser S. 338.

S c h r i f t t u m ¹⁾

I. Quellen

- Journal Officiel de la République Française (seit 4.1.1941 unter dem Namen Journal Officiel de l'Etat Français), Jahrgang 72 - 76 (zit.: J.O.).
- Archiv der Gegenwart (1. unveränderter Nachdruck der Serie I - 1. Juli 1937 bis 25. März 1945), Bonn, Wien, Zürich (ohne Jahr). Die Jahrgänge ab 1945 erscheinen bei Siegler Wien als Keesing's Archiv der Gegenwart.

II. Abhandlungen, Zeitschriften, Sammlungen

- Aron, Raymond De l'armistice à l'insurrection nationale, Paris (1945), Collection "Problèmes et Documents" (zit. Aron, De l'armistice...).
- Aron, Robert Histoire de Vichy (1940-1944), Paris (1954) (zit. Aron, Histoire...).
- Bador, Jacques La corporation des pêcheries maritimes et la loi du 13 mars 1941, in: Les Etapes..., XXV.
- Baudin, Louis Le corporatisme, Paris (1942).
- Bouvier-Ajam, Maurice La doctrine corporative, 5. Aufl. Paris (1943), Librairie du Recueil Sirey et Editions de l'Institut d'Etudes corporatives et sociales.
- Bremer, Karl-Heinz Der französische Nationalismus, Berlin - Wien (1939).

1) Seltener benutzte Literatur ist in den betreffenden Anmerkungen ausführlich zitiert.

- Brêthe de la Gressaye, Jean La Charte du Travail en France et en pays étrangers, Collection Droit Social XIII, S. 16 ff. (zit. La Charte du Travail...).
- La Corporation et l'Etat (histoire et doctrine), Archives de Philosophie du droit et de Sociologie juridique, Paris (1938), Recueil Sirey, Nr.1-2, S.78 ff. (zit. La Corporation et l'Etat).
- Entreprise et profession, in: Semaines sociales de France, XXXIV^e session, Le catholicisme social face aux grands courants contemporains, Paris (1947), Chronique Sociale de France, Lyon, S.313 ff. (zit. Entreprise et profession).
- L'organisation professionnelle. Bilan d'une expérience - Perspectives actuelles, in: Economie contemporaine, Paris (1947), Centre de recherches et de documentation économiques, S.28 ff. (zit. L'organisation professionnelle).
- Brêthe de la Gressaye, J., H. Laufenburger, A. Garrigou-Lagrange Le corporatisme (Conférences prononcées à l'Athénée de Bordeaux), (1941), Imprimerie Bière, Bordeaux (zit.Brêthe-Laufenburger-Garrigou).
- Bussièrre, André Esprit corporatiste et réalisations corporatives, (1944), Flammarion.
- von Campenhausen, Axel Frhr. Staat und Kirche in Frankreich, Otto Schwarz, Göttingen (1962).
- Chaigneau, Victor-Louis Histoire de l'organisation professionnelle en France, Paris (1945).
- Colin, Paul L'organisation corporative des pêches maritimes, Droit Social Bd. 4 (1941) S. 41 ff., 131 ff.
- Collection Rencontres Heft 6/7: L'économie sans abondance, mit Beiträgen von H. Noyelle, F. Perroux u.a., Paris (ohne Jahr) (zit. Rencontres).
- Collection Droit Social Anhang zu Droit Social (siehe dort). Die römische Ziffer bezeichnet jeweils die Nummer der betreffenden Lieferung.
- Crémieu, Louis Traité de la profession d'avocat (1939), Bibliothèque de l'Université d'Aix-Marseille.

- Croquez, Albert L'organisation professionnelle. La production - La répartition. Commentaire des lois des 16 août et 10 septembre 1940 et des textes subséquents, notamment des décrets, Paris (1941).
- D.C. Dalloz. Jurisprudence générale. Recueil périodique et critique de jurisprudence, de législation et de doctrine. Paris 1914 ff.
- Doublet, Jacques La réorganisation de l'ordre des médecins, Droit Social Bd. 6 (1943) S. 121 ff.
- Douence, Suzanne Essai sur le corporatisme français, Thèse Bordeaux (1942).
- Droit Social Revue des Rapports professionnels de l'Organisation de la Production et du Travail, Paris (1938), Librairie Sociale et Economique, Bd. 4-9.
- Durand, Paul Idéologie et technique de la Charte du Travail, Collection Droit Social XIII, S. 2 ff.
- E.C. Le financement des syndicats professionnels, Droit Social Bd.7 (1944) S. 64 ff.
- Folliet, Joseph Le "corporatisme", dada ou cheval de bataille?, in: Chronique Sociale de France, Cahier 4, Lyon (1956).
- George, Gilbert-H. Le régime juridique des comités d'organisation. Loi du 16 août 1940. Essai d'une doctrine juridique, Thèse Paris (1942).
- Guerdan, René La Charte du Travail, Préface de René Belin, Secrétaire d'Etat au Travail, Paris (1941).
- Guerry, Emile L'église catholique en France sous l'occupation, (1947), Flammarion.
- Gurian, Waldemar Der integrale Nationalismus in Frankreich. Charles Maurras und die Action Française, Frankfurt (1931).
- Hayet, André Le statut des présidents, directeurs responsables et membres des comités d'organisation, Droit Social Bd. 6 (1943), S. 197 ff., 237 ff.

- Hervé, Gustave C'est Pétain qu'il nous faut!, Paris (1935), Editions de "La Victoire".
- Hourcade, Jean L'organisation corporative de l'agriculture française, Thèse Bordeaux (1943).
- Izard, Georges Comités provisoires d'organisation et comités sociaux, Collection Droit Social XIII, S. 57 ff.
- J.C.P. Jurisclasseurs Périodiques (La Semaine Juridique). Collection des Jurisclasseurs, Paris, Edition Godde.
- J.O. Journal Officiel de la République Française (siehe unter I. Quellen).
- Kaiser, Joseph H. Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin (1956).
- Kühn, Alfred Die freien Berufe in der Sozialordnung, Verlag Kohlhammer (1962) Reihe "Sozialpolitik in Deutschland".
- de Lacharrière, René La gestion par les organismes professionnels des services publics de l'économie dirigée, Droit Social Bd.6 (1943) S. 269 ff., Bd.7 (1944) S. 1 ff.
(zit. La gestion...).
- L'ordre des médecins et l'ordre des architectes, Droit Social Bd. 4 (1941), S. 21 ff., 53 ff., 93 ff.
(zit. L'ordre des médecins...).
- de Laclave, Georges Une nouvelle étape dans l'organisation corporative. La corporation de la marine de commerce, Droit Social Bd.5 (1942) S. 220 ff.
- La Fay, Georges Syndicalisme agricole et corporation paysanne, in: Organisation professionnelle et corporatisme, Chronique Sociale de France, Cahier 7 et 8, Lyon (1957).
- Lajugie, Joseph La Charte du Travail, in: Les Etapes ..., XXVII.
- La vie de la France... La vie de la France sous l'occupation (1940-1944), 3 Bände, herausgegeben vom Hoover Institute, Stanford, University California, Librairie Plon Paris (1957) mit Beiträgen einer großen Anzahl von hochgestellten Persönlichkeiten aus der Zeit vor, während und nach dem zweiten Weltkrieg.

- Lehideux-Vernimmen, Paul La fonction de commissaire du gouvernement dans la nouvelle organisation de l'économie industrielle et le contrôle de l'Etat sur les comités d'organisation et les sections de répartition, Thèse Paris (1942).
- Lépany, Jacques La loi du 16 août 1940, moyen d'économie dirigée et source d'organisation professionnelle, Thèse Paris (1942).
- Lercy, Maxime Les tendances du pouvoir et de la liberté en France au XX^e siècle, Paris (1937).
- Les Etapes... Les Etapes de la Législation corporative en France, Paris (1944), Institut d'études corporatives et sociales, mit Beiträgen von F. Bacconnier, J. Bador, L. Baudin u.a. (Die römische Ziffer bezeichnet jeweils die Nummer des Beitrags).
- Maréchal Pétain La France nouvelle, Principes de la communauté suivis des appels et messages, 17 juin 1940 - 17 juin 1941, Paris (1941) (zit. La Fr. nouv.).
- Maurras, Charles Enquête sur la monarchie, Versailles (1928), Bibliothèque des Oeuvres politiques (zit. Enquête...).
- La seule France, (1941), Lardanchet.
- Maurras, Charles, Lucien Moreau L'Action Française, in: Le Correspondant v. 10.6.1908, S. 959 ff. (zit. Maurras-Moreau).
- Mérigot, Jean-Guy Essai sur les comités d'organisation professionnelle, Thèse Bordeaux (1943).
- Murat, Auguste Le corporatisme, Paris (1944), Les Publications Techniques.
- M. ~~xxx~~ 2) Au delà de la Charte, Droit Social Bd. 7 (1944) S. 221 ff.
- M. ~~xxx~~ Genèse et tendances de la Charte du Travail, Collection Droit Social XIII, S. 61 ff. (zit. Genèse...).
- L'organisation corporative paysanne, Droit Social Bd. 6 (1943), S. 41 ff.

2) Nach einer redaktionellen Anmerkung in Droit Social Bd. 7 (1944) S. 293 handelt es sich hierbei um einen Aufsatz von Paul Durand.

M. ^{xxx}

L'organisation corporative paysanne
en 1943, Droit Social Bd.7 (1944)
S. 41 ff.

Naumann, Hans

Charles Maurras und die Weltanschauung der Action Française. Studien und Bibliographien zur Gegenwartsphilosophie, Heft 13, Leipzig (1935).

Oudin, A.

Nouveaux aspects de l'organisation des professions libérales, Droit Social Bd.5 (1942) S. 143 ff.

de Peraldi, A.
(Jean Laborde)

Le corporatisme, Paris (1941).

Perroux, François

La liaison de l'économique et du social, Droit Social Bd. 6 (1943)
S. 116 ff.
(zit. La liaison...).

Le sens du nouveau droit du travail,
Paris (1943)
(zit. Le sens...).

Personnaz, Jean

La nature juridique des comités d'organisation, Droit Social Bd.4 (1941)
S. 45 ff.

Pétain, Philippe-Henri

s. Maréchal Pétain.

Pierard, Jean

L'organisation corporative du champagne, Thèse Paris (1942).

Rapport

zum Gesetz v. 16. 8.1940 J.O. v. 18. 8.1940

zum Gesetz v. 4.10.1941 J.O. v. 26.10.1941

zum Gesetz v. 27. 3.1942 J.O. v. 31. 3.1942

zum Gesetz v. 14. 4.1942 J.O. v. 29. 7.1942

zum Gesetz v. 16.12.1942 J.O. v. 17.12.1942

Rencontres

s. Collection Rencontres.

Rolland, Alfred

Organisation corporative des carrières libérales: les ordres, in: Les Etapes..., XXIV.

Rouast, André,
Paul Durand

Précis de législation industrielle (Droit du travail), Petits Précis Dalloz, Paris (1943)
(zit. Rouast-Durand).

Roy, Marcel

Les syndicalistes et la Charte du Travail, Droit Social Bd.5 (1942)
S. 27 ff.

- Salleron, Louis La Charte Paysanne (loi du 2 décembre),
in: Les Etapes..., XXIII
(zit. Salleron, Les Etapes...).
- Savatier, Jean La profession libérale - Etude juri-
dique et pratique, Thèse Poitiers
(1947).
- Segalat, A. Nature juridique des comités d'organi-
sation, Droit Social Bd.5 (1942)
S.159 ff.
(Conclusions zum Arrêt Montpeurt
vom 31.7.1942).
- Semaines Sociales Semaines Sociales de France, Comptes
rendus in extenso des cours et
conférences, Chronique Social de
France Lyon und Gabalda Paris,
jeweils zitiert nach Sitzungsort
und -jahr (erscheint seit 1904
jährlich in fast ununterbrochener
Folge).
- de Tavernost, Antoine La loi du 16 août 1940 et les comités
d'organisation, in: Les Etapes...,
XXII.
- Tefas, Georges Les conceptions économiques des grou-
pements d'Action Française, Thèse
Paris (1939).
- Teitgen, Henri La loi du 2 décembre 1940 sur l'orga-
nisation corporative de l'agricul-
ture, J.C.P.11 - 1941 - étude 225
(zit. La loi du 2 décembre...).
- Teitgen, Pierre-Henri La loi du 16 août 1940 sur l'organisa-
tion de la production industrielle,
J.C.P.4 - 1941 - étude 196
(zit. La loi du 16 août...)³⁾
- Trotabas, Louis Eléments de Droit Public et Administra-
tif, 4^e édition, Paris (1943).
- de Vabres, Jacques-
Donnedieu L'organisation de l'Etat. Les libertés
publiques, Fasc.I., III. Les Cours
de Droit (1948-1949).
- Varisère, Jean Pétain avait raison,
Paris, Edition de la Vigie (1949).
- Vinit, R. L'activité des commissions prévues par
l'article 77 de la Charte du Travail.
Droit Social Bd.6 (1943) S. 286 ff.

3) Vgl. denselben Aufsatz in Collection Droit Social IX, S. 2 ff.,
unter dem Titel: L'organisation provisoire de la production
industrielle et les principes du droit public français.

- Voirin, Pierre Les comités sociaux par famille professionnelle ou profession, Collection Droit Social XIII, S. 23 ff.
- Voog, Roger L'idée corporative. Histoire d'un mot et de plusieurs doctrines. Chronique Sociale de France. Cahier 7/8 Lyon (1957).
- Vues... Vues sur la construction corporative française. Journées d'Etudes des 25 et 26 avril 1942 organisées par le Collège d'Etudes syndicales et corporatives, Paris (1943), Institut d'Etudes corporatives et sociales.
- Waline, Marcel Traité élémentaire de droit administratif, 6. Aufl. Paris (1951), Librairie du Recueil Sirey (zit. Droit Administratif).
- Trois points de vue sur l'arrêt Montpeurt, Collection Droit Social XVIII, S. 18 ff. (zit. Trois points...).
- Watine, François Les rapports de l'administration et de la corporation paysanne à l'échelon local, Droit Social Bd. 5 (1942) S. 259 ff.

L e b e n s l a u f

Ich wurde am 18. Oktober 1930 als Sohn eines Landwirts in Horgen Kreis Rottweil am Neckar geboren. Nach dem Besuch der Grundschule in Horgen besuchte ich die Oberrealschule in Rottweil und legte im Jahre 1950 die Reifeprüfung ab.

Nach dem Abitur studierte ich Rechtswissenschaft an den Landesuniversitäten Tübingen und Freiburg im Breisgau. 1955 legte ich in Freiburg die Erste und 1961 in Stuttgart die Zweite juristische Staatsprüfung ab.

1962 trat ich in die Bundeswehrverwaltung ein. Nachdem ich zunächst als Regierungsassessor beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz beschäftigt war, wurde ich 1964 zum Bundesminister der Verteidigung in Bonn abgeordnet. Im folgenden Jahre wurde ich zu dieser Dienststelle versetzt und zum Regierungsrat ernannt.

...
...
...

...
...
...

...
...
...

...
...
...

...
...
...

...
...
...

...
...
...

...
...
...

...
...
...

